

PERIPHERIE

Gewerkschaften in Arbeit

[Nico Weinmann](#), [Friedrich Bossert](#) & [Paul Hecker](#) Revitalisierte
Gewerkschaftsmacht in Argentinien, Brasilien und Uruguay
[Matthias Ebenau](#) & [Felix Nickel](#)

Gewerkschaftliche Krise und Erneuerung – Labour Revitalisation Studies

[Michael Fütterer](#) Gewerkschaft als internationale soziale Bewegung

[Michel Jungwirth](#) Gewerkschaften und undokumentierte
Arbeit von Migrant_innen in Österreich

[Rainer Dombois](#) & [Carlos Miguel Ortiz](#) Die Institutionalisierung von
Arbeitsbeziehungen inmitten der Gewalt: Kolumbien

[Melanie Müller](#) Kämpfe um den Bergbau in Südafrika:
Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

[Selma Cristina Silva de Jesus](#) Neue gewerkschaftliche
Handlungsfelder in Brasilien

[Frauke Banse](#) Geld für Gewerkschaften. Intentionen und
Wirkungen gewerkschaftlicher Förderung

Diskussion

[Ralf Ruckus](#) Arbeitskämpfe, Organisationsprozesse
und Repression in China

[Gerhard Dilger](#) Brasiliens politische Dauerkrise

[Cavidan Soykan](#) Das Wagnis der freien Meinungsäußerung
in der Türkei

PERIPHERIE-Stichwort

[Helen Schwenken](#) Das andere Geschlecht der Gewerkschaften

Rezensionsartikel

[Reinhart Kößler](#) Soziale Bewegungen oder Staatenkonkurrenz?

Rezensionen

PERIPHERIE 142/143

Gewerkschaften in Arbeit

Zu diesem Heft	151
Matthias Ebenau & Felix Nickel	Gewerkschaftliche Krise und Erneuerung – Labour Revitalisation Studies als globale Konversation 158
Nico Weinmann, Friedrich Bossert & Paul Hecker	Revitalisierte Gewerkschaftsmacht unter Mitte-Links-Regierungen in Argentinien, Brasilien und Uruguay 182
Michael Fütterer	Gewerkschaft als internationale soziale Bewegung: Das ExChains-Netzwerk in der Bekleidungsindustrie..... 201
Michel Jungwirth	Gewerkschaften und undokumentierte Arbeit von Migrant_innen in Österreich. Über die Entstehung gewerkschaftlicher Beratungs- und Unterstützungsstrukturen..... 224
Rainer Dombois & Carlos Miguel Ortiz	Die Institutionalisierung von Arbeitsbeziehungen inmitten der Gewalt Der paradoxe Fall der kolumbianischen Bananenarbeitergewerkschaft Sintrainagro..... 242
Melanie Müller	Kämpfe um den Bergbau in Südafrika: Eine Chance für Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen..... 268
Frauke Banse	Geld für Gewerkschaften Über die Intentionen und Wirkungen gewerkschaftlicher Förderung..... 289
Selma Cristina Silva de Jesus	Neue gewerkschaftliche Handlungsfelder in Brasilien. Der Dachverband CUT und die solidarische Ökonomie..... 307
Diskussion	
Ralf Ruckus	Arbeitskämpfe, Organisationsprozesse und Repression in China Interview über neuere Trends..... 327
Gerhard Dilger	Brasiliens politische Dauerkrise Nach dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff kehrt keine Ruhe ein 344

Cavidan Soykan	Das Wagnis der freien Meinungsäußerung in der türkischen Hochschullandschaft	354
----------------	---	-----

PERIPHERIE-Stichwort

Helen Schwenken	Das andere Geschlecht der Gewerkschaften	360
-----------------	---	-----

Rezensionsartikel

Reinhart Köbler	Soziale Bewegungen oder Staatenkonkurrenz? Die Veränderung der Welt und wie sie sich verstehen lässt	364
-----------------	--	-----

Rezensionen

Benjamin Selwyn: <i>The Global Development Crisis</i> (Matthias Ebenau)	379
Sarah Bormann; Jenny Jungehülsing; Shuwen Bian; Martina Hartung & Florian Schubert (Hg.): <i>Last Call for Solidarity. Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns von Gewerkschaften</i> (Markus Kip).....	381
Christoph Haferburg & Marie Huchzermeyer (Hg.): <i>Urban Governance in Post-Apartheid Cities. Modes of Engagement in South Africa's Metropolises</i> (Rita Schäfer)	383
Magdalena Heuwieser: <i>Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons</i> (Jens Kastner)	386
GRAIN: <i>The Great Climate Robbery. How the Food System Drives Climate Change and What We Can Do about It</i> (Arndt Hopfmann)	387
Petra Dennecker & Birte Rodenberg (Hg.): <i>Klimaveränderung, Umwelt und Geschlechterverhältnisse im Wandel – neue interdisziplinäre Ansätze und Perspektiven</i> (Ton van Naerssen)	389
Md Mizanur Rahman, Tan Tai Tong & AKM Ahsan Ullah (Hg.): <i>Migrant Remittances in South Asia. Social, Economic and Political Implications</i> (Ton van Naerssen).....	392
Richard Schuberth: <i>Bevor die Völker wussten, dass sie welche sind. Ethnizität, Nation, Kultur. Eine (antiessenzialistische) Einführung</i> (Gerhard Hauck).....	394
Buchbesprechungen zu neueren Arbeiten zur lateinamerikanischen Ideengeschichte: Constantin von Barloewen, Manuel Rivera & Klaus Töpfer (Hg.): <i>Nachhaltige Entwicklung in einer pluralen Moderne. Lateinamerikanische Perspektiven</i> Patricia Funes: <i>Historia mínima de las ideas políticas en América Latina</i> (Nikolaus Werz).....	397
Eingegangene Bücher	401
Summaries.....	402
Zu den Autorinnen und Autoren	406
Gute Buchläden, in denen die PERIPHERIE zu haben ist	408

Zu diesem Heft

Gewerkschaften in Arbeit

Mitgliederverluste und rückläufige Organisationsgrade weltweit, wachsende gewerkschafts- und tariffreie Räume, abnehmende Verhandlungs- und Verteilungsmacht, schließlich auch ein schwindender Einfluss auf die Politik und die öffentliche Meinung – die zehn Jahre alte Frage des Gewerkschaftsforschers Walther Müller-Jentsch, ob in Zukunft ein „Kapitalismus ohne Gewerkschaften“ möglich werden könnte, kann man auch heute nicht einfach als abwegig zurückweisen. Gewerkschaften stehen weltweit in den letzten Jahrzehnten unter dem Druck eng miteinander verknüpfter politischer und ökonomischer Veränderungen, welche ihre Handlungsmacht schwächen:

Erstens erodieren im Zuge des Strukturwandels des Erwerbssystems bisherige gewerkschaftliche Machtzentren. Der industrielle Sektor büßt in den meisten Ländern seine Dominanz ein, während der Dienstleistungssektor stark expandiert. Letzterer ist äußerst heterogen. Dies trägt zu einer Differenzierung von Ansprüchen an die Formen kollektiver Aktion bei, denen die bisher üblichen Agenden und Rituale, aber auch das Solidaritätsverständnis, die alle an männlicher, großbetrieblicher Industriearbeit orientiert sind, kaum gerecht werden. In der Konsequenz nehmen die Arbeitsbereiche zu, in denen Gewerkschaften kaum mehr präsent sind.

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung werden zweitens die engen Grenzen gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit und Regelungsmacht offenbar. Internationalisierung des Güter- und Dienstleistungsaustauschs, verstärkte Herausbildung transnationaler Wertschöpfungsketten, Ausweitung der Aktivitäten transnationaler Unternehmen, massive Migrationsbewegungen – dies alles sind Prozesse, welche Erwerbssysteme und Arbeitsverhältnisse weitreichend verändern und zugleich der Regulierung durch nationale Akteure entzogen sind. Die Gewerkschaften sind hier einerseits dem Druck der internationalen Standortkonkurrenz ausgesetzt, dem auch die Arbeitsmärkte unterliegen, andererseits stehen sie angesichts massiver Zuwanderung in nationale Arbeitsmärkte vor dem Problem, das Verhältnis von Konkurrenz und Solidarität unter den Beschäftigten neu auszutarieren.

Schließlich werden Spielräume gewerkschaftlicher Verhandlungs- und Regelungsmacht durch die Verbreitung neoliberaler Politiken und Ordnungen eingeengt, wie sie sich etwa in der Privatisierung staatlicher

Wirtschaftsunternehmen, der Kommerzialisierung öffentlicher Güter und sozialstaatlicher Leistungen sowie der Deregulierung des Arbeitsmarkts ausdrücken. Gewerkschaften können weniger als bisher auf staatlich-institutionelle Ressourcen (etwa des Arbeitsrechts) oder auf politische Unterstützung (z.B. in Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Regionalpolitiken) zählen. Zudem sehen sie sich in der öffentlichen Debatte oft als Klientelorganisationen abgestempelt, die Partikularinteressen vertreten und wirtschaftliche Entwicklung hemmen.

Diese allgemeinen Tendenzen finden sich freilich in den Ländern und Weltregionen unterschiedlich, oft widersprüchlich ausgeprägt; sie treffen Beschäftigte und ihre Interessenorganisationen in Nord und Süd in unterschiedlicher Weise. In grober Verallgemeinerung wollen wir nur einige der hervorstechendsten Unterschiede skizzieren: Gewerkschaften in den Ländern des Globalen Nordens sind als autonome Organisationen aus dem Kampf der Arbeiterbewegung um politische und soziale Rechte, gegen staatliche Unterdrückung und autokratische Unternehmensherrschaft hervorgegangen. Als Interessenvertretungen der abhängig Beschäftigten sind sie Teil des wohlfahrtsstaatlichen Institutionengefüges, das ihre Rollen im Konflikt- und Aushandlungssystem der Arbeitsbeziehungen stützt. Auch wenn dieses Institutionengefüge eine beträchtliche Stabilität zeigt, so ist seine soziale Schutzwirkung angesichts von Prekarisierung und Erwerbslosigkeit reduziert worden.

In Ländern des Globalen Südens werden die gewerkschaftlichen Handlungsspielräume meist sehr viel mehr vom Staat und von politischen Allianzen bestimmt. Gewerkschaften unterliegen in ihren Organisationsformen und den Formen kollektiver Aktion engen rechtlichen und administrativen Restriktionen und werden oft politisch instrumentalisiert. Autonome und oppositionelle Tendenzen werden gegebenenfalls administrativ und polizeilich unterdrückt. In Lateinamerika beispielsweise wurden Gewerkschaften seit den 1930er Jahren als Element staatlicher Modernisierungs- und Industrialisierungsstrategien und als politisches Klientel vom autoritären Entwicklungsstaat gefördert, zugleich aber administrativ reglementiert und politisch kontrolliert.

Ein weiterer zentraler Unterschied der Situation im Globalen Norden und im Globalen Süden ist in den Erwerbssystemen und deren sozialpolitischen Regulierung angelegt. Im Globalen Norden ist lohnabhängige Arbeit schon lange zur dominanten Erwerbsform geworden. Sie bildet Grundlage und Brennpunkt wohlfahrtsstaatlicher Politiken, ist ganz überwiegend formell und rechtlich geschützt, in staatlich garantierte soziale Sicherungssysteme einbezogen und wird durch das institutionelle System der Arbeitsbeziehungen geregelt. Gewerkschaften und Kollektivvereinbarungen bilden so Säulen des Sozialstaats und werden durch Sozialpolitiken gleichermaßen entlastet und

gestützt. Zuletzt büßten sie allerdings, wie beschrieben, im Zuge der hier skizzierten Veränderungen an Repräsentativität und Regelungsmacht ein.

Dagegen werden im Globalen Süden abhängige Beschäftigte in vielen Ländern durch staatliches Arbeitsrecht und ein rudimentäres, aber sozial selektives System der sozialen Sicherungen geschützt. Letzteres gilt in aller Regel nur für formelle Beschäftigungsverhältnisse. Mehr oder weniger große Bereiche jedoch werden der informellen Ökonomie zugerechnet und sind von staatlichen Schutz- und Sicherungsregelungen faktisch oder aufgrund der Gesetzeslage ausgenommen. Informell Beschäftigte bleiben oft ohne institutionelle Formen der Interessenvertretung. Von etablierten Gewerkschaften werden sie nicht selten ausgegrenzt, weil sie als ungeregelte Konkurrenz gelten.

Weitere gewichtige Unterschiede liegen in den Auswirkungen der Globalisierung begründet. Zum einen verändert sich die internationale Arbeitsteilung und trägt zu den Strukturveränderungen der Beschäftigungssysteme bei. Einer partiellen Deindustrialisierung im Norden steht die starke Industrialisierung in einigen Ländern des Südens gegenüber, so vor allem China, Indien und Ländern Südostasiens. Es zeichnen sich die Konturen einer globalen ArbeiterInnenklasse ab, die in ihren Segmenten unterschiedlich auf Nord und Süd verteilt ist. Rapide wächst insbesondere in den exportorientierten Industrien eine Klasse von ArbeiterInnen, die aus Sicht etablierter Industrieländer häufig frühkapitalistisch anmutenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ausgesetzt sind und in ihren kollektiven Aktionen – wie Streiks oder gar bereits der Bildung von Organisationen – auf massiven Widerstand von Unternehmen und Staat treffen.

Zudem ist die Macht auch in der globalen Gewerkschaftsbewegung sehr unterschiedlich verteilt. In den Ländern des Nordens befinden sich die Schaltstellen der Internationalisierung der Ökonomie: die Finanzzentren, die wichtigsten Absatzmärkte, die Hauptsitze der transnationalen Unternehmen mit ihren Entwicklungs- und Vertriebsabteilungen sowie die Handelsunternehmen, welche globale Lieferketten der weltweiten Produktion organisieren und kontrollieren. Hier verfügen auch die Gewerkschaften über sehr viel mehr Kanäle des Einflusses auf Unternehmen und öffentliche Meinung als die ArbeiterInnenbewegung in den neuen Industriezentren des Südens.

Mit dem Schwerpunkttitle *Gewerkschaften in Arbeit* möchten wir einen Wechsel der Perspektive jenseits der Zentrierung auf Krise und Niedergang anregen: In den Beiträgen erscheinen Erwerbstätige und ihre Organisationen deshalb nicht einfach als Opfer, getrieben von einer verselbständigten Ökonomie und der dieser dienenden Politik, wie die bisherige Skizze gewerkschaftlicher Krisentendenzen nahelegen könnte. Sie sind vielmehr selbst Akteure, die Strategien entwickeln, Agenden setzen, Allianzen bilden

und kollektive Aktionsformen suchen, um in Konflikten ihre Ansprüche an menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen geltend zu machen. Gewerkschaften sind den Veränderungstendenzen, so also eine Grundthese dieses Heftes, nicht wehrlos ausgesetzt, sondern haben daran teil und gestalten sie auf die eine oder andere Weise mit.

Freilich sind ihre Mittel begrenzt, je nach der Marktmacht der von ihnen vertretenen Beschäftigten, ihren Fähigkeiten, die Mitglieder zu organisieren und zu mobilisieren, den Rechten, die sie jeweils im System der Arbeitsbeziehungen geltend machen können und nicht zuletzt ihrem Einfluss auf öffentliche Diskurse und Politiken. Auch ist ihnen als Mitgliederorganisationen eine gewisse Trägheit eigen, weil sie sich zu allererst ihrer herkömmlichen Stammmitgliedschaft verpflichtet sehen und dazu neigen, an einmal erfolgreichen Wegen der Interessenvertretung und -aushandlung festzuhalten. Daher fällt es ihnen oft schwer, über das konventionelle Kerngeschäft – die Aushandlung von Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen – hinaus neue Themen und die Interessen von bislang gewerkschaftsfernen Beschäftigtengruppen aufzunehmen oder Allianzen mit Gruppen einzugehen, deren Aktivitäten sie nicht kontrollieren können.

Insgesamt zeigt sich aber in den letzten Jahrzehnten ein beeindruckendes Spektrum neuer Ansätze kollektiver Aktion, von denen viele in diesem Heft angesprochen werden. Dies ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: Die Neuansätze erweitern die herkömmliche Agenda gewerkschaftlicher Aktion, nehmen lebensweltliche Themen auf. Sie schließen nicht nur Beschäftigte auf dem formellen Arbeitsmarkt ein, sondern auch solche der informellen Ökonomie. Ferner entwickeln sie sich oft jenseits traditioneller Strukturen: in Allianzen von Basisbewegungen, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen. Schließlich haben sich transnationale Formen und Netze sowohl der Nord-Süd- als auch der Süd-Süd-Kooperation entwickelt.

Im Globalen Norden suchen etablierte Gewerkschaften angesichts der Strukturveränderungen des Erwerbssystems neue Themen, Kommunikationsformen und Wege der Interessenvertretung. Es geht ihnen darum, unterschiedlichen Erwerbssituationen, Arbeitskulturen, Lebenswelten und Ansprüchen gerecht zu werden und so bislang kaum (mehr) erreichbare Gruppen zu gewinnen, etwa prekär Beschäftigte, Frauen, MigrantInnen, hochqualifizierte Angestellte. Im Globalen Süden machen massive Arbeitskonflikte in den Exportindustrien Chinas und Südasiens und die spontanen, nicht von zugelassenen Gewerkschaften organisierten Streikbewegungen darauf aufmerksam, dass die bisherigen repressiven Systeme der Arbeitsbeziehungen unter Druck und in Fluss geraten. Seit der südafrikanischen Anti-Apartheitskoalition hat sich auch der Ansatz des *social movement unionism* verbreitet, der im gemeinsamen Kampf für

Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratie auf Koalitionen von Gewerkschaften, politischen, sozialen und Bürgerrechtsorganisationen setzt.

Angesichts der Globalisierung haben sich ebenso vielfältige Formen der grenzüberschreitenden Kooperation herausgebildet. Sie zielen darauf, kollektive Aktionen und gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten grenzüberschreitend zu unterstützen. Dabei spielen gemeinsame Werte wie Menschenrechte, aber auch die Durchsetzung von Mindestarbeitsstandards eine wichtige Rolle. Große Bedeutung für die Kooperation zwischen Gewerkschaften in Nord und Süd haben außerdem die globalen Branchen-Gewerkschaftsverbände gewonnen, nicht zuletzt ihre internationalen Rahmenabkommen mit transnationalen Unternehmen, in denen diese sich verpflichten, Menschenrechten, oft auch in Zulieferunternehmen, Geltung zu verschaffen. Schließlich arbeiten Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Basisinitiativen aus Nord und Süd in Kampagnen, Allianzen und Netzwerken zusammen, um grenzüberschreitend Beschäftigte des Südens und ihre Organisationen im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu unterstützen.

Das vorliegende Schwerpunktheft der *PERIPHERIE* kann nur ausschnitthaft auf die Vielfalt der Formen und Prozesse eingehen, in denen „Gewerkschaften in Arbeit“ sind. Mit seiner Fülle von Analysen zu unterschiedlichen Weltregionen, Problemstellungen, Handlungsrepertoires, usw. kann es aber zu einem realistischen und differenzierten Panorama gewerkschaftlicher Krise und Erneuerung im beginnenden 21. Jahrhundert beitragen.

Matthias Ebenau und *Felix Nickel* geben zunächst einen Überblick über die Krise und die Ansätze einer Revitalisierung der Gewerkschaften im Globalen Süden. Sie behandeln insbesondere die transnationalen Aktivitäten von Gewerkschaften, die Organisierung informeller und prekärer Beschäftigter, die Berücksichtigung der geschlechtlichen Verfasstheit der Arbeitswelt durch Gewerkschaften und schließlich die komplexen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Staat. Dabei legen sie einen besonderen Fokus auf Erfolgsbeispiele, aus denen auch Gewerkschaften des Nordens lernen könnten, und regen an, den Debattenstrang der *Labour Revitalisation Studies* als globale Konversation zu verstehen.

Mit der Jahrhundertwende hat Lateinamerika eine politische Linkswende erlebt. Vor diesem Hintergrund analysieren *Nico Weinmann*, *Friedrich Bossert* und *Paul Hecker* die Entwicklung gewerkschaftlicher Machtressourcen unter Mitte-Links-Regierungen in Argentinien, Uruguay und Brasilien, wo Gewerkschaften seit langem eine bedeutende Rolle spielen. Sie zeigen, dass im Gegensatz zu Uruguay der Machtgewinn in den anderen beiden Ländern gerade in Hinblick auf die Erneuerung der Gewerkschaftsstrukturen und die Organisation von informell Beschäftigten eher moderat ausfällt.

Michael Fütterer betrachtet die Ebene konkreter transnationaler Kooperation zwischen GewerkschafterInnen. So untersucht er die Zusammenarbeit im Rahmen der Vernetzung *Transnationals Information Exchange* und hier insbesondere das *ExChains*-Netzwerk zwischen Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, welches sich im Stile eines *social movement unionism* für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie einsetzt.

Die Frage, wie Gewerkschaften in Österreich sich den Herausforderungen durch Migration stellen, diskutiert Michel Jungwirth. Hatten sie zunächst keine Antworten darauf, wie sie Interessen von MigrantInnen vertreten können, und beklagten vor allem die negativen Auswirkungen, etwa Dumpinglöhne, so zeigt der Autor, dass sie nun neue Strategien entwickeln, um auch nicht dokumentierte Migration in den Griff zu bekommen. Dies drückt sich in der Schaffung neuartiger Institutionen aus, etwa der UNDOK-Anlaufstelle, welche im Zentrum dieses Artikels steht.

Einen eher ungewöhnlichen Fall der Entstehung einer Gewerkschaft und der Institutionalisierung eines kooperativen Systems von Arbeitsbeziehungen stellen Rainer Dombois und Carlos Miguel Ortiz mit der kolumbianischen Bananenarbeitergewerkschaft *Sintrainagro* vor. Der Beitrag zeigt die zentrale Rolle von legalen und illegalen bewaffneten Akteuren – staatlichen Sicherheitskräften, Guerillas und Paramilitärs – bei der Entwicklung der Gewerkschaft wie der Arbeitsbeziehungen auf und zieht Schlussfolgerungen zur begrenzten Reichweite der Konzepte der *Industrial-Relations*-Forschung in einem Land mit „ungleicher Präsenz des Staates“.

Anhand der Kämpfe um den Bergbau in Südafrika analysiert Melanie Müller die Entwicklung des *social movement unionism* zu einem mächtigen Einflussfaktor im politischen Geschehen. Als historischer Wendepunkt erweist sich hierbei das Massaker von Marikana (vgl. dazu ihren Beitrag in *PERIPHERIE*, Nr. 134/135, S. 326-336). Es führte zur Krise des bis dahin hegemonialen Machtkomplexes bestehend aus der Partei *African National Congress*, dem Gewerkschaftsdachverband *Congress of South Africa Trade Unions* und der *Kommunistischen Partei*. Der Beitrag untersucht vor diesem Hintergrund, welche Potenziale und Herausforderungen mit der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verbunden sind.

Frauke Banse diskutiert die Wirkung externer Gelder auf Gewerkschaften sowie die Intentionen gewerkschaftlicher Geberorganisationen. Sie analysiert und problematisiert dabei am Beispiel der Länder Ghana und Benin sowohl die intendierten als auch die nichtintendierten Folgen des Verhältnisses zwischen Geberorganisationen aus dem Globalen Norden und Gewerkschaften

im Globalen Süden – etwa wenn unerwünschte politische Einflussnahme stattfindet oder die gewerkschaftsinterne Demokratie kompromittiert wird.

Die Erschließung neuer gewerkschaftliche Handlungsfelder in Brasilien untersucht *Selma Cristina Silva de Jesus*. Angesichts der Krise des Fordismus und neoliberaler Anpassungsstrategien hatten die Gewerkschaften neue Themen und Praxisformen entwickelt. Die Autorin konzentriert sich dabei auf die Erfahrungen des Dachverbands *Central Única dos Trabalhadores* im Feld der solidarischen Ökonomie. Allerdings ist ihr Ergebnis eher von Skepsis geprägt. Denn für die befragten ArbeiterInnen stellten genossenschaftliche Unternehmungen zumeist nicht die Grundformen einer alternativen Wirtschafts- und Sozialordnung, sondern lediglich pragmatische Alternativen in einem problematischen Arbeitsmarktumfeld dar.

Mehrere Diskussionsbeiträge runden diese Ausgabe ab: In einem Interview mit einem chinesischen Aktivistin, der anonym bleiben muss, zeigt *Ralf Ruckus* neue Entwicklungen gewerkschaftlicher Kämpfe in der Volksrepublik China auf. *Gerhard Dilger* nimmt die politische Dauerkrise in Brasilien nach dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff in den Blick. Schließlich zeichnet *Cavidan Soykan* gegenwärtige Entwicklungen in der Türkei nach, die die Meinungsfreiheit in Gefahr bringen. Abschließend stellt *Reinhart Kößlers* Rezensionenartikel die Frage, wie sich die aktuelle Veränderung der Welt verstehen lässt und welche Rolle dabei soziale Kämpfe sowie unterschiedliche Perspektiven auf Gewerkschaften spielen. Im *PERIPHERIE*-Stichwort stellt *Helen Schwenken* Frauen als das andere Geschlecht der Gewerkschaften vor.

Im Herbst wird die *PERIPHERIE* das Thema des „Künstlerischen und politischen Aktivismus“ in den Blick nehmen. Die erste Ausgabe des 37. Jahrgangs wird sich mit dem Thema „Rassismus“ befassen. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge wie immer sehr willkommen. Die entsprechenden *Calls for Papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Für unsere weitgehend ehrenamtliche Arbeit sind wir auch weiterhin auf die Beiträge der Mitglieder der WVEE, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*, und auf Spenden angewiesen. Wir freuen uns daher über neue Vereinsmitglieder ebenso wie über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie, liebe LeserInnen, im Impressum.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.

Matthias Ebenau & Felix Nickel

Gewerkschaftliche Krise und Erneuerung – *Labour Revitalisation Studies* als globale Konversation

Keywords: labour revitalisation studies, transnational unionism, informal and precarious work, gendered labour, unions and the state

Schlagwörter: labour revitalisation studies, transnationale Gewerkschaftspolitik, informelle und prekäre Beschäftigung, Geschlechtlichkeit von Arbeit, Gewerkschaften und der Staat

Gewerkschaften – hier verstanden im weitesten Sinne als formale Organisationen zur kollektiven Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten mit betriebs- und tarifpolitischer Handlungsmacht sowie einer massenintegrativen Funktion (vgl. Esser 1982) – haben in den vergangenen Jahren in zahlreichen Ländern und Weltregionen tiefgreifende Krisenprozesse durchlaufen. Diese dauern vielfach bis heute an. Trotz zum großen Teil unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und Verlaufsformen drücken sie sich in ähnlichen Erscheinungen aus. Dazu gehören insbesondere Mitgliederverluste, die Schwächung der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben, ein Rückgang bzw. eine Aushöhlung kollektivvertraglicher Regelungen, die Erosion politisch-institutionellen Einflusses und das Entstehen von Parallel- und Konkurrenzorganisationen, um nur die wichtigsten zu nennen (für mehr Details s. das Editorial dieses Heftes, S. 151ff). Für den industriellen Kapitalismus als Ganzen stellte deshalb der Soziologe Walther Müller-Jentsch (2006) Mitte des vergangenen Jahrzehnts die provokative Frage, ob nicht sogar ein „Kapitalismus ohne Gewerkschaften“ denkbar geworden sei. Zwar verwies schon Müller-Jentsch darauf, dass sich die Gewerkschaften historisch betrachtet als extrem wandlungsfähig und beharrungskräftig erwiesen hatten. Dass aber überhaupt ein eher gewerkschaftsnaher Wissenschaftler es für geboten hielt, die Frage – zuvor höchstens ein neoliberaler Wunschtraum – ernsthaft aufzuwerfen, zeigte, als wie weit fortgeschritten die gewerkschaftliche Krise allgemein wahrgenommen wurde.

Allerdings wurde diese auf Krise und Niedergang der Gewerkschaften fokussierte Sichtweise rasch in Frage gestellt. Neben Krisendiagnosen und

-analysen entwickelte sich ein auf strategische Optionen, innovative Praktiken und gewerkschaftliche Erneuerungsprozesse fokussierter Debattenstrang. Dieser wird vielfach als „labour revitalisation studies“ (LRS, in etwa „Studien zur Revitalisierung der ArbeiterInnenbewegung“) bezeichnet und hat sich inzwischen auch im deutschsprachigen Raum fest etabliert. Während VertreterInnen der LRS besagte Krisenanalysen zur Kenntnis – und ernst – nehmen, geht es ihnen mithin vor allem um die Analyse und auch um die Beförderung bestehender Gegentendenzen. Die politisch-wissenschaftlichen Implikationen dieses Perspektivwechsels werden im folgenden Zitat von Klaus Dörre und Stefan Schmalz, zwei wichtigen Vertretern der LRS im deutschsprachigen Raum, deutlich:

„Ein wichtiges Motiv [für die Herausbildung der LRS] war der Niedergangsfatalismus, der die sozialwissenschaftliche Debatte in Deutschland auszeichnete. Sofern Gewerkschaften überhaupt noch erforscht wurden, geschah das überwiegend in dem Duktus, Organisationen im Niedergang zu beobachten. Dem sollte ein Forschungsprogramm entgegengesetzt werden, das [...] die Möglichkeit einer strategischen Wahl der Gewerkschaften, und damit auch die Chancen einer Erneuerung betonte.“ (Dörre & Schmalz 2013: 14)

Zu den besagten strategischen Optionen und innovativen Praktiken von Gewerkschaften zählen sie etwa neue Modelle zur Stärkung der betrieblichen Verankerung wie den *Organizing*-Ansatz, eine neue Kampagnen- und Bündniskultur im Rahmen eines „social movement unionism“ und die Ausweitung des gewerkschaftlichen Mandats auf bislang unterrepräsentierte Beschäftigtengruppen, z.B. jene im informellen Sektor.

Den LRS ging es von Anfang an auch darum, einen transnationalen Austausch über Wege aus der gewerkschaftlichen Krise zu befördern und wechselseitige Lernprozesse anzustoßen. Somit können die LRS bereits jetzt als entstehende „globale Konversation“ bezeichnet werden. Allerdings ist dabei zumindest in ihrem deutschsprachigen Strang eine gewisse Konzentration auf Erfahrungen aus anderen OECD-Ländern und einigen wenigen Schwellenländern (z.B. Südafrika) zu verzeichnen. Hier setzt der vorliegende Artikel an. Sein hauptsächliches Anliegen ist es, eine größere Spannweite von Erfahrungen gewerkschaftlicher Krise und Erneuerung, insbesondere im Globalen Süden, sichtbar zu machen und diese auf ihre Aussagekraft für den hiesigen Kontext hin zu befragen.

Freilich ist ein solches Unterfangen nicht völlig problemfrei, bestehen doch, erhebliche Unterschiede zwischen Gewerkschaften in – pauschal gesprochen – Süd und Nord. Diese liegen in der Unterschiedlichkeit der regionalen und nationalen Varianten kapitalistischer Ökonomien, der mit diesen verbundenen Systemen industrieller Beziehungen und der Konstitution

der gewerkschaftlichen Organisationen selbst begründet. Unterschiede, um nur einige der hervorstechendsten aufzugreifen, bestehen darin, dass sich in den meisten Ländern des Globalen Südens ein erheblicher Teil der produktiven Aktivitäten außerhalb der formalen Ökonomie konzentriert und dass in den wenigsten Fällen nennenswerte Industriesektoren bestehen (vgl. dazu Abschnitt 2 dieses Textes). Dies verändert und erschwert die Bedingungen für gewerkschaftliches Handeln teils erheblich.

Nichtsdestoweniger sind wir der Auffassung, dass ein Lernen vom Süden möglich ist und politisch wie intellektuell produktiv sein kann. Einerseits müssen dabei vorhandene Unterschiede kritisch reflektiert werden. Dies gilt allerdings nicht nur für Süd-Nord-Vergleiche, sondern prinzipiell immer, wenn aus der Analyse eines Falls Rückschlüsse auf Handlungsmöglichkeiten in einem anderen gezogen werden sollen. Außerdem deuten zahlreiche der im Editorial dieses Heftes beschriebenen Krisentendenzen darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln in Ländern des Nordens in vielen Bereichen wenn auch nicht angleichen, so doch zumindest annähern. Dies gilt beispielsweise für das bereits erwähnte Problemfeld prekärer und informeller Beschäftigung und deren Ausweitung. In diesem und ähnlichen Feldern kann es besonders aufschlussreich sein, Organisationserfahrungen aus dem Globalen Süden aufzugreifen. Tatsächlich weisen nicht nur Krisenerfahrungen sondern auch Erneuerungsbemühungen in Süd und Nord vielfach erhebliche Ähnlichkeiten auf, wie im Verlauf dieses Artikels deutlich werden wird.

Der Rest des Textes gliedert sich in drei Teile. Der erste gibt einen Überblick über die Kerngedanken der LRS. Dies wird gefolgt vom Hauptteil des Artikels, in welchem wir entlang von vier thematischen Achsen ausgewählte Dimensionen von Krisen- und Erneuerungsprozessen darstellen und diskutieren: (1) die Herausbildung von transnationalen gewerkschaftlichen Organisationsformen, (2) das Problemfeld der Geschlechtlichkeit von Arbeit und gewerkschaftlicher Organisation, (3) Organisationsbemühungen von Gewerkschaften in Bezug auf informelle und prekäre Beschäftigungsformen und (4) das Verhältnis von Gewerkschaften zum Staat. Schließlich endet der Text, wie üblich, mit einigen knappen Schlussfolgerungen, die sich auf die Anforderungen der LRS als „globale Konversation“ sowie deren mögliche Beiträge zu gewerkschaftlichen Erneuerungsprozessen beziehen.

1. Studien und Debatten zur gewerkschaftlichen Erneuerung

Beginnen wir aber, wie eben angekündigt, mit den Kernannahmen und -aussagen der LRS. Diese lassen sich in einer Reihe von Begriffen zusammenfassen.

Sicherlich die Grundprämisse der LRS ist die Annahme, dass Gewerkschaften auch im Angesicht der diversen Krisentendenzen, die eben kurz angerissen wurden, über eine „strategische Wahl“ (*strategic choice*) verfügen. Um das Möglichkeitsspektrum gewerkschaftlicher Strategiebildung zu umreißen, verwendete Tony Huzzard (2004), der neben anderen den Begriff in die Debatte einführte, das Metaphernpaar vom „Boxen“ und „Tanzen“. Dieses verweist auf die Diversität des gewerkschaftlichen Repertoires: von klassischen, eher konfliktbasierten Ansätzen einerseits und verhandlungsorientierten, korporatistischen und sozialpartnerschaftlichen Strategien andererseits. Allgemeiner gesprochen verweist das Konzept der strategischen Wahl darauf, dass Gewerkschaften keine passiven Opfer von Entwicklungen sind, die unweigerlich in einen Kapitalismus münden würden, der, wie Müller-Jentsch andeutet, völlig ohne sie auskommt. Vielmehr sind sie als Akteure in diverse, institutionell vorstrukturierte Kontexte eingebunden, die sich in ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Hinsicht unterscheiden. In diesen Kontexten verfügen sie über spezifische „Möglichkeiten [...] kreativ zu handeln und sich selbst zu erneuern“ (Dörre 2008: 3). In diesem Verständnis sehen sich Gewerkschaften also mit Herausforderungen konfrontiert, die möglicherweise, soweit sie nicht erfolgreich bewältigt werden können, zu Krise und Niedergang führen können. Gleichzeitig verfügen sie in ihren jeweiligen politisch-institutionellen Kontexten – und nicht zuletzt durch die Anknüpfungspunkte, die sich in und aus diesen Kontexten ergeben – aber auch über handlungsorientierte Ressourcen, mit denen sie diese Herausforderungen potenziell meistern können. Ob und wie Gewerkschaften auf möglicherweise existenzbedrohende Entwicklungen erfolgreich reagieren können, hängt für die LRS also nicht allein – und nicht einmal vorrangig – von äußeren Krisenfaktoren ab. Stattdessen geht es mindestens ebenso stark um ihre Fähigkeit, ihre Ressourcen und die daraus resultierenden Handlungsoptionen zu erkennen und diese strategisch sinnvoll einzusetzen. Das Konzept der strategischen Wahl beinhaltet dabei nicht nur den Hinweis auf die notwendige gewerkschaftliche Strategiefähigkeit. Daneben betonen VertreterInnen der LRS auch immer wieder die Notwendigkeit zu kreativem Denken und Handeln, also des Blicks über den Tellerrand, der Adaption potenziell erfolgreicher Strategien usw. Damit wird freilich auch deutlich, dass erfolgreiche gewerkschaftliche Erneuerung bei aller Ablehnung eines Niedergangsfatalismus als ein anspruchsvolles und fragiles Projekt gesehen wird (vgl. Urban 2012: 227-229).

Ein zweites Grundmerkmal der LRS ist mittelbar bereits deutlich geworden: ihre enge Verzahnung mit Studien zu und Perspektiven auf die Vielgestaltigkeit

kapitalistischer Organisationsformen. In den Worten von Carola Frege und John Kelly (2004a: 31):

„Die Position von Gewerkschaften ist kontextabhängig, das heißt, sie hängt von den spezifischen politischen, ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ab, die gewerkschaftliches Handeln regulieren und Gewerkschaften im weiter verstandenen politischen und ökonomischen System verorten.“

Das Thema kapitalistischer Vielgestaltigkeit wurde in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten vorrangig mit der neoinstitutionalistischen „Spielarten des Kapitalismus“-Perspektive (*Varieties of Capitalism*, VoC) assoziiert (vgl. Hall & Soskice 2001). In dieser Traditionslinie argumentieren etwa Frege und Kelly, bestimmte strategische Handlungsansätze, Machtressourcen (s.u.) usw. seien in einigen politisch-institutionellen Kontexten bedeutsamer bzw. erfolgversprechender als andere. In den „liberalen Marktökonomien“ (etwa den USA oder dem Vereinigten Königreich), wo die industriellen Beziehungen grundsätzlich eher konfrontativ und schwach institutionalisiert sind, sei demzufolge eine Vorherrschaft von mitglieder- und konfliktorientierten Revitalisierungsstrategien (repräsentiert z.B. durch den *Organizing*-Ansatz) zu erwarten. In den stärker sozial korporatistisch geprägten „koordinierten Marktökonomien“ (wie der BRD) würden absehbar eher sektorale, partnerschaftsorientierte Strategien (Bündnisse für Arbeit u.ä.) verfolgt werden. Im Endergebnis sei in enger Verknüpfung mit den unterschiedlichen *Varieties of Capitalism* eben auch von „Varieties of Unionism“ auszugehen (Frege & Kelly 2004a: 40-42).

Zwar haben sich diese Erwartungen bezüglich der gewerkschaftlichen Strategiebildung in unterschiedlichen politisch-institutionellen Kontexten nur teilweise bewahrheitet. So verfolgen zum Beispiel etliche bundesdeutsche Gewerkschaften seit Jahren recht erfolgreich jene *Organizing*-basierten Ansätze, welche die „Varieties of Unionism“-Tradition eher im angloamerikanischen Raum verorten würde – freilich nicht, ohne diese vorher an den deutschen Dualismus von Gewerkschaften und Betriebsräten anzupassen (Dörre 2008). Auch in anderen Zusammenhängen ist der VoC-Ansatz einer grundlegenden Kritik von links unterzogen worden und kann in der Konsequenz in der Literatur über kapitalistische Vielgestaltigkeit inzwischen als überholt gelten (vgl. z.B. Bruff u.a. 2015; Kößler 2013). Dabei muss aber das sprichwörtliche Kind nicht mit dem Badewasser ausgeschüttet werden. Vielmehr ist die grundlegende Beobachtung, dass sich in enger Verzahnung mit der Diversität der Systeme industrieller Beziehungen – und kapitalistischer Institutionenkomplexe im Allgemeinen – auch eine Vielfalt gewerkschaftlicher Erneuerungsbemühungen und -strategien herausgebildet hat, zu einem tragfähigen Grundpfeiler der LRS avanciert.

Vor diesem Hintergrund tritt die Frage nach gewerkschaftlichen Machtressourcen – ein weiteres Kernkonzept der LRS – in den Vordergrund. Im Anschluss an Beverly Silvers (2005: 30-44) Unterscheidung von verschiedenen „Quellen von Arbeitermacht“ haben deutsche VertreterInnen der LRS – insbesondere die ProtagonistInnen des sogenannten „Jenaer Machtressourcenansatzes“ – eine differenzierte Typologie der Ressourcen entwickelt, die Gewerkschaften zur Bewältigung von Herausforderungen und Krisentendenzen einsetzen können. Silvers Differenzierung zwischen „struktureller Macht“ und „Organisationsmacht“ fügen die Jenaer ForscherInnen die Kategorie „institutioneller Macht“ hinzu, welche sich besonders zum Verständnis gewerkschaftlicher Machtressourcen in korporativen Kapitalismustypen eigne. Daraus ergibt sich folgende Trias gewerkschaftlicher Machtressourcen (vgl. zusammenfassend Dörre & Schmalz 2013: 15-19):

- Strukturelle Macht, gewissermaßen die Grundform von Arbeitermacht, ist, in diesem Verständnis, jene Macht, die aus besonderen Arbeitsmarktsituationen (z.B. Arbeitskräfteknappheit) bzw. unmittelbar aus der Stellung der Beschäftigten im Produktionsprozess und ihrer Fähigkeit, diesen zu stören, entspringt. Sie kann demzufolge spontan eingesetzt werden (z.B. durch Sabotage, „Bummelstreiks“ oder wilde Arbeitsverweigerung) und ist nicht zwingend auf dauerhafte Organisationen angewiesen.
- Davon zu unterscheiden ist die Organisationsmacht, die, wie der Name schon besagt, eben aus dem Zusammenschluss von Lohnabhängigen in Gewerkschaften, Arbeiterparteien und ähnlichen Organisationen entsteht. Anders als bei der strukturellen Macht handelt es sich bei der Organisationsmacht um eine dezidiert kollektive Machtressource (verknüpft mit Aktionsformen wie organisierten Massenstreiks oder vergleichbaren Formen der Druckentfaltung, meist zur Begleitung gruppenbezogener Verhandlungen).
- Institutionelle Macht – die erste Erweiterung von Silvers ursprünglicher Differenzierung – resultiert im Verständnis der Jenaer ForscherInnen aus der Verankerung von „sozialen Basiskompromissen“ in Form gesetzlicher und anderweitiger Institutionen (z.B. Tarifvertragssysteme, korporatistische Dialog- und Verhandlungsforen oder permanente betriebliche Mitwirkungskanäle). Wie alle Institutionen können sich diese mit der Zeit teilweise von den strukturellen und organisationalen Machtverhältnissen, aus denen sie hervorgegangen sind, entkoppeln.

Ausgehend von diesem Dreiklang sind immer wieder neue Differenzierungen und Erweiterungen der Typologie gewerkschaftlicher Machtressourcen

vorgeschlagen worden – etwa um „diskursive“ oder „politische Macht“ – um den Ansatz nuancierter und auf weitere politisch-institutionelle Kontexte, unter anderem des Globalen Südens, anwendbar zu machen (s. den Beitrag von Weinmann u.a. in diesem Heft, S. 182ff). Der Grundgedanke bleibt jedoch stets derselbe, nämlich dass Gewerkschaften je nachdem, welche strategischen Entscheidungen sie treffen und in welcher Art Umfeld sie agieren, auf eine Vielfalt von Machtressourcen in wechselnden Mischungsverhältnissen zurückgreifen können.

Mit den beschriebenen drei Aspekten – der Betonung der strategischen Wahl der Gewerkschaften, der Verzahnung gewerkschaftlicher Erneuerungsansätze mit kapitalistischer Vielgestaltigkeit und der Verschiedenartigkeit gewerkschaftlicher Machtressourcen – ist der „Markenkern“ der LRS umrissen, wenn auch nur in Grundzügen. Im Folgenden werden wir uns nun, wie angekündigt, auf einen kleinen *tour d’horizon* gewerkschaftlicher Erneuerungsbestrebungen im globalen Süden begeben.

2. Gewerkschaftliche Herausforderungen und Revitalisierungsansätze im globalen Süden – ein *tour d’horizon*

Dieser Überblick erfolgt, wie eingangs angekündigt, entlang von vier thematischen Achsen: die verstärkte Herausbildung von transnationalen gewerkschaftlichen Organisationen, Netzwerken usw.; neue Ansätze im Verhältnis von geschlechtlicher Verfasstheit der Arbeitswelt und gewerkschaftlicher Organisation; verstärkte Organisationsbemühungen in Bezug auf die vielfach lange vernachlässigte Gruppe der informell und prekär Beschäftigten; und Neujustierungen im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und dem Staat. Diese Einteilung ergibt sich aus einer systematischen Lektüre einschlägiger wissenschaftlicher Literatur zu Prozessen und Situationen gewerkschaftlicher Erneuerung, mit einem Schwerpunkt auf die deutsch- und englischsprachige Forschung, aber auch unter Einbeziehung französisch- und spanischsprachiger Arbeiten. Ein Thema, das in diesem Zusammenhang eine eigenständige Diskussion verdienen würde, ist der oben angesprochene *social movement unionism*. Wir haben aber hier bewusst darauf verzichtet, da dieses Feld andernorts in diesem Heft diskutiert wird (vgl. die Beiträge von Fütterer und Müller in diesem Heft S. 201ff u. 268ff).

Bevor wir beginnen, noch ein knappes Wort zur Fallauswahl: mit unserem *tour d’horizon* erheben wir keinen Anspruch auf Verallgemeinerbarkeit im methodologisch strikten Sinne. Uns geht es weniger um eine umfängliche Analyse der Krisen- und Erneuerungstendenzen sowie -bedingungen, auf

deren Basis wir generelle Aussagen für den hiesigen Kontext treffen könnten. Die besprochenen Fälle sind somit nur insofern repräsentativ, als sie die unseres Erachtens wichtigsten thematischen Achsen gewerkschaftlicher Erneuerung abbilden und sehr diversen regionalen Kontexten entnommen sind. Vor allem geht es uns aber darum, ausgewählte positive Erfahrungen aus Ländern des Südens zusammenfassend darzustellen und daraus Hinweise und Impulse für die deutschsprachige LRS abzuleiten. Somit leistet dieser Artikel keine umfängliche und systematische Analyse der Erfolgsfaktoren gewerkschaftlicher Krise und Erneuerung in Ländern des Südens und deren Übertragbarkeit. Eine solche Analyse müsste beispielsweise auch gescheiterte Erneuerungsbemühungen einbeziehen.

2.1 Gewerkschaft global? Transnationale Organisationsansätze

Angesichts fortschreitender Prozesse globaler wirtschaftlicher und politischer Verflechtung bilden Forderungen nach einer stärkeren Ausrichtung von Gewerkschaftsarbeit auf transnationale Organisation und Aktionen einen festen Bestandteil der LRS. Das Zustandekommen von Aktionen internationaler Gewerkschaftssolidarität, in denen Beschäftigte aktiv für ihre KollegInnen in einem anderen Land eintreten, erscheint aber vor dem Hintergrund einer nach wie vor vorherrschenden globalen Gewerkschaftskonkurrenz als schwer realisierbar.

Handelsliberalisierung und eine zunehmende Kapitalmobilität haben zu einer neuen globalen Arbeitsteilung beigetragen, bei der große Teile industrieller Produktion aus dem Globalen Norden in Länder des Südens ausgelagert wurden. Auch wenn diesbezüglich die Erklärungsfähigkeit des Konzepts der „Globalisierung“ für die Position der ArbeiterInnenschaft umstritten ist (vgl. Hirst & Thompson 2003; Amoore 2002: 7; McMichael 2004: 198-200), bewirkt die gewerkschaftliche Internalisierung von Konkurrenzverhältnissen – selbst wo diese nur diskursiv-konstruiert sind – eine Spaltung der ArbeitnehmerInnen, die transnationale Organisation erschweren (Lambert & Webster 2004: 85f; Hyman 2011: 52). Dabei gilt es zu beachten, dass die Spaltung nicht nur allein entlang einer Nord-Süd-Dimension erfolgt, sondern insbesondere auch zwischen ArbeiterInnen aus dem Globalen Süden (Scherrer 2007: 146-148). Geographische und kulturelle Trennung, Sprachbarrieren und verschiedene Rechtssysteme stellen Organisierungshemmnisse dar und ermöglichen es global agierenden Konzernen, geographisch gebundene ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen (Bieler u.a. 2008: 269). Richard Hyman (2011) bemängelt zudem, dass der bestehende Internationalismus von Gewerkschaften, der vor allem über – wenig schlagkräftige – Internationale

Gewerkschaftsbünde und Globale Gewerkschaftsverbände (*Global Union Federations*, GUFs) organisiert wird, sich meist auf eine Art von „Gewerkschaftsdiplomatie“ beschränke. Einige Kommentatoren gehen sogar so weit, diesen Modus transnationaler Verbindungen aufgrund der starken Position von Gewerkschaften des globalen Nordens in den bestehenden Netzwerken als „Gewerkschaftsimperialismus“ zu charakterisieren (Munck 2002: 135-153).

Peter Evans (2010) weist umgekehrt aber auch darauf hin, dass der Niedergangsfatalismus, der mit der Globalisierung in Verbindung gebracht wird, nur eine Seite der Medaille ist. So böte die Globalisierung auch eine Chance für die Formierung einer globalen ArbeiterInnenbewegung, die vor allem von den Möglichkeiten internetbasierter Kommunikation und Mobilisierung sowie einem neuen Druckpotenzial von ArbeiterInnen in globalen Wertschöpfungsketten profitiere. Er verweist zum Beispiel auf die Praxis des „reverse whipsawing“, bei dem ArbeiterInnen, die an ihren Orten mit Repression und politischer Ausgrenzung konfrontiert sind, auf transnationale Vernetzung mit stärker positionierten ArbeitnehmerInnen zurückgreifen und so – oftmals vermittelt über die Leitfirmen in globalen Wertschöpfungsketten – konkrete Verbesserungen vor Ort erreichen.¹ Die Verbindung von Beschäftigten an verschiedenen Orten miteinander sehen Edward Webster, Robert Lambert und Andries Beziudenhout (2008) – in Anlehnung an Polanyi – ebenfalls als Möglichkeit für die Bildung einer globalen Gegenbewegung, die es ermögliche, verschiedene lokale Kämpfe global miteinander zu verknüpfen. Weiterhin Sorge die Globalisierung, die verschiedenste Gruppen unter Druck setze, auch für eine horizontale Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Gerade im Zusammenhang mit dem Konzept der strategischen Wahl zeigt sich also, dass die strukturellen Veränderungen im Zuge der Globalisierung auch Chancen für die transnationale Organisation bereithalten (Webster u.a. 2008: 10-12).

Auch ist es mit Blick auf die internationalen Gewerkschaftsföderationen sicher richtig und wichtig, die Frage nach regionalen Machtungleichgewichten auf der internationalen Ebene aufzuwerfen. Allerdings – so das Ergebnis dieser Recherche – versperrt diese rein problemzentrierte Perspektive auch den Blick auf internationale Gewerkschaftskampagnen, in denen GUFs eine durchaus progressive Rolle in Prozessen gewerkschaftlicher Erneuerung im Globalen Süden gespielt haben. Weiterhin lässt sich an diesem Beispiel ablesen, dass eine strategische Nutzung der an den verschiedenen Orten verfügbaren Handlungsrepertoires die Organisierte Arbeit von der Defensive in die Offensive bringen kann.

1 Evans 2010: 357-359; für Beispiele aus der globalen Textilindustrie vgl. den Beitrag von Fütterer in diesem Heft, S. 201ff.

So zeigt etwa McCallum (2011) anhand einer von der US-Gewerkschaft *Service Employees International Union* (SEIU) und der internationalen Föderation UNI Global initiierten und getragenen Kampagne, wie transnationale Aktionen in Südafrika zu lokaler gewerkschaftlicher Revitalisierungen geführt haben. Ziel der Kampagne war dabei, das global agierende Sicherheitsunternehmen G4S zur Unterzeichnung eines Internationalen Rahmenabkommens zur gewerkschaftlichen Organisation zu bewegen. Die Kampagne verband ArbeiterInnen in den USA mit solchen in Südafrika, Indonesien, Malawi, Indien und Nepal. Die schlechten Arbeitsbedingungen in Ländern des Südens wurden dabei skandalisiert, um die Reputation des Unternehmens anzugreifen. Dies stellt also einen klassischen Fall des *reverse whipsawing* (s.o.) dar. Callum untersucht die Auswirkungen der Kampagne auf die *South African Transport and Allied Workers Union* (SATAWU), die bis zu ihrem Eintritt in die Kampagne aufgrund massiver anti-gewerkschaftlicher Strategien von G4S in Südafrika erfolglos versucht hatte, dessen Beschäftigte zu organisieren. Durch die erfolgreiche Skandalisierung der Arbeitsbedingungen in Südafrika drohte G4S letztlich der Verlust von lukrativen Aufträgen im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft. Dies wurde zu einem der Gründe für die Bereitschaft des Unternehmens zur Unterzeichnung eines Rahmenabkommens. Nach anfänglichen Problemen bei der Umsetzung der Vereinbarungen zur Vereinigungsfreiheit konnte UNI Global über Kontakte zur Konzernführung erwirken, dass das lokale Management von G4S in Südafrika seine gewerkschaftsfeindliche Haltung aufgab. SATAWU ermöglichte dies, in Kernunternehmen von G4S einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs zu erreichen.

Daneben wird inzwischen vielfach diskutiert, inwiefern einige Gewerkschaften des Globalen Südens führend an der Herausbildung eines „neuen Gewerkschaftsinternationalismus“ (*new labour internationalism*, NLI) mitwirken. Im Sinne eines Bewegungsansatzes – eines *social movement unionism* (s.o.) – zeichnet sich dieser vor allem durch eine Erweiterung in Bezug auf ihre politischen Inhalte wie auch die zugrundeliegenden Allianzen und Strategien, über die etablierten Gewerkschaftsnetzwerke und -förderationen hinaus, aus. So werde auch rund um Themenkomplexe wie Umwelt und eine breitere Konzeption von sozialer Gerechtigkeit mobilisiert, und es würden verbreitet Allianzen mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) und lokalen Graswurzelinitiativen eingegangen (Munck 2002: 154ff). Lambert und Webster (2006) sehen etwa in der *Southern Initiative on Globalization and Trade Union Rights* (SIGTUR) ein Beispiel für diesen neuen, eher bewegungsorientierten Internationalismus. Dieses kampagnenorientierte Netzwerk demokratischer Gewerkschaften des globalen Südens zeichne sich durch seine

Horizontalität und Offenheit gegenüber sozialen Bewegungen aus. Dabei sei besonders der Netzwerkcharakter entscheidend, der eine Formalisierung und Bürokratisierung vermeide (kritischer allerdings Dobrusin 2014). Auch die Erfahrungen von Organisationen wie *TIE International* (s. den Beitrag von Fütterer in diesem Heft; S. 201ff) deuten darauf hin, dass horizontale Ansätze transnationaler Organisation oft sehr erfolgsversprechend sind.

Letztlich scheint es daher zu kurz zu greifen, bewegungsorientierte, eher horizontale transnationale Organisationsansätze und Initiativen aus den etablierten Gewerkschaftsbürokratien prinzipiell gegeneinander zu diskutieren. Beide können, so haben die hier knapp geschilderten Beispiele, gezeigt zu Revitalisierungsprozessen auf lokaler und nationaler Ebene wichtige Beiträge leisten (vgl. auch Reinecke & Donaghey 2015). Diese Erkenntnis ernst zu nehmen und in die Praxis zu überführen könnte auch hierzulande gewerkschaftliche Erneuerungsprozesse befördern.

2.2 „A woman's place is everywhere, but especially in her union.“² – Die geschlechtliche Verfasstheit von Arbeit und gewerkschaftliche Organisation

Ein Blick in gewerkschaftliche Organisationsstrukturen weltweit offenbart, dass es Gewerkschaften zumeist nur sehr eingeschränkt gelungen ist, Frauen im gleichen Maße wie Männer zu organisieren. In wichtigen Teilen der Debatte über gewerkschaftliche Erneuerung werden – zusätzlich zu der berechtigten normativen Kritik an dieser Situation – die geschlechtersensible Gestaltung von Organisationsstrukturen und die politische Orientierung auf Geschlechtergerechtigkeit, als zentrale Elemente und Erfolgsvoraussetzungen postuliert (Britwum & Ledwith 2014a 1; Cobble 2012: 50f). Die Verknüpfung von Geschlechterproblematiken mit den LRS ist vor allem vor dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Positionierung von Frauen im Arbeitsmarkt von Bedeutung: mit der verstärkten Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt werden bestehende Genderregime unterlaufen, da weibliche Beschäftigung sich auf die als „männlich“ konnotierte „öffentliche“ Sphäre der Produktion ausdehnt. Geschlechtliche Ungleichheit wird in diesem Prozess jedoch nicht abgebaut, sondern im Gegenteil weiter vertieft. Augenfällig ist hier, dass Frauen in besonderem Maße von prekären Arbeitsbedingungen und fehlendem rechtlichem Schutz betroffen sind. Zu beobachten ist zudem eine verstärkte Ungleichheit zwischen Frauen, die durch eine Überkreuzung von Geschlechtlichkeit mit anderen Diskriminierungsformen auf der Basis von Klasse, Rasse,

2 Britwum & Ledwith 2014a: 1.

Ethnie, Nationalität oder Kaste zustande kommt (Young 2001: 316-318; Brooks 2007: 112; Chatterjee 2014). Gender spielt für gewerkschaftliche Erneuerung somit in zweierlei Hinsicht eine Rolle. Erstens geht es aus einer Genderperspektive um die Stärkung der Repräsentation von Frauen im organisatorischen Aufbau von Gewerkschaften. Damit verbunden will eine solche Perspektive zweitens auch auf eine verstärkte inhaltliche Verankerung der mit der Herstellung von mehr Geschlechtergerechtigkeit, speziell auf dem Arbeitsmarkt, verbundenen Problemstellungen in gewerkschaftlichem Handeln hinaus, und damit auf den Abbau der eben beschriebenen Ungleichheiten (vgl. Cobble 2012).

Zunächst muss konstatiert werden, dass bestehende Ungleichheiten auch innerhalb von Gewerkschaften oftmals weiter reproduziert und Handlungsanforderungen in Bezug auf die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit marginalisiert werden (Broadbent & Ford 2008; Britwum & Ledwith 2014). In so zentralen gewerkschaftlichen Betätigungsfeldern wie dem Tarifvertragswesen werden die Interessen von Frauen oftmals durch vorherrschende androzentrische Denkweisen und personelle Geschlechterungleichheit an den Rand gedrängt, etwa wenn es um Forderungen nach bezahltem Erziehungsurlaub oder familienorientierten Sozialeinrichtungen geht. Ein Beispiel beschreiben in diesem Zusammenhang Melisa R. Serrano und Ramon A. Certeza (2014), die in ihrer Fallstudie die Philippinen betrachten. Sie zeigen, wie selbst in der vor allem von weiblichen Beschäftigten dominierten Textilindustrie durch eine geringe Frauenbeteiligung in der Gewerkschaftsführung und insbesondere in den Verhandlungskommissionen bei Tarifverhandlungen, eben jene genderspezifischen Forderungen unberücksichtigt bleiben.

Die bestehende Forschungsliteratur deutet zugleich aber auch darauf hin, dass mehr und mehr Gewerkschaftsbewegung(en) weltweit die Gefahr einer Ausblendung der Geschlechtlichkeit sowohl von Arbeit als auch von gewerkschaftlicher Organisation erkennen (Broadbent & Ford 2008a: 3). So gibt es mittlerweile zahlreiche positive Beispiele dafür, wie Frauen zu einer Revitalisierung von Gewerkschaften beitragen und wie eine stärkere Ausrichtung ihrer Strategien auf das Problemfeld der Geschlechtergerechtigkeit zu einer Ausweitung des gewerkschaftlichen Handlungsrepertoires führen kann (Britwum & Ledwith 2014a 6).

In diesem Sinne zeigen etwa Andrew Brown und Saowalak Chaytaweeep (2008), wie in Thailand seit den 1990er Jahren der Aktivismus von weiblichen Beschäftigten im Textilsektor für ihre eigenen Anliegen innerhalb und außerhalb von Gewerkschaften sowie die Zusammenarbeit mit NRO dazu geführt haben, den rechtlich und politisch beschränkten gewerkschaftlichen

Handlungsspielraum zu erweitern. Ausgangspunkt war hier eine feministische Kritik bestehender androzentrischer Gewerkschaftsstrukturen und -praktiken. So begann zum Beispiel die *Thia Kriang Trade Union* (TKTU), eine Gewerkschaft, die ArbeiterInnen einer Textilfabrik organisierte, einen *Organizing*-Ansatz zu verfolgen, der über den engen Fokus auf Löhne und Arbeitsbedingungen hinausging. Zusätzlich engagierte sich die TKTU in Kampagnen innerhalb von Netzwerken, die auch nicht-gewerkschaftliche Akteure einschlossen, insbesondere der *Women Workers' Unity Group* (WWUG). In diesem Rahmen setzte sich die TKTU auch über den Horizont des eigenen Betriebs für Arbeitsrechte, soziale Gerechtigkeit im Allgemeinen und Geschlechtergerechtigkeit im Speziellen ein, vor allem für die Ausweitung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs. Gerade in der Allianz mit NRO, in denen oftmals (nicht zuletzt aufgrund von Konditionalitäten ausländischer Geldgeber) weitaus mehr Frauen in Führungspersonen vertreten sind, war es für engagierte Frauen innerhalb von Gewerkschaften möglich für eine stärkere Einbindung von genderspezifischen Themen nicht nur in die innergewerkschaftliche Debatte zu sorgen, sondern diese auch durchzusetzen. So gelang es, die thailändische Regierung dazu zu bewegen, die Dauer des rechtlich verankerten Mutterschaftsurlaubs von zwei auf drei Monate zu verlängern – ein durchschlagender politischer Erfolg für eine Betriebsgewerkschaft (Brown & Chaytawee 2008: 106-108, 112f).

Diese und ähnliche Erfahrungen³ lassen erste Rückschlüsse auf Potenziale für gewerkschaftliche Erneuerungsprozesse – auf der Organisations- wie auf der politischen Ebene – zu, die mit der stärkeren Einbeziehung von Frauen sowie Themen der Geschlechtergerechtigkeit einhergehen. Insofern scheinen krisengebeutelte Gewerkschaften – auch in Deutschland – gut beraten zu sein, die feministische Kritik nicht von vornherein zurückzuweisen, sondern ernst zu nehmen, auch wenn sie die eigene Organisation betrifft. In den *Organizing*-Ansätzen einiger Gewerkschaften des Globalen Südens hat sich gezeigt, dass die Erweiterung des gewerkschaftlichen Handlungsfeldes auf der Basis eines explizit geschlechtspolitischen Programms, welches über die engen Grenzen des Betriebes hinausgeht, ein großes Mobilisierungspotenzial bietet, mit dem gewerkschaftliche Machtressourcen auf verschiedenen Ebenen wieder gestärkt werden konnten. Im hiesigen Umfeld stellt die Kampagne der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste ein positives Beispiel dafür dar, dass ein solches Umdenken stellenweise tatsächlich stattfindet.

3 Für ein Beispiel aus Indien vgl. Hill 2008; für Bangladesch vgl. Rahman 2008.

2.3 Organisierung der Unorganisierbaren?

Informelle und prekäre Beschäftigung

In Hinblick auf die Problematik von informeller und prekärer Beschäftigung stehen Gewerkschaften weltweit vor schwierigen Herausforderungen: mit der Ausweitung von Dienstleistungssektoren und der von neoliberalen Politiken getragenen Deregulierung von Arbeitsmärkten sehen sie sich zunehmend einer Erosion der – vorrangig von Männern ausgefüllten – „Normalarbeitsverhältnisse“ gegenüber (Mosoetsa & Williams 2012: 6). In dieser Hinsicht hatte der Globale Süden eine nicht eben positive Vorbildfunktion, da die informellen Sektoren historisch in den meisten Ländern des Südens deutlich größer waren als im Norden.⁴ Dennoch haben Gewerkschaften es auch hier vielfach für lange Zeit versäumt, informell Beschäftigte einzubinden, und standen ihnen teilweise sogar offen feindlich gegenüber, da sie als Gefahr für die erkämpften Privilegien der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten aus den Leitsektoren wahrgenommen wurden (Kabeer u.a. 2013: 3; Heery 2009: 430). In den letzten Jahrzehnten sind bestimmte Typen informeller Beschäftigung – etwa prekäre Formen von Solo-Selbständigkeit, *Crowdworking* usw. – auch in Ländern des Nordens auf dem Vormarsch.

Abgesehen von den negativen direkten Auswirkungen auf die Beschäftigten stellt die Erosion des im Vergleich zum informellen Sektor historisch ohnehin schon weniger bedeutsamen formellen Sektors für Gewerkschaften im Globalen Süden – und ansatzweise auch im Norden – eine teilweise existenzielle Bedrohung dar (Jordhus-Lier 2010: 117). So schwächt der Rückgang formeller Beschäftigung auch die gewerkschaftlichen Machtressourcen, insbesondere die strukturelle Macht der Lohnabhängigen. Zum anderen kann sie auch auf andere Machtressourcen ausstrahlen, etwa wenn es zu bedeutsamen Verlusten bei den finanziellen Mitteln kommt (vgl. beispielhaft für Nigeria Andrae & Beckman 2011: 22).

Angesichts zahlreicher Organisationshemmnisse bzw. -hindernisse galten Beschäftigte des informellen Sektors lange als aus gewerkschaftlicher Sicht „unorganisierbar“ (vgl. Lindell 2010a). Außerdem geht es bei Organisationsbestrebungen in informellen Ökonomien des Südens aufgrund der vorherrschenden extrem prekären Situationen oftmals in einem ersten Schritt um den Kampf um die Einhaltung grundlegender Menschenrechte und erst in einem weiteren Schritt um gewerkschaftliche Organisation und die damit verbundenen Themen und Zielstellungen (Kabeer u.a. 2013: 14).

Dennoch verzeichnete Dan Gallin bereits vor fünfzehn Jahren (2001: 538) zahlreiche erfolgreiche Organisationsansätze im informellen Bereich.

4 Vgl. für verschiedene Weltregionen Berroterán 2013: 38f; Ryklief 2013: 11; Viajar 2013: 23.

Unserer Recherche zufolge lassen sich zwei große Trends in der Form der Organisierung feststellen: erstens gibt es Ansätze nationaler Gewerkschaften, ihre Aktivitäten auf informell Beschäftigte auszudehnen und so ganz im Sinne der LRS über eine „Organisierung der Unorganisierten“ (Heery & Adler 2004; für Ghana: Anyemedu 2000) die eigene Organisationsmacht zu stärken. Zweitens, sind aufgrund der Zurückhaltung bestehender Gewerkschaften in vielen Ländern und Sektoren entweder neue Gewerkschaften oder Bündnisse aus NRO und Solidaritätsgruppen informell Beschäftigter entstanden, die neben bestehenden Gewerkschaften quasi-gewerkschaftliche Arbeit betreiben (Boampong 2010: 133).

In Bezug auf den ersten Trend zeigt etwa Frauke Banse (2013), dass die zunehmende Erosion formeller Beschäftigung in Ghana den gewerkschaftlichen Dachverband *Ghana Trades Union Congress* (GTUC) sowie seine Mitgliedsgewerkschaften, allen voran die LandarbeiterInnengewerkschaft *General Agricultural Workers' Union* (GAWU), dazu bewegt hat, zunehmend informell Beschäftigte zu organisieren. Mit einem gestiegenen Anteil formal selbständiger Kleinbäuerinnen änderte sich auch die strategische Ausrichtung der GAWU hin zu einem stärkeren Fokus auf die politischen Rahmenbedingungen. Um die Interessen ihrer Mitglieder im informellen Sektor zu vertreten greift die GAWU daher vor allem auf politische Kampagnen (also diskursive und politische Machtressourcen) und Koalitionsbildung mit NRO zurück. So beteiligte sich die GAWU etwa auch federführend an Kampagnen gegen ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (Banse 2013: 314f).

Ercüment Çelik (2011) beschreibt wiederum einen interessanten Fall, bei dem informell arbeitende StraßenverkäuferInnen durch ihre Selbstorganisation gewerkschaftliche Revitalisierungsbestrebungen erst angeschoben haben. So begegneten unregistrierte HändlerInnen im Verbund mit dem internationalen Netzwerk *StreetNet* den Versuchen der Stadtverwaltung in Durban, sie im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft aus der städtischen Wirtschaft zu verbannen. Unter dem Motto „World Class Cities for All“ vereinigten sich verschiedene benachteiligte Gruppen, die fürchteten durch eine profitorientierte Stadtentwicklung an den Rand von Stadt und Gesellschaft gedrängt zu werden (Çelik 2011: 92f). Im Zuge der Kampagne entwickelte sich ein breites Bündnis, in das auch Gewerkschaften des Dachverbandes *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) eingebunden waren. So mobilisierte der Dachverband beispielsweise massiv gegen die Zwangsräumung von Slums (ebd.: 94). Die Organisierung der informell Beschäftigten war hier also Ausgangspunkt einer Bewegung, an der später auch – Stichwort: *social movement unionism* – Gewerkschaften teilnahmen (ebd.: 99). Dieser

Fall ist auch interessant, weil er zeigt, wie der im Post-Apartheid-Südafrika traditionell staatstragende Dachverband mit Blick auf die Einbeziehung traditionell marginalisierter Bevölkerungsteile in gewerkschaftliche Politik sein Verhältnis zu staatlichen Apparaten und Eliten neu justiert. Ein weiterer, geradezu paradigmatischer und deshalb bereits vielfach diskutierter Fall von gewerkschaftlicher Erneuerung durch Selbstorganisation aus der informellen Ökonomie heraus ist die indische *Self-employed Women's Association* (SEWA), heute die größte Gewerkschaft des Landes (vgl. etwa Folkerth & Warnecke 2011; Hill 2008). Nicht zuletzt ihre Erfolge bei der Selbst-Organisation von Bereichen der informellen Ökonomie und der mit dieser Strategie verbundene Kurs die Koalitionsbildung mit anderen nicht-staatlichen Akteuren auf Gemeinde- oder Stadtebene haben in Indien zu einem signifikanten Anstieg der Gewerkschaftsmitgliedschaft geführt (Gillan & Lambert 2013: 183).

Welche Hinweise für gewerkschaftliche Erneuerungsansätze lassen sich aus diesem raschen Überblick ziehen? Zum einen springt ins Auge, dass Organisationserfolge in der informellen Ökonomie offensichtlich oftmals mit einer Erweiterung der Handlungsarena über den betriebs- und tarifpolitischen Kern hinaus einhergehen, bzw. dass Gewerkschaften unter dem Einfluss von Aktiven aus den informellen Sektoren eine solche Horizont-erweiterung vornehmen. Generell scheint es, dass informell Beschäftigte durch ihre Brückenfunktion zwischen sozialen Bewegungen benachteiligter Gruppen und der traditionellen Gewerkschaftsbewegung dazu beitragen können, politische Machtressourcen zu reaktivieren (vgl. Çelik 2011: 275f). Daneben wirkt es, wie Ilda Lindell (2010a: 20) argumentiert, verfehlt, Menschen in informellen Arbeitsverhältnissen zu viktimisieren und sie im Rahmen der Revitalisierungsdebatte allein als „passive Ziele zu sehen, die auf die rettende Hand der Gewerkschaften warten“. Angesichts der zunehmenden Bedeutung informeller und prekärer Beschäftigung auch in Ländern des Nordens scheinen europäische und deutsche Gewerkschaften gut beraten zu sein, diese Punkte für ihr Handeln zu berücksichtigen.

2.4 Unaufhaltsame Erosion institutioneller Macht? Gewerkschaften und der Staat

Nehmen wir die eingangs umrissene Typologie gewerkschaftlicher Machtressourcen zum Ausgangspunkt, dann haben sich die vorigen Sektionen vor allem mit Ansätzen zur Rekonstruktion der Grundformen gewerkschaftlicher Macht – strukturelle und Organisationsmacht – beschäftigt. Wie mit dem Verweis auf die spätere Ergänzung der Typologie um „institutionelle“ oder

„politische“ Machtressourcen bereits angedeutet, können Konstellationen gewerkschaftlicher Krise und Erneuerung vielfach nicht angemessen diskutiert werden, ohne die politisch-institutionelle Dimension und insbesondere die Rolle des Staates in den Systemen industrieller Beziehungen einzubeziehen. Insofern haben sich gewerkschaftliche Positionierungen und deren Veränderung im Verhältnis zum Staat ebenfalls zu einem wichtigen Debattenobjekt im Umfeld der LRS entwickelt (vgl. Bieler u.a. 2008: 4).

In vielen Ländern mit historisch eher kooperativen Beziehungen zwischen organisierter Arbeit, Kapital und Staat in Süd und Nord – wobei letzteren oftmals offen oder verdeckt die Rolle eines Moderators und Organisators dieser Kooperation zufiel – war es im Rahmen der Neoliberalisierungsoffensive der 1980er und 1990er Jahren zu massiven Verwerfungen zwischen Gewerkschaften und Staat gekommen. Dabei büßten erstere zumeist massiv an staatlich unterstützter Macht ein (vgl. z.B. für Lateinamerika Wachendorfer 2007: 34f). Dort, wo ein offener Bruch ausblieb, wie etwa in der BRD während der 1990er und frühen 2000er Jahre, hielt die teilweise Kontinuität institutioneller Macht bei gleichzeitig erodierender struktureller und Organisationsmacht lange Zeit die Illusion gewerkschaftlicher Stärke aufrecht, was oftmals notwendige Erneuerungsinitiativen hinauszögerte (Dörre 2012: 9f).

Eine interessante vergleichende Analyse von gewerkschaftlichem Widerstand und daraus resultierenden Erneuerungsprozessen angesichts der neoliberalen Brechung eines ehemals korporativen Kapitalismusmodells – Argentinien – liefert María Ana Drolas (2009). Wie Nico Weinmann, Friedrich Bossert und Paul Hecker (in diesem Heft, S. 182ff) nachzeichnen, war das argentinische System industrieller Beziehungen traditionell durch die enge ideologische und personelle Verflechtung der lange Zeit dominanten peronistischen politischen Strömung und der etablierten Gewerkschaftsorganisationen, organisiert im nationalen Dachverband *Confederación General del Trabajo de la República Argentina* (CGT), geprägt. Als Resultat dieser Verflechtung verfügten die Gewerkschaften über eine erhebliche institutionelle Macht, vermittelt etwa durch die Kontrolle von Krankenversicherungen, welche ihrerseits die Herausbildung von Organisationsmacht ermöglichte. Zugleich mangelte es den Gewerkschaftsführungen, auch aufgrund persönlicher Verstrickungen, aber oftmals an der notwendigen Distanz zu den staatlichen Eliten und ihren Organisationen fehlte es an Mobilisierungsfähigkeit. Dies limitierte ihre Fähigkeit, dem staatlich organisierten neoliberalen Umbau des argentinischen Wirtschaftsmodells, welcher (ähnlich wie in Großbritannien unter *New Labour* oder in der BRD unter den Schröder-Regierungen) von einer nominell gewerkschafts- und sozialstaatsfreundlichen peronistischen

Regierung unter Carlos Menem vorangetrieben wurde, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen (vgl. auch Palomino 2005).

Drolas (2009) analysiert vor diesem Hintergrund, wie während der 1990er Jahre zwei lokale Gewerkschaften des bis dato staatlich kontrollierten Elektrizitätssektors, *Luz y Fuerza Capital Federal* (LyFCF, Buenos Aires) und *Luz y Fuerza Córdoba* (LyFC) auf die Bestrebungen zur Privatisierung der öffentlichen Energieversorgungsunternehmen reagierten. Die bonaerensische LyFCF zeichnete sich demnach durch eine Kombination eines partnerschaftlichen Ansatzes gegenüber dem Staat (zugleich Arbeitgeber), einer schwach ausgeprägten Autonomie und einer starken Zentralisierung der internen gewerkschaftlichen Organisation aus. Diese Eigenschaften machten die Gewerkschaft unfähig, ihre Mitgliedschaft gegen die von der Provinzregierung im Jahr 1992 angestrebte Privatisierung des Energieversorgers *SEGBA* zu einer effektiven Widerstandsbewegung zu mobilisieren (ebd.: 5f). Anders die LyFC aus Córdoba, welche sich als hauptsächliche Trägerin des *Cordobazo* (1969), eines durch Arbeitskonflikte motivierten Aufstandes mit hoher Symbolkraft in der jüngeren argentinischen Geschichte, einen bedeutend höheren Grad an Autonomie von den Staatsapparaten und eine Präferenz für konfrontative Strategien bewahrt hatte. Zudem war sie durch durchlässigere und stärker demokratisch-repräsentative Organisationsstrukturen gekennzeichnet, welche angesichts der Konfrontation mit der Provinzregierung eine höhere Mobilisierungsfähigkeit bedingte. Durch die Mobilisierung von struktureller und Organisationsmacht konnte LyFC insgesamt dreimal erfolgreichen Widerstand gegen Initiativen zur Privatisierung des Energieunternehmens *EPEC* leisten. Dessen Eigentum liegt bis heute in öffentlicher Hand – eine Ausnahme in einem Land, das einer auch im regionalen Vergleich radikalen Privatisierung unterzogen wurde (Azpiazu & Schorr 2010: Kap. 4). Eine weitere vergleichende Analyse zu gewerkschaftlichem Widerstand gegen Privatisierungen in Lateinamerika – in diesem Fall in Peru und Bolivien – findet sich bei Susan Spronk (2009). Die Autorin konzentriert sich auf die Bildung von zivilgesellschaftlichen Koalitionen gegen die Privatisierung von Organisationen der öffentlichen Daseinsfürsorge. Ihre Schlussfolgerungen deuten jedoch in eine ähnliche Richtung, indem sie die Bedeutung des historischen Erbes der Gewerkschaftsorganisationen einerseits und die ihrer Möglichkeit zur „strategischen Wahl“ hervorheben.

Hierin liegt sicherlich die Kernbotschaft dieser Fallstudien: die diskutierten Erfahrungen aus dem lateinamerikanischen Kontext deuten darauf hin dass Gewerkschaften auch in (ehemals) korporativen Kapitalismusmodellen und Systemen industrieller Beziehungen keinesfalls dazu verurteilt

sind, deren durch staatliche und Kapitalakteure vorangetriebenen Erosion tatenlos zuzuschauen. Vielmehr können sie in bestimmten Fällen, so legt insbesondere das hier diskutierte Beispiel der Gewerkschaft LyFC nahe, durch eine strategische Rückbesinnung auf alternative Machtressourcen der Schwächung institutioneller Macht teilweise erfolgreich entgegentreten. Dabei ist das Wechselverhältnis zwischen den Machtressourcen aber zweifellos komplexer als diese knappe Diskussion abzubilden in der Lage war. Im deutschen Kontext verweist etwa die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 und die damit verbundene indirekte Stärkung von Gewerkschaftsmacht darauf, dass auch eine Transformation institutioneller Macht Beiträge zu gewerkschaftlicher Erneuerung leisten kann.

3. Schlussfolgerungen

Welche Erkenntnisse gewinnen wir nun aus diesem Überblick über einige Beispiele für (erfolgreiche) gewerkschaftliche Erneuerungsbestrebungen, selbst wenn wir dessen notwendig kursorische Natur in Rechnung stellen? Viele Prozesse, die in den vergangenen Jahrzehnten zur Krise der Gewerkschaften im Norden beigetragen haben – man denke nur an die Problematiken informeller und prekärer Beschäftigung und ihrer Ausweitung – prägen die Arbeitsmarkt- und Sozialstruktur in Ländern des Südens schon seit langem. Hier hat der vorliegende Beitrag dokumentiert, dass oftmals Gewerkschaften aus dem globalen Süden kreative und erfolgversprechende Ansätze zum Umgang mit diesen Problemlagen gefunden haben, von denen Gewerkschaften des Nordens lernen könnten. Der „Varieties of Unionism“-Ansatz, wie er teilweise auch in den LRS zu finden ist, ist damit sicherlich nicht hinfällig. Es dürfte aber geboten sein, Debatten um gewerkschaftliche Erneuerung noch stärker als bislang als „globale Konversation“ – wie es der Titel dieses Beitrags nahelegt – zu verstehen und zu führen, ohne freilich die gebotene Aufmerksamkeit für politisch-institutionelle Unterschiedlichkeiten aufzugeben.

Zweitens zeigen etliche der hier diskutierten Beispiele, etwa das der transnationalen Kampagne beim Sicherheitsdienstleister G4S oder das der Mobilisierung von StraßenhändlerInnen in Durban, dass Impulse für erfolgreiche Erneuerungsprozesse unterschiedliche Ursprünge haben können. Dazu gehören einerseits die Gewerkschaftsbasis oder aber soziale Bewegungen, die zunächst neben, oder sogar in bewusster Abgrenzung von den traditionellen Gewerkschaftsorganisationen entstehen. Andererseits können aber auch die vielgescholtenen Gewerkschaftsapparate Quellen und Träger von Prozessen erfolgreicher gewerkschaftlicher Erneuerung sein. In der Konsequenz sollte

die Dichotomie – in den LRS mit ihrem differenzierten Machtressourcenansatz ohnehin aufgeweicht – zwischen „oben“ und „unten“, „innen“ und „außen“, „guten“ BasisaktivistInnen und sozialen Bewegungen und „schlechten“ GewerkschaftsbürokratInnen zumindest kritisch hinterfragt werden. Freilich können, gerade wo letzteren der Veränderungswille fehlt, echte Erneuerungsbemühungen in der Regel nur von unten und außen angestoßen werden (s etwa das Beispiel der indischen SEWA). In der Regel handelt es sich aber um komplexere Prozesse, in denen Impulse für Organisationslernen und -veränderung in Gewerkschaften teils von außen kommen, teils aber auch intrinsisch generiert und vor allem verarbeitet werden – man denke auch im deutschen Kontext zum Beispiel an die Adaptation des *Organizing*-Ansatzes durch IG Metall, Verdi und IG BAU. Auch das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Staat, ein Thema insbesondere in eher korporativen Kapitalismusmodellen, sollte im Rahmen einer globalen LRS differenziert betrachtet werden: so verweisen die hier diskutierten Beispiele angesichts fortschreitender Neoliberalisierung und, damit einhergehend, Distanzierung einerseits auf die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf autonome und demokratische gewerkschaftliche Organisationsansätze. Andererseits sollte die mögliche Unterstützung von Erneuerungsprozessen durch die Transformation institutioneller Macht im Angesicht veränderter Rahmenbedingungen aber auch nicht unterschätzt werden.

Drittens hat unser *tour d'horizon* zu Konstellationen gewerkschaftlicher Krise und Erneuerung im Globalen Süden aber auch gezeigt, dass die LRS, zumindest so, wie sie vorherrschend im deutschsprachigen Raum betrieben werden, stellenweise den Blick übermäßig auf die traditionellen Gewerkschaftsorganisationen verengen. Dabei stützen unsere Einblicke keinesfalls Thesen, die darauf hindeuten, dass letztere als Kernorganisationen der Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen absehbar verschwinden oder überflüssig würden. Allerdings wäre eine Blickfelderweiterung anzuraten, wobei beispielsweise mehr und systematischer untersucht werden sollte, wie (Selbst-)Organisationsprozesse von Beschäftigten neben und außerhalb etablierter Gewerkschaften erfolgen – und welche Rück- und Wechselwirkungen zwischen beiden bestehen. Die analytische wie politische Konsequenz wäre also eine Erweiterung der Perspektive durch verstärkte Einbeziehung nicht-traditioneller Organisationsformen und der damit verbundenen Handlungsrepertoires. Dies könnte nützliche Erkenntnisse darüber liefern, wie ArbeitnehmerInnen und ihre *verschiedenen* Organisationen weltweit ihre Interessen vertreten.

Viertens lässt unser Blick auf Erfahrungen gewerkschaftlicher Krisen und Erneuerungsprozesse den Schluss zu, dass die Erweiterung des

gewerkschaftlichen Horizonts und Handlungsrahmens über den rein betrieblichen und tariflichen Bereich hinaus gerade in schwierigen Umfeldern die gewerkschaftliche Machtposition stärken und ihrerseits wieder in die gewerkschaftspolitischen Kernfelder zurückstrahlen kann. Diese Schlussfolgerung drängt sich zum Beispiel bei der Beschäftigung mit gewerkschaftlichen Antworten auf die Problematik der Geschlechtlichkeit von Arbeit auf, aber auch mit Blick auf die Organisierung von informell Beschäftigten. Zwar wird dieser Forderung, die auf eine Erneuerung des gesellschaftspolitischen Mandats der Gewerkschaften hinausläuft, vielfach fast schon reflexhaft mit dem Argument begegnet, letztere würden so ihr „Kerngeschäft“ aufgeben. Und ganz sicher dürfen sie diesen Kern nicht vernachlässigen – nicht umsonst sehen AnalytikerInnen gewerkschaftlicher Erneuerung seit Silver in struktureller und Organisationsmacht die Grundformen gewerkschaftlicher Machtressourcen. Allerdings liegt hier, so legt zumindest unsere Analyse nahe, vielleicht auch eine relationale Dimension gewerkschaftlicher Macht – ihr Zusammenspiel mit nicht-traditionellen Organisationen im Feld der industriellen Beziehungen –, die in bestehenden Ressourcentypologien bislang eher unterbelichtet bleibt und deren stärkere Berücksichtigung die LRS bereichern würde.

Was in der Gesamtschau deutlich geworden sein sollte, ist, dass Situationen gewerkschaftlicher Krise und Erneuerungsstrategien und -prozesse in vielerlei Weise mit teils kontroversen Debatten in Gewerkschaften und ihrem politischen Umfeld verwoben sind. Diese politischen Kontroversen und die oft daraus resultierenden praktischen Konflikte kritisch-konstruktiv zu begleiten und dabei immer wieder den Erfahrungshorizont, auf den die relevanten AkteurInnen sich beziehen können, zu erweitern kann die Aufgabe von Studien zu gewerkschaftlicher Krise und Erneuerung – verstanden als „globale Konversation“ – sein.

Literatur

- Amoore, Louise (2002): *Globalisation Contested – An International Political Economy of Work*. Manchester.
- Andrae, Gunilla, & Björn Beckman (2011): „Trade Unions, Tailors and Civil Society“. In: *Labour, Capital and Society*, Bd. 44, Nr. 1, S. 18-42.
- Anyemedu, Kwasi (2000): „Trade Unions Responses to Globalization. Case Study on Ghana“. In: *Labour and Society Programme Discussion Papers*, Bd. 121. Genf.
- Azpiazu, Daniel, & Martín Schorr (2010): *Hecho en Argentina. Industria y economía, 1976-2007*. Buenos Aires.
- Banse, Frauke (2013): „Kampagnenorientierung und Organisierung informell Beschäftigter in Ghana“. In: Schmalz & Dörre 2013, S. 311-319.

- Berroterán, Gilma M. (2013): „Trade Unions Organizing the Informal Economy Workers in Latin America“. In: Schurman & Eaton 2013, S. 34-43.
- Bieler, Andreas; Ingemar Lindberg & Devan Pillay (2008): „The Future of the Global Working Class: an Introduction“. In: Bieler, Andreas; Ingemar Lindberg & Devan Pillay (Hg.): *Labour and the Challenges of Globalization. What Prospects for Transnational Solidarity*. London, S. 1-22.
- Boampong, Owusu (2010): „The Possibilities for Collective Organization of Informal Port Workers in Tema, Ghana“. In: Lindell 2010, S. 130-149.
- Britwum, Akua O., & Sue Ledwith (2014) (Hg.): *Visibility and Voice for Union Women. Country Case Studies from Global Labour University Researchers*. München.
- Britwum, Akua O., & Sue Ledwith (2014a): „Introduction: Setting the Scene“. In: Britwum & Ledwith 2014, S. 1-14.
- Broadbent, Kaye, & Michele Ford (2008) (Hg.): *Women and Labour Organizing in Asia. Diversity, Autonomy and Activism*. London.
- Broadbent, Kaye, & Michele Ford (2008a): „Women and Labour Organizing in Asia: Diversity, Autonomy and Activism“. In: Broadbent & Ford 2008, S. 1-15.
- Brooks, Ethel C. (2007): *Unraveling the Garment Industry. Transnational Organizing and Women's Work*. Minneapolis, US-MN.
- Brown, Andrew, & Saowalak Chaytaweep (2008): „Thailand: Woman and Spaces for Labour Organizing“. In: Broadbent & Ford 2008, S. 100-114.
- Bruff, Ian; Matthias Ebenau & Christian May (2015): „Fault and Fracture? The Impact of New Directions in Comparative Capitalisms Scholarship on the Wider Field“. In: Ebenau, Matthias; Ian Bruff & Christian May (Hg.): *New Directions in Comparative Capitalisms. Critical and Global Perspectives*. London, S. 28-44, http://dx.doi.org/10.1057/9781137444615_3.
- Çelik, Ercüment (2011): „‘World Class Cities for All’: Street Traders as Agents of Union Revitalization in Contemporary South Africa“. In: *Labour, Capital and Society*, Bd. 44, Nr. 2, S. 80-105.
- Chatterjee, Rhea A. (2014): „Margins within Margins. A Case Study of Street Cleaners in Mumbai“. In: Britwum & Ledwith 2014, S. 33-53.
- Cobble, Dorothy S. (2012): *Gender Equality and Labor Movements: Toward A Global Perspective*. New Brunswick, US-NJ.
- Dobrusin, Bruno (2014): „South-South Labor Internationalism. SIGTUR and the Challenges to the Status Quo“. In: *WorkingUSA. The Journal of Labor and Society*, Bd. 17, Nr. 2, S. 155-167, <http://dx.doi.org/10.1111/wusa.12105>.
- Dörre, Klaus (2008): „Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing?“. In: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 1/2008, S. 3-10.
- Dörre, Klaus (2012): „Gewerkschaftliche Erneuerung: Aus der Krise zu neuer Stärke?“. In: *Emanzipation*, Bd. 2, Nr. 2, S. 7-22.
- Dörre, Klaus, & Stefan Schmalz (2013): „Einleitung: Comeback der Gewerkschaften? Eine machtssoziologische Forschungsperspektive“. In: Schmalz & Dörre 2013, S. 13-38.
- Drolas, Maria Ana (2009): „Modelo sindical y acción política. Las experiencias diferenciales de dos sindicatos del sector eléctrico“. In: *Trabajo y Sociedad*, Bd. 11, Nr. 12, S. 1-14.
- Evans, Peter (2010): „Is it Labor's Turn to Globalize? Twenty-first Century Opportunities and Strategic Responses“. In: *Global Labour Journal*, Bd. 1, Nr. 3, S. 352-379, <http://dx.doi.org/10.15173/glj.v1i3.1082>.
- Esser, Josef (1982): *Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen*. Frankfurt a.M.
- Folkert, John, & Tonia Warnecke (2011): „Informal Labour in India and Indonesia. Surmounting Organizing Barriers“. In: *Labour, Capital and Society*, Bd. 44, Nr. 2, S. 130-153.

- Frege, Carola, & John Kelly (2004) (Hg.): *Varieties of Unionism. Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy*. Oxford & New York, US-NY.
- Frege, Carola, & John Kelly (2004a): „Union Strategies in Comparative Context“. In: Frege & Kelly 2004, S. 31-44, <http://dx.doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199270149.003.0003>.
- Gallin, Dan (2001): „Propositions on Trade Unions and Informal Employment in Times of Globalization“. In: *Antipode*, Bd. 33, Nr. 3, S. 531-549, <http://dx.doi.org/10.1002/9781444397529.ch12>.
- Gillan, Michael, & Rob Lambert (2013): „Labour Movements and the Age of Crisis. Scale, Form and Repertoires of Action in India and Beyond“. In: *South Asia. Journal of South Asian Studies*, Bd. 36, Nr. 2, S. 180-198, <http://dx.doi.org/10.1080/00856401.2013.792441>.
- Hall, Peter A., & David Soskice (2001) (Hg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford & New York, US-NY.
- Heery, Edmund (2009): „Trade Unions and Contingent Labour: Scale and Method“. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, Bd. 2, Nr. 2, S. 429-442, <http://dx.doi.org/10.1093/cjres/rsp020>.
- Heery, Edmund & Lee Adler (2004): „Organizing the Unorganized“. In: Frege & Kelly 2004, S. 45-70, <http://dx.doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199270149.003.0004>.
- Hill, Elizabeth (2008): „India: the Self Employed Women's Association and Autonomous Organizing“. In: Broadbent & Ford 2008, S. 115-135.
- Hirst, Paul & Grahame Thompson (2003): „Globalization – A Necessary Myth?“ In: Held, David, & Anthony McGrew (Hg.): *The Global Transformations Reader*. Cambridge, S. 98-105.
- Huzzard, Tony (2004): „Boxing or Dancing – Trade Unions' Strategic Choice“. In: Huzzard, Tony; Denis Gregory & Scott Regan (Hg.): *Strategic Unionism and Partnership. Boxing or Dancing?* London, S. 20-44.
- Hyman, Richard (2011): „Gewerkschaftliche Strategien und Solidaritätspolitik unter globalen Konkurrenzbedingungen“. In: Gerlach, Frank; Thomas Greven; Ulrich Mückenberger & Eberhard Schmidt (Hg.): *Solidarität über Grenzen: Gewerkschaften vor neuer Standortkonkurrenz*. Berlin, S. 52-72, <http://dx.doi.org/10.5771/9783845269474-51>.
- Jordhus-Lier, David C. (2010): „Moments of Resistance. The Struggle against Informalization in Cape Town“. In: Lindell 2010, S. 115-129.
- Kabeer, Naila; Kirsty Milward & Ratna Sudarshan (2013): „Beyond the Weapons of the Weak. Organizing Women Workers in the Informal Economy“. In: Kabeer, Naila; Kirsty Milward & Ratna Sudarshan (Hg.): *Organizing Women Workers in the Informal Economy: Beyond the Weapons of the Weak*. London, S. 1-48.
- Köbler, Reinhart (2013): „Kapitalismus und Moderne“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 130/131, S. 148-177.
- Lambert, Robert, & Edward Webster (2004): „Global Civil Society and the New Labour Internationalism. A View from the South“. In: Taylor, Rupert (Hg.): *Creating a Better World. Interpreting Global Civil Society*. Bloomfield, US-NJ, S. 82-115.
- Lambert, Robert, & Edward Webster (2006): „Social Emancipation and the New Labour Internationalism: A Southern Perspective“. In: De Sousa Santos, Boaventura (Hg.): *Another Production is Possible. Beyond the Capitalist Canon*. London, S. 279-320.
- Lindell, Ilda (Hg.) (2010). *Africa's Informal Workers. Collective Agency, Alliances and Transnational Organizing in Urban Africa*. London.
- Lindell, Ilda (2010a): „Introduction: the Changing Politics of Informality – Collective Organizing, Alliances and Scales of Engagement“. In: Lindell 2010, S. 1-30.
- McCallum, Jamie K. (2011): „Trade Union Renewal and Labor Transnationalism in South Africa: The Case of SATAWU“. In: *WorkingUSA. The Journal of Labor and Society*, Bd. 14, Nr. 2, S. 161-176, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1743-4580.2011.00330.x>.

- McMichael, Philip (2004): *Development and Social Change – A Global Perspective*. Los Angeles, US-CA.
- Mosoetsa, Sarah, & Michelle Williams (2012): „Challenges and Alternatives for Workers in the Global South“. In: Mosoetsa, Sarah, & Michelle Williams (Hg.): *Labour in the Global South. Challenges and Alternatives for Workers*. Genf, S. 1-16.
- Müller-Jentsch, Walther (2006): „Kapitalismus ohne Gewerkschaften?“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bd. 51, Nr. 10, S. 1234-1243, http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90522-8_9.
- Munck, Ronaldo (2002): *Globalization and Labour: The New Great Transformation*. London.
- Palmino, Héctor (2005): „Los sindicatos y los movimientos sociales emergentes del colapso neoliberal en Argentina“. In: De la Garza Toledo, Enrique (Hg.): *Sindicatos y nuevos movimientos sociales en América Latina*. Buenos Aires, S. 19-52.
- Rahman, Shahidur (2008): „Bangladesh: Women and Labour Activism“. In: Broadbent & Ford 2008, S. 84-99.
- Reinecke, Juliane, & Jimmy Donaghey (2015): „After Rana Plaza. Building Coalitional Power for Labour Rights between Unions and (Consumption-based) Social Movement Organizations“. In: *Organization*, Bd. 22, Nr. 5, S. 720-740, <http://dx.doi.org/10.1177/1350508415585028>.
- Rykief, Sahra (2013): „The Informal Economy in Africa“. In: Schurman & Eaton 2013, S. 11-23.
- Scherrer, Christoph (2007): „International Workers' Rights and Competitiveness“. In: *Labour, Capital and Society*, Bd. 40, Nr. 1&2, S. 134-159.
- Schmalz, Stefan & Klaus Dörre (2013) (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt a.M.
- Schurman, Susan J., & Adrienne E. Eaton (2013) (Hg.): *Trade Union Organizing in the Informal Economy. A Review of the Literature on Organizing*. Washington D.C.
- Serrano, Melisa R., & Ramon A. Certeza (2014): „Gender, Unions and Collective Bargaining in the Philippines: Issues and Critical Factors“. In: Britwum & Ledwith 2014, S. 55-94.
- Silver, Beverly (2005): *Forces of Labour. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870*. Berlin.
- Spornk, Susan (2009): „Water Privatization and the Prospects for Trade Union Revitalization in the Public Sector. Case Studies from Bolivia and Peru“. In: *Just Labour*, Nr. 14, S. 164-176.
- Urban, Hans-Jürgen (2012): „Krisen-Korporatismus und gewerkschaftliche Revitalisierung in Europa“. In: Lehndorff, Steffen (Hg.): *Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – zehn Länder-Fallstudien*. Hamburg, S. 226-246.
- Viajar, Verna (2013): „Trade Unions and Informal Economy in Asia“. In: Schurman & Eaton 2013, S. 23-34.
- Wachendorfer, Achim (2007): „¿Hacia una nueva arquitectura sindical en América Latina?“. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 211, S. 32-49.
- Webster, Edward, Rob Lambert & Andries Beziudenhout (2008): *Grounding Globalisation. Labour in the Age of Insecurity*. Malden, US-MA, <http://dx.doi.org/10.1002/9781444303018>.
- Young, Brigitte (2001): „The ‘Mistress’ and the ‘Maid’ in the Globalized Economy“. In: *Socialist Register*, Bd. 37, S. 315-327.

Anschriften der Autoren:

Matthias Ebenau
matthias.ebenau@igmetall.de

Felix Nickel
felix.nickel@posteo.de

Nico Weinmann, Friedrich Bossert & Paul Hecker

Revitalisierte Gewerkschaftsmacht unter Mitte-Links-Regierungen in Argentinien, Brasilien und Uruguay

Keywords: trade unions, power resources, industrial relations, left-turn, Latin America, Argentina, Uruguay, Brazil

Schlagwörter: Gewerkschaften, Machtressourcen, Arbeitsbeziehungen, Linkswende, Lateinamerika, Argentinien, Uruguay, Brasilien

Bis lange nach dem Putsch Pinochets in Chile 1973 galt Lateinamerika als Exerzierfeld neoliberaler Deregulierung. Vor diesem Hintergrund erodierten bis zur Jahrtausendwende vielerorts stetig die Machtressourcen von Gewerkschaften. Zunächst setzten ihnen die Repressionen von autoritären Regimen zu. Nach der Redemokratisierung und als formale Rechte der Gewerkschaftsfreiheit wieder ausgeweitet wurden, erschwerten Umbrüche der Arbeitsmarktstruktur Gewerkschaftshandeln nachhaltig (Anner 2008). So galten knapp 70% der in den 1990er Jahren geschaffenen Jobs als „informell“ oder sie waren Teil eines prosperierenden „prekären“ Beschäftigungstyps (ILO 2002). Der Strukturwandel ging einher mit weitreichenden politischen Eingriffen zur Arbeitsmarktflexibilisierung (Weinmann 2014: 167ff). Demgegenüber wandelten sich mit der Jahrtausendwende die politischen Vorzeichen für gewerkschaftliches Handeln in vielen Ländern Lateinamerikas grundlegend. Zunehmend wurden Regierungen ins Amt gewählt, unter deren Regie sich die Region zu einem Laboratorium neuer Sozialreformen mauserte. Die Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen, die Registrierung von Arbeit und die Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wurden zu zentralen Politikzielen (Boris 2014: 78ff). Nach knapp über einem Jahrzehnt linker Regentschaft zeichnet sich gegenwärtig mit den Wahlniederlagen in Venezuela und in Argentinien sowie dem Amtsenthebungsverfahren gegenüber Dilma Rousseff in Brasilien eine tiefe Krise, vielleicht auch schon ein sukzessives Ende der Linkswende ab (Brand 2016). Vor diesem Hintergrund blicken wir in diesem Beitrag zurück und ziehen vorläufig Bilanz. Wir fragen, auf welche Weise sich die Machtressourcen von Gewerkschaften unter den

Mitte-Links-Regierungen während der post-neoliberalen Ära neu konfiguriert haben und betrachten hierbei mit Argentinien, Uruguay und Brasilien drei Länderfälle des *Cono Sur*, in denen Gewerkschaften seit langem bedeutende Akteure im sozialen Geschehen darstellen.

Was ist Gewerkschaftsmacht?

Bei unserer Betrachtung gehen wir von der theoretischen Vorannahme aus, dass Gewerkschaften über „Macht“ verfügen, die aus der historisch spezifisch gewachsenen Konfliktbeziehung zwischen Kapital und Arbeit entspringt. Wir greifen dabei einen Analyserahmen auf, der seit geraumer Zeit als „Jenaer Machtressourcenansatz“¹ Schule macht (Arbeitskreis Strategic Unionism 2013; Schmalz & Dörre 2014; s. auch den Beitrag von Ebenau & Nickel in diesem Heft; S. 158ff) und der von einem Zusammenspiel verschiedener gewerkschaftlicher Machtressourcen ausgeht:

- *Strukturelle Machtressourcen (structural power)* erwachsen aus der Stellung der Lohnabhängigen im Wirtschaftssystem (Wright 2000; Silver 2005: 30ff). Ihr zugerechnet werden Produktions- und Marktmacht. Erstere ist besonders ausgeprägt in Produktionssektoren mit hoher Kapitalintensität und bei besonderer Relevanz innerhalb von Produktions- und Wertschöpfungsnetzwerken (Brinkmann u.a. 2008: 27). Marktmacht wiederum ergibt sich aus der Struktur und der Segmentierung des Arbeitsmarktes. Sie resultiert beispielsweise aus dem „Besitz seltener Qualifikationen, die von Arbeitgeber*innen nachgefragt werden, geringer Arbeitslosigkeit“ und der „Fähigkeit sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen und von anderen Einkommensquellen zu leben“ (Silver 2005: 30ff). Alle diese strukturellen Faktoren begünstigen die Verhandlungs- und Kampfposition von Lohnabhängigen gegenüber der Kapitaleseite. Im lateinamerikanischen Kontext stellt sich grundsätzlich die Verfügbarkeit von Produktions- und Marktmacht für verschiedene Beschäftigtengruppen als außerordentlich unterschiedlich dar. So haben sich historisch über Asymmetrien der internationalen Arbeitsteilung für periphere Kapitalismen typische, auf den Weltmarkt bezogene Sektoren

1 Im Gegensatz zum Jenaer Ansatz sprechen wir nicht von „Arbeitermacht“ sondern von „Gewerkschaftsmacht“. Wir meinen, dass das konzeptionelle Gerüst des Ansatzes sich gut dazu eignet, die Konfiguration von gewerkschaftlichen Machtressourcen zu diskutieren. Die Ergründung von *Arbeitermacht* bräuchte jedoch ein breiteres Verständnis, das noch stärker weitere klassenbezogene Spielarten der Organisation jenseits von Gewerkschaften berücksichtigen müsste – von Parteien über „Graswurzelorganisationen“ bis zu Guerilla-gruppen –, die uns durch die Kategorienbildung des Ansatzes allerdings nur unzureichend erschließbar erscheinen.

der Ressourcenextraktion und Produktion herausgebildet, die aufgrund ihrer Außenorientierung jedoch kaum Diffusionseffekte für die Binnenökonomien freigesetzt haben (klassisch dazu: Córdova 1973). In der Folge haben sich bis heute im internationalen Vergleich besonders heterogene Arbeitsmarkt- und Produktionsstrukturen manifestiert. Als Orientierungsgrößen für ein Verständnis von struktureller Macht und deren Veränderung im zeitlichen Verlauf dienen uns deshalb gängige Kennziffern, die auf die strukturelle Heterogenität lateinamerikanischer Ökonomien, auf Arbeitslosigkeit, informelle und formelle Beschäftigung verweisen (CEPAL 2010).

- *Organisationsmacht (associational power)* entsteht aus der Herausbildung von strategie- und konfliktfähigen kollektiven Akteuren. Als wichtigstes Kriterium für deren Bemessung dient uns die Mitgliederzahl. Darüber hinaus sind etwa Infrastrukturressourcen, eine effiziente Organisationsstruktur, eine aktive Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder oder aber die Kohäsion der Organisation(en) von Bedeutung (Lévesque & Murray 2010; Arbeitskreis Strategic Unionism 2013).
- *Institutionelle Macht* ist das Resultat von vergangenen Kämpfen und Aushandlungsprozessen. Institutionen, verstanden als soziale Basiskompromisse, können über ökonomische Konjunkturen und kurzzeitige Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hinweg Bestand haben und Verhaltensregeln fortschreiben (Brinkmann u.a. 2008: 25; Dörre 2010: 876). Institutionelle Macht kann in diesem Sinn in Verfassungsregelungen, Gesetzen und den Institutionen der Arbeitsbeziehungen verankert sein. In der institutionellen Macht ist gewöhnlich eine Doppellogik angelegt: Korporatistische Institutionen gewähren den Arbeitenden und ihren Gewerkschaften einerseits Rechte und die Möglichkeit der Einflussnahme auf Entscheidungsfindungsprozesse. Gleichzeitig bieten seit jeher die Regime der Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika die Möglichkeit der staatlichen Kontrolle bis hin zur Unterdrückung unabhängiger Interessenpolitik der Arbeiterbewegung (Collier & Collier 2002). Zur Erörterung institutioneller Macht dient uns ein Blick auf die nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen, insbesondere in Hinblick auf Kollektivverhandlungen und Gewerkschaftsrechte.
- Eine vierte Machtressource von Gewerkschaften bezeichnen wir als *gesellschaftliche Macht*. Hier können wiederum zwei Subkategorien unterschieden werden: Erstens, diskursive Machtressourcen, die auf der Fähigkeit von Gewerkschaften beruhen, ihre Forderungen als akzeptabel oder gar wünschenswert für die Gesellschaft als Ganzes darzustellen, um breite öffentliche Unterstützung zu gewinnen. Wir untersuchen diesen Aspekt anhand dominanter gesellschaftlicher arbeits- und verteilungspolitischer

Diskurse. In diesem Zusammenhang interessiert uns die Frage, auf welche Weise sich im Rahmen der Linkswende die Anknüpfungsfähigkeit gewerkschaftlicher Positionen gegenüber dem zuvor dominanten neoliberalen Diskurs verändert hat. Zweitens, Kooperationsmacht, worunter wir die zusätzlichen Durchsetzungschancen verstehen, die aus tragfähigen Bündnissen mit sozialen Gruppen und Organisationen entspringen und über die gemeinsame Mobilisierungen, Kampagnen und Aktionen möglich werden (Turner 2006; Brinkmann u.a. 2008: 98ff).

Die skizzierten Machtressourcen werden dem Ansatz folgend nicht als additive Größen verstanden. Es bestehen vielmehr komplexe Wechselwirkungen zwischen ihnen, die sich in der strategischen Wahl ihres Einsatzes, also in Gewerkschaftshandeln manifestieren. Um die Rekonfiguration gewerkschaftlicher Macht im Verhältnis zu den Mitte-Links-Regierungen analytisch zu durchdringen, verfahren wir methodisch nach dem Prinzip des „process tracing“ (Bennett 2010). Wir rekonstruieren in jedem der Länderfälle die Entwicklung der gewerkschaftlichen Machtressourcen und den chronologischen Verlauf damit in Zusammenhang stehender relevanter Ereignisse. Zunächst betrachten wir in Grundzügen die langfristigen Pfade der Konfiguration von Gewerkschaftsmacht bis zur Regierungsübernahme der Mitte-Links-Regierungen, um im Anschluss ein besonderes Augenmerk auf die direkten und indirekten Einflüsse von Regierungsmaßnahmen auf die Rekonfiguration der jeweiligen gewerkschaftlichen Machtressourcen zu legen. In einem Fazit synchronisieren wir die Darstellungen und fragen vergleichend nach Übereinstimmungen und Unterschieden der Rekonfiguration von Gewerkschaftsmacht in ihrem wechselseitigen Verhältnis zu den jeweiligen Regierungsformationen.

Argentinien: Das Comeback der Gewerkschaften unter dem *Kirchnerismus*

In Argentinien stellte die Regierung Juan Domingo Peróns ab 1946 einen pfadbestimmenden Einschnitt für die Rekonfiguration der Gewerkschaftsmacht dar. Peronistische Umverteilungs- und Industrialisierungsprogramme trugen seinerzeit zur Ausweitung der Industriearbeiterschaft und einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei (Torrado 1992). Über korporatistische Instrumente, wie etwa die Etablierung staatlich geförderter gewerkschaftlicher Krankenversicherungen, kamen regierungstreuen Gewerkschaftsführungen staatliche Ordnungsfunktionen zuteil und sie wurden mit der Kontrolle über umfangreiche ökonomische Ressourcen ausgestattet. Dies bot einerseits die Grundlage

für eine Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht: Die Mitgliederzahl schnellte allein zwischen 1946 und 1954 von 880.000 auf 2.260.000, was einem Organisationsgrad von 43%² entsprach (Doyon 1975: 154-160). Andererseits führte die Inkorporation in den Peronismus zu einem einschneidenden Gestaltwandel der argentinischen Gewerkschaften. Sie büßten gegenüber dem Staat an Autonomie ein, erhielten einen ausgeprägten „Servicecharakter“ und rückten durch die tiefgreifende „Peronisierung“ nach rechts. Als Folge etablierte sich eine pragmatische, kaum durch interne Demokratie kontrollierte, dem Peronismus verpflichtete und auf den Staat fokussierte Gewerkschaftsbürokratie heraus (Del Campo 2005; Torre 1989).

Die Machstellungen der Gewerkschaften wurden ab dem Putsch einer rechten Militärjunta 1976 durch offene Repression, gar Massenmord und Verbote angegriffen (Godio 2000). Die Diktatur ebnete zudem den Weg für eine neoliberale Transformation der Gesellschaft, die ab dem Ende der 1980er Jahre auch von einer gewählten peronistischen Regierung vorangetrieben wurde und sich tiefgreifender vollzog als in Brasilien und Uruguay (Beccaria u.a. 2009). Die Folge waren Deindustrialisierungs- und Prekariarisierungsprozesse: Zwischen 1974 und 2002 sank der Anteil der Industriebeschäftigten an der Erwerbsbevölkerung von 23% auf 11% (Timmer u.a. 2014), die Arbeitslosenquote stieg von 3,4% auf 21,5% (INDEC) und der Anteil informell beschäftigter Lohnabhängiger von 18% auf 44% (Beccaria & Groisman 2009a; SEDLAC), sodass die strukturellen Machtressourcen der Gewerkschaften erodierten. Ängste vor Jobverlust entfachten gegenüber der Arbeiterbewegung Disziplinierungseffekte, die gepaart mit einem hegemonialen, neoliberalen Alltagsverständnis³ den gesellschaftlichen Machtressourcen der Gewerkschaften erheblich zusetzten. Durch Arbeitsmarktflexibilisierung sowie eine Deaktivierung korporativer Verhandlungen wurden auch ihre institutionellen Machtressourcen geschwächt (Beccaria u.a. 2009). Während der Organisationsgrad nicht zuletzt dank des breiten Serviceangebots der Gewerkschaften nur moderat zurückging und 2001 bei geschätzten 40% lag (Marshall 2005), drückte sich eine reale Schwächung von Organisationsmacht vor allem durch einen Verlust von Mobilisierungsfähigkeit aus (Etchemendy 2011). Die Mehrheit der *Confederación General del Trabajo de la República Argentina* (CGT) richtete sich innerhalb der

2 Statistisch bedingt können wir keinen Vergleich der Organisationsgrade zwischen den Länderfällen anstellen. Die angeführten Zahlen dienen der Darstellung der jeweils nationalen Trends.

3 Daten des *World Value Surveys* (WVS) des Jahres 1991 zeigen eindrücklich, wie weitreichend neoliberale Denkmuster das Massenbewusstsein Anfang der 1990er prägten: Eine breite Mehrheit sprach sich für größere Einkommensungleichheit als Anreizsystem, weniger Staat und mehr „Eigenverantwortung“ aus.

neoliberalen Ordnung ein, machte pragmatische Tauschgeschäfte mit der peronistischen Regierung von Carlos Meném und beschränkte sich auf Strategien exklusiver Besitzstandswahrung immer kleiner werdender Kernsegmente der ArbeiterInnenschaft (Palomino 2005). In Opposition dazu gründete sich Anfang der 1990er Jahre der linkere Gewerkschaftsdachverband *Central de Trabajadores de la Argentina* (CTA), der auf Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen setzte und Arbeitslose sowie informell tätige ArbeiterInnen organisierte. Zusammenfassend kann zwischen 1976 und 2002 von einer empfindlichen Schwächung gewerkschaftlicher Machtressourcen gesprochen werden.

Als Argentinien um die Jahrtausendwende eine tiefe Wirtschaftskrise durchlebte, kündigte sich eine erneute Kehrtwende der Bedingungen gewerkschaftlichen Handelns an. Beschleunigt durch die Krisenerfahrungen schwand die Zustimmung zu neoliberalen Denkweisen in der argentinischen Gesellschaft. Staatliche Interventionen in die Wirtschaft und sozialpolitische Umverteilung wurden wieder mehrheitsfähig (WVS). Nach Jahren gewerkschaftlicher Schwächung nahmen damit die *gesellschaftlichen Machtressourcen* wieder eine positive Entwicklung. Exemplarischer Ausdruck der neuen Offenheit für gewerkschaftliche Anliegen war ein von der CTA angeführtes Bündnis, dem es 2001 gelang, in wenigen Tagen fast zwei Millionen Unterschriften für ein sozialpolitisches Reformprogramm zu sammeln (La Nación 2001). Ende des gleichen Jahres zwangen soziale Proteste die neoliberal ausgerichtete Regierung von De la Rúa zum Abdanken (Boris & Tittor 2006). Nach einer bewegten Übergangsphase gewann Néstor Kirchner 2003 als Vertreter einer moderat linken Strömung innerhalb eines zerstrittenen Peronismus die Präsidentschaftswahlen, was zudem neue Bündnisoptionen für Gewerkschaften schuf.

Bereits bei der Regierungsübernahme durch Kirchner war der Höhepunkt der ökonomischen Krise überschritten. Mitte 2002 stellten sich hohe Wachstumsraten ein, die durch konsumsteigernde Umverteilungsmaßnahmen, aktive Wechselkurs- und Zinspolitik, Importzölle sowie die anziehenden Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte sogar noch verstärkt wurden (Beccaria u.a. 2009). Dies führte zu einer gewissen Erholung der *strukturellen Machtressourcen* der Gewerkschaften. Die Industriebeschäftigung nahm zwar relativ gesehen nur von 11% der Erwerbstätigen 2002 auf 12% 2011 zu, jedoch handelte es sich dabei aufgrund des allgemeinen Jobwachstums absolut gesehen durchaus um ein bedeutendes Wachstum. Die Arbeitslosenrate verringerte sich von über 20% 2002 auf unter 7% 2013, und der Anteil informell beschäftigter Lohnabhängiger sank in demselben Zeitraum von 44% auf 34% (INDEC; SEDLAC). Dadurch wuchs die Fähigkeit der Gewerkschaften,

durch Streiks ökonomischen Druck auszuüben und die disziplinierende Angst vor Jobverlust nahm wieder ab. Mit der regierungspolitischen Linkswende wurden insgesamt ArbeitnehmerInnenrechte graduell ausgebaut, was zu einer Stärkung der *institutionellen Machtressourcen* der Gewerkschaften beitrug. Bereits in den ersten Jahren baute der Kirchnerismus den Kündigungsschutz aus, verzichtete weitgehend auf das Instrument der Zwangsschlichtung von Tarifkonflikten, schränkte die freie Hand der Arbeitgeber bei Veränderungen der Arbeitsbedingungen ein und legte ihnen kollektive Lohnverhandlungen auf, bei denen bereits vorweg per Dekret eine bedeutende Erhöhung des Basislohns festgelegt wurde (Etchemendy 2011; Sénen González 2011). Unter diesen Voraussetzungen stieg die Anzahl der Tarifabschlüsse von etwa 200 im Jahr 2002 auf rund 1600 im Jahr 2010. Da die Ergebnisse nach Abschluss für allgemeingültig erklärt wurden, erhöhte sich die Tarifbindung auf fast das Vierfache (Etchemendy 2011: 49-51). Während die meisten neuen Regelungen die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung insgesamt stärkten, setzte der Kirchnerismus gleichzeitig die peronistische Tradition eines staatszentrierten, vertikalen Korporatismus fort und bewahrte sich bei der Zuweisung von Krankenkassenbeiträgen und der Anerkennung von Gewerkschaften mächtige Interventionsinstrumente, die teils den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) widersprechen.

Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage und der institutionellen Rahmenbedingungen, sowie die allgemein gewachsene gesellschaftliche Akzeptanz, stellten eine gute Ausgangslage für die Stärkung der gewerkschaftlichen *Organisationsmacht* dar. Schätzungen zufolge stieg die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 2003 und 2010 um 24% (Abal Medina 2012: 120), während davon auszugehen ist, dass der Organisationsgrad aufgrund des allgemeinen Jobwachstums deutlich moderater anstieg (Sénen González 2011: 41). Bedeutend war außerdem das Wiedererwachen vieler Basisstrukturen, was durch die vermehrt und teils auch konfliktreich geführten Tarifverhandlungen begünstigt wurde (Etchemendy 2011). Gleichzeitig verlangsamte sich jedoch das Wachstum des progressiven Dachverbands CTA ab 2003, da es ihm kaum gelang Organisationserfolge in der Privatwirtschaft zu erreichen und die in ihm organisierten Arbeitslosenbewegungen im Zuge der Erholung des Arbeitsmarktes an Schwung verloren. Auch deshalb konnte die konservative CGT ihre führende Rolle als wichtigster Dachverband konsolidieren, sodass in den meisten Gewerkschaften tradierte undemokratische Praktiken fortlebten und sich die Tarifpolitik abseits der Lohnfrage wenig innovativ zeigte. Ab 2008 kam es zu weiteren Spaltungen der Dachverbände. Zunächst trennte sich eine kleine Gruppe von rechts-peronistischen Gewerkschaften von der CGT. In den Jahren 2010 und 2012 spalteten sich erst die CTA und

dann abermals die CGT in je einen regierungstreuen und einen oppositionellen Verband, was die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften in der Politik reduzierte (Abal Medina 2012).

Zusammenfassend kann während der Amtszeit der Kirchner-Regierungen (2003–2015) ein bedeutendes Wiedererstarken der Gewerkschaften konstatiert werden, das sich über alle vier Machtressourcen erstreckt, allerdings nicht ausreicht, um den unter dreißig Jahren Neoliberalismus erlittenen Machtverlust auszugleichen. Ab 2009 trugen schließlich wirtschaftliche Schwierigkeiten, Korruptionsvorwürfe und interne Auseinandersetzungen zu einem Bröckeln der kirchneristischen Koalition bei. 2015 gewann der neoliberal orientierte Unternehmer Mauricio Macri die Präsidentschaftswahlen, berief zahlreiche UnternehmerInnen in sein Kabinett und leitete unverzüglich Entlassungen im öffentlichen Dienst sowie regressive Wirtschafts- und Steuerreformen ein. Während die CTAs ihre Mitglieder von Beginn an zu Widerstand aufrief, verhielten sich die CGTs eher zögerlich (Dobrusin & Campos 2016). Es ist davon auszugehen, dass das Umfeld für gewerkschaftliches Handeln mit der neuen Regierung rauer wird. Das birgt Risiken für die Gewerkschaften, kann aber auch Impulse zur Politisierung, Erneuerung, Aktivierung und Einheit geben.

Uruguay: Gewerkschaftsmacht im revitalisierten Korporatismus der *Frente Amplio*

In Uruguay bestimmte insbesondere die Verallgemeinerung der *Consejos de Salarios* (Lohnräte) in den 1940er Jahren die weiteren Pfade der Arbeitsbeziehungen. Mit der Implementierung des korporatistischen Arrangements gelang es der Regierung, schwelende Arbeitskonflikte in für lateinamerikanische Verhältnisse ausgesprochen horizontale Verhandlungsroutinen zu lenken (Notaro & Caetano 2012). So wurden den Gewerkschaften weitreichende Autonomiespielräume und Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung zugebilligt. Im Fahrwasser einer prosperierenden Wirtschaft und flankiert von einer gewerkschaftsfreundlichen Politik steigerten sie ihre Machtressourcen fortan stetig und einten – anders als in ihren Nachbarländern – die zuvor ideologisch zersplitterte Gewerkschaftsbewegung (Errandonea & Costabile 1969; Finch 1981: 9ff). Im Verlauf der 1960er Jahre schwand im Kontext ökonomischer Krisen zusehends der Spielraum für eine Politik des korporatistischen Ausgleichs. Das Land erlebte eine rasante gesellschaftliche Polarisierung. Offensive Generalstreiks, die Stadtguerilla der *Tupamaros* und das neu formierte Linksbündnis der *Frente Amplio* (FA) stellten zunehmend die Machtfrage, die jedoch autoritär beantwortet wurde, als das Land 1973 zu einer offenen Militärdiktatur wurde (Rico 1989). In der Folge wurden

korporatistische Strukturen aufgekündigt und Gewerkschaften gewaltsam entmachtet. Gleichwohl blieb die Gewerkschaftsbewegung im Untergrund aktiv, organisierte sich unter dem Dach der *Plenario Intersindical de Trabajadores – Convención Nacional de Trabajadores* (PIT-CNT) neu und war Teil einer Bewegung, die zu Beginn der 1980er zum sukzessiven Abdanken der Diktatur beitrug. Im Anschluss wurden mit der Redemokratisierung im Jahr 1984 die *Consejos de Salarios* zwar wieder restauriert und Gewerkschaftshandeln legalisiert. Insgesamt folgte die Politik spätestens ab den 1990er Jahren allerdings zunehmend dem neoliberalen Paradigma, gegen das die FA, neue soziale Bewegungen und die Gewerkschaften gemeinsam opponierten (Alegre & Filgueira 2009). Die Arbeitsmarktstruktur des Landes durchlief währenddessen einen steten Prozess der Tertiärisierung und Deindustrialisierung. In der Folge halbierten sich über die 1990er Jahre hinweg die in der Industrie verrichteten Arbeitsstunden, die offene Arbeitslosigkeit stieg von 8% (1990) auf 17% (2002), während die Hälfte der urbanen Arbeit zur Jahrtausendwende als befristete Teilzeitbeschäftigung und Gelegenheitstätigkeiten auf eigene Rechnung prekär oder als informelle Arbeit stattfand (SEDLAC; Supervielle & Quiñones 2003: 284ff). Die schwindende strukturelle Macht, bald schon gepaart mit einer politischen Demontage der Kollektivverhandlungen, setzte die Gewerkschaften sichtlich unter Druck: Zwischen 1987 und 2001 halbierte sich die Zahl ihrer Mitglieder, wobei der Organisationsgrad überproportional in Sektoren der Privatwirtschaft sank (ebd.: 296). Die Informalisierungs- und Prekarisierungstrends in der Arbeitswelt wurden zur Jahrtausendwende deutlich beschleunigt, als das Land im Sog der argentinischen Krise selber in eine schwere Wirtschaftskrise stürzte (Quijano 2005). Die oppositionelle Bewegung in Uruguay orientierte sich, anders als jenseits des *Río de la Plata*, weniger auf die Straße, als auf die Wahlen im Jahr 2004. Ein wesentlicher Grund hierfür lag in der Tatsache begründet, dass mit der FA ein politischer Arm sozialer Bewegungen und der Gewerkschaften herangewachsen war, der Aussicht auf einen Politikwechsel gab (Lanzaro 2011).

Das Linksbündnis traf mit einem Wahlkampf für ein „soziales Uruguay“ die Wechselstimmung des Landes (Luna 2007: 7f). Der Wahlsieg legte nicht nur insgesamt Zeugnis von einem Klimawandel im gesellschaftlichen Diskurs zugunsten linker Positionen ab. Da sich das Wahlprogramm insbesondere in den Feldern der Arbeits- und Sozialpolitik mit der Programmatik der PIT-CNT weitgehend deckte, kann der Regierungswechsel auch als Ausdruck gesteigerter *gesellschaftlicher Macht* der Gewerkschaften angesehen werden. Unter der Regie von Präsident Tabaré Vázquez fanden sich zudem zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre auf der Regierungsbank und in Ministerien wieder. Flankiert von einer wieder prosperierenden Wirtschaft sank die

Zahl informeller Beschäftigter von 43% im Jahr 2002 auf heute etwa 35% (SEDLAC), sodass insgesamt auch die *strukturellen Machtressourcen* der Gewerkschaften zunahmen. Unter der neuen Regierung kam es durch Reformen der Sozialsysteme zu einer Ausdehnung sozialversicherungspflichtiger Arbeit mit tariflich festgelegten Normen. Dabei erfand die Regierung alte korporatistische Traditionen des Landes neu. Gewerkschaften wurden auf den Ebenen der allgemeinen Politikgestaltung sowie der Tarif- und Lohnverhandlungen systematisch in Entscheidungsprozesse eingebunden. Allen voran reaktivierte die FA das System der *Consejos de Salarios* und weitete es auf zuvor ausgeschlossene Berufsgruppen der Landarbeit und später auf den Sektor bezahlter Haushaltsarbeit aus (Raso Delgue u.a. 2010; Rodríguez u.a. 2010). Auch die Regulierungsdichte der Verhandlungen nahm zu: Während zwischen 1984 und 2004 etwa 100 Kollektivvereinbarungen getroffen wurden, standen dem alleine in den ersten fünf Jahren der FA-Regierung 812 Abschlüsse gegenüber. Weil sich abzeichnete, dass die Verhandlungen von einer unternehmensfreundlichen Investitions- und Wettbewerbspolitik flankiert wurden, legte sich anfänglicher Widerstand der Unternehmensverbände (ebd.). Seitdem wird die deutliche Mehrheit der Verhandlungen einvernehmlich beendet. Über alle Lohnrunden hinweg konnte beständig eine Reallohnsteigerung erzielt werden, während sich der Verteilungsmodus deutlich zugunsten der unteren Einkommensgruppen verschob, was vor allem über die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns geschah (Senatore & Méndez 2011). Hierüber wurden aktiv Lohnspreizungen minimiert, sodass Hierarchien zwischen einzelnen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur in Folge von wirtschaftlichen Effekten an Wirkungskraft einbüßten. Insgesamt stärkten diese Tendenzen die Homogenisierung der Arbeitsmarktstruktur die Marktmacht von strukturell benachteiligten Gruppen der Lohnabhängigen. Nicht nur die Reaktivierung der *Consejos de Salarios*, sondern auch ein Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit, das vielfältige Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Betriebes erleichterte (Rodríguez u.a. 2010: 143ff), stärkten die *institutionellen Machtressourcen* der Gewerkschaften. Hierüber wurden sichtlich Synergien zur Gewinnung neuer Mitglieder freigesetzt. Die Integration von Branchen begrenzter struktureller Macht in die korporatistische Ordnung erleichterte in der Reinigungsbranche, bei Sicherheitsfirmen, Geldwechselstuben, bei der Landarbeit oder den Hausarbeiterinnen die Organisation. Gleichzeitig kam es zum Ausbau traditioneller Gewerkschaftsbastionen wie bei den Hafenarbeitergewerkschaften. Vor diesem Hintergrund stieg die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder während der Regentschaft der FA von 120.000 auf heute über 400.000, sodass von einer deutlichen Zunahme der *Organisationsmacht* ausgegangen werden kann.

Zusammenfassend konnten seit der Linkswende in Uruguay allgemein die gewerkschaftlichen Machtressourcen deutlich ausgeweitet werden. Dabei bewahrten sich die Gewerkschaften zum wiederholten Mal in der Geschichte des Landes trotz ihrer korporatistischen Einbindung ein hohes Maß an politischer Autonomie und innergewerkschaftlichem Pluralismus. So gehören ausgerechnet die Tarifaueinandersetzungen in Sektoren des Öffentlichen Diensts immer wieder zu den am heftigsten geführten. Zudem kommt es regelmäßig zu lebendig geführten gewerkschaftsinternen Disputen, die oftmals mit Strömungsaueinandersetzungen innerhalb der FA korrespondieren, ohne dass hierbei die Kooperation mit dem Linksbündnis grundsätzlich in Frage gestellt wird. Das könnte sich allerdings im Zuge eines Endes der ökonomischen Prosperität bald ändern. So schwand zuletzt der Verhandlungsspielraum in den korporatistischen Arenen, womit das gewachsene Bündnis zwischen FA und PIT-CNT künftig härter auf die Probe gestellt wird.

Brasilien: Fragmentierte Einbindung trotz gestiegener Machtressourcen

Die Pfade der brasilianischen Arbeitsbeziehungen wurden nachhaltig von zwei Phasen vertikaler Einbindung in die staatliche Ordnung geprägt: Präsident Getúlio Vargas forcierte in den 1930er Jahren die selektive Inkorporation wachsender Gruppen urbaner Industriebeschäftigter, die sich in einer Vielzahl politisch ausgerichteter Strömungsgewerkschaften organisiert hatten. In der Militärdiktatur ab 1964 folgte dann die Inkorporierung von Landarbeitergewerkschaften (Fagnani 2005). Die partielle Gewährung von Gewerkschaftsrechten ging jeweils einher mit staatlicher Einflussnahme und Kontrolle, etwa in Form von gerichtlichen Zwangsschlichtungen von Tarifverhandlungen, durch ministeriale Eingriffe in interne Wahlprozesse oder der Absetzung kämpferischer Gewerkschaftsspitzen (Santos 1979; Draibe 2004). Als Antwort auf die selektive und repressive Form der Einbindung der Arbeiterbewegung bildeten sich im geschichtlichen Verlauf stets inoffizielle Parallelinstitutionen beziehungsweise wurden etablierte Institutionen unterwandert. Diese subversive Rückkehr zur Vielfalt politischer Strömungsgewerkschaften erfolgte auch, weil Brasilien selbst im lateinamerikanischen Vergleich als regional und sozial äußerst heterogenes Land von besonderen Spaltungs- und Differenzierungspotenzialen für die Gewerkschaften geprägt ist (Infante u.a. 2015).

Als ab den 1970er Jahren von der Regierung eine Politik der „Lohnschrumpfung“ (*arrocho salarial*) durchgesetzt wurde, die insbesondere untere Lohngruppen traf (IBGE), gewannen oppositionelle Tendenzen

gegenüber den korporatistischen Arrangements insgesamt an Bedeutung. So formierte sich die Gewerkschaftsbewegung des *Novo Sindicalismo*, deren Machtbasis in den expandierenden Industriesektoren lag. Die neue Bewegung plädierte für Umverteilungspolitiken, forderte die Überwindung der Militärdiktatur und des staatlich kontrollierten Gewerkschaftssystems. Dafür wurden neben einer Anbindung an soziale Bewegungen auch institutionelle Alternativen zu offiziellen Gewerkschaftsstrukturen entwickelt. Als Ergebnis gründete sich 1983 die *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) in der sich nach politischer Unabhängigkeit strebende lokale Einzelgewerkschaften in einem legal zwar nicht vorgesehenen, real aber existierenden Gewerkschaftsdachverband (*Central Sindical*) zusammenschlossen. Schlussendlich konnten mit der Überwindung der Diktatur 1985 und der Verfassung von 1988 wichtige politische Erfolge in Richtung einer Universalisierung sozialer Rechte und des Gewerkschaftssystems erzielt werden. Der staatliche Einfluss auf die Gewerkschaften blieb aber weiterhin hoch. Zudem führte die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung zu steigender Arbeitslosigkeit (1992: 6,4%; 1998: 9,6%) und grassierender Informalität (1999: 58,1%, s. SEDLAC), was gepaart mit Privatisierungsmaßnahmen gewerkschaftliche Machtressourcen untergrub.

Politisch waren die neoliberalen Einschnitte gerade im Vergleich zum argentinischen Fall zwar weniger tiefgreifend, dafür aber ausdauernder. So werden bis heute Prozesse der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts auch politisch forciert, die seit der neoliberalen Periode unter dem Stichwort *terceirização* (Auslagerung) zur Prekarisierung von Beschäftigung führten (Gonzalez u.a. 2009). Umgekehrt konnten dagegen wichtige ressourcenstarke Arbeitsmarktsektoren, allen voran die Petrobras-Beschäftigten (Erdölförderung), erfolgreiche Abwehrkämpfe führen. Mit der *Força Sindical* betrat in den 1990er Jahren außerdem ein offen wirtschaftsliberaler Gewerkschaftsdachverband außerhalb der CUT die politische Bühne und führte die fragmentierende Tradition brasilianischer Richtungsgewerkschaften fort.

Als im Jahr 2002 dem ehemaligen Gewerkschaftsführer Luiz Inácio „Lula“ da Silva nach seiner dritten Kandidatur für die *Partido dos Trabalhadores* (PT) die Wahl zum Präsidenten gelang, unterstützte ihn ein politisches Bündnis zwischen CUT und PT. Für die CUT zentrale Themen wie Politiken der Wirtschaftsentwicklung und der Lohnsteigerung stellten zwar prominente Inhalte seiner Agenda dar. Gleichzeitig entsagte sich Lula schon im Wahlkampf einer konsequenten Abkehr von der neoliberalen Außenhandels- und Wirtschaftspolitik seiner Vorgänger, nicht zuletzt um sich breite Optionen der Regierungsbildung zu wahren. Der wirtschaftsfreundliche Kurs der PT-geführten Mehr-Parteien-Koalition führte bald zu Gegenmobilisierungen

von Seiten der Gewerkschaften und der Landlosenbewegungen. Anders als in Argentinien und Uruguay zeugte der Regierungsantritt der PT somit weniger deutlich von einem Wandel *gesellschaftlicher Machtressourcen* der Gewerkschaften. Nach der Wiederwahl Lulas und trotz der stets wechselnden, politisch instabilen Regierungsbündnisse implementierte die Regierung ab 2006 unter dem Applaus linker Gewerkschaften keynesianisch geprägte, strategische Entwicklungspläne (*Desenvolvimentismo*), die auch die PT-Folgeregierungen unter Dilma Rousseff ab 2011 weiter vorantrieben.

Vor diesem Hintergrund und flankiert von einem stetigen Wirtschaftswachstum nahm die absolute Zahl der Erwerbsbevölkerung⁴ von etwa 85 Millionen (2001) auf über 103 Millionen (2013) zu und auch die Erwerbslosenquote sank zwischen 2001 und 2014 von 9,3% auf 6,8%. Die Trends unterstreichen einen Anstieg *struktureller Machtressourcen* von Gewerkschaften. Während dabei die Beschäftigungszahlen in Industriesektoren auch absolut zunahmen, wurden vor allem in Dienstleistungssektoren neue Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt stieg der Formalisierungsgrad durch Reformen der Sozialversicherung auch in Sektoren mit geringerer Produktionsmacht wie der bezahlten Haushaltsarbeit und der Landwirtschaft, sodass die Informalität insgesamt von 54,3% (2004) auf 45,3% (2013) zurückging (SEDLAC). Auch die Löhne stiegen unter der PT Regierung für eine Mehrzahl der Beschäftigten, insbesondere jedoch in Sektoren mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad, etwa im Bereich der Finanzdienstleistungen (Boito & Marcelino 2011). Gleichzeitig wurde eine allgemeine progressive Lohnentwicklung politisch forciert, indem Gewerkschaften, Regierung und Arbeitgeberverbände eine Formel der Mindestlohnanhebung aushandelten, die eine Steigerung über der Inflationsentwicklung garantierte (DIEESE 2012). In wiederbelebten tripartistischen Verhandlungsrunden wurden wieder verstärkt Themen der Arbeitswelt verhandelt⁵. Insgesamt kam es dabei zwar zu einer Zunahme *institutioneller Machtressourcen*, die allerdings widersprüchlich blieb. So stellte unter der PT-Regierung die Erneuerung des brasilianischen Gewerkschaftssystems einen durchweg umstrittenen Gegenstand dar. Reformbemühungen scheiterten über die 2000er Jahren immer wieder an der politischen Uneinigkeit, den Bestandsinteressen und der Heterogenität der zahlreichen regional nach Berufsgruppen organisierten Gewerkschaften. Zusätzlich wurden vom Jahr 2008 an acht Gewerkschaftsdachverbände vom Arbeitsministerium anerkannt. Die Organisationen des

4 Sofern nicht anders gekennzeichnet basieren die folgenden Daten auf den Haushaltsbefragungen *Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios* (PNAD) des *Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística* (IBGE).

5 Für eine Übersicht arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen s. Krein 2013.

Novo Sindicalismo waren nunmehr Teil des offiziellen Gewerkschaftssystems, sodass schlussendlich von einer institutionalisierten Verstetigung der gewerkschaftlichen Fragmentierung gesprochen werden muss. Dabei blieben institutionelle Hürden gewerkschaftlicher Repräsentation gegenüber prekär Beschäftigten und betrieblicher Mitbestimmung fortbestehen. Übergreifend kann eine Stärkung *gewerkschaftlicher Organisationsmacht* verzeichnet werden. Der Organisationsgrad stieg von 15,6% (2001) auf 16,7% (2014) an, wobei teilweise auch zuvor kaum repräsentierte Berufsgruppen wie die bezahlten Hausangestellten zwischen 2002 und 2014 eine Verdopplung ihrer Mitgliedschaft erreichen konnten (IBGE).

Mit dem Abschwung der Primärgüterpreise auf den Weltmärkten offenbarte sich zuletzt die Instabilität der politischen Koalition, auf deren Grundlage der gewerkschaftsfreundliche Kurs des *Desenvolvimentismo* verfolgt wurde. Ab 2013 kam es (zunächst im Zuge der Fußballweltmeisterschaft) zu Massenprotesten gegen die Regierung. Außerdem verkleinerte sich der Verteilungsspielraum mit der schrumpfenden Wirtschaftsleistung zunehmend. Die regional und politisch fragmentierten Gewerkschaften konnten im Jahr 2015 eintretende Entlassungen und Nullrunden in zunehmend weniger Fällen verhindern (DIEESE 2016). Als nach der weiteren Erosion der Unterstützung der Regierung in Folge von Korruptionsvorwürfen im Jahr 2016 wichtige Partner die Koalition verließen, erfuhr die PT-Regierung nur durch die CUT uneingeschränkte Unterstützung. Andere Dachverbände wie die *Força Sindical* zeigten sich schnell offen für eine neue Regierungsoption. Im Fall eines Erfolgs des Amtsenthebungsverfahrens gegen Dilma Rousseff streben ihre potenziellen Nachfolger eine Rückkehr zum politischen Kurs der 1990er Jahre an: Statt auf Umverteilung wollen sie auf armutsreduzierende Maßnahmen setzen und außerdem Privatisierungen vorantreiben. Wie in Argentinien kündigt sich in Brasilien damit eine gesellschaftliche Polarisierung an, bei der die gestärkten Machtstellungen eines Großteils der Gewerkschaftsbewegung auf neue Weise herausgefordert werden.

Fazit

Nach Jahrzehnten des Rückgangs gewerkschaftlicher Machtressourcen können wir in Argentinien, Brasilien und Uruguay nach der Regierungsübernahme der Mitte-Links-Regierungen ein bedeutendes Wiedererstarken von Gewerkschaftsmacht konstatieren. Der Ausbau erstreckt sich dabei auf alle in diesem Artikel unterschiedenen Machtressourcen. In Bezug auf die Triebkräfte und Mechanismen gewerkschaftlicher Revitalisierung sind in den drei Ländern Ähnlichkeiten festzustellen: Vor dem Hintergrund multipler

Krisenerfahrungen Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre kam es zu einer zunehmenden Diskreditierung neoliberaler Denkweisen und einer gesellschaftlichen Offenheit gegenüber linken und gewerkschaftlichen Positionen. Dies stärkte die gesellschaftlichen Machtressourcen der Gewerkschaften und eröffnete Raum für neue Bündnisse, die sich nicht zuletzt in Wahlerfolgen von moderat linken PräsidentschaftskandidatInnen niederschlugen. Die neuen Regierungen wiederum bemühten sich um die Stärkung korporatistischer Verhandlungssysteme und Gewerkschaftsrechte, was zu einem Ausbau institutioneller Machtressourcen der Gewerkschaften führte. Zeitgleich setzte in allen drei Ländern – befördert durch globale und regionale wirtschaftliche Entwicklungen, hier insbesondere über konstant hohe Preise für Primärgüter – ein kräftiges Wirtschaftswachstum ein, welches allgemein ein Wiedererstarren struktureller Machtressourcen begünstigte und außerdem den Verteilungsspielraum für Kollektivverhandlungen vergrößerte. Auch ihre Organisationsmacht konnten die Gewerkschaften in diesem vorteilhaften Umfeld sowohl durch die Erweiterung des Organisationsgrades als auch der Mobilisierungsfähigkeit ihrer Mitglieder stärken. Mit Ausnahme der uruguayischen Gewerkschaften konnte die Mitgliedschaft jedoch nur moderat und überproportional in Segmenten formeller Beschäftigter gesteigert werden. Entlang von Fragen der strategischen Ausrichtung kam es kaum zu einer Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung. Das betrifft vor allem die Organisation von informell und prekär Beschäftigten, bei der sich die Gewerkschaften vorwiegend auf die Formalisierungswirkung staatlich geförderter Konjunkturpolitik verlassen. Selbst in Uruguay konnten die Organisationserfolge in informellen Beschäftigungssektoren vor allem dank der korporatistischen Inthronisierung von zuvor unbedeutenden Gewerkschaften wie der Haus- oder LandarbeiterInnengewerkschaft erzielt werden. Insgesamt wirken bei der Organisierung auch strukturelle Hindernisse. So zeugt die Persistenz informeller Beschäftigung in allen drei Ländern von zweierlei: Erstens, dass sich die Überwindung strukturell heterogener Arbeitsmärkte für Länder der Peripherie äußerst schwierig darstellt; insbesondere im Kontext einer Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, bei der Primärgüterexporten eine hohe Relevanz zugesprochen wird und auf Wachstumseffekte in Sektoren abgezielt wird, die nicht nur selber einen hohen Informalitätsgrad aufweisen, sondern zudem aufgrund ihrer Exportorientierung nur geringe binnenökonomische Vertiefungseffekte der Produktionsprozesse bereithalten. Zweitens forcierten die Regierungen insbesondere in Dienstleistungssektoren weiterhin Prozesse des *Outsourcing* und Prekarisierung von Beschäftigung.

Während in allen drei Ländern ähnliche Triebkräfte, Mechanismen, aber auch Hindernisse hinter dem Wiederstarken der Gewerkschaften stehen,

ist doch die jeweilige Gewichtung erstarkter Machtressourcen von Fall zu Fall unterschiedlich. In Uruguay konnte aufgrund der konsequenten korporatistischen Integration sowie der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung die Organisationsmacht wesentlich stärker ausgebaut werden als in den anderen beiden Ländern. In Argentinien kam es zwar zu einer Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und einem Ausbau korporatistischer Strukturen, jedoch erstreckte sich letzterer nicht in vergleichbarem Maße auf unorganisierte, informelle Bereiche und reproduzierte zudem peronistische Privilegienstrukturen. In Brasilien bleibt die institutionelle Entwicklung am widersprüchlichsten. Während korporatistische Foren und der Mindestlohn gestärkt wurden, konnte die Kohäsion des Gewerkschaftssystems kaum gesteigert werden. Trotz ihrer starken Fragmentierung konnten die Gewerkschaften zwar reale Lohnsteigerungen und die Anerkennung bisher benachteiligter Berufsgruppen erreichen, eine Ablösung der neoliberalen Dogmen in wirtschaftspolitischen Kernfragen (etwa Währung und Staatshaushalt) konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Der Anstieg der gesellschaftlichen und strukturellen Machtressourcen der Gewerkschaften fiel wiederum zunächst in Argentinien besonders stark aus. Hier waren die Hegemonie eines neoliberalen Alltagsverständnisses und in der Folge die *deuda social* (soziale Schuld) der neoliberalen Politik in Form von Deindustrialisierung und Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt am eruptivsten. Auf der Ebene der Organisationsmacht verzeichnen wir deutliche Unterschiede zwischen den untersuchten Länderfällen. Während die Gewerkschaften in Uruguay auch dank ihrer Geschlossenheit ihre Mitgliedschaft durch übergreifende Rekrutierungskampagnen fast vervierfachen konnten, büßen in Argentinien und insbesondere Brasilien die ArbeiterInnenorganisationen durch ihre fortschreitende Fragmentierung immer wieder an Durchsetzungs- und Organisationsfähigkeit ein.

Gegenwärtig deuten in den beobachteten Länderfällen gemeinsame Entwicklungen darauf hin, dass sich abermals die Bedingungen für gewerkschaftliches Handeln in der wechselhaften Geschichte der *Cono-Sur*-Staaten verändern werden. Zunächst setzte der Einbruch der Primärgüterpreise der ökonomischen Prosperität ein Ende. In der Folge kippte das gesellschaftliche Klima vor allem in Brasilien und Argentinien zugunsten der rechtskonservativen Opposition. Somit ist der gewerkschaftliche Revitalisierungsprozess erst heute seiner eigentlichen Feuerprobe ausgesetzt: Die gestärkten Gewerkschaften müssen insbesondere gegenüber den Ankündigungen arbeits- und sozialpolitischer Einschnitte der neuen Regierungsadministrationen in Argentinien und Brasilien, aber auch im Rahmen des ökonomisch destabilisierten korporatistischen Dialogs in Uruguay, nun erstmals seit

der Jahrtausendwende grundsätzlich ihre Konfliktfähigkeit gegenüber den Regierungen unter Beweis stellen.

Literatur

- Abal Medina, Paula (2012): „Sindicalismo y mundo trabajador en la Argentina reciente“. In: Abal Medina, Paula; Bruno Fornillo & Gabriela Wyczykier (Hg.): *La forma sindical en Latinoamérica. Miradas contemporáneas*. Buenos Aires, S. 97-154.
- Alegre, Pablo, & Fernando Filgueira (2009): „Assessment of a Hybrid Reform Path. Social and Labour Policies in Uruguay, 1985-2005“. In: *International Labour Review*, Bd. 148, Nr. 3, S. 317-334, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1564-913X.2009.00065.x>.
- Anner, Mark (2008): „Meeting the Challenges of Industrial Restructuring. Labor Reform and Enforcement in Latin America“. In: *Latin America Politics and Society*, Bd. 50, Nr. 2, S. 33-65, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1548-2456.2008.00012.x>.
- Arbeitskreis Strategic Unionism (2013): „Jenaer Machtressourcenansatz 2.0“. In: Schmalz, Stefan, & Klaus Dörre (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt a.M., S. 345-375.
- Beccaria, Luis, & Fernando Groisman (2009) (Hg.): *Argentina desigual*. Buenos Aires.
- Beccaria, Luis; Fernando Groisman & Roxana Maurizio (2009): „Notas sobre la evolución macroeconómica y del mercado de trabajo en la Argentina 1975-2007“. In: Beccaria & Groisman 2009, S. 11-38.
- Beccaria, Luis & Fernando Groisman (2009a): „Informalidad y pobreza: una relación compleja“. In: Beccaria & Groisman 2009, S. 93-156.
- Bennett, Andrew (2010): „Process Tracing and Causal Inference“. In: Brady, Henry, & David Collier (Hg.): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*. 2. Aufl., Lanham, S. 207-219.
- Boito, Armando, & Paula Marcelino (2011): „Decline in Unionism? An Analysis of the New Wave of Strikes in Brazil“. In: *Latin American Perspectives*, Bd. 38, Nr. 5, S. 62-73. <http://dx.doi.org/10.1177/0094582X11408560>.
- Boris, Dieter (2014): *Linksregierungen in Lateinamerika*. Köln.
- Boris, Dieter, & Anne Tittor (2006): *Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen*. Hamburg.
- Brand, Ulrich (2016): „Lateinamerika: Das Ende der linken Epoche?“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2016, S. 93-100.
- Brinkmann, Ulrich; Hae-Lin Choi; Richard Detje; Klaus Dörre; Hajo Holst; Serhat Karakayali & Catharina Schmalstieg (2008): *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden.
- CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2010): *Time for Equality – Closing Gaps, Opening Trails*. Brasília.
- Collier, David, & Ruth Berins Collier (2002): *Shaping the Political Arena. Critical Junctures, the Labor Movement and Regime Dynamics in Latin America*. Notre Dame, US-IN.
- Córdova, Armando (1973): *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Drei Studien über Lateinamerika*. Frankfurt a.M.
- Del Campo, Hugo (2005): *Sindicalismo y peronismo. Los comienzos de un vínculo perdurable*. Buenos Aires.
- DIEESE – Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos (2012): *A situação do trabalho no Brasil na primeira década dos anos 2000*. São Paulo.
- DIEESE – Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos (2016): „Balanço das negociações dos reajustes salariais de 2015“. In: *Estudos e Pesquisas*, Nr. 80, <http://>

- www.dieese.org.br%2fbalancodosreajustes%2f2016%2festpesq80balancoreajustes2015.pdf/, letzter Aufruf: 27.5.2016.
- Dobrusin, Bruno, & Luis Campos (2016): „The 2015 Elections in Argentina and its Impact on Labor“. In: *Global Labour Column*, Nr. 230.
- Dörre, Klaus (2010): „Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen“. In: Voß, Gerd Günter; Günther Wachtler & Fritz Böhle (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden, S. 873-912.
- Doyon, Louise (1975): „El crecimiento sindical bajo el Peronismo“. In: *Desarrollo Económico*, Bd. 15, Nr. 57, S. 151-161, <http://dx.doi.org/10.2307/3466214>.
- Draibe, Sônia (2004): *Rumos e metamorfoses. Um estudo sobre a constituição do Estado e as alternativas da industrialização no Brasil, 1930-1960*. Santa Ifigênia.
- Errandonea, Alfredo, & Daniel Costabile (1969): *Sindicato y sociedad en el Uruguay*. Montevideo.
- Etchemendy, Sebastián (2011): *El diálogo social y las relaciones laborales en Argentina 2003-2010. Estado, sindicatos y empresarios en perspectiva comparada*. Buenos Aires.
- Fagnani, Eduardo (2005): *Política social no Brasil (1964-2002). Entre a cidadania e a caridade*. Campinas. Promotionsschrift.
- Finch, Martin Henry John (1981): *A Political Economy of Uruguay since 1870*. Hampshire.
- Godio, Julio (2000): *Historia del movimiento obrero argentino. 1870-2000*. Buenos Aires.
- Gonzalez, Roberto; Marcelo Galiza; Brunu Amorim; Fábio Vaz & Luiz Parreiras (2009): „Regulacao das relacoes de trabalho no Brasil. O marco institucional e a dinâmica pós-contituinte“. In: *Políticas Sociais. Acompanhamento e Análise*, Bd. 17, Nr. 2, Brasília, S. 85-151.
- IBGE – Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística, <http://www.ibge.gov.br/>, letzter Aufruf: 30.5.2016.
- ILO – International Labour Office (2002): *Labour Overview. Latin America and the Caribbean*. Lima.
- INDEC – Instituto Nacional de Estadística y Censos de la República Argentina, <http://www.indec.mecon.ar>, letzter Aufruf: 30.5.2016.
- Infante, Ricardo; Carlos Mussi & Mauro Oddo (2015) (Hg.): *Por um desenvolvimento inclusivo. O caso do Brasil*. Santiago de Chile.
- Krein, José Dari (2013): „As transformações no mundo do trabalho e as tendências das relações de trabalho na primeira década do século xxi no Brasil“. In: *Revista NECAT*, Bd. 2, Nr. 3, S. 6-25.
- La Nación (2001): *El frenapo presentará un plan económico y social al parlamento*. 22.12.2001. Buenos Aires.
- Lanzaro, Jorge (2011): „Uruguay: A Social Democratic Government in Latin America“. In: Levitsky, Steven, & Kenneth M. Roberts (Hg.): *The Resurgence of the Latin American Left*. Baltimore, US-MD, S. 348-374.
- Lévesque, Christian, & Gregor Murray (2010): „Understanding Union Power. Resources and Capabilities for Renewing Union Capacity“. In: *Transfer. European Review of Labour and Research*, Bd. 16, Nr. 2, S. 333-350. <http://dx.doi.org/10.1177/1024258910373867>.
- Luna, Juan Pablo (2007): „Frente Amplio and the Crafting of a Social Democratic Alternative in Uruguay“. In: *Latin American Politics and Society*, Bd. 49, Nr. 4, S. 1-30. <http://dx.doi.org/10.1353/lap.2007.0052>.
- Marshall, Adriana (2005): *Labor Regulations and Unionization Trends. Comparative Analysis of Latin American Countries*. Cornell University Visiting Fellow Working Paper Nr. 22, Ithaca, US-NY.
- Notaro, Jorge, & Claudio Fernández Caetano (2012): *Los Consejos de Salarios en Uruguay. Origen y primeros resultados 1940-1950*. Montevideo.

- Palomino, Héctor (2005): „Los sindicatos y los movimientos sociales emergentes del colapso neoliberal en Argentina“. In: De la Garza Toledo, Enrique (Hg.): *Sindicatos y nuevos movimientos sociales en América Latina*. Buenos Aires, S. 19-52.
- Quijano, José Manuel (2005): „Algunas enseñanzas de las crisis bancarias recientes: el caso uruguayo“. In: *Investigación Económica*, Bd. 64, Nr. 252, S. 123-157.
- Raso Delgue, Juan; Hugo Barretto Ghione & Nelson Loustaunau (2010): *Las nuevas relaciones laborales en Uruguay*. Montevideo.
- Rico, Álvaro (1989): *La resistencia a la dictadura. Cronología documentada (1973-1975)*. Montevideo.
- Rodríguez, Juan Manuel; Beatriz Cozzano & Graciela Mazzuchi (2010): *Relaciones laborales y modelo de desarrollo*. Montevideo.
- Santos, Wanderley Guilherme dos (1979): *Cidadania e justiça. A política social na ordem brasileira*. Rio de Janeiro.
- Schmalz, Stefan, & Klaus Dörre (2014): „Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens“. In: *Industrielle Beziehungen*, Bd. 21., Nr. 3, S. 217-237.
- SEDLAC – Socio-Economic Database for Latin America and the Caribbean, <http://sedlac.econo.unlp.edu.ar/>, letzter Aufruf: 30.5.2016.
- Senatore, Luis & Gustavo Méndez (2011): „La política laboral en el bienio 2010-2011“. In: Universidad de la República (Hg.): *Políticas en tiempos de Mujica. En busca del rumbo*. Montevideo, S. 113-123.
- Sénen González, Cecilia (2011): „La revitalización sindical en Argentina durante los Kirchner“. In: *Revista Trabajo*, Bd. 5, Nr. 8, S. 39-64.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin.
- Supervielle, Marcos, & Mariela Quiñones (2003): „Las nuevas funciones del Sindicalismo en el cambio del milenio“. In: Universidad de la República (Hg.): *El Uruguay desde la sociología. Integración, desigualdades, trabajo y educación*. Montevideo, S. 277-307.
- Timmer, Marcel; Gaaitzen de Vries & Kornelis de Vries (2014): *GGDC 10 Sector Database*. Groningen.
- Torrado, Susana (1992): *Estructura social de la Argentina, 1945-1983*. Buenos Aires.
- Torre, Juan Carlos (1989): „Interpretando (una vez más) los orígenes del Peronismo“. In: *Desarrollo Económico*, Bd. 28, Nr. 112, S. 525-548, <http://dx.doi.org/10.2307/3467001>.
- Turner, Lowell (2006): „Globalization and the Logic of Participation. Unions and the Politics of Coalition Building“. In: *Journal of Industrial Relations*, Bd. 48, Nr. 1, S. 83-97, <http://dx.doi.org/10.1177/0022185606059315>.
- Weinmann, Nico (2014): „Los ciclos de la política del trabajo formal e informal en América Latina“. In: Burchardt, Hans-Jürgen, & Fernando Groisman (Hg.): *Desprotegidos y desiguales ¿Hacia una nueva fisonomía social?* Buenos Aires, S. 159-183.
- Wright, Erik Olin (2000): „Working-Class Power, Capitalist-Class Interests and Class Compromise“. In: *The American Journal of Sociology*, Bd. 105, Nr. 4, S. 957-1002, <http://dx.doi.org/10.1086/210397>.
- WVS – World Value Survey, <http://www.worldvaluessurvey.org/>, letzter Aufruf: 30.5.2016.

Anschriften der Autoren:

Nico Weinmann	Friedrich Bossert	Paul Hecker
weinmann@uni-kassel.de	bossert@uni-kassel.de	hecker@uni-kassel.de

Michael Fütterer

Gewerkschaft als internationale soziale Bewegung: Das ExChains-Netzwerk in der Bekleidungsindustrie

Keywords: globalization, unions, social government unionism, Garment Industry, NGOization

Schlagwörter: Globalisierung, Gewerkschaften, Social Movement Unionism, Bekleidungsindustrie, NGOisierung

Wenn in gegenwärtigen kritischen Diskussionen von Internationalismus und Solidarität geredet und nach den Möglichkeiten grenzüberschreitender sozialer Kämpfe gefragt wird, bleibt die Gewerkschaftsbewegung meist außen vor. In den wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Debatten um ihre Erneuerung spielt internationale Solidarität eigentümlicherweise nur eine untergeordnete Rolle. Nur wenige Autor*innen befassen sich explizit mit der Frage, wie grenzüberschreitende gewerkschaftliche Kämpfe geführt und entsprechende Strategien entwickelt werden können, die auf der Eigenaktivität der Arbeiter*innen beruhen. Internationale Solidarität taucht zumeist in Form von Lernprozessen über erfolversprechende Organisierungswerkzeuge oder in den Versuchen auf, Mindeststandards für Arbeitsbedingungen in Form globaler Rahmenabkommen festzuschreiben und dadurch Mechanismen zu schaffen, in denen zukünftig Konflikte reguliert werden könnten (McCallum 2015; Dörre & Schmalz 2013: 25ff; Lerner 2007). Die jüngere Theoriebildung hat der Arbeiter*innen-Bewegung ohnehin die Befähigung zum Internationalismus abgesprochen und andere Akteur*innen an ihre Stelle gesetzt (Hierlmeier 2006). Der Marx'sche Aufruf „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ scheint vergessen.

Gleichzeitig machen die zunehmende Weltmarktkonkurrenz, transnationale Produktionsnetzwerke, gewerkschaftlicher Wettbewerbskorporatismus, die Macht transnationaler Konzerne und die globale Ausweitung von Lohnarbeit als gesellschaftliches Verhältnis bei gleichzeitig zunehmender Fragmentierung der Arbeiter*innen veränderte gewerkschaftliche Strategien und gemeinsame, grenzüberschreitende Kämpfe notwendiger denn je (Huhn 2015: 12; Hürtgen 2015). So genannter *social movement unionism* gilt dabei vielen als Möglichkeit, entsprechende Strategien zu entwickeln

und den Anspruch auf internationale Solidarität zwischen Arbeiter*innen zu verwirklichen. Er meint den Aufbau einer Gewerkschaftsbewegung, die die Trennung von Politik und Ökonomie aufheben, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erkämpfen und dies durch die Selbstemanzipation der Arbeiter*innen erreichen will (Huhn 2015; Gindin 2013; Moody 1997).

Die globale Bekleidungsindustrie ist ein prägnantes Beispiel für die Entwicklung des globalen Kapitalismus und die Notwendigkeit erneuerter, grenzüberschreitender Zusammenarbeit: In *sweatshops* im Globalen Süden produzieren zumeist weibliche Beschäftigte zu miserablen Bedingungen Kleidung für transnationale Hersteller, die die Mode von prekär arbeitenden Einzelhandelsbeschäftigten im Globalen Norden verkaufen lassen. Obwohl rechtlich unabhängig, werden die Arbeitsbedingungen bei den Zulieferfabriken faktisch von den Abnehmern bestimmt und die Produktionsnetzwerke zu ihrem Vorteil organisiert. Bislang waren Gewerkschaften vielerorts zu schwach, um wirksam Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in diesem Wirtschaftszweig zu nehmen – und zwar nicht nur im Globalen Süden.

In der globalen Bekleidungsindustrie ist das *ExChains-Netzwerk* aktiv. Darin kooperieren Gewerkschafter*innen aus Indien, Bangladesch und Sri Lanka mit Betriebsräten und Gewerkschafter*innen aus dem Bekleidungseinzelhandel in Deutschland. Ziel ist es, durch die Zusammenarbeit der Beschäftigten die eigene Gewerkschaftsarbeit zu stärken, Selbstorganisation zu befördern und unmittelbar betriebliche Kämpfe mit Kämpfen um eine Transformation von Gesellschaft zu verbinden. ExChains ist Teil des internationalen Gewerkschafter*innen-Netzwerks *Transnationals Information Exchange* (TIE).

Dieser Beitrag diskutiert die Arbeit von TIE und ExChains und unternimmt eine vorläufige Reflexion über deren Grenzen und Potenziale. Die vorgebrachten Überlegungen und Argumente entstammen gemeinsamen Diskussionen und Analysen aus dem Netzwerk, dem auch der Autor angehört. Sie wurden auf einer Reihe von internationalen Treffen in Südasien entwickelt. An den Treffen nahmen Betriebsratsmitglieder aus dem Einzelhandel und Vertreter*innen des TIE-Netzwerks aus Deutschland sowie Funktionär*innen und Basisaktivist*innen der Gewerkschaften des Netzwerkes aus Indien, Sri Lanka und Bangladesch teil. Die Überlegungen und Argumente spiegeln die ersten Ergebnisse dieses gemeinsamen, systematischen Reflexionsprozesses wider. Dieser Prozess sowie der Artikel orientieren sich an einem Vorgehen, das in Anlehnung an Lothar Hack (1989: 89) als Terrassenkonzeption bezeichnet werden kann. Auf der Grundlage erster Diskussionen zwischen Teilnehmer*innen der Netzwerktreffen und dem Autor wurden erste Thesen entwickelt. Im Anschluss daran hat der Autor weitere Gespräche und Interviews mit Gewerkschafter*innen und

Aktivist*innen aus dem Netzwerk geführt und die Überlegungen präzisiert. Die Aussagen, Argumente und Interpretationen wurden anschließend in erneuten Diskussionen im Netzwerk überprüft und ergänzt sowie durch weiteres Material und unter Bezugnahme auf aktuelle Forschungsarbeiten erweitert.

Der vorliegende Artikel stellt die jüngeren Entwicklungen im Netzwerk vor und ordnet sie in die Debatte um *social movement unionism* und internationale Solidaritätskampagnen für bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie ein. Zunächst skizziert er den Begriff und die Praxis des *social movement unionism* und fragt, wie dieser innerhalb des TIE-Netzwerkes verstanden wird. Im Anschluss daran diskutiert er drängende Herausforderungen für gewerkschaftliche Organisation in der Bekleidungsindustrie sowie für internationale Solidarität. Danach erörtert er die Arbeit des ExChains-Netzwerkes sowie die Versuche, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Der Artikel endet mit einem Ausblick auf die weitere Arbeit des Netzwerkes.

TIE: die Suche nach einem internationalen *social movement unionism*

Lange Zeit war es relativ ruhig um *social movement unionism* und nur wenige Beiträge befassten sich systematisch mit entsprechenden Erfahrungen und Perspektiven (Moody 1997; Waterman 1998). In jüngerer Zeit spielt der Begriff wieder eine größere Rolle, auch wenn darunter in diesen Debatten oftmals eine Spielart des *organizing* verstanden oder der Begriff auf Gewerkschaften angewendet wird, die sich Methoden und Themen sozialer Bewegungen aneignen (Dörre 2008: 5; Brinkmann u.a. 2008). In diesem Kontext wird er gerne gegen den sogenannten *business unionism* vorgebracht, der sich auf Arbeitsbedingungen im engeren Sinne beschränkt (Voss 2013: 62ff).

Solche Abgrenzungen wurden schon frühzeitig kritisiert, da sie das gewerkschaftspolitische Potenzial des Begriffes *social movement unionism* verringerten sowie die Praxis darauf reduzierten, die bestehenden Gewerkschaften wiederzubeleben; sie nähmen zudem die grundlegenden Veränderungen der Ausgangsbedingungen gewerkschaftlicher Arbeit nicht ausreichend zur Kenntnis (Waterman 2004: 223f). Dennoch hatte die Unterscheidung zumindest ihren instrumentellen Nutzen in der Abgrenzung von einem engen Gewerkschaftsverständnis und eröffnete die Diskussion um die Ausrichtung von Gewerkschaftsbewegung. Doch mittlerweile verschleiert sie mehr, als dass sie zur Erkenntnis beiträgt (Gindin 2015: 27). Es gebe mittlerweile kaum mehr eine Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht als soziale Bewegung begreift, internationale Kontakte pflegt, bei Bedarf konfliktorientiert auftritt und entsprechende Taktiken anwendet.

Dieser Artikel schließt an ein Verständnis von *social movement unionism* an, das über zusätzliche Themen und Taktiken für Gewerkschaften hinausgeht und an bestimmte gewerkschaftliche Kämpfe und Erfahrungen anknüpfen will. Der Begriff und die damit verbundenen Praxisformen stehen hier in engem Zusammenhang mit den neuen Gewerkschaftsbewegungen der 1980er Jahre in Brasilien, Südafrika und Südkorea sowie mit den Suchprozessen nach einer anderen Gewerkschaftspraxis, die ihre Ausgangspunkte in den Phasen der Arbeiter*innen-Kämpfe der 1960er und 1970er Jahre hatten. Beispiele für diese Suchprozesse sind die *shop-steward*-Bewegung in Großbritannien, der Bewegung der Fabrikdelegierten und *comitati di base* in Italien und die betrieblichen Basisgruppen in der Auto- und Chemieindustrie in Deutschland (Moody 1997: 201ff; Huhn 2015: 92ff).

Ziel dieser Bewegungen war es, eine klassenorientierte Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die die klassische Trennung von politischen und ökonomischen Kämpfen zurückweist, umfassend die Lebensverhältnisse von Arbeiter*innen thematisiert sowie die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Arbeiter*innen am Arbeitsplatz und darüber hinaus entfaltet, um menschliche Emanzipation zu ermöglichen. Dem liegt die Idee zugrunde, dass die Befreiung von Lohnarbeit und Herrschaft nur von den Beherrschten selbst bewerkstelligt werden kann.

Aus der Perspektive des *social movement unionism* sind Klassenverhältnisse und Lohnarbeit mehr als Ungleichheit und Diskriminierung. Vielmehr bedeutet Lohnarbeit Aneignung und Transformation der produktiven Kapazitäten von Arbeiter*innen durch das Kapital (Gindin 1998: 78). Im Lohnarbeitsprozess werden tendenziell nur diejenigen Potenziale durch das Kapital befördert, die für den Verwertungsprozess nützlich sind. Dies bedeutet, dass kreative Potenziale, Ideen, Gesellschaft und Arbeit anders zu organisieren und vielfältige Bedürfnisse jenseits der Lohnarbeit in ihr keinen Platz haben – vorausgesetzt sie lassen sich nicht irgendwie verwerten, und selbst dann bildet ihre Verwertbarkeit die Richtschnur ihrer Entwicklung (Negt & Kluge 1992: 110). Damit sind notwendig tägliche Erfahrungen der Verletzungen von Würde im Arbeitsprozess sowie die Entfremdung von eigenen Potenzialen verbunden. Zugleich sind die Arbeiter*innen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, auf die Aneignung ihrer Arbeitskraft durch das Kapital angewiesen.

Die Entfaltung dieser Kapazitäten und damit notwendig auch die Überwindung von Lohnarbeit sind aber unabdingbar für gesellschaftliche Emanzipation. Dazu müssen enorme Handlungskapazitäten aufgebaut werden, was in Gewerkschaften geschehen könne. Klassischerweise zielten Gewerkschaften aber vor allem darauf ab, Kompensationen in Form von höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu

erkämpfen, nicht jedoch darauf, die kapitalförmige Aneignung menschlicher Kapazitäten zu hinterfragen und entsprechende Praxisformen zu befördern (Gindin 1998: 78). Geradezu klassisch war dies im Fordismus ausgeprägt, in dem sich ein Gewerkschaftstypus herausbildete, der regelmäßige Lohnsteigerungen im Austausch gegen den Erhalt von Arbeitsdisziplin und Produktivitätssteigerungen garantierte (Köhnen 2000: 21, 153).

Die Betonung von Selbstorganisation und gemeinsamen Kämpfen im *social movement unionism* erhält vor diesem Hintergrund ihre besondere Bedeutung. Diese Praxisformen sind nicht bloß unabdingbar für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Arbeiter*innen, sondern gemeinsames, solidarisches Handeln ermöglicht die Entfaltung eben jener menschlichen Potenziale, die für grundlegende gesellschaftliche Veränderung notwendig sind (Lebowitz 1992: 142f). In gemeinsamen sozialen Kämpfen produzieren sich die Subjekte selbst als andere Subjekte mit neuen Bedürfnissen und entwickeln gemeinsam notwendige Kapazitäten, um anders zu handeln (ebd.). Hierbei erhält kritische Gesellschaftstheorie eine besondere Bedeutung, weil sie hilft, die Grenzen der Kämpfe zu bestimmen und Wege zu deren Überschreitung zu finden. Dies macht zudem deutlich, dass Rassismus und Sexismus keine nebeneordneten Widersprüche sind. Vielmehr ist deren Bekämpfung geradezu notwendig, um weitere gemeinsame Kämpfe zu entwickeln.

Wie kann nun aber angesichts der Umbrüche seit der Krise des Fordismus, die die Arbeiter*innen-Klasse vollständig verändert hat, dieser Anspruch aufrechterhalten werden bzw. wie können entsprechende Praxisformen entstehen? Schließlich haben neue Produktionsmethoden, transnationale Produktionsnetzwerke, neue betriebliche Kontrollformen, Migration, Prekarisierung, das Entstehen weitgehend gewerkschaftsfreier Branchen sowie die neue internationale Arbeitsteilung klassische Vertretungsformen von Arbeiter*innen-Interessen in Parteien und Gewerkschaften in Frage gestellt (Huhn 2015; Waterman 2004). Zugleich entstanden neue Widersprüche, Konflikterfahrungen und Bedürfnisse bei den Arbeiter*innen. Diese Veränderungen wären unzureichend beschrieben, würden sie nur als Erosion der fordistischen Arbeiter*innen-Klasse begriffen, die ohnehin nie derart homogen war, wie gemeinhin unterstellt wird (Moody 1997: 170). Vielmehr schaffen sie neue Qualitäten von gesellschaftlichen Konflikten, die von der Gewerkschaftsbewegung verstanden und aufgegriffen werden müssen, wenn sie sich als Bewegung erneuern will.

Mit den Veränderungen sind die klassischen Gewerkschaften als Organisationsform in die Krise geraten, die tiefer als bloßer Machtverlust reicht. Vielmehr sind die Grundlagen eines bestimmten Gewerkschaftstypus erodiert, der sich im Fordismus herausgebildet hatte (Waterman 2015: 34).

Dadurch veränderte sich die Funktionsweise von Gewerkschaften: Statt über „den Grad der Abkopplung der Lohnarbeiterexistenz von Marktrisiken, so wird in den Betrieben nun vor allem über das Maß an Beschäftigungs-, Einkommens- und Statusunsicherheit verhandelt, das den Arbeitern und Angestellten zugemutet werden soll“ (Dörre 2012: 10). Politisch sind die Gewerkschaften zumeist immer noch auf den erodierten Wohlfahrtskapitalismus ausgerichtet.

Dies meint nicht, dass sie verschwinden, auch wenn ihre Krise vielerorts noch immer dramatisch ist. In ihrer derzeitigen Verfassung erscheinen sie aber „nicht länger dazu in der Lage, adäquat auf das Ausmaß der Probleme zu reagieren, denen die Arbeiter*innen-Klasse gegenübersteht“ (Gindin 2013: 26). Würden keine Antworten gefunden – so Sam Gindin –, könne es nicht gelingen, lokale Konflikte zu überschreiten, auch wenn diese teils mit beeindruckender Militanz geführt würden. Bislang ist dies tatsächlich nicht gelungen, sodass sich mehrheitlich wettbewerbskorporatistische Strategien durchgesetzt haben, in denen betriebswirtschaftliche Konkurrenzlogiken von den Gewerkschaften und Beschäftigten geteilt werden (Candeias 2004: 182; Hürtgen 2015: 113f).

Angesichts der hier angestellten Überlegungen über den Charakter von Lohnarbeit sowie den Herausforderungen für Gewerkschaften bedeutet *social movement unionism* eine radikale Veränderung dessen, wie Gewerkschaftsbewegung arbeitet und wie sie sich begreift. Statt lediglich neue Werkzeuge und Taktiken zu verwenden, ginge es um eine alternative Orientierung jenseits einzelbetrieblicher Konkurrenzlogiken, um eine Veränderung des Verhältnisses zu den Mitgliedern, um eine andere Verwendung der finanziellen und personellen Ressourcen, um eine veränderte Bildungsarbeit, die hilft die Umbrüche zu verstehen und zu verarbeiten, um neue Beziehungen zu anderen sozialen Bewegungen, um eine Veränderung der alltäglichen betrieblichen Praxis sowie um ein verändertes Verhältnis zu politischen Parteien (Gindin 2015: 28).

In dieser Diskussion bzw. in diesen Auseinandersetzungen bewegt sich das TIE-Netzwerk seit seiner Gründung im Jahre 1978. Ausgangspunkt war die Einsicht von kritischen Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen und Aktiven aus anderen sozialen Bewegungen, dass der globale Kapitalismus mit dem Auftreten transnationaler Unternehmen eine neue Erscheinungsform gefunden hat, die analysiert werden sollte, um solidarische Gegenstrategien zu entwickeln (Huhn 2015: 55).¹ Transnationale Unternehmen und

1 Daher der Name *Transnationals Information Exchange*: Informationsaustausch über transnationale Unternehmen. Die Praxis hat sich seitdem stets verändert, der Name wurde aber beibehalten.

Standortkonkurrenz verlangten unabhängige gewerkschaftliche Antworten, ohne dabei zu negieren, dass sich die Handlungsbedingungen von Gewerkschaften grundsätzlich veränderten (Gindin 2004: 4).

Den beteiligten Akteur*innen wurde bald klar, dass ein reiner Informationsaustausch keineswegs ausreichen würde, um adäquate gewerkschaftliche und politische Antworten zu finden. In den genannten neuen Gewerkschaftsbewegungen des Globalen Südens sowie den oppositionellen Gewerkschaftsgruppen des Globalen Nordens wurden Verbündete sowie Anknüpfungspunkte für eine internationale betriebliche Praxis gefunden (Moody 1997: 227ff; Huhn 2015: 102ff). Jenseits der offiziellen Gewerkschaftsdiplomatie der internationalen Gewerkschaftsdachverbände wurde ein „selbsttätiger Internationalismus“ (Huhn 2015: 115) aufgebaut.

Im Laufe der Jahre haben sich die Arbeitsfelder und die beteiligten Gruppen und Akteur*innen innerhalb des TIE-Netzwerkes gewandelt. Waren es zu Beginn Gruppen und Aktive aus der Auto- und Chemieindustrie in Deutschland, USA, Großbritannien, Japan, Brasilien und Südafrika, kamen später Gewerkschaften aus der Türkei, Indien, Sri Lanka, Bangladesch und Malaysia dazu. Neben der Zusammenarbeit in Industrienetzwerken nahm mit dem Kakao-Netzwerk bereits früh die Arbeit entlang einer Wertschöpfungskette eine wichtige Rolle ein (ebd.: 170). Darin sollten Beschäftigte „aller Stufen der Produktionskette vom Rohstoff Kakao bis zum Endprodukt Schokolade zusammengebracht werden“ (ebd.). Gewerkschafter*innen und soziale Bewegungen aus den Niederlanden, Ghana, Malaysia und Brasilien waren beteiligt.

Mit den Veränderungen seit dem Ende des Fordismus kamen neue Themenfelder hinzu: Neue Produktionsmethoden – hier sei auf das Stichwort *lean production* verwiesen – veränderten die Bedingungen für Gewerkschaften grundlegend und die neuen Rationalisierungsformen brachten eine enorme Arbeitsverdichtung mit sich. Daher spielt mittlerweile die Frage nach betrieblichen Strategien gegen krankmachende Arbeitsbedingungen eine gewichtige Rolle. Gleichzeitig entstand mit dem ExChains-Netzwerk ein erneuter Anlauf, um eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit entlang einer Produktionskette zu begründen.

Gleichzeitig geriet das TIE-Netzwerk in die gleiche Krise wie die übrige Gewerkschaftsbewegung. Die Basisinitiativen, auf denen das Netzwerk beruht, stehen vor den gleichen Herausforderungen, wie die etablierten gewerkschaftlichen Organisationen. Zugleich sollte es in ihnen um mehr als nur um eine kompromisslosere betriebliche Gewerkschaftsarbeit gehen, sondern um die Verbindung unterschiedlicher sozialer Kämpfe um Emanzipation. Diese Suchprozesse nach entsprechenden Antworten sollen konkreter anhand des ExChains-Netzwerkes im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

Zuvor werden einige zentrale Herausforderungen für Gewerkschaftsarbeit und internationale Solidarität in der globalen Bekleidungsindustrie diskutiert.

Herausforderungen für Gewerkschaftsarbeit in der globalen Bekleidungsindustrie

Es gibt mehrere Herausforderungen, denen Gewerkschaften in der globalen Bekleidungsindustrie begegnen müssen, wenn sie internationale Solidarität realisieren und grenzüberschreitende Kämpfe führen wollen. Die Bedingungen innerhalb dieser Industrie erschweren sowohl in der Produktion als auch im Verkauf den Aufbau von gewerkschaftlicher Handlungsmacht und internationaler Solidarität. Besonders Gewerkschaften aus der Produktion versuchten diese Schwäche mit öffentlichen Kampagnen auszugleichen. So konnten sie zwar kurzfristige Erfolge erzielen, ohne aber sich und die Beschäftigten dauerhaft zu stärken und strategische Antworten auf die Herausforderungen zu finden. In diesem Zusammenhang kann eine Entwicklung innerhalb der Gewerkschaften des Globalen Südens beobachtet werden, die in den Diskussionen im Netzwerk bislang als NGOisierung bezeichnet wird. Der Begriff geht auf Debatten aus feministischen, antirassistischen und Ökologie-Bewegungen zurück, die damit die Veränderung der jeweiligen Emanzipationsbewegungen beschreiben (Smith 2007: 13ff; Choudry & Kapoor 2013).

Die Bekleidungsproduktion ist ein Industriezweig, der weder hohe Investitionen noch teure Technik erfordert, sondern allein möglichst billige Arbeitskräfte benötigt. Daher hat sie ihre Produktion vor allem auf Länder konzentriert, in denen solche Arbeitskräfte in großer Menge zur Verfügung stehen. Einige Volkswirtschaften beruhen zu einem großen Teil auf diesem Industriezweig und sie sind abhängig von den dort erzielten Exporterlösen (Ferenschild & Schniewind 2016: 7f). Die Regierungen verzichten daher weitgehend auf die Kontrolle der Produktion.

Das hat es global agierenden Unternehmen bzw. Modemarken ermöglicht, Zulieferstrukturen zu schaffen, die einen niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, miserable Arbeitsbedingungen und ein niedriges Lohnniveau dauerhaft sichern.² In diesen Strukturen diktieren die Abnehmer Preis,

2 Aus Platzgründen wurde auf eine ausführliche Darstellung von Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsproduktion verzichtet. Die hohen Arbeitszeiten, die Überstunden, der enorme Arbeitsdruck, niedrige Löhne, sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz und Willkür durch Vorgesetzte sowie die Repression gegen Gewerkschafter*innen und jegliche Organisationsversuche sind hinlänglich bekannt und dokumentiert. Darin unterscheiden sich die Produktionsbedingungen in den verschiedenen Ländern kaum voneinander. Für die Beispiele Bangladesch, Indien und Sri Lanka s. z.B. Scheidhauer 2008; Bhattacharya 2014; Köhnen & Scheidhauer 2002 sowie die immer noch aufschlussreiche Studie Chapkis &

Qualität und Quantität der Produkte und vereinen mit Design und Entwicklung klassische Produzentenaufgaben auf sich. Dies vergrößert das Machtgefälle zusätzlich (Blöcker & Wortmann 2005). Die Bekleidungsunternehmen agieren dabei strategisch auf dem „Weltmarkt für Produktionsstandorte“ (Fröbel u.a. 1977: 30) und platzieren Aufträge in unterschiedlichen Ländern unter Berücksichtigung verschiedener Gesichtspunkte wie Arbeitskosten, vorhandene Infrastruktur oder Marktnähe bzw. Transportwege.

Die Fabrikarbeiter*innen wandern überwiegend aus ländlichen Gegenden in die Städte ein. Meist handelt es sich dabei um junge Frauen, in deren Familien Fabrikarbeit bislang unbekannt war und die kaum Aussichten auf andere Jobs haben (Köhnen & Scheidhauer 2002: 36). Dies ist kein Zufall: Die Bekleidungsindustrie beschäftigt gezielt verletzbare Teile der Arbeiter*innen-Klasse und setzt auf strenge Überwachung und Repression am Arbeitsplatz, um hohe Profite zu garantieren. Das erschwert es Gewerkschaften, die Arbeiter*innen auf Fabrikebene zu organisieren (Bhattacharya 2014; Scheidhauer 2008).

Am anderen Ende der globalen Zulieferkette sieht es strukturell ähnlich aus. Auch die Einzelhandelsbeschäftigten, die im Globalen Norden die im Globalen Süden hergestellte Kleidung verkaufen, sind in der Mehrzahl Frauen, häufig mit Migrationshintergrund, beschäftigt zu niedrigen Löhnen und unter prekären Bedingungen (Kobel 2011). Die globalen Bekleidungskonzerne setzen, wenig verwunderlich, auf die größtmögliche Ausbeutung überall entlang der globalen Zulieferkette.

Auch für die Einzelhandelsbeschäftigten ist Selbstorganisation und gewerkschaftliche Organisation schwierig. *Ver.di* zufolge liegt der Organisationsgrad im gesamten Einzelhandel in Deutschland bei nur etwa 10% (Fütterer & Rhein 2015: 39). Dies ist zum einen der Fall, weil die Einzelhandelsunternehmen überwiegend auf eine vergemeinschaftende Unternehmenskultur setzen, in der Konflikte als individuelle Probleme begriffen werden. Die Beschäftigten werden in dieser Kultur auf das Unternehmenswohl verpflichtet; wer kollektive Gegenwehr organisieren will – sei es in Betriebsrat oder Gewerkschaft –, erfährt sowohl Repression vom Unternehmen als auch von Kolleg*innen, die die Unternehmenskultur mitreproduzieren (Artus 2008; Köhnen 2006). Zum anderen wird gewerkschaftliche Organisation erschwert, weil die Unternehmen mit ihrer großen Anzahl von vergleichsweise kleinen Filialen für klassische Organisationsstrategien kaum

Enloe 1983. Auch konnte nicht auf die Rolle der Nationalstaaten bei der Reproduktion dieser Bedingungen eingegangen werden. Diese fördern die Ansiedelung der Bekleidungsindustrien im Rahmen exportorientierter Wachstumsstrategien und sehen die Arbeitsbedingungen als Wettbewerbsvorteile.

erreichbar sind. Für Gewerkschaftssekretär*innen wird es immer schwieriger, die Vielzahl der Filialen mit oft nur wenigen Mitgliedern zu betreuen.

Diese Schwierigkeiten für die Organisierung und den Aufbau von Gegenmacht haben besonders im Globalen Süden zu einer problematischen Neuorientierung der Gewerkschaften geführt, die als Kampagnenorientierung und NGOisierung bezeichnet werden kann. Der Begriff NGOisierung ist nicht neu: Es gibt eine Vielzahl von Publikationen, die sich mit diesem Prozess im Hinblick auf feministische, antirassistische und Ökologie-Bewegungen sowie mit der damit einhergehenden Deradikalisierung, der Ausrichtung auf Geldgeber, öffentliche Kampagnen und Governanceprozesse, den Organisationsveränderungen und der Entdemokratisierung der Organisationen befassen (Choudry & Kapoor 2013; INCITE! 2007). Bislang wurde der Begriff allerdings nicht auf Gewerkschaften angewendet.

Angesichts der bestehenden ungünstigen Kräfteverhältnisse entlang der globalen Zulieferkette, der Repressionen auf Fabrikebene und des staatlichen Versagens im Hinblick auf die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen und höherer Löhne haben viele Gewerkschaften eine Praxis entwickelt, die man eine nationale oder internationale Kampagnenstrategie nennen könnte (ExChains 2015b). (Inter-)nationale Kampagnen zielen auf unterstützenden Druck von außen bei akuten arbeitsrechtlichen Verstößen oder für allgemeine Ziele, z.B. für die Anhebung des Mindestlohns, und sind oftmals auf die Konsument*innen oder den Staat orientiert.

Solche Kampagnen haben international durchaus erfolgreich ein Bewusstsein über die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsproduktion im Globalen Süden erzeugt und Erfolge bei einzelnen Fällen von Arbeitsrechtsverletzungen erzielt (Ferenschild & Schniewind 2016: 119; Fütterer 2013). Die Strategie stößt allerdings schnell an Grenzen. Es ist nicht gelungen, nachhaltig gewerkschaftliche Macht auf Fabrikebene aufzubauen und Gewerkschaften in den Produktionsländern dauerhaft zu stärken. Es besteht die Gefahr, dass Gewerkschaften im Globalen Süden von Kampagnenaktivist*innen im Norden lediglich als Informationsquellen genutzt werden, um die Verhandlungen mit den Markenunternehmen und Regierungsvertreter*innen selbst zu führen, ohne dass die lokalen oder regionalen Gewerkschaften beteiligt sind. Die Beschäftigten werden so letztlich zu bloßen Zeugen der unmenschlichen Praktiken der Unternehmen, ohne dass sie als Akteur*innen der Veränderung auftreten.

Gleichzeitig hat diese Art zu arbeiten auch die Gewerkschaften als Organisationen verändert. Dies meint das Schlagwort NGOisierung (Smith 2007 7f; Choudry & Kapoor 2013a: 9f). Gewissermaßen haben Gewerkschaften verlernt die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit am Arbeitsplatz

zu verändern, betriebliche Auseinandersetzungen um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen zu führen und Selbstorganisation zu befördern. Stattdessen setzen sie auf die Skandalisierung von Verstößen gegen international anerkannte Normen bzw. auf die Skandalisierung von Bedingungen, die als unzumutbar angesehen werden (Choudry & Kapoor 2013a: 15ff).

Projekte von NGOs und teilweise auch von den internationalen Gewerkschaftsdachverbänden wollen die Gewerkschaften darin qualifizieren, solche Verstöße zu erkennen und anzuzeigen, anstatt gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie sich die Beschäftigten selbst dagegen wehren, lokal oder regional Lösungen erkämpfen und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern können. In diesen Projekten geht es zumeist darum, dass Expert*innen Wissen vermitteln, wie innerhalb von Beschwerdemechanismen agiert werden kann, und weniger darum, Gegenwehr durch den Aufbau von sozialer Bewegung zu erreichen. Fragen, ob und wie grundlegende gesellschaftliche Veränderung aussehen kann, haben in einer Projektlogik keinen Platz (Smith 2007: 9f). Daher erhalten Selbstorganisation und der Aufbau von Wissen und Handlungskapazitäten, um weitergehende Kämpfe zu führen, wenig Aufmerksamkeit. Bleibt die Perspektive auf einen einzelnen Konflikt verengt, kann vielfach mit öffentlichen Kampagnen, die von professionellen Organizer*innen getragen werden, vermeintlich einfacher ein Erfolg erzielt werden. Gesellschaftliche Veränderung wird dann zur Aufgabe von „erfahrenen Strategen, Verhandlungsführern und Technokraten“ (Choudry & Kapoor 2013a: 15) und ist nicht länger Resultat des Aufbaus von Bewegung.

Zugleich hängen die Bekleidungsgewerkschaften in Südasien enorm von diesen Projektgeldern ab, da sie sich bisher kaum aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren können. Dies verschiebt ihre inhaltlichen Schwerpunkte auf die Frage, wie die Projektgelder vergeben werden. Aufgrund der Struktur solcher Projekte sind zudem eine Vielzahl der ohnehin beschränkten Arbeitskapazitäten in Abrechnungsfragen und Beantragung gebunden (Huhn 2015: 389f). Dadurch werden diejenigen innerhalb der Gewerkschaften zu den zentralen Akteur*innen, die Englisch sprechen und den regelmäßigen Kontakt zu den Projektpartner*innen halten können sowie über entsprechende Qualifikationen verfügen. Die betriebliche Basis verliert weiter an Bedeutung. So wird die bereits der Kampagnenlogik innewohnende Tendenz zur Verschiebung der innergewerkschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten des hauptamtlichen Apparats verstärkt.

Zusätzlich zu den ohnehin schon schwierigen Bedingungen wird dadurch die Abhängigkeit von Organisationen des Globalen Nordens verschärft und die Vorstellung innerhalb der Gewerkschaften genährt, Veränderungen durch lokale oder regionale Kämpfe seien nicht möglich. Selbstvertrauen in die

eigene Handlungsfähigkeit und die Vorstellung, dass Selbstorganisation und der Aufbau von gewerkschaftlicher Macht dazu führen können, eigene Verhandlungen auf Fabrikebene zu führen und sich gegen schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen zu wehren, werden so untergraben.

Für den Aufbau internationaler Solidarität müssen strategische Antworten auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der Produktionsnetzwerke sowie auf die Probleme der Gewerkschaften und deren Schwäche, die Selbstorganisation und Handlungsfähigkeit der Beschäftigten zu stärken, gefunden werden. Schließlich beruht auch internationale Solidarität auf Gegenseitigkeit, Sozialität und Gleichwertigkeit derjenigen, die miteinander solidarisch sein sollen, sowie auf deren Eigentätigkeit (Zeuner 2004: 325ff). Dazu müssen entsprechende Handlungsformen gefunden und erprobt werden. Gleichzeitig darf diese Solidarität nicht zu einem „Eintreten für die Opfer“ (Waterman 2015: 33) werden. Dies macht deutlich, dass Solidarität in der alltäglichen betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis entwickelt werden muss, wenn sie nicht bloß programmatischer Anspruch sein soll. Darum bemüht sich das ExChains-Netzwerk.

Das ExChains-Netzwerk

In diesem Netzwerk sind derzeit vier Gewerkschaften aus Indien, Sri Lanka und Bangladesch sowie Betriebsräte und Gewerkschafter*innen aus Deutschland aktiv:

- aus Indien: die *Garment and Textile Workers Union* (GATWU) aus Bangalore sowie die *Garment and Fashion Workers Union* aus Chennai;
- aus Sri Lanka: die *Free Trade Zone Workers & General Services Employees' Union*;
- aus Bangladesch: die *National Garment Workers Federation*;
- aus Deutschland: die Gewerkschaft *ver.di* sowie Betriebsräte der Einzelhandelsunternehmen *H&M* und *Zara*.

Die Gewerkschaften aus Sri Lanka und Bangladesch fanden ihren Weg in das Netzwerk über ihre Mitarbeit im *Asian-Pacific-Workers-Solidarity-Link*-Netzwerk, in dem sich bereits in den 1980er Jahren Gewerkschafter*innen trafen, die mit dem offiziellen Gewerkschaftsinternationalismus unzufrieden waren. Sie waren in den 1980er Jahren Gründungsmitglieder von *TIE Asien* (Huhn 2015: 212) und formierten in den frühen 2000er Jahren gemeinsam mit ihren Kolleg*innen aus Deutschland das ExChains-Netzwerk.³

3 Für eine detailliertere Übersicht zu den Gewerkschaften s. <http://www.exchains.org/>.

Im Netzwerk wurden die Erfahrungen des Kakao-Netzwerkes aufgegriffen, aber an einer entscheidenden Stelle überschritten. Klassischerweise geht die Organisation der Arbeiter*innen-Bewegung von den Produktionsstätten aus (ebd.: 170). Anschließend werden Produktionsstätten gleicher Art zusammengefasst. Es ist eine Organisation, die vom fertigen Produkt bzw. der fertigen Dienstleistung und der Herstellung ausgeht. Vorstufen der Produktion, wie im Falle der Bekleidung das Nähen wurden in der Regel als selbständige Produkte aufgefasst.

Allein auf einen solchen Zusammenschluss konnte bzw. kann weder das Kakao-Netzwerk noch ExChains aufbauen. Gleichzeitig ist die gewerkschaftliche Organisation und die solidarische Zusammenarbeit in immer umfassenden Bereichen ein Teil des Prozesses, die Arbeiter*innen-Klasse als Akteurin zu konstituieren, welche Gesellschaft potenziell verändert (Gindin 2015: 21). Es müssen folglich auch Anknüpfungspunkte für die Organisation entlang der Wertschöpfungskette gefunden werden.

Im Kakao-Netzwerk geschah dies über das Produkt. Diese Verbindung spielt auch im ExChains-Netzwerk eine wichtige Rolle. Das Interesse der Beschäftigten zu wissen, woher die Kleidung kommt, die sie verkaufen bzw. wohin die Kleidung geht, die sie produzieren, ist eine Triebfeder für Aktivist*innen. Damit entsteht auch das Interesse an den Bedingungen, unter denen die Bekleidung verkauft und produziert wird.

Zugleich basiert die Zusammenarbeit auf einer Reihe weiterer Aspekte. Die Beschäftigten teilen die Erfahrung, als Lohnarbeiter*in in einem ungesicherten Beschäftigungsverhältnis zu arbeiten. Besonders weibliche Beschäftigte machen in sexistischen Verhältnissen am Arbeitsplatz sowohl im Einzelhandel als auch in der Produktion die Erfahrung der beständigen Verletzungen ihrer Würde und von Angriffen auf den ihren Körper. Dabei handelt es sich um Taktiken, die Beschäftigten im Arbeitsprozess zu kontrollieren. Die Zunahme des Arbeitsvolumens sowie die Reduzierung von Personal schaffen krankmachende Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig ist das Gegenüber aufgrund der Strukturen innerhalb des Produktionsnetzwerkes faktisch das gleiche Bekleidungsunternehmen. Ein zentraler Teil der Arbeit im Netzwerk ist es folglich, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jeweiligen Erfahrungen als Beschäftigte in der globalen Bekleidungsindustrie zu diskutieren und zu verstehen, um ausgehend davon gemeinsame Strategien zu entwickeln (Fütterer 2012). Darin reicht die Perspektive auch weiter als nur auf das Feld der Lohnarbeit, da für das gegenseitige Verständnis auch Fragen von Wohnen, Mobilität und Alltagsleben eine Rolle spielen (ExChains 2015a; ExChains 2012).

Auf regionaler Ebene in Südasien erarbeiten die Gewerkschaften Organisationsstrategien für die Bekleidungsindustrie und diskutieren

grenzüberschreitend, welche betrieblichen Ansätze Selbstorganisation befördern und welche nicht. In Workshops werden Erfahrungen mit Strategien ausgewertet und gemeinsame Ansätze entwickelt (Köhnen & Scheidhauer 2002: 37). Dabei spielen auch gewerkschaftliche Strategien gegen sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz sowie der Aufbau von demokratischen Organisationsformen in den *communities* der Arbeiter*innen eine wichtige Rolle. So startete die GATWU zunächst als *women workers' center*, ehe der Gewerkschaftsaufbau begann. Die Erfahrung von TIE-Asien zeigt, dass es durch den Aufbau demokratischer Arbeiter*innen-Organisationen sowie neue Organisationsstrategien über die einzelne Fabrik hinaus möglich ist, Bekleidungsarbeiter*innen zu organisieren und Frauen in gewerkschaftliche Führungspositionen zu bringen (ebd.).

In Deutschland ist ebenfalls die Zusammenarbeit der Betriebsräte über die Grenzen des einzelnen Unternehmens von Bedeutung. So arbeiten Betriebsräte von H&M und Zara enger zusammen und gemeinsam mit ver.di werden sowohl Strategien entwickelt, wie betriebliche Interessenvertretung im Einzelhandel gestärkt und welche betrieblichen Strategien gegen krankmachende Arbeitsbedingungen entwickelt werden können (Fütterer & Rhein 2015; Giese 2015).

Auf regelmäßigen Treffen von Betriebsräten und Bekleidungsarbeiter*innen werden gemeinsame Strategien entwickelt und Verabredungen getroffen. Dabei kommen die betrieblichen Aktivist*innen aus dem Einzelhandel und den Fabriken zusammen. Zwischen diesen jährlich stattfindenden Zusammenkünften koordinieren die Beteiligten ihre Aktivitäten lokal und regional; der Zusammenhalt im Netzwerk wird über die TIE-Koordinator*innen in Indien und Deutschland sowie über die lokalen oder regionalen Gewerkschaften hergestellt. Daher ist die Zusammenarbeit auch nicht bloß punktuell, sondern ein kontinuierlicher Bestandteil der Arbeit von Gewerkschaften und Betriebsräten.

Die Zusammenarbeit entlang der Produktionskette hatte in den ersten Jahren des ExChains-Netzwerkes das Ziel, durch gemeinsame konkrete Forderungen an die Unternehmen den Spielraum für gewerkschaftliche Organisation im Globalen Süden zu vergrößern und schwere Missstände in der Bekleidungsindustrie zu bekämpfen. Dies umfasste die Kritik und den Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Praktiken der Unternehmen in den Produktionsländern. Ein jüngeres Beispiel hierfür ist die Beteiligung des Netzwerkes an der Kampagne für das Gebäude- und Brandschutzabkommen für Bangladesch (Khan & Wichterich 2015). Gemeinsam mit NGOs und globalen Gewerkschaftsverbänden forderte das Netzwerk die Markenunternehmen auf, dem Abkommen beizutreten. Auch die Gesamtbetriebsräte von H&M und Zara traten bspw. in einer gemeinsamen Resolution mit dieser

Forderung an die Geschäftsleitungen ihrer Unternehmen heran und organisierten Diskussionen und Aktionen zum Thema auf Betriebsversammlungen (ExChains 2013). Erst nachdem Fabrikeinsturz von Rana Plaza im April 2013 war allerdings der Druck groß genug, um die führenden Markenhersteller zur Unterschrift zu bewegen. Die Forderung wurde indes nicht nur deshalb unterstützt, weil es einen besseren Gebäude- und Brandschutz in den Bekleidungsfabriken Bangladeschs ermöglichen sollte, sondern vor allem weil die im Rahmen des Abkommens verpflichtend vorgesehenen Arbeitsschutzkomitees, an denen Beschäftigte und Gewerkschaften beteiligt sein sollen, als Möglichkeit zum Aufbau von gewerkschaftlicher Gegenmacht im Betrieb angesehen wurden (Fütterer 2013: 22).⁴

Ein weiteres Beispiel ist die Auseinandersetzung um Kündigungen von Gewerkschaftsaktivist*innen bei einem H&M-Zulieferer in Bangalore. Dort wurden im Herbst 2014 drei Beschäftigte entlassen, die eine Betriebsgewerkschaft aufbauen wollten. Die GATWU führte eine Auseinandersetzung gegen die Kündigung und verhandelte mit H&M und dem lokalen Fabrikmanagement über die Wiedereinstellung. Zeitgleich informierten die Betriebsräte bei H&M ihre Kolleg*innen über den Fall und organisierten innerbetriebliche Solidarität mit dem Ziel, die Verhandlungsposition der indischen Gewerkschaft zu stärken. Nach den Solidaritätsaktionen konnte die GATWU erfolgreich die Wiedereinstellung der gekündigten Aktivist*innen aushandeln und den Aufbau einer Betriebsgewerkschaft unterstützen.

Die Betriebsräte innerhalb des Netzwerkes nutzen die Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung um die Geschäftsleitung mit den Produktionsbedingungen zu konfrontieren und gemeinsame Forderungen des Netzwerkes zu übermitteln. Gleichzeitig informieren und diskutieren sie mit den Beschäftigten auf Betriebsversammlungen über die Produktionsbedingungen, das Handeln der Unternehmen sowie über mögliche Alternativen. Auch in gewerkschaftlichen Aktionen werden diese Fragen und Probleme thematisiert. Die so erzeugte innerbetriebliche Öffentlichkeit erzeugt Druck auf die Unternehmensleitung.

Dass solche betrieblichen Aktivitäten Erfolge zeitigen, liegt nicht an der Kraft des besseren Argumentes, sondern vielmehr an der innerbetrieblichen Artikulation von Interessenkonflikten. Wie angedeutet, beruhen die Unternehmenskulturen im Bekleidungseinzelhandel auf der Vorstellung einer Interesseneinheit von Belegschaft und Unternehmen (Köhnen 2006). Jede artikuliert Kritik am Unternehmen und offene Diskussionen über

4 Zur Kritik am gegenwärtigen Stand der Umsetzung des Abkommens s. Khan & Wichterich 2015 und Banse 2015. Für mehr Informationen über die Auseinandersetzung um das Abkommen s. zusätzlich Fütterer 2013.

unterschiedliche Interessen und Widersprüche stellt diese Unternehmenskultur potenziell in Frage und hat damit auch Auswirkungen über die Frage der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie hinaus. Emphatisch gesprochen, handelt es sich dabei im Kleinen um die Auseinandersetzung, wie die Arbeit entlang der Wertschöpfungskette organisiert sein soll, und zeigt an, dass diese Produktionsnetzwerke anders organisiert sein können und sein müssen. Die Druckentfaltung beruht auf einer Selbsttätigkeit der Beschäftigten, die nicht im Interesse des Unternehmens ist, weil sie solidarische Beziehungen mit den Beschäftigten in der Produktion einfordern. Diese Forderung bringt die Beschäftigten in Auseinandersetzung mit dem Unternehmen.

Auch wenn durch die lokale Zusammenarbeit in Deutschland, die regionale Vernetzung in Südasien und durch Solidaritätsarbeit entlang der Wertschöpfungskette Erfolge beim Aufbau gewerkschaftlicher Macht im Einzelhandel und in der Bekleidungsproduktion erzielt werden konnten, beschloss das Netzwerk nach intensiven Diskussionen bei gemeinsamen Treffen, die Arbeit in den kommenden Jahren weiterzuentwickeln. Denn ein Manko der bisherigen Aktivitäten war, dass die Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette bislang kaum über konkrete Unterstützungsaktionen hinaus geht. Dies zeigte sich beispielsweise darin, dass es bislang nicht gelang, Strategien zu entwickeln, wie die Spielräume, die durch das Gebäude- und Brandschutzabkommen entstanden sind, von den Gewerkschaften weitergehend genutzt werden können. Da die Arbeitsschutzkomitees verpflichtend sind, führte dies vielerorts zum Entstehen gelber bzw. managementnaher Gewerkschaften, die den Raum ausfüllten (Khan & Wichterich 2015).

Die gemeinsame Arbeit soll daher verändert werden, um Verhandlungsmacht, Gewerkschaftsmacht und Handlungsfähigkeit auf Betriebsebene und branchenweit aufbauen. Um diese Herausforderung anzugehen, wurde gemeinsam eine Strategie erarbeitet, die innerhalb des Netzwerks bislang als Verhandlungsstrategie bezeichnet wird (ExChains 2015b).

Mit der Hilfe von Gesundheits- und Arbeitsplatzmappings⁵ (Schröder & Köhnen o.J., Keith & Brophy 2004) werden Beschäftigte von Zulieferern großer Bekleidungsunternehmen Probleme und mögliche Forderungen zu deren Lösung identifizieren und Strategien entwickeln, wie diese Forderungen von ihnen selbst und ihren Gewerkschaften durchgesetzt werden können.

5 Diese sind an die Perspektive der Arbeiteruntersuchungen bei FIAT und Olivetti angelehnt, die Anfang der 1960er Jahre in Italien von Mitarbeiter*innen der Zeitschrift *Quaderni Rossi* begonnen wurden. In dieser Perspektive sind die Erfahrungen und Kenntnisse der Beschäftigten unerlässlich für den Aufbau von Handlungsfähigkeit im Betrieb (Alquati 1974). Dieses Vorgehen spielt darüber hinaus auch in kommenden betrieblichen Auseinandersetzungen bei H&M und Zara um gesündere Arbeitsbedingungen eine Rolle.

Sobald die Forderungen gefunden sind, werden sie auf unterschiedlichen Ebenen verhandelt.

Auf lokaler Ebene sind dies Forderungen, die direkt von den Arbeiter*innen und ihrer Gewerkschaft mit dem Fabrikmanagement verhandelt werden können. Beispiele sind der Zugang zu Trinkwasser, der Einbau ausreichender Lüftungssysteme oder geeignete Arbeitsmittel. Als Folge der Mappings haben im Herbst 2015 und Frühjahr 2016 bereits einige Betriebsgewerkschaften zum ersten Mal solche Verhandlungen geführt.

Auf Branchenebene werden einerseits Probleme, die nicht auf Fabrikebene gelöst werden können, andererseits umfassende Anliegen angegangen, die Veränderungen auf Branchenebene erfordern, so dass Verhandlungen mit den Bekleidungsherstellern oder den Marken geführt werden müssen. Das können bspw. Löhne, Boni und Produktivitätsanreize sein.

Auf der regionalen Ebene in Südasiens werden einerseits Angelegenheiten thematisiert, die nicht auf Branchenebene gelöst werden können, andererseits solche, die in internem Austausch der regionalen Gewerkschaften als gemeinsame identifiziert werden. Diese wollen Gewerkschaften gemeinsam in der Region mit den Markenunternehmen verhandeln. Dabei werden die Gewerkschaften aus den verschiedenen Ländern gemeinsam auftreten.

Betriebsräte und Gewerkschafter*innen in den Markenunternehmen sowie Gewerkschaften aus dem Globalen Norden werden betriebliche Öffentlichkeit für die Forderungen von den Gewerkschaften und Beschäftigten im Globalen Süden erzeugen und unterstützen so die Verhandlungen auf allen Ebenen. Die Unterstützung geschieht über den Aufbau von Druck auf die Unternehmen, damit diese die Forderungen anerkennen und direkt und ernsthaft mit den Gewerkschaften und Beschäftigten im Globalen Süden verhandeln. Entsprechend wollen die Bekleidungsgewerkschaften solidarische Aktionen für Einzelhandelsbeschäftigte organisieren und deren Forderungen unterstützen. Dies soll durch den Aufbau direkter Kommunikationswege befördert werden. Videobotschaften von Arbeitsplatzuntersuchungen oder Betriebsversammlungen an andere Akteur*innen im Netzwerk sollen Zusammenhänge stärken und Diskussionen über große Entfernungen unterstützen. Zudem wollen die Gewerkschaften von Näher*innen wie von Verkäufer*innen Kontakte zu anderen Beschäftigten und Organisationen entlang der Zulieferkette aufbauen, um die gemeinsame Verhandlungsstrategie weiter zu stärken.

Das Potenzial dieser Strategie liegt darin, dass die Problemanalysen und Forderungen zur Veränderung der Bedingungen am Arbeitsplatz in einem kollektiven Prozess direkt auf Fabrikebene entstehen und ausgehend von dort Strategien entwickelt werden, diese durchzusetzen (ExChains 2015b). Damit geht es nicht allein um Verstöße und allgemeine Probleme und

Forderungen, die von den Unternehmen leicht zurückgewiesen werden können. Die Strategie ermöglicht den Gewerkschaften lokal Verhandlungs- und Gewerkschaftsmacht aufzubauen, während internationale Solidarität ihre Aktivitäten unterstützt. Gleichzeitig beinhaltet die Strategie die Perspektive, dass solidarisches Handeln Gegenseitigkeit voraussetzt. Erste Erfahrungen damit wurden gemacht, als GATWU Solidaritätsbotschaften für Zara-Beschäftigte organisierte, die im Zuge von Restrukturierungsmaßnahmen ihren Arbeitsplatz verlieren sollten.⁶

Auf diese Weise verschiebt internationale Unterstützung nicht die Akteursrolle. Der Druck zielt darauf ab, die Verhandlungsposition der lokalen Gewerkschaften bzw. der demokratischen Arbeiter*innen-Organisationen zu stärken und eine neue Praxis der Verhandlungen um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen zu entwickeln. Sie hat ihre Grundlage im Aufbau von Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und in der Selbstorganisation der Beschäftigten.

Dieser Ansatz soll die Gewerkschafter*innen an der Basis stärken, indem sie handelnde Subjekte bleiben. Für Anton Marcus, Vorsitzender der sri-lankischen *Free Trade Zone Workers & General Services Employees' Union*, liegt darin ein Kernelement der Strategie: „Mit kleinen Erfolgen wollen wir Potenziale aufbauen, um nächste Schritte zu unternehmen.“⁷ Der Ansatz wirkt auf die Struktur von Gewerkschaften, weil Aktivist*innen aus der zweiten Reihe und lokale Gewerkschaftsaktivist*innen an Bedeutung gewinnen. Er zielt darauf ab, Verhandlungskapazitäten und eine gewerkschaftliche Strategie aufzubauen, statt Gewerkschaften als Informationsbeschafferinnen wahrzunehmen.

Auf diese Weise soll eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften jenseits punktueller Solidaritätsaktionen gegen arbeitsrechtliche Verstöße gestärkt werden. Die dadurch beförderte Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette und innerhalb der Region eröffnet die Möglichkeit, langfristige Strategien gegen das Handeln der Unternehmen in der Region zu entwickeln. Sowohl die Einzelhandelsunternehmen als auch die Zulieferunternehmen agieren strategisch in der Region, platzieren Aufträge, nehmen Einfluss auf Interessenvertretungen sowie Regierungen und tätigen Investitionen, um Verwertungsbedingungen zu erhalten und zu verbessern.

Die Verhandlungsstrategie zielt auf den Aufbau von Handlungskapazitäten bei den Arbeiter*innen ab. Sie sollen „die Probleme definieren, Lösungen

6 S. <https://www.youtube.com/watch?v=BBbcW59lMww&feature=youtu.be>.

7 Im Gespräch mit dem Autor während des TIE-Asien-Treffens in Negombo vom 19.-21.8.2015.

finden und Strategien entwickeln, um diese Lösungen auf unterschiedlichen Ebenen umzusetzen. Dabei entwickeln sie die notwendigen Kapazitäten, um ihre Vorschläge zu realisieren und Forderungen durchzusetzen“, wie es die indische Gewerkschafterin Dithhi Bhattacharya beschreibt.⁸ Dabei gehe es um mehr, als nur Kompensationen für die Lohnarbeit oder eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Es werde versucht, Einfluss auf die Arbeitsorganisation und den Arbeitsprozess zu nehmen und ihn ansatzweise nach menschlichen Bedürfnissen zu gestalten.

Die Zusammenarbeit mit anderen Beschäftigten und zwischen Gewerkschaften in der Region sowie entlang der Wertschöpfungskette arbeitet auf jenen solidarischen Zusammenhang hin, in dem neue Praxisformen und Bedürfnisse entwickelt und erkämpft werden können. Zugleich reflektiert sie die bestehenden Kräfteverhältnisse in der globalen Bekleidungsindustrie: Selbstorganisation alleine ist oft nur schwer möglich, weil die Unternehmen derart mächtige Akteure sind, deren Position in einem großen Maße auf der Fragmentierung der Beschäftigten entlang der Wertschöpfungskette und in der Region beruht.

Ausblick

Bereits nach ersten Workshops zur Umsetzung der neuen Strategie berichteten sri-lankische Gewerkschafter*innen davon, dass Arbeiter*innen sich selbst als Akteur*innen von Veränderung am Arbeitsplatz begreifen und Erfahrungen von Selbstermächtigung machen.⁹ Gleiches gelte für die Gewerkschafter*innen, für die die Frage nach der Beförderung von Selbstorganisation wieder eine zentrale Rolle spiele. Dies wird bereits als ein erster Erfolg der neuen Strategie begriffen.

Sie spiegelt einen Diskussionsprozess wider, der in den vergangenen Jahren im Netzwerk geführt wurde. Mit der Strategie soll die Selbstorganisation der Beschäftigten befördert werden und die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit wieder auf die gewerkschaftliche Agenda kommen. Schließlich könnten „die Beschäftigten am Ende ihre Probleme nur selber lösen“ (Quinto, zit. in Giese 2015), wie es der ver.di-Unternehmensbetreuer von H&M und Zara formuliert. Dies gelte unabhängig davon, ob dies in der Produktion oder im Einzelhandel geschehe. Als Bedingung dafür fordern Akteur*innen innerhalb des Netzwerkes, dass

8 Im Gespräch mit dem Autor während des TIE-Asien-Treffens in Negombo vom 19.-21.8.2015.

9 Davon berichten sowohl Dithhi Bhattacharya, die einige dieser Workshops begleitet hat, als auch Anton Marcus während eines TIE-Asien-Treffens.

sich Gewerkschaften anders strukturieren, damit sie zu Orten werden, an denen die lebensweltlichen Erfahrungen von Beschäftigten ernst genommen, alternative Deutungen, die die Beschäftigten als Akteur*innen begreifen, entwickelt und deren Handlungskapazitäten aufgebaut werden. Diese Perspektive ist zentral, wenn überhaupt wieder über gesellschaftliche Transformation nachgedacht werden soll. Ansätze dafür fänden sich bereits jetzt in den Erfahrungen, die im ExChains-Netzwerk gemacht werden und sollen mit dem Verhandlungsansatz vertieft und ausgeweitet werden. Somit ist die Arbeit des Netzwerks zugleich ein wichtiger Beitrag in der Diskussion über transnationale Gewerkschaftszusammenarbeit und über die Grenzen bisheriger Ansätze. Bislang bleibt diese Debatte oft auf Politikempfehlungen beschränkt und Wege, wie reale gewerkschaftliche Handlungsmacht aufgebaut werden kann, werden nicht diskutiert (vgl. Ferenschild & Schniewind 2016: 118f).

Die Überlegungen und Argumente in diesem Artikel geben den gegenwärtigen Diskussionsstand innerhalb des Netzwerkes wieder. Es bedarf weiterer Forschung und Diskussion darüber, inwiefern die Veränderungen des globalen Kapitalismus und seiner Regulierungsformen nicht nur neue Erscheinungsformen von Lohnarbeit geschaffen, sondern sich auch soziale Bewegungen, Gewerkschaften und ihre Verbände verändert haben. Diese Veränderungen können nicht allein als Machtverlust beschrieben werden. Auch wären die Veränderungen, die mit den Stichworten NGOisierung und Kampagnenorientierung gefasst wurden, nicht ausreichend beschrieben, wenn sie lediglich als politische Irrtümer im Sinne einer falschen Strategie begriffen würden. Die Diskussionen darüber weisen darauf hin, dass es einen Zusammenhang zwischen veränderten politischen Formen sowie der Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus gibt, der genau untersucht werden muss (INCITE! 2007; Choudry & Kapoor 2013). Es geht daher auch nicht um die Ablehnung von NGOs, sondern um die Einordnung ihrer Entwicklung in gesellschaftliche Zusammenhänge. Genauso wenig sollen konkrete Verbesserungen und Errungenschaften von Kampagnen kleingeredet werden. Vielmehr soll das Problem deutlich werden, dass der Aufbau von sozialer Bewegung und die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse mehr und mehr in den Hintergrund geraten und mit dem Fokus auf Kampagnen die Orientierung auf den Aufbau von Handlungskapazitäten bei Arbeiter*innen verloren geht. Dieser Aufbau ist aber für gesellschaftliche Transformation und Selbstemanzipation unerlässlich (Choudry & Kapoor 2013a: 14f). Die Diskussion ist notwendig, um gemeinsam Praxisformen zu entwickeln, wie die gewerkschaftlichen Kämpfe in der Bekleidungsindustrie gestärkt und die Selbstorganisation der Beschäftigten befördert werden können.

Für das ExChains-Netzwerk stehen zukünftig weitere Herausforderungen an, unter anderem, weitere Bereiche in der globalen Bekleidungsindustrie in das Netzwerk zu integrieren und es auf andere Länder und Gewerkschaften auszudehnen (ExChains 2015b).

Die globale Bekleidungsindustrie umfasst selbstredend mehr als nur Produktion und Verkauf. Die unterschiedlichen Vorprodukte sowie der Transport und die Logistik sind bislang nicht Teil des Netzwerkes. Derzeit wird allerdings entlang der Wertschöpfungskette von Orangensaft versucht, Plantagenarbeiter*innen, Beschäftigte von Abfüllanlagen sowie Beschäftigte des Lebensmitteleinzelhandels in einem vergleichbaren Netzwerk zusammenzubringen. Beteiligt sind daran Betriebsräte von Rewe, Tengelmann, Edeka und Kaufland, Landarbeiter*innen- und Industriearbeiter*innen-Gewerkschaften aus Brasilien, TIE und ver.di.

Literatur

- Alquati, Romano (1974): *Klassenanalyse als Klassenkampf*. Frankfurt a.M.
- Artus, Ingrid (2008): „Prekäre Vergemeinschaftung und verrückte Kämpfe. Repressive Integration als Herrschaftsmodus im prekären Dienstleistungsbereich“. In: *PROKLA*, Nr. 150, S. 27-48.
- Banse, Frauke (2015): „The Bangladesh Accord – A Model to Secure Workers Rights in Global Supply Chains?“. In: *Global Labour Column*, Nr. 222, <http://column.global-labour-university.org/2015/12/the-bangladesh-accord-model-to-secure.html>, letzter Aufruf, 17.6.2016.
- Bhattacharya, Dithhi (2014): *State of Garment Workers in Bangalore*. Delhi.
- Blöcker, Antje, & Michael Wortmann (2005): „Strukturwandel und internationale Beschaffung im Einzelhandel mit Bekleidung“. In: *PROKLA*, Nr. 138, S. 91-109.
- Brinkmann, Ulrich; Hae-Lin, Choi; Richard Detje; Klaus Dörre; Hajo Holst; Serhat Karakayali & Catharina Schmalstieg (2008): *Strategic Unionism: aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hightechnologie – Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*. Hamburg.
- Chapkis, Wendy, & Cynthia Enloe (1983): *Of Common Cloth. Women in the Global Textile Industry*. Amsterdam & Washington, DC.
- Choudry, Aziz, & Dip Kapoor (2013) (Hg.): *NGOization. Complicity, Contradictions and Prospects*. London & New York, US-NY.
- Choudry, Aziz, & Dip Kapoor (2013a): „Introduction: NGOization. Complicity, Contradictions and Prospects“. In: Choudry & Kapoor 2013, S. 1-23.
- Dörre, Klaus (2012): „Gewerkschaftliche Erneuerung: Aus der Krise zu neuer Stärke?“. In: *Emanzipation. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis*. Bd. 2, Nr. 2, S. 7-22.
- Dörre, Klaus (2008): „Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing?“. In: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 1, Düsseldorf, S. 3-10.
- Dörre, Klaus, & Stefan Schmalz (2013): „Einleitung: Comeback der Gewerkschaften? Eine machtsociologische Forschungsperspektive“. In: Schmalz & Dörre 2013, S. 13-39.
- ExChains (2015a): *Gemeinsamer Widerstand entlang der globalen Zulieferkette*. http://www.exchains.org/exchains_newsletters/2015/exchainsNL_2015_screen.pdf, letzter Aufruf: 30.4.2016.

- ExChains (2015b): *Strategie zur Stärkung der Verhandlungsmacht von Bekleidungsgewerkschaften in Südasien*. http://www.exchains.org/exchains_newsletters/2015/ExChains_Strategie_2015_screen.pdf, letzter Aufruf: 30.4.2016.
- ExChains (2013): *Nur gemeinsam können wir wirklich etwas verändern*. http://www.exchains.org/exchains_newsletters/exchains_Nachrichten_8_2013_DT.pdf, letzter Aufruf 3.6.2016.
- ExChains (2012): *Beschäftigtenaustausch zwischen Deutschland und Bangladesch*. http://www.tie-germany.org/what_we_do/pdfs_ExChains_Project_Joint_Campaign/ExChains_NL_Hintergrund_Kampagne.pdf, letzter Aufruf: 30.4.2016.
- Ferenschild, Sabine, & Julia Schniewind (2016): *Folgen des Freihandels. Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten*. Frankfurt a.M.
- Fröbel, Folker, Jürgen Heinrichs, & Otto Kreye (1977): *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*. Hamburg.
- Fütterer, Michael (2013): „Nicht warten auf Selbstverpflichtungen. Ein halbes Jahr nach dem Einsturz von Rana Plaza kämpfen Gewerkschaften in Bangladesh weiter für mehr Arbeitsrechte“. In: *Analyse und Kritik*, Nr. 587, S. 22.
- Fütterer, Michael (2012): „Ketten brechen, Grenzen einreißen“. In: *Arranca!*, Nr. 46, S. 8-14.
- Fütterer, Michael, & Markus Rhein (2015): *Erneuerung geht von unten aus. Neue gewerkschaftliche Organisationsansätze im Einzelhandel – Das Beispiel H&M*. Berlin.
- Giese, Gudrun (2015): „Arbeiterinnen united. Zu dem Netzwerk gehören Näherinnen aus dem Süden und Verkäuferinnen aus dem Norden der Welt“. In: *ver.di Publik*, Nr. 8, S. 8.
- Gindin, Sam (2015): *Global Issues. Bringing Class Back in*. Toronto, CA-ON.
- Gindin, Sam (2013): „Rethinking Unions, Registering Socialism“. In: *Socialist Register*, Bd. 49, S. 26-51.
- Gindin, Sam (2004): *The Auto Industry. Concretizing Working Class Solidarity: Internationalism beyond Slogans*. Toronto, CA-ON.
- Gindin, Sam (1998): „Socialism with Sober Senses: Developing Worker's Capacities“. In: *Socialist Register*, Bd. 34, S. 75-101.
- Hack, Lothar (1989): „Determination/Trajekte vs. Konfiguration/Projekte“. In: Fleischmann, Gerd, & Josef Esser (Hg.): *Technikentwicklung als sozialer Prozess. Gesellschaft zur Förderung arbeitsorientierter Forschung und Bildung*. Frankfurt a.M., S. 71-106.
- Hierlmeier, Josef (2006): *Internationalismus. Eine Einführung in seiner Ideengeschichte und Gegenwart*. Stuttgart.
- Huhn, Jens (2015): *Trotz alledem... TIE – eine „andere“ Internationale in Zeiten der Globalisierung*. Berlin.
- Hürtgen, Stefanie (2015): „Qualifizierung und Polarisierung im transnationalen Raum der Lohnarbeit. Die zeitgemäß (un-)qualifizierte Arbeitskraft als betrieblich und gesellschaftlich konstruiertes Herrschaftsverhältnis“. In: Atzmüller, Roland; Stefanie Hürtgen & Manfred Krenn: *Die zeitgemäße Arbeitskraft. Qualifiziert, aktiviert, polarisiert*. Weinheim & Basel, S. 27-126.
- Keith, Margaret, & James Brophy (2004): „Participatory Mapping of Occupational Hazards and Disease among Asbestos-exposed Workers from a Foundry and Insulation Complex in Canada“. In: *International Journal of Occupational and Environmental Health*, Bd. 10, Nr. 2, S. 144-153, <http://dx.doi.org/10.1179/oeh.2004.10.2.144>.
- Khan, Mohd Raisul Islam, & Christa Wichterich (2015): *Safety and Labour Conditions: the Accord and the National Tripartite Plan of Action for the Garment Industry of Bangladesh*. Global Labour University Working Paper No. 28, Genf.
- INCITE! Women of Colour Against Violence (2007) (Hg.): *The Revolution will not be funded. Beyond the Non-Profit Industrial Complex*. Cambridge, http://www.global-labour-university.org/fileadmin/GLU_Working_Papers/GLU_WP_No.38.pdf, letzter Aufruf 21.6.2016.

- Kobel, Anton (2011): „Einzelhandel in Deutschland“. In: *Express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, Nr. 2, 3-4 u. 5/2011.
- Köhnen, Heiner (2006): *Unternehmenskultur und Personalpolitik. Zur Situation der Beschäftigten und der Interessenvertretung bei H&M*. Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 119, Düsseldorf, http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_119.pdf, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Köhnen, Heiner (2000): *Industrielle Beziehungen und betriebliche Auseinandersetzungen in Nordamerika. Neue Unternehmensstrategien und die Gewerkschaften UAW und CAW*. Münster.
- Köhnen, Heiner, & Anne Scheidhauer (2002): *Organising the Battlefield. Arbeiterinnen in den Freihandelszonen Sri Lankas*. Offenbach.
- Lebowitz, Michael (1992): *Beyond Capital. Marx's Political Economy of the Working Class*. London, <http://dx.doi.org/10.1007/978-1-349-21831-8>.
- Lerner, Steven (2007): „Weltgewerkschaften: Ein Mittel gegen den weltweiten Niedergang der Arbeiterbewegung“. In: Bremme, Peter (Hg.): *Never Walk Alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften?* Hamburg, S. 53-78.
- McCallum, Jamie K. (2015): „Governance Struggles and Worker Power: The New Spirit of Labour Transnationalism“. In: Bieler, Andreas (Hg.): *Labour and Transnational Action in Times of Crisis*. New York, US-NY, S. 143-158.
- Moody, Kim (1997): *Workers in a Lean World. Unions in the International Economy*. London & New York, US-NY.
- Negt, Oskar, & Alexander Kluge (1992): *Maßverhältnisse des Politischen*. Frankfurt a.M.
- Scheidhauer, Anne (2008): *Schufden für unsere Kleider und sonst nichts? Frauen in der globalisierten Bekleidungsindustrie Bangladeschs*. Frankfurt a.M.
- Schmalz, Stefan, & Klaus Dörre (2013) (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt a.M. & New York, US-NY.
- Schröder, Jörg, & Heiner Köhnen (o.J.): *Gesundheitsförderliche Organisationsentwicklung durch Gesundheitsmapping*. <http://uk-online.uni-koeln.de/remarks/d2844/rm2192569.pdf>, letzter Aufruf: 30.4.2016.
- Smith, Andrea (2007): „Introduction: The Revolution will not be Funded“. In: INCITE! 2007, S. 1-20.
- Voss, Kim (2013): „Innergewerkschaftliche Demokratie und die Erneuerung der Gewerkschaften“. In: Schmalz & Dörre 2013, S. 56-73.
- Waterman, Peter (2015): „Die Internationale Arbeiter*innen-Bewegung inmitten, gegen und jenseits des globalisierten und informatisierten Gehäuses von Kapitalismus und Bürokratie“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 137, S. 29-46.
- Waterman, Peter (2004): „Adventures of Emancipatory Labour Strategy as the New Global Movement Challenges International Unionism“. In: *Journal of World-System Research*. Bd. 10, Nr. 1, S. 216-253.
- Waterman, Peter (1998): *Globalization, Social Movements and the New Internationalisms*. London.
- Zeuner, Bodo (2004): „Widerspruch, Widerstand, Solidarität und Entgrenzung – neue und alte Probleme der deutschen Gewerkschaften“. In: Beerhorst, Joachim, & Alex Demirović, & Michael Guggemos (Hg.): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt a.M., S. 318-353.

Anschrift des Autors:

Michael Fütterer

michael.fuetterer@tie-germany.org

Michel Jungwirth

Gewerkschaften und undokumentierte Arbeit von Migrant_innen in Österreich Über die Entstehung gewerkschaftlicher Beratungs- und Unterstützungsstrukturen

Keywords: trade unions, migration policies, undocumented labour, migrants, Austria

Schlagwörter: Gewerkschaften, Migrationspolitik, undokumentierte Arbeit, Migrant_innen, Österreich

Migration und die Rechte von Migrant_innen sind nicht erst seit der Krise der europäischen Staaten im Umgang mit Flüchtlingen auch ein Thema innerhalb von Gewerkschaften, sondern spätestens seit Beginn der 1960er Jahre und der Anwerbung von Gastarbeiter_innen (vgl. u.a. Penninx & Roosblad 2000; Trede 2015). Dass Migrant_innen oftmals in schlecht bezahlten und weniger angesehenen Arbeitssektoren unter widrigen und prekären bzw. undokumentierten¹ Arbeitsverhältnissen arbeiten, ist weithin bekannt. Ihnen werden oftmals Löhne vorenthalten, sie sind stärker von Entlassungen bedroht und die Möglichkeit, real existierende Arbeitsrechte gerichtlich einzuklagen, wird oftmals schon durch eine drohende Ausweisung eingeschränkt (vgl. Schmidt & Schwenken 2006).

Die Bekämpfung prekärer Beschäftigungssituationen wäre ein klassisches Aufgabengebiet gewerkschaftlicher Organisation. In Bezug auf Migration und die Vertretung und Unterstützung von Migrant_innen haben Gewerkschaften, nicht nur in Österreich, jedoch oftmals ambivalente und widersprüchliche Positionen vertreten. In Österreich gab und gibt es in diesem Zusammenhang, häufig einhergehend mit den Migrationsphasen, unterschiedliche Positionierungen und Strategien. So hatten österreichische

1 Der Begriff der undokumentierten Arbeit verweist auf Lohnarbeit abseits von staatlich erfassten und regulierten Sektoren des Arbeitsmarkts und geht mit fehlenden Arbeitnehmer_innenschutz-Bestimmungen wie hohen Unfallrisiken und massiven physischen und psychischen Belastungen einher (PrekärCafé 2010b). Undokumentiert arbeiten u.a. Personen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, aber auch Menschen mit Aufenthalts-, aber ohne entsprechende Arbeitserlaubnis (ebd.).

Gewerkschaften zentralen Einfluss auf die Verhandlungen über Kontingentvereinbarungen für Gastarbeiter_innen ab den 1960er Jahren – gleichzeitig aber kein Interesse an einer dauerhaften Präsenz ausländischer Arbeitnehmer_innen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Mit Ausgrenzungs-, Abwertungs- und Spaltungsbestrebungen seitens der Gewerkschaften wurde vielmehr eine Hierarchisierung zwischen österreichischen und ausländischen Arbeitskräften reproduziert (vgl. Wollner 2003). Aktuell sind der Einfluss der Gewerkschaften auf das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz sowie die Schaffung einer Beratungs- und Unterstützungsstruktur zentrale Merkmale. Für Deutschland beschreibt Frank Schmidt-Hullmann (2012: 199) von der deutschen *Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt* (IG BAU) das Selbstverständnis, dass Gewerkschaften nach dem Verständnis großer Teile ihrer Mitglieder zunächst einmal Organisationen der regulär Beschäftigten sind. Daseinszweck der Gewerkschaften sei, Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen durchzusetzen und diese gegen alle Angriffe, etwa in Form von Lohndumping, zu verteidigen (ebd.). Die Anfang der 2000er Jahre existierenden sogenannten „Schwarzarbeitertelefone“ zur Denunziation von undokumentiert Arbeitenden (kritisch: Harning & Maurer 2004) markieren symbolisch ein Ende des Spannungsfeldes, in dem sich deutsche Gewerkschaften bewegen. Dieses Feld reicht von protektionistischen und offen rassistischen Praktiken bis zu solidarischer Unterstützungstätigkeit (PrekärCafé 2010a).

In jüngster Zeit gibt es in beiden Ländern Entwicklungen, die auf die Unterstützung prekär und undokumentiert beschäftigter Zugewanderter oder mobiler Beschäftigter setzen. So stellt die 2014 in Wien gegründete *UNDOK-Anlaufstelle* zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender, wie ich im Folgenden ausführe, eine deutliche Abkehr von bisherigen gewerkschaftlichen Ansätzen dar. Vergleichbare Prozesse lassen sich auch andernorts in Europa beobachten. Wie Emilija Mitrovic (2014: 206f) beschreibt, gibt es in Deutschland innerhalb der Gewerkschaften, vor allem bei *ver.di* und der IG BAU, seit einigen Jahren Bemühungen, auch papierlose Arbeitnehmer_innen in ihren Rechten zu bestärken, als Mitglieder aufzunehmen und vor Arbeitsgerichten zu vertreten. In Hamburg beispielsweise bildeten sich Initiativen mit dem Ziel, Menschen ohne gesicherten Aufenthalt, die immer wieder mit arbeitsrechtlichen Fragen konfrontiert sind, zu unterstützen. Daraus entwickelte sich die Projektidee einer gewerkschaftlichen Anlaufstelle für Papierlose, um über bestehende Rechte aufzuklären und überhaupt erst ein Bewusstsein dafür zu vermitteln. Von 2008 bis 2010 wurde die Anlaufstelle *MigrAr* von *ver.di* als Pilotprojekt in Hamburg finanziert. Derartige gewerkschaftliche Anlaufstellen wurden

in der Folge auch in anderen Städten nach diesem Vorbild gegründet – so auch in Wien (ebd.).

Der Beitrag geht nun auf die Entstehung der UNDOK-Anlaufstelle in Wien bzw. den Kontext der österreichischen Gewerkschaften ein. Dabei soll diskutiert werden, ob es zu einer Neuausrichtung gewerkschaftlicher Politik in diesem Feld kam – und falls ja, worauf sich eine Abkehr von bisherigen Strategien zurückführen lässt. So kann gezeigt werden, dass Gewerkschaften in Österreich (wie auch in Deutschland) in den letzten Jahren zunehmend unterstützende Ansätze in Bezug auf Migration und Migrant_innen verfolgen, gleichzeitig jedoch in diesem Bereich immer auch widersprüchliche Positionen vertreten.

Grundlage dieses Beitrags ist die Analyse von Literatur, Dokumenten und im Jahr 2015 durchgeführte Interviews mit Personen aus verschiedenen Teilgewerkschaften des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes* (ÖGB) sowie Aktivist_innen, die an der Entstehung der Anlaufstelle beteiligt waren.

Zunächst werden einige konzeptionelle Überlegungen zu gewerkschaftlicher Solidarität bzw. Dilemmata im Umgang mit Migration und Migrant_innen vorgestellt. Daran anschließend wird auf eine alternative Form der Organisierung, die US-amerikanischen *Worker Centers*, eingegangen, um deren Vorbildwirkung für bzw. Verbindungen zu Beratungsstellen im deutschsprachigen Raum aufzuzeigen. Abschließend wird auf den Kontext und entscheidende Akteur_innen der Entstehung der UNDOK-Anlaufstelle und eine mögliche Neuausrichtung gewerkschaftlicher Politik im Umgang mit Migrant_innen in Österreich und darüber hinaus eingegangen.

Dilemmata zwischen Solidarität und Ablehnung

Die „intermediären Institutionen“ Gewerkschaften (Kurz-Scherf & Zeuner 2001: 148), die Vermittlung zwischen verschiedenen Polen suchen, beispielsweise zwischen Kapital und Arbeit oder Arbeitswelt und Lebenswelt, sind in erster Linie Interessensvertretungen: ihrer Mitglieder gegenüber den Arbeitgeber_innen und gegenüber dem Staat. Sie artikulieren und repräsentieren, zumindest nach eigenem Anspruch, eine zentrale Dimension der sozialen Frage, können aber als Mitgliederorganisationen auch Tendenzen der Oligarchisierung sowie Bürokratisierung unterliegen und sind vorrangig in der Facharbeiterschaft und in industriellen Großbetrieben verankert (ebd.: 149). Gewerkschaftsmacht beruht, wie Klaus Dörre ausführt,

„auf dem Bemühen von Lohnabhängigen, ihre Konkurrenzen zumindest zeitweilig und in den Grenzen bestimmter Branchen und Territorien zu überwinden,

um auf der Basis geteilter Interessen und Wertorientierungen gemeinsame Ziele zu verfolgen“ (Dörre 2008: 3).

Daher schließen sich Lohnabhängige in bestimmten Branchen und Kontexten zusammen, um gemeinsame Ziele zu verfolgen, während sie sich bemühen, die Konkurrenzen zu minimieren. Hier zeigt sich, dass Migration und die Veränderung der Zusammensetzung der Gruppe der Lohnabhängigen innerhalb der Branchen und Territorien problematisch, zumindest aber eine Herausforderung für derartige Organisierungen sein können.

In Bezug auf gewerkschaftliche Solidarität konstatiert Saida Ressel (2014: 229), dass diese immer dort an ihre Grenzen stoße, wo Gewerkschaften und ihre Mitglieder selbst von Ungleichheitsstrukturen profitieren, etwa durch Rassismus der Mitglieder, nationalistische Standortpolitik oder Politiken, die am männlichen Haupternährermodell festhalten. Nach Eveline Wollner (2003: 36) forcieren eine gewerkschaftliche Konzentration ihrer Interessenvertretungspolitik auf inländische Arbeitskräfte die weitere Segmentierung der Arbeitsmärkte: „Der Interessensvertretung für Inländer/innen (gegen besondere Zumutungen des kapitalistischen Verwertungssystems) bei gleichzeitiger Anpassung an dasselbe entspricht die Abwertung und Ausgrenzung der ausländischen Arbeitskraft.“ (ebd.) Gewerkschaften reproduzierten dadurch die Hierarchisierung zwischen verschiedenen Gruppen an Arbeitskräften und grenzten insbesondere jene Arbeitsbereiche aus, die nicht dem Bild weißer, männlicher Industriearbeit entsprechen. In einer solchen Perspektive erscheinen ausländische Arbeitskräfte Gewerkschaften oftmals als Konkurrent_innen bzw. werden als Lohndrücker_innen stigmatisiert (ebd.). Solidarität, so Ingrid Kurz-Scherf und Bodo Zeuner (2001: 155), habe immer eine exklusive und eine inklusive Komponente. Sie sei exklusiv, da Gewerkschaften immer auch Abwehrorganisationen gegen Konkurrenz gewesen seien, wobei ein Mittel zur Konkurrenzabwehr die Regulierung des Zugangs zum Arbeitsmarkt darstelle (ebd.: 156).

Gewerkschaften solidarisieren sich sowohl mit den Schwächsten, fürchten aber auch die Absenkung von Standards (Pries 2013). Gewerkschaftlicher Umgang mit Migration und Migrant_innen sind für Gewerkschaften Problem und Herausforderung. In diesem Sinne formulierten Rinus Penninx und Judith Roosblad (2000: 4) drei Dilemmata, mit denen Gewerkschaften im Bereich der Migration und Migrant_innen konfrontiert sind: Das erste Dilemma bezieht sich auf Einwanderung selbst. Sollten Gewerkschaften mit Arbeitgeberverbänden im Bereich der Anwerbung von Arbeitskräften kooperieren oder sollten sie sich dem widersetzen? Das zweite Dilemma tritt auf, sobald zugewanderte Arbeitskräfte im Land sind. Sollten Gewerkschaften

diese Migrant_innen komplett in ihre Organisationen inkludieren oder sollten sie sie als gesonderte Kategorie behandeln (und somit aus den allgemeinen Strukturen exkludieren)? Wenn Gewerkschaften beschließen, Zugewanderte als Mitglieder aufzunehmen, ergibt sich ein drittes Dilemma, nämlich ob Gewerkschaften spezielle Maßnahmen für diese Migrant_innen beschließen oder ob sie an der Gleichbehandlung aller Arbeiter_innen festhalten sollen (ebd.). Gewerkschaftspolitik in Bezug auf das Thema Migration bewegen sich also zwischen Ablehnung und Organisierungsbemühen, zwischen Ausgrenzung und Integration, sowie zwischen Gleich- und Sonderbehandlung (Schmidt & Schwenken 2006: 42). Die von Penninx und Roosblad formulierten Dilemmata treffen auf Migration im Allgemeinen und auf irreguläre Migration im Besonderen zu. Dabei ist eine Reihe von Faktoren entscheidend dafür, für welche Optionen sich Gewerkschaften entscheiden. Dazu zählen Verena Schmidt und Helen Schwenken sowohl die gesellschaftliche Machtposition der Gewerkschaften, deren interne Organisationsstruktur, die ökonomisch-politischen Bedingungen, die historische Migrationsgeschichte der jeweiligen Staaten sowie die Herkunft und den jeweiligen Status der Migrant_innen bzw. deren Bereitschaft, sich gewerkschaftlich organisieren zu lassen (ebd.).

Im gewerkschaftlichen Umgang mit Migration unterscheiden Schmidt und Schwenken (ebd.: 42f) zwischen kontrollbezogenen und unterstützenden Ansätzen. Trotz umstrittener Wirksamkeit von kontrollbezogenen Ansätzen würden einige Gewerkschaften – resultierend aus den dargestellten Dilemmata – für Ansätze eintreten, die vor allem Kontrollen und sanktionierende Instrumente in den Vordergrund stellen. Da illegal Beschäftigte unmittelbar von Kontrollen betroffen sind, vergrößerte sich mit kontrollbezogenen Ansätzen deren Schutzlosigkeit und verstärkten sich Anreize zu betrügerischer und ausbeuterischer Beschäftigung. Hinzu komme, dass Arbeitgeber_innen in der Regel wesentlich besser über rechtliche Bestimmungen informiert seien als (migrantische) Arbeitnehmer_innen (ebd.: 42). Ein unterstützender Ansatz, wie ihn beispielsweise der polnische Sozialrat in Berlin entwickelt hat, eignet sich zwar für die Beratungs- und Unterstützungsarbeit von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, dieser bleibt allerdings auf einer individuellen Ebene verhaftet und ist auf eine gerichtliche Durchsetzung von Ansprüchen beschränkt (ebd.: 43). Gewerkschaften, so Schmidt und Schwenken (ebd.: 43f) sollten einen Ansatz verfolgen, der verstärkt juristische Spielräume nutzt und gleichzeitig auf die Stärkung von Konfliktfähigkeit und die gewerkschaftliche Organisation von Migrant_innen gerichtet ist.

Worker Centers als alternative Form der Organisation

Wie Gewerkschaften auf Migrant_innen und atypische Beschäftigungsverhältnisse reagieren können, zeigen auch die *Worker Centers* in den USA. Diese bieten prekär Beschäftigten bzw. Migrant_innen Infrastruktur, Serviceangebote, Beratung und Bildung, wobei diese Angebote mit Organisation und Mobilisierung verknüpft werden (Benz 2014: 225). Die Entstehung der *Worker Centers* und die ihnen eigenen alternativen Organisationsansätze sind aber auch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Umwälzungen zu betrachten.

Sowohl die Migrationsprozesse als auch die Gewerkschaften haben sich innerhalb der letzten Jahrzehnte gewandelt. Seit den 1960er Jahren und der beginnenden Krise des Fordismus kam es zu einem tiefgreifenden Wandel gesellschaftlicher Verhältnisse, infolge dessen traditionelle Formen der Repräsentation, also Gewerkschaften und Parteien, an Einfluss und Bedeutung verloren, während gleichzeitig neue soziale Akteure in Form von NROen, Netzwerken und sozialen Bewegungen die politische Bühne betraten und die Frage nach Handlungsfähigkeit jenseits etablierter institutioneller Pfade aufwarfen (Benz 2014: 18). Mit dem Übergang von Fordismus zu Postfordismus wurden auch Gewerkschaften mit neuen Herausforderungen, auch im Umgang mit Migration, konfrontiert (vgl. Bieling 1993). Im Zusammenhang mit der Krise des Fordismus konstatiert Hans-Jürgen Bieling (ebd.: 71) eine wachsende soziale Desintegration, welche aus klassenspaltenden Effekten bzw. Ethnisierungsprozessen hervorgeht, wodurch es zu mehr Konkurrenz- und Verteilungskämpfen anstelle von Solidarität zwischen verschiedenen Gruppen abhängig Beschäftigter kommt. Auch die österreichischen Gewerkschaften hatten vor allem ab den 1970er Jahren mit dem Verlust von Mitgliedern zu kämpfen, wobei allerdings ein organisationspolitischer Wandel als Reaktion derzeit noch nicht absehbar ist (vgl. Pernicka & Stern 2011).

Ein Zugang zu einer veränderten Gewerkschaftspolitik bezüglich illegalisierter Migrant_innen, so Mitrovic (2014: 204f), sei aus der Umsetzung des *Organizing*-Ansatzes ableitbar, da *Organizing* basisdemokratische und emanzipatorische Prinzipien verfolge und wichtiges Instrument der Mitgliedergewinnung sei. Ein solches Projekt wird seit 2006/2007 in Hamburg praktiziert. Dabei sei erstmalig der Blick geöffnet worden für prekäre Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Branchen im Organisationsbereich von ver.di, unter anderem etwa von Haushaltsarbeiterinnen, Pflegekräften, Hafenarbeiter_innen oder Sexarbeiter_innen. Schwerpunkt sei gewesen, Migrant_innen für gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen. (ebd.: 205).

Die US-amerikanischen *Worker Centers* entstanden im Kontext der gesellschaftlichen Umstrukturierung seit den 1970er und 1980er Jahren als Selbstorganisationen prekärer Arbeiter_innen in der informellen Ökonomie und im Niedriglohnsektor, die von Gewerkschaften kaum vertreten waren, wobei in vielen betroffenen Branchen überwiegend Migrant_innen arbeiteten (Benz 2014: 12f). Die Entstehungskontexte der *Worker Centers* sind sehr unterschiedlich: viele gehen auf migrantische *Community*-Organisationen oder kirchliche Initiativen zurück. Andere wiederum entstanden aus rechtlichen oder sozialen Beratungsstellen bzw. Stadtteilorganisationen. Gleichzeitig entstanden aber auch viele aus gewerkschaftlicher Initiative oder aus gescheiterten gewerkschaftlichen Organisationsversuchen heraus. (ebd.: 13ff). Je nach Sichtweise und ihrer spezifischen Ausformung können *Worker Centers* als unabhängige Gewerkschaften, NROen, *Community*-Organisationen oder Bewegungsorganisationen gesehen und verstanden werden (ebd.: 21). *Worker Centers* sind rechtlich gesehen keine Gewerkschaften, sondern besitzen den Status von *Nonprofit*-Organisationen, wodurch sie in ihren Organisationsstrategien nicht an die strengen US-gewerkschaftsspezifischen Regularien gebunden sind (ebd.: 127).

Allerdings ist das Verhältnis zwischen *Worker Centers* und Gewerkschaften nicht frei von Konflikten und nur wenige Kooperationen bestehen dauerhaft (Fine 2007: 336). Im Gegensatz zu Gewerkschaften, die sich auf bestimmte Arbeitgeber und Industrien konzentrieren, sind die meisten *Worker Centers* nicht industriespezifisch, sondern mit einem bestimmten Ort und damit geographisch verankert (ebd.: 343). Orte der Identifikation und des Zusammenhalts können hier Stadtteile oder die Zugehörigkeit zu einer *Community* sein (Benz 2014: 127). In ihrem *Organizing* knüpfen *Worker Centers* an Arbeitsweisen von *Community*-Organisationen an und erweitern diese um Aspekte der politischen Mobilisierung und Organisation von Lohnarbeitenden, wodurch eine Verbindung von Aspekten des Arbeitsplatzes mit anderen Themen, wie etwa Alltag, Ausbildung, Schule und Wohnen, möglich und verhandelbar wird (ebd.: 16f). Wichtiges Thema aller *Worker Centers* bzw. von diesen ausgehenden Organisations- und Mobilisierungsprozessen ist auch die Aneignung von Rechten, was sich etwa in Kämpfen von Migrant_innen um Teilhabe und Staatsbürgerschaft äußert (ebd.: 226).

Neben Serviceangeboten und Organisation bzw. Mobilisierung initiieren *Worker Centers* auch Kampagnen für politische Reformen, um der Entrechtung von Beschäftigten im Niedriglohnsektor entgegenzutreten. Da die Mehrheit der Beschäftigten im Niedriglohnsektor Migrant_innen sind, von denen viele illegalisiert sind und oft glauben, keinen Zugang zum US-amerikanischen Rechtssystem zu haben, ist Aufklärung über das

Wissen um Rechte bzw. die Möglichkeit diese einzuklagen grundlegendes Ziel der Arbeit der *Worker Centers* (ebd.: 77f). Die öffentlichkeitswirksamen Kampagnen haben aber nicht nur das Ziel, Reformen anzustoßen, sondern stellen gleichzeitig auch ein Instrument der Koalitionsbildung dar, um die Probleme von Arbeiter_innen im Niedriglohnsektor gesellschaftspolitisch zu kontextualisieren und deren Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln (ebd.: 108).

Für die Frage einer möglichen Übertragbarkeit des Konzepts *Worker Center* auf andere Länder muss der Kontext der US-amerikanischen Gewerkschaften, die sich stark von westeuropäischen Gewerkschaften unterscheiden, berücksichtigt werden.

Worker Centers im deutschsprachigen Raum?

Nicht nur in den USA haben sich Zusammenschlüsse von und für migrantische Arbeiter_innen gebildet, die denen der *Worker Centers* ähneln (Benz 2014: 23). So fällt bei der in diesem Beitrag analysierten UNDOK-Stelle auf, dass kulturelle Fragen, Antirassismus oder rechtliche Forderungen mit sozialpolitischen und lohnarbeitsbezogenen Auseinandersetzungen verbunden sind. Gleichzeitig sind hier aber Fragen des Aufenthaltsrechts, Kämpfe um Staatsbürgerschaft und um gesellschaftliche und politische Zugehörigkeit entscheidender als Fragen der Arbeitsverhältnisse. Dies ist mit den unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erklärbar. Während es in den USA Migrant_innen grundsätzlich möglich ist, Arbeitsrechte gerichtlich einzuklagen, ist dies in vielen europäischen Ländern nicht möglich, ohne Abschiebungen zu riskieren (ebd.). An dieser Stelle muss allerdings auf die Komplexität verwiesen werden, die sich aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Aufenthaltstiteln und nationalen Besonderheiten ergibt.²

Eine Übertragbarkeit des Modells wurde bereits in Deutschland diskutiert (vgl. AG3F 2005). Auch wenn *Organizing*-Ansätze US-amerikanischer Gewerkschaften in Deutschland rezipiert und teilweise übernommen worden sind, findet laut Martina Benz (2014: 229) eine Öffnung gegenüber den Interessen migrantischer Arbeiter_innen nur sehr zaghaf und vereinzelt statt. Als Modellprojekte benennt sie die bereits erwähnten Beratungsstellen in Hamburg und Berlin (ebd.: 229). Ebenfalls erwähnenswert ist das DGB-Projekt Faire Mobilität, in dessen Rahmen Beratungen für mobil

2 Für eine Übersicht in Österreich vgl. Arbeiterkammer Wien & UNDOK Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender 2014.

Beschäftigte, vor allem aus mittel- und osteuropäischen Ländern, an sechs Standorten innerhalb Deutschlands angeboten werden (vgl. Sommer 2014).

Deutsche Gewerkschaften legten den Fokus ihrer Migrationspolitik bis vor kurzem zumeist auf die Integration von regulär beschäftigten Migrant_innen in die vorhandenen Gewerkschaftsstrukturen und auf die Bekämpfung von innergewerkschaftlichem Rassismus (Schmidt & Schwenken 2006: 41). Illegal Beschäftigte begegneten sie meist mit Kontrollstrategien. Zwar gibt es laut Mitrovic (2014: 205) keine Hinderungsgründe für Gewerkschaften, illegal Beschäftigte als Mitglieder aufzunehmen und zu vertreten, allerdings ist das Gewerkschaftsinteresse an der Organisierung dieser Gruppe derzeit noch sehr gering³. Für die Migrant_innen, die sich illegal in Deutschland aufhalten und beispielsweise in Privathaushalten arbeiten, hat es dagegen Vorteile sich gewerkschaftlich zu organisieren. So können sie die Solidarität der regulär Beschäftigten einfordern und die Dauer ihres Aufenthalts über die Zahlung der Mitgliedsbeiträge dokumentieren. Gleichzeitig erhalten sie einen Rechtsschutz, wenn sie gegen Ausbeutung von Arbeitgeber_innen vorgehen wollen. Außerdem können sie sich durch eigene Aktivitäten aus der Opferrolle lösen und eine Öffentlichkeit über unwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen herstellen (ebd.: 205f).

Eine Übertragung der US-amerikanischen Strategien und Organisationsansätze ist aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen nicht möglich. Dennoch lassen sich Parallelen zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im deutschsprachigen Raum erkennen, wie anhand des Beispiels der UNDOK-Anlaufstelle nun veranschaulicht wird.

Undokumentierte Arbeit als Themenfeld österreichischer Gewerkschaften

Anfang Juni 2014 wurde in Räumlichkeiten des ÖGB die UNDOK-Anlaufstelle in Wien eröffnet (UNDOK 2014: 7). In der Anlaufstelle können sich undokumentiert Arbeitende kostenlos und in mehreren Sprachen über arbeits- und sozialrechtliche Fragen in Zusammenhang mit ihrer jeweiligen aufenthaltsrechtlichen Situation informieren und beraten lassen. Zudem sollen sie Unterstützung erhalten, wenn sie Lohnansprüche geltend machen und durchsetzen wollen (ebd.). Im Selbstverständnis der Anlaufstelle wird kritisiert, dass aktuelle Migrationsgesetze Migrant_innen den Zugang zum

3 Gleichzeitig ist die gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit in Deutschland für Menschen ohne Arbeitserlaubnis bzw. mit unsicherem Aufenthaltsstatus ebenfalls umstritten, wie das Beispiel Lampedusa in Hamburg zeigt (vgl. Bremme 2015, s. auch <http://lampedusa-hamburg.info/de>).

Arbeitsmarkt verwehren, wodurch diese in informelle Sektoren gedrängt werden. Dieses nutzen Arbeitgeber_innen aus, die damit arbeits- und sozialrechtliche Standards bzw. Kollektivverträge unterwandern, was wiederum eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer_innen zur Folge hat (UNDOK 2014: 2). Der Eröffnung vorangegangen war ein jahrelanger Prozess, den unter anderem Aktivist_innen der Gruppe *PrekärCafé*⁴ angestoßen hatten. Mitglieder der Gruppe beschreiben als Anfang dieses Entstehungsprozesses eine Filmvorführung im Dezember 2009, nach der ein Arbeitskreis ins Leben gerufen wurde, in dem Aktivist_innen und Vertreter_innen von Gewerkschaften über die Möglichkeiten eines gewerkschaftlichen Engagements im Bereich undokumentierter Arbeit diskutierten. Aus einem Arbeitskreis entwickelte sich schließlich ein Verband und die Anlaufstelle fand ihren Platz in den Räumlichkeiten des ÖGB in Wien (vgl. *PrekärCafé* 2014).

Die Anlaufstelle wird vom UNDOK-Verband getragen, der als Verein organisiert ist. Mitglied des Verbands bzw. Kooperationspartner_innen sind neben Einzelgewerkschaften und *PrekärCafé* migrantische Selbstorganisationen und Beratungszentren. An der Finanzierung beteiligt sind unter anderem die *Arbeiterkammer Wien*, die *Gewerkschaft Bau Holz* (GBH), die *Produktionsgewerkschaft* (PRO-GE), die *Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft* (vida), sowie die *Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier* (GPA-djp). Außerdem wird die Anlaufstelle seitens des *Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz* sowie vom *Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds* finanziert (UNDOK 2014: 5). An zwei Halbtagen in der Woche bieten zwei Mitarbeiter_innen des Verbandes Beratung und Unterstützung an (ebd.: 9).

Um die Entstehung der Anlaufstelle und die verbundenen Ansätze gewerkschaftlicher Arbeit im Bereich undokumentierter Arbeit zu analysieren, muss auch der spezifisch österreichische Kontext berücksichtigt werden, auf den hier kurz eingegangen wird.

Österreich war im Laufe der Zeit sowohl Auswanderungsland, Transitstation und Einwanderungsland, es gab Phasen der Anwerbung, des *Laissez-faire* ebenso wie restriktive Phasen (vgl. Bauböck & Perchinig 2003). Einen besonderen Einfluss auf die österreichische Migrationspolitik konnten Gewerkschaften vor allem zu Beginn der 1960er Jahre nehmen: obwohl sie sich zu Anfang gegen eine Anwerbung von fremden Arbeitskräften stellten, stimmten sie dieser schließlich doch zu (Gächter 2000: 67). Zentrales

4 Die Gruppe *PrekärCafé* ist 2008 aus der *EuroMayDay-Bewegung* entstanden und setzt sich vor allem mit der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen auseinander (<http://cafe.prekaer.at/>).

Anliegen der Gewerkschaften war es sicherzustellen, dass das Angebot von Arbeitskräften am Arbeitsmarkt trotz Anwerbung von nicht-heimischen Arbeitskräften knapp bleibt. Fremde Arbeitskräfte wurden daher auch als elastisches Angebotselement betrachtet, also verfügbar, wenn gebraucht und verschwunden, wenn die Nachfrage nachlassen sollte. Um ein solches „Verschwinden“ zu erreichen, verloren fremde Arbeitskräfte, die über einen bestimmten Zeitraum ohne Anstellung waren, automatisch ihren Aufenthaltsstatus (ebd.: 83). An der dauerhaften Verankerung ausländischer Arbeitnehmer_innen in Österreich hatten Gewerkschaften, die sich in Verhandlungen mit Wirtschaftskammern für ein Rotationsmodell einsetzten, kein Interesse (Wollner 2003: 32). Die Gewerkschaften hatten nie akzeptiert, dass Migrant_innen ein Recht haben, im Land zu bleiben, sondern vielmehr insistiert, dass Österreich kein Einwanderungsland sei. Daraus schlossen sie, dass es möglich sein müsse, das Aufenthaltsrecht von fremden Arbeitskräften ohne Beschäftigung zu beenden (Gächter 2000: 84). Aus dieser Logik heraus verfolgten Gewerkschaften sowohl restriktive Migrationspolitiken als auch diskriminierende Praktiken in Bezug auf Migrant_innen, die sich bereits in Österreich befanden (ebd.).

In jüngerer Zeit führte die Nachfrage nach Pflegekräften zur Erhöhung von informeller und teilweise illegaler Beschäftigung von hauptsächlich ost- und südeuropäischen Migrant_innen (Kraler & Hollomey 2010: 43). Im Zuge der EU-Erweiterung und Debatten über Pflegearbeit hat in Österreich gleichzeitig auch der Diskurs um illegale Beschäftigung von Migrant_innen wieder an Bedeutung gewonnen (ebd.: 53). Zusätzlich zur Arbeitsmigration sind auch Asylsuchende Teil der Migration nach Österreich, wobei deren Bedeutung vor allem seit Ende der 1980er Jahre stark zunahm (ebd.: 46). Wie die Ereignisse des Jahres 2015 zeigen, ist hier auch keine Umkehr dieses Trends abzusehen. Asylsuchende sind in Österreich de facto von einem Arbeitsverbot betroffen (Griesser & Stern 2012). Für unselbstständige Erwerbstätigkeit kann zwar eine Beschäftigungsbewilligung erlangt werden, die aber an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft und entsprechend schwierig zu bekommen ist. Diese Möglichkeit wurde weiter beschränkt durch den „Bartenstein-Erlass“, mit dem der Zugang zum Arbeitsmarkt auf Kontingente für Saisonbeschäftigung begrenzt wurde (ebd.). Im Bereich der selbstständigen Erwerbstätigkeit ist es für Asylsuchende möglich, unter hochgradig prekären Arbeitsbedingungen in Branchen wie dem Straßenzeitungsverkauf oder der Sexarbeit zu arbeiten. Daneben gibt es noch die Möglichkeit, Hilfstätigkeiten gemeinnütziger Arbeit zu verrichten, die jedoch nicht entlohnt, sondern bestenfalls entschädigt werden (ebd.). Über die bestehende rechtliche Situation werden Prozesse der „Irregularisierung“ in

Gestalt undokumentierter Arbeit staatlicherseits gefördert, da Asylsuchende ihre Existenz faktisch nicht über den formalen Arbeitsmarkt, sondern nur über das Fürsorgesystem der Grundversorgung sichern können. Die prekären Arbeits- und Lebenssituationen von undokumentiert arbeitenden Asylsuchenden, die von Arbeitgeber_innen systematisch ausgenutzt werden, um Lohndumping zu betreiben, sollten auch bei Gewerkschaften Handlungsbedarf hervorrufen, so Markus Griesser und Sandra Stern (ebd.).

Ab 2011 gab es mit der Rot-Weiß-Rot-Karte, die auf die Anwerbung von hochqualifizierten Arbeitskräften abzielt, und dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz Entwicklungen, die zeigen, dass Gewerkschaften in Österreich immer noch die Migrationspolitik mitbeeinflussen können (vgl. Krings 2013). Die Einführung der Rot-Weiß-Rot-Karte bedeutete, dass erstmals eine auf Dauer angelegte Arbeitsmigration von qualifizierten Migrant_innen aus Drittstaaten ermöglicht wurde. Gleichzeitig wurde das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz erlassen, um vor dem Hintergrund der vollständigen Öffnung des österreichischen Arbeitsmarkts für Arbeitnehmer_innen aus den 2004 beigetretenen EU-Mitgliedsstaaten, den österreichischen Arbeitsmarkt zu schützen (Krings 2013: 264).

Auch wenn derzeit angesichts aktueller Entwicklungen von österreichischer Migrationspolitik nicht absehbar ist, wie sich Gewerkschaften positionieren werden, kam doch im Jahr 2015 wieder Bewegung in die Debatte um einen Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden in Österreich. Hierbei meldeten sich auch Gewerkschaften wiederholt zu Wort (vgl. ÖGB OTS-Aussendung 2015). Zwar beschloss ein ÖGB-Bundeskongress im Jahr 2009 die Forderung nach einer Erleichterung des Arbeitsmarktzuganges für Asylsuchende, das Sozialministerium hob den „Bartenstein-Erlass“ jedoch nicht auf (vgl. Griesser & Stern 2012). Griesser und Stern sehen einen klaren Handlungsbedarf: Um wirksame Beschwerden überhaupt einreichen zu können, müssten undokumentiert Arbeitende vor Abschiebung geschützt werden – und zumindest für die Dauer eines möglichen Verfahrens gegen Arbeitgeber_innen einen sicheren Aufenthaltstitel erhalten. Gewerkschaften sollten aber auch systematisch Informationen über bestehende Rechte sowie entsprechende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen bereitstellen, damit diese Rechte eingefordert und durchgesetzt werden können (ebd.).

Dennoch erzeugen derartige Verhältnisse für Gewerkschaften nicht zwangsläufig einen Handlungsdruck. Undokumentierte (migrantische) Arbeit wird in Österreich fast ausschließlich als Problem wahrgenommen, welches durch repressive Maßnahmen gelöst werden soll, worin sich auch das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz einreihet (vgl. PrekärCafé 2010a). Die Gewerkschaften widersprachen diesem Vorgehen nicht, obwohl die

Folgen – Geldstrafen für Arbeitgeber_innen und eventuelle Ausweisung für Arbeitnehmer_innen – besonders ungleich gewichtet sind. In Deutschland und der Schweiz habe diesbezüglich ein Umdenken in den Gewerkschaften eingesetzt, das erst ab 2010 in Ansätzen auch bei österreichischen Gewerkschaften zu beobachten war (ebd.).

Seit einigen Jahren thematisieren Gewerkschaften in Österreich bereits verstärkt und erfolgreich die Problematik von Lohn- und Sozialdumping. Während dabei vor allem Unternehmen und deren ausbeuterische Praxen in den Blick genommen werden, wurden die damit verbundenen Probleme für Migrant_innen bislang nur wenig beachtet:

„Mit dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungs-Gesetz existiert in Österreich zwar ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung ausbeuterischer Praktiken am Arbeitsmarkt. Ergänzend dazu ist jedoch die direkte Unterstützung der undokumentiert arbeitenden KollegInnen notwendig.“ (UNDOK 2014: 2)

Mit der Entstehung der UNDOK-Anlaufstelle im Jahr 2014, die als vorläufiger Höhepunkt der Bemühungen unterstützender Ansätze in Österreich betrachtet werden kann, gab es aber auch die Tendenz, diese Probleme stärker als die Gewerkschaften betreffende Problematik zu erkennen und Lösungsansätze voranzutreiben. Die entscheidenden Impulse zur Entstehung einer Beratungs- und Unterstützungsstruktur kamen jedoch von außerhalb der Gewerkschaften, von Aktivist_innen und Gruppen aus der Zivilgesellschaft, wie der Gruppe PrekärCafé, die im Bündnis mit anderen Gruppen gezielt die Zusammenarbeit mit Akteur_innen innerhalb der Gewerkschaften suchten, um Beratungs- und Unterstützungsstrukturen in den Gewerkschaften zu verankern.

Eine Schwierigkeit von UNDOK stellt mitunter die Kontaktaufnahme zu undokumentiert Arbeitenden dar. In den ersten Monaten nach der Eröffnung der Anlaufstelle haben rund 150 Menschen um Beratung angesucht, entweder telefonisch, persönlich oder auch per Mail. Dabei kam etwa ein Drittel der Anfragen von Frauen (UNDOK 2015: 1), die v.a. in individualisierten und isolierten Arbeitsverhältnissen, wie im Hotel- oder Gastgewerbe, Reinigung oder in Privathaushalten, arbeiten. Dies erschwert das Suchen und Finden externer Unterstützung (ebd.: 2). Die Hemmschwelle, Beratung und Unterstützung zu suchen, ist nach wie vor für Menschen ohne entsprechende Aufenthalts- oder Arbeitspapiere sehr hoch, weshalb die UNDOK-Anlaufstelle auch aufsuchende Arbeit als ihre Aufgabe betrachtet. Dabei soll über Multiplikator_innen, beispielsweise Betriebsrät_innen, in den Betrieben oder *Communities* Kontakt hergestellt werden, um eine Vertrauensbasis aufzubauen. Das geschieht derzeit in Kooperation mit NROen und der Produktionsgewerkschaft im Bereich der Erntearbeit (UNDOK 2014: 19).

Wie Autor_innen des PrekärCafé (2010b) schreiben, würden undokumentiert arbeitende Migrant_innen oftmals als passive Opfer wahrgenommen bzw. dargestellt. Damit werde eine aktive Rolle der Migrant_innen ignoriert, obwohl diese aus der Notwendigkeit heraus immer neue Strategien des Lebens unter prekären Bedingungen entwickeln müssen. Auch unter erschwerten Bedingungen sind deren Handlungsmöglichkeiten wie kollektive Formen der Selbstorganisation oder Arbeitskämpfe möglich, wie erfolgreiche Organisationsansätze zeigten (ebd.). So ist es von Vorteil, wenn „(gewerkschaftliche) Räume zum Ausgangs- und Ansatzpunkt für breitere Organisations- und Kampagnenansätze werden und sich nicht auf eine bloße Servicefunktion beschränken.“ (ebd.).

Da die Probleme der Betroffenen nicht nur auf die Sphäre der Arbeit beschränkt sind, müsse ein Organisationsansatz entwickelt werden, der Arbeit und Leben der Betroffenen zusammendenkt (ebd.). Die Anlaufstelle betreibt in diesem Zusammenhang Lobbying für die Verbesserung der Situation von undokumentiert Arbeitenden, da diese eben nicht nur der Willkür von Arbeitgeber_innen ausgesetzt sind, sondern Aufenthaltsunsicherheit das ganze Leben, von prekärer gesundheitlicher Versorgung bis zu Wohnsituation und Bildungschancen betrifft (UNDOK 2014: 18). Die Parallelen zu den US-amerikanischen *Worker Centers* sind offensichtlich. Und tatsächlich haben diese auch einen gewissen Einfluss auf das Selbstverständnis der UNDOK-Anlaufstelle gehabt, wie ein Aktivist im Gespräch erklärt. Etwas einzurichten wie ein *Worker Center* war ursprünglich die Vision bzw. Utopie des PrekärCafé. Für die Umsetzung wäre es aber notwendig gewesen, Selbstorganisationsprozesse zu initiieren und Gewerkschaften anders zu denken bzw. von unten aufzubauen, wofür es allerdings auch im UNDOK-Verband keine einheitliche Position gab.

Die Akteur_innen und Befürworter_innen der Anlaufstelle sahen sich in der Entstehungsphase zwar nicht mit aktivem Widerstand innerhalb der Gewerkschaften konfrontiert, nahmen aber dennoch gegenläufige Argumentationen und Positionen wahr. Kritisch betrachtet wurde, wie eine Gewerkschafterin erzählte, warum sich Gewerkschaften gerade in Zeiten von Mitgliederschwund mit einer kleinen und schwer erreichbaren Gruppe beschäftigen sollten, die noch dazu in bestehende Regularien eigentlich nicht einzubinden ist. Ebenfalls umstritten (bzw. in den Teilgewerkschaften des ÖGB unterschiedlich gefestigt) ist, wie Rechtsschutz gewährt werden kann. Dieser wird laut Regularien in der Regel erst nach sechsmonatiger Mitgliedschaft gewährt. Da es jedoch notwendig ist, unmittelbar und rasch zu agieren, um die Ansprüche von undokumentiert Arbeitenden zu vertreten, haben sich die Teilgewerkschaften des UNDOK-Verbands bereit

erklärt, gegebenenfalls auch außerordentlichen Rechtsschutz zu gewähren (UNDOK 2014: 15f). Wie sich in Gesprächen herausstellte, gibt es in der Umsetzung große Unterschiede zwischen den einzelnen Teilgewerkschaften, da undokumentierte Arbeit nicht alle Teilgewerkschaften gleichermaßen betrifft. Dementsprechend ist auch die Gewährung von Rechtsschutz innerhalb der Teilgewerkschaften teilweise umstritten.

Insel oder Transformation?

Das Verhältnis von österreichischen Gewerkschaften und Migrant_innen ist seit Jahrzehnten schwierig und auch geprägt von den Dilemmata, welche Penninx und Roosblad vor einigen Jahren formulierten. Nachdem sich Gewerkschaften zuerst gegen Zuwanderung aussprachen, hatten sie anschließend Schwierigkeiten, Migrant_innen in ihre Organisationen aufzunehmen. Innerhalb der letzten Jahre ist ein Wandel gewerkschaftlicher Positionen zum Thema migrantische Arbeit zu beobachten. Die Etablierung einer Anlaufstelle in den Räumlichkeiten des ÖGB ist sichtbare Manifestation von unterstützenden Ansätzen gewerkschaftlicher Politik in Österreich. Für österreichische Gewerkschaften stehen nicht mehr nur ausschließlich Lohn- und Sozialdumping bzw. die Folgen für einheimische Arbeitnehmer_innen im Vordergrund, sondern auch die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen von Migrant_innen. Damit verfolgen österreichische Gewerkschaften sowohl kontrollbezogene als auch unterstützende Ansätze, was auch verdeutlicht, dass Gewerkschaften widersprüchliche Akteur_innen sind. Im Sinne des von Penninx und Roosblad formulierten dritten Dilemmas haben sich österreichische Gewerkschaften mit der UNDOK-Anlaufstelle bzw. der Gewährung von außerordentlichem Rechtsschutz für spezielle Maßnahmen und gegen den Ansatz einer Gleichbehandlung von allen Beschäftigten entschieden. Auch hier zeigt sich, dass gewerkschaftliche Strategie und Positionierung im Feld von undokumentierter Arbeit bzw. Migration umkämpft sind.

Welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf die Form gewerkschaftlicher Organisation in Österreich haben wird, ist nur schwer abzusehen. In den kommenden Jahren wird es ebenfalls spannend zu beobachten sein, welche Bedeutung die Anlaufstelle oder der UNDOK-Verband für migrantische Selbstorganisation oder politische Kampagnen haben wird. Dies wird mit Sicherheit auch von den weiteren Bemühungen der beteiligten Akteur_innen des UNDOK-Projektes um weitere gewerkschaftliche Verankerung sowie von möglichen Bündnissen mit Migrant_innen selbst abhängen. Möglicherweise bleiben derartige Beratungs- und Anlaufstellen kleine Inseln im großen Gesamtgewerkschaftskontext, vielleicht können diese aber auch

weitere Schritte ermöglichen, Menschen abseits regulärer Beschäftigungsverhältnisse anzusprechen und gewerkschaftlich zu organisieren. Sichtbar wird mit dem Blick auf Gewerkschaften in Österreich, Deutschland oder in den USA, dass diese mit unterschiedlichen Herausforderungen im Umgang mit Migrant_innen und insbesondere undokumentierter Arbeit konfrontiert sind. Gleichzeitig können aber Strategien, die sich speziell auf die Vertretung und Unterstützung von Migrant_innen konzentrieren, auch zu einer Stärkung der eigenen Basis führen (vgl. Pries 2013). Dafür sind Beratungsstellen und Unterstützungsstrukturen Schritte in diese Richtung. Für eine Stärkung der gewerkschaftlichen Basis wäre es jedenfalls wichtig, auch mit Blick auf andere Organisationsansätze, wie etwa die der *Worker Centers*, die eigenen Informationskampagnen und Beratungen mit Mobilisierung zu verknüpfen. Hierfür muss vor allem stärker die Zusammenarbeit mit migrantischen Selbstorganisationen gesucht und intensiviert werden.

Literatur

- AG3F (2005): „Workers Center in Germany? Untersuchung in Rhein-Main-Fluchtpunkt“. In: *arranca!*, Nr. 31, S. 18-20.
- Arbeiterkammer Wien & UNDOK Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (2014): *Arbeit ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte! Arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche von MigrantInnen bei undokumentierter Arbeit und die (aufenthaltsrechtlichen) Gefahren im Falle ihrer Durchsetzung*. http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/ArbeitundRecht/Arbeit_ohne_Papiere_2015.pdf, letzter Aufruf: 30.11.2015.
- Bauböck, Rainer, & Bernhard Perchinig (2003): *Migrations- und Integrationspolitik in Österreich*. <http://www.okay-line.at/file/656/osterr-migr-integr-politik.pdf>, letzter Aufruf: 5.12.2015.
- Benz, Martina (2014): *Zwischen Migration und Arbeit. Worker Centers und die Organisation prekär und informell Beschäftigter in den USA*. Münster.
- Bieling, Hans-Jürgen (1993): *Nationalstaat und Migration im „Postfordismus“ – Gewerkschaften vor der Zerreißprobe*. Marburg.
- Bremse, Peter (2015): „‘We are here to stay’. Selbstorganisation von Flüchtlingen in Gewerkschaften. Das Beispiel Hamburg“. In: *Luxemburg*, Nr. 1, S. 54-59.
- Dörre, Klaus (2008): „Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing?“. In: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 1, S. 3-10.
- Fine, Janice (2007): „A Marriage Made in Heaven? Mismatches and Misunderstandings between Worker Centres and Unions“. In: *British Journal of Industrial Relations*, Bd. 45, Nr. 2: 335-360, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1467-8543.2007.00617.x>.
- Gächter, August (2000): „Austria: Protecting Indigenous Workers from Immigrants“. In: Penninx & Roosblad 2000, S. 65-89.
- Griesser, Markus, & Sandra Stern (2012): „Asyl in Arbeit. (Undokumentierte) Arbeit von AsylbewerberInnen in Österreich“. In: *express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, Nr. 10-11, S. 10-12.

- Harning, Olaf, & Matthias Maurer (2004): *Diskussionspapier „Unsere Regeln taugen nichts!“* <http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/kombilohn/adblockwart1.pdf>, letzter Aufruf: 15.9.2015.
- Kraler, Albert, & Christina Hollomey (2010): „Austria. Irregular Migration – a Phenomenon in Transition“. In: Triandafyllidou, Anna (Hg.): *Irregular Migration in Europe – Myths and Realities*. Farnham, S. 41-69.
- Krings, Torben (2013): „Von der ‘Ausländerbeschäftigung’ zur Rot-Weiß-Rot-Karte: Sozialpartnerschaft und Migrationspolitik in Österreich“. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Bd. 42., Nr. 3, S. 263-278.
- Kurz-Scherf, Ingrid, & Bodo Zeuner (2001): „Politische Perspektiven der Gewerkschaften zwischen Opposition und Kooperation. Für eine neue Debatte über alte Grundwerte“. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 3, S. 147-160.
- Mitrovic, Emilija (2014): „Jeder Mensch hat Rechte. Zur Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus und zu gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten“. In: Tölle & Schreiner 2014, S. 197-207.
- ÖGB – Österreichischer Gewerkschaftsbund (2014): *Lohn- und Sozialdumping keine Chance geben*. http://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342552747522/home/lohn-und-sozialdumping-keine-chance-geben, letzter Aufruf: 20.9.2015.
- ÖGB OTS-Aussendung (2015): *ÖGB-Foglar: „Brauchen vernünftige Arbeitsmarktstrategie für AsylwerberInnen“*. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150903_OTS0169/oegb-foglar-brauchen-vernueftige-arbeitsmarktstrategie-fuer-asylwerberinnen, letzter Aufruf: 20.9.2015
- Penninx, Rinus, & Judith Roosblad (2000) (Hg.): *Trade Unions, Immigration, and Immigrants in Europe, 1960-1993: A Comparative Study of the Actions of Trade Unions in Seven West European Countries*. New York, US-NY, & Oxford.
- Pernicka, Susanne, & Sandra Stern (2011): „Von der Sozialpartnergewerkschaft zur Bewegungsorganisation? Mitgliedererwerbsstrategien österreichischer Gewerkschaften“. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Bd. 40, Nr. 4, S. 335-355.
- PrekärCafé (2010a): „Du hast Rechte – auch ohne Papiere!“ In: *Migrazine.at*, Nr. 3, <http://www.migrazine.at/artikel/du-hast-rechte-auch-ohne-papiere>, letzter Aufruf: 13.9.2015.
- PrekärCafé (2010b): „Mehr als ein Stück Papier“. In: *Migrazine.at*, Nr. 3, <http://www.migrazine.at/artikel/mehr-als-ein-st-ck-papier>, letzter Aufruf: 13.9.2015.
- PrekärCafé (2014): *UNDOK: Dokumentation einer Kampagne*. <http://cafe.prekaer.at/undok-dokumentation-einer-kampagne>, letzter Aufruf: 20.8.2015.
- Pries, Ludger (2013): „Organisieren oder marginalisieren“. In: *Magazin Mitbestimmung*, Nr. 7+8, http://www.boeckler.de/43723_43740.htm, letzter Aufruf: 22.8.2015.
- Ressel, Saida (2014): „Die Gewerkschaft als umkämpfte Akteurin. Care-Arbeitsverhältnisse in Spanien zwischen Klasse, Migration und Geschlecht“. In: Staatsprojekt Europa (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld, S. 227-246, <http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839424025.227>.
- Schmidt, Verena, & Helen Schwenken (2006): „Irreguläre Migration und Gewerkschaften im internationalen Vergleich“. In: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 1, S. 41-46.
- Schmidt-Hullmann, Frank (2012): „Gewerkschaftliche Handlungsspielräume: von der außergerichtlichen Interessensdurchsetzung bis zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz“. In: Fischer-Lescano, Andreas; Eva Kocher & Ghazaleh Nassibi (Hg.): *Arbeit in der Illegalität. Die Rechte von Menschen ohne Aufenthaltspapiere*. Frankfurt a.M., S. 199-211.
- Sommer, Michael (2014): „Für einen Perspektivenwechsel. Menschen- und Arbeitnehmerrechte bei Einwanderung und innereuropäischer Mobilität durchsetzen“. In: Tölle & Schreiner 2014, S. 57-75.
- Tölle, Hartmut, & Patrick Schreiner (2014) (Hg.): *Migration und Arbeit in Europa*. Köln.

Trede, Oliver (2015): *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er Jahren*. Paderborn.

UNDOK Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (2014): *Dirty Dangerous Difficult. Tätigkeitsbericht 6 Monate UNDOK-Anlaufstelle*. http://undok.at/wp-content/uploads/2014/11/Taetigkeitsbericht_Web_2014-11-09_f.pdf, letzter Aufruf: 3.8.2015.

UNDOK Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (2015): *Bilanz – 1 Jahr UNDOK-Anlaufstelle*. <http://undok.at/wp-content/uploads/2014/06/Bilanz-1-Jahr-UNDOK-Anlaufstelle.pdf>, letzter Aufruf: 26.9.2015.

Wollner, Eveline (2003): „Ausländer/innenbeschäftigungspolitik und Migration. Zur Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes und zur Bedeutung von Migration aus Weltsystemperspektive“. In: *Grundrisse*, Nr. 7, S. 30-39.

Anschrift des Autors:

Michel Jungwirth

michel.jungwirth@gmx.at

Rainer Dombois & Carlos Miguel Ortiz

Die Institutionalisierung von Arbeitsbeziehungen inmitten der Gewalt Der paradoxe Fall der kolumbianischen Bananenarbeitergewerkschaft Sintrainagro*

Keywords: labour movement, unions, industrial relations, violence, banana industry, banana workers, Latin America, Colombia, Urabá

Schlagwörter: Gewerkschaften, Arbeitsbeziehungen, Gewalt, Bananenindustrie, Bananenarbeiterinnen und -arbeiter, Lateinamerika, Kolumbien, Urabá

In kaum einem Land sind in den letzten Jahrzehnten Gewerkschaften in ähnlich hohem Maße Ziel physischer Gewalt geworden wie in Kolumbien. Zwischen 1977 und 2015 wurden mehr als 3.000 Mitglieder allein Opfer von Morden, um nur die extreme Form physischer Gewalt zu nennen (SINDERH 2015).

Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder – in der Geschichte der Industriegesellschaften des Nordens ist sie vor allem aus der Phase der Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen bekannt: Koalitionsfreiheit, das Streikrecht und das Recht auf Kollektivvereinbarungen konnten erst gegen den gewaltsamen Widerstand von Unternehmen und Obrigkeit erkämpft werden. Mitglieder von Gewerkschaften sind auch immer wieder Opfer physischer Gewalt in Phasen der Diktatur geworden, so im deutschen Faschismus oder in den schmutzigen Kriegen südamerikanischer Militärdiktaturen der 1960er und 1970er Jahre. In beiden Fällen ging die Gewalt vornehmlich von staatlichen Organen aus (Schumann 1958; Drake 1996).

Die Gewalt gegen Gewerkschafter in Kolumbien passt nicht in dieses Raster. Bis auf sehr kurze Phasen der Militärdiktatur, so zuletzt in den frühen 1950er Jahren, zeigt die (formale) demokratische Ordnung in Kolumbien eine hohe Kontinuität. Das Rechtssystem des Staates, der sich mit der Verfassung von 1991 als Sozialer Rechtsstaat definiert, garantiert die sozialen Grundrechte und die vielfältigen Arbeitsinstitutionen zu ihrer Durchsetzung und schließt im Prinzip physische Gewalt aus.

* Wir danken Thomas Faist, Heinz-Gerhard Haupt, André Holtrup und den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern für kritische Anmerkungen und Empfehlungen.

Unter den Organisationen, die am stärksten von Gewalt betroffen waren, findet sich das *Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria Agropecuaria* (Sintrainagro), die Agrargewerkschaft, welche vor allem die Arbeiterinnen und Arbeiter der Bananenindustrie organisiert und im Mittelpunkt unserer Untersuchung steht. Allein zwischen 1981 und 2011 haben Sintrainagro und ihre Vorgängerorganisationen in der Bananenzone des Urabá 674 Mitglieder durch Morde verloren (SINDERH 2015).

Es erscheint aber paradox: Die Phase extremer Gewalt fällt zeitlich mit der Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen zusammen. Während in Kolumbien der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Verbreitung von Tarifverträgen stark zurückgegangen ist, hat sich in der Bananenzone eine repräsentative Organisation überhaupt erst herausgebildet, der heute 90% der rund 19.000 Bananenarbeiterinnen und -arbeiter des Urabá angehören, in der Region verwurzelt, mit starkem Einfluss auf die nationale Gewerkschaftsbewegung und engen Beziehungen zu internationalen Gewerkschaftsbünden. Die Gewerkschaft handelt mit den Vertretern der Unternehmen für die Beschäftigten der prosperierenden Bananenindustrie des Urabá, anders als in Kolumbien sonst üblich, branchenweite Kollektivvereinbarungen aus, die Arbeitsstandards und Beteiligungsrechte hervorgebracht haben, wie sie kaum in anderen Agroindustrien und umso weniger in der durch Informalität und Armut geprägten Region zu finden sind.

Das Paradoxon wirft Fragen auf, denen wir in unserer Fallstudie nachgehen: Welches sind die Beziehungen zwischen der Gewalt und der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen? Ist die Gewalt Ausdruck von Arbeitskonflikten? Oder ist sie eher Folge politischer und sozialer Konflikte außerhalb der Arbeitssphäre? Oder zugespitzt: Haben sich die Arbeitsbeziehungen trotz der Gewalt entwickelt oder hat die Gewalt zu ihrer Ausbildung beigetragen?

Der Fall von Sintrainagro und ihrer Vorgängerorganisationen als ein singulärer Fall gewerkschaftlicher Erneuerung hat vor allem im Zusammenhang der neueren Studien zur Gewalt gegen Gewerkschafter in Kolumbien Aufmerksamkeit gefunden.¹ Im Mittelpunkt steht dabei die politische Geschichte der Organisation, weniger aber ihre Rolle in der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen der Branche. Im empirischen Teil der Fallstudie stützen wir uns daher zusätzlich auf eigene Recherchen: Interviews, die Rainer Dombois 2013 und 2014 mit Gewerkschaftern und Ex-Guerrilleros in Apartado durchführte sowie Interviews beider Autoren mit Unternehmern, Vertretern des Unternehmensverbands *Asociación de Bananeros y Agricultores de Urabá* (Augura) sowie Mitarbeitern des gewerkschaftsnahen

1 vgl. Celis 2004; Ortiz 2011; Archila u.a. 2012; Valencia & Celis 2012.

Forschungs- und Bildungsinstituts *Escuela Nacional Sindical* (ENS) in Medellín im März 2015.²

Wir gehen in unserer Arbeit von in den Industrieländern entwickelten Konzepten der Arbeitsbeziehungen aus, überprüfen aber zugleich ihre Eignung für die Analyse unseres Falls.

Die Forschung über *Arbeitsbeziehungen* oder *industrial relations* befasst sich in den Worten von Jelle Visser mit der Frage, „wie Arbeitgeber und Beschäftigte oder ihre Interessenvertretungen wechselseitige Kooperations-, Konflikt- und Machtbeziehungen eingehen“ (Visser 1996: 14). Im Kern geht es um die Akteure, Institutionen, Praktiken, Normen und Verfahrensweisen, welche die in der Arbeitsvertragsfreiheit und dem Direktionsrecht der *employment relation*, des Lohnarbeitsverhältnisses, angelegten Interessenkonflikte und Machtasymmetrien zwischen Unternehmen und lohnabhängigen Beschäftigten regeln (Sisson 2008). Arbeitsbeziehungen werden dabei als eigene institutionelle Sphäre analysiert, in der Staat, Unternehmen und Beschäftigte und ihre Organisationen als autonome Akteure insbesondere die Beschäftigungsbedingungen (wie Lohn, Arbeitszeit, Vertragsform), die Arbeitsbedingungen (wie Arbeitseinsatz, Leistungsanforderungen und Belastungen) sowie die Partizipationsrechte der Beschäftigten regeln (vgl. Müller-Jentsch 1997; Pries 2010).

Für unsere Analyse, in deren Mittelpunkt die Rolle der Gewerkschaft steht, sind insbesondere folgende Dimensionen von Bedeutung (vgl. Visser 1996):

- *Die Regelungsformen und die beteiligten Akteure.* Sie umfassen: 1. einseitige Regelungen durch die Unternehmen, die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, allerdings im Rahmen von Produktions- und Marktbedingungen, rechtlichen und kollektivvertraglichen Restriktionen, bestimmen können; 2. staatliche Regelungen, die Geltung für alle abhängigen Beschäftigungsverhältnisse beanspruchen: rechtliche Mindestnormen sowie Spielregeln für kollektive Konflikte und Vereinbarungen; sie schränken in unterschiedlichem Maße die Arbeitsvertragsfreiheit und das Direktionsrecht der Unternehmen ein; 3. bilaterale Kollektivvereinbarungen und weitergehende Formen der Kooperation, welche die Beschäftigten bzw. ihre Interessenvertretung an einer letztlich kompromisshaften Aushandlung ihrer Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen beteiligen; sie gehen meist über die rechtlichen Mindestnormen hinaus, setzen die Bildung von Gewerkschaften voraus und gelten für die von ihnen vertretenen Beschäftigten.

2 Wir danken Juan Carlos Celis für die Abschriften seiner Interviews mit Gewerkschaftsfunktionären aus den Jahren 2002 und 2010.

- Als *Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen* bezeichnen wir den Prozess, in dem sich repräsentative Akteure auf Seiten der Beschäftigten wie der Unternehmen herausbilden und als legitim akzeptierte Regelwerke entwickelt werden, nach denen sie Interessen aushandeln und kollektive Standards für Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und Partizipationsrechte vereinbaren.
- *Machtbeziehungen der Akteure*. Wieweit die einseitige Gestaltungsmacht der Unternehmen eingeschränkt wird, hängt vor allem davon ab, ob sich autonome und repräsentative Gewerkschaften bilden können und die Macht haben, die Unternehmen zu Interessenkompromissen zu zwingen. Wie die neuere Diskussion hervorhebt, sind dabei vor allem folgende Faktoren von Gewicht: die Verfügung über strukturelle Macht – abhängig von der Produktions- und Marktmacht der von ihnen vertretenen Beschäftigten –, Organisationsmacht – ihrer Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit –, institutionelle Macht – die rechtlich und institutionellen gesicherten Einflussformen; gesellschaftliche Macht – der Rückhalt in der Gesellschaft (vgl. Dörre u.a. 2009; Weinmann u.a. in diesem Heft; S. 182ff).
- *Interessenorientierungen und Beziehungsformen*: Es gibt sehr verschiedene Muster, nach denen die Beteiligten eigene und fremde Interessen interpretieren können und Strategien der Interessenwahrnehmung verfolgen. Für (europäische) Gewerkschaften hat Richard Hyman verschiedene Identitätstypen unterschieden – grundlegende ideologische Orientierungen und Verständnisse der Funktionen, welche Gewerkschaften im Spannungsfeld zwischen Markt, Gesellschaft und Klasse entwickeln: Gewerkschaften als Schulen des Klassenkampfes, die sich vor allem als antikapitalistische Opposition und die sozio-politische Mobilisierung als zentrales Ziel sehen; „business unions“, die vor allem Arbeitsmarktfunktionen erfüllen und sich auf die tarifliche Regelung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen beschränken; schließlich Organisationen, die ihre Aufgabe vor allem in der Integration der Arbeitnehmer in die Gesellschaft, in der Demokratisierung der Wirtschaft und in der Durchsetzung politischer und sozialer Rechte sehen (vgl. Hyman 1996: 11ff).

Diesen Idealtypen lassen sich auch verschiedene Konzeptionen der Beziehungen zwischen Unternehmen und Beschäftigten und Formen der Interessenwahrnehmung mit jeweils unterschiedlichen Mischungen von Konflikt und Kooperation zuordnen. In lockerer Anlehnung an die Typologie von Colin Crouch (1993: 32ff) können wir unterscheiden: „antagonistische“ Beziehungen, in denen beide Parteien ihre Interessen als grundsätzlich unvereinbar ansehen und die Legitimität der Gegenseite in Frage stellen;

„pluralistische“ Beziehungen, in denen beide Seiten zwar von grundlegenden Interessengegensätzen ausgehen, aber gemeinsame Wege ihrer Aushandlung und der Konfliktregelung akzeptieren; schließlich „korporatistische“ Beziehungen, in welchen gemeinsame Interessen und Werte hervorgehoben und Interessengegensätze als kompromisshaft aushandelbar gelten.

Wir kommen in unserer Arbeit zu dem Schluss, dass im Falle der Bananenindustrie in Urabá die Entwicklung der Gewerkschaft und die Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen nicht erklärt werden kann, wenn nicht die Rolle bewaffneter externer Akteure und ihres Gewaltpotenzials berücksichtigt wird – ein Schluss, der zugleich auf die nur begrenzte Eignung der Konzepte der *industrial-relations*-Forschung für die Analyse von Arbeitsbeziehungen in einem Land mit ungleicher territorialer und regulativer Präsenz des Staates hinweist.

Im Folgenden geben wir zunächst einen Einblick in den Kontext – die Gewalt gegen Mitglieder kolumbianischer Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Geschichte und Struktur der kolumbianischen Gewerkschaftsbewegung; er erlaubt eine erste Verortung unseres Untersuchungsfalls. Es folgt dann die Analyse der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation und der Arbeitsbeziehungen in der Bananenindustrie von Urabá seit 1960. Wir unterscheiden dabei verschiedene Phasen, die durch je spezifische Macht- und Akteurskonfigurationen wie auch Formen und Intensitäten physischer Gewaltsamkeit bestimmt waren und zugleich die Konsolidierung der Gewerkschaft und die Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen wiedergeben. Im Schlusskapitel suchen wir eine Erklärung des Paradoxon und ziehen konzeptionelle Schlussfolgerungen.

Der Kontext

In einigen Ländern Lateinamerikas – so vor allem in Argentinien, Brasilien oder Mexiko – sicherten populistische oder linke Parteien seit den 1930er Jahren ihre Massenbasis durch soziale Reformpolitiken und förderten die Bildung von Gewerkschaften; sie gaben ihnen per Recht und per politischer Unterstützung Macht in Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt, freilich um den Preis politischer Kontrolle.

Gewerkschaften in Kolumbien und Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder

Kolumbien steht dagegen für Länder mit „elitären Parteisystemen“ (vgl. Roberts 2007; Collier & Collier 2007; Dombois & Pries 1999). Das System

zweier oligarchischer Parteien, die ihre Herrschaft durch klientelistische Mechanismen politischer Loyalitätsbindung sichern, ließ kaum (legalen) Raum für klassenorientierte politische oder soziale Bewegungen und schuf auch einen höchst restriktiven rechtlichen und politischen Rahmen für die Gewerkschaften und die Arbeitsbeziehungen insgesamt (Ortiz 2011: 20ff).

Nach der kurzen Aufbruchs- und Reformphase der 1930er Jahre, in der Gewerkschaften gefördert und die rechtlichen und institutionellen Grundlagen eines nationalen Systems der Arbeitsbeziehungen geschaffen wurden, wurden Gewerkschaften in ein enges Korsett rechtlicher Reglementierung und administrativ-politischer Kontrolle gesteckt.

Gewerkschaften gewannen auch kaum Einfluss in dem politischen System, das über lange Zeit von den beiden traditionellen Parteien bestimmt war. Sie wurden instrumentalisiert und politisch und administrativ kontrolliert oder auch repressiv verfolgt, so als in den 1960er und 1970er Jahren viele Organisationen von einer politischen Mobilisierung und Radikalisierung erfasst wurden, die sich in engen Beziehungen zu linken politischen Organisationen, klassenkämpferischer Militanz und antagonistischen Konzeptionen der Arbeitsbeziehungen niederschlug: Ihnen wurde die juristische Anerkennung verwehrt, Streiks wurden (bis zur Verfassungsreform von 1991) administrativ unterbunden, manchmal im Rahmen des jahrelang geltenden Ausnahmezustands gar mit Militäreinsatz unterdrückt, ihre Anführer wurden oft kriminalisiert und vor Militärgerichte gestellt oder Opfer von illegalen Festnahmen (Ortiz 2011: 20ff).

Insgesamt bildete sich bis in die 1980er Jahre ein wenig befestigtes, organisatorisch zersplittertes, politisch fraktioniertes und staatlich reglementiertes System von Arbeitsbeziehungen aus, in dem Gewerkschaften nur in höchst begrenztem Maße auf institutionelle Machtressourcen zählen und nur in wenigen Bereichen Organisationsmacht gewinnen konnten. Gewerkschaften sahen sich zudem nicht nur dem Widerstand von Unternehmen, sondern auch einem Zerrbild in der öffentlichen Meinung ausgesetzt, das sie als Hemmnis von Produktivität und wirtschaftlicher Entwicklung, wenn nicht gar als Helfershelfer der Subversion zeichnet (Ortiz 2011: 19ff; FIP 2010).

Es ist daher kaum verwunderlich, dass sie in einem überwiegend informellen Erwerbssystem, zudem geschwächt durch die neoliberalen Arbeitsmarktreformen, außerhalb einiger Kernsektoren heute nur wenig präsent sind. Sie vertreten nur einen kleinen Teil der Erwerbsbevölkerung. Die Gewerkschaftsdichte, die in den 1960er Jahren (mit rund 13 % der Erwerbstätigen) ihren höchsten Stand hatte, ist kontinuierlich bis auf gegenwärtig 4 % zurückgegangen. Kolumbien ist heute eines der Länder Lateinamerikas mit der geringsten Gewerkschaftsdichte und der geringsten Verbreitung von Tarifverträgen (2 %) (Vásquez 2013; OIT 2002: 66).

Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder im „Bewaffneten Konflikt“

Dass Gewerkschaften in solchem Ausmaß Opfer von Gewalt – Morden und Todesdrohungen, Verschleppungen, illegalen Verhaftungen und Vertreibungen – wurden, erklärt sich daher weniger aus ihrer Organisationsmacht, institutioneller oder gesellschaftlicher Macht als vielmehr aus dem Gewaltprozess der vergangenen Jahrzehnte.

Die „violencia“, der Bürgerkrieg zwischen 1940 und 1960, markierte eine Periode der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der beiden traditionellen Parteien, der Liberalen und der Konservativen.³ Nach nur einer kurzen Zwischenphase bildeten sich in den 1960er Jahren in einigen ländlichen Regionen verschiedene Guerillagruppen und lösten gewaltsame Reaktionen des Staates aus.

Eine zweite Periode massiver Gewalt setzte in den 1980er Jahren ein, als die Gruppen der Guerilla ihre bewaffneten Aktivitäten aus strategischen politischen, militärischen und ökonomischen Kalkülen intensivierten und, oft auch in Konkurrenz zueinander, territorial ausweiteten. Im Gegenzug entwickelten sich aus den Selbstverteidigungsgruppen (*autodefensas*) der Grundbesitzer und Drogenhändler gegen die Guerilla, paramilitärische Truppen. Sie wurden von den traditionellen politischen und wirtschaftlichen Machtgruppen in den Regionen und den neuen Mafias der Drogenökonomie unterstützt und finanziert und arbeiteten mit Teilen der staatlichen Sicherheitskräfte zusammen (vgl. Zelik 2010: 36; Ortiz 2011: 110; Gutiérrez 2014: 167ff). Auf diese Weise bildete sich die Konfiguration von illegalen und legalen Akteuren des sogenannten „Bewaffneten Konflikts“⁴ heraus, die insbesondere in den vergangenen beiden Jahrzehnten gewaltsam die Kontrolle über Regionen und über die Bevölkerung, nicht zuletzt auch über soziale Organisationen wie die Gewerkschaften, zu gewinnen suchten.

Im Zusammenhang des bewaffneten Konflikts werden auch Gewerkschaften und ihre Mitglieder massiv Opfer der Gewalt. Nach einer ersten Phase zwischen 1985 bis 1990, in der 380 Mitglieder ermordet wurden, erreichte die Gewalt zwischen 1991 und 2004 (mit insgesamt 2088 Toten) ihre Extreme. Seitdem ist sie zwar stark zurückgegangen, bleibt aber im internationalen Vergleich weiter sehr hoch (mit 364 Toten zwischen 2005 und 2011) (Valencia & Celis 2012: 25f).

Die erste Phase begann in den 1980er Jahren im Zuge der demokratischen Öffnung und der – letztlich gescheiterten – Friedensverhandlungen

3 Zur Geschichte und den Veränderungen der gewaltsamen internen Auseinandersetzungen s. u.a. Palacios 1995 und 2012; Pécaut 1987 und 2013; González 2014.

4 Dies ist die gebräuchliche Bezeichnung des diffusen internen Konflikts.

des Präsidenten Belisario Betancur. Die Gruppen der Linken konnten nun legale Parteien bilden; zugleich weiteten die Guerillagruppen ihre territorialen Aktivitäten aus. Die lokalen und regionalen Mächte, die ihre politische, ökonomische und soziale Herrschaft bedroht sahen, antworteten mit der Bildung und Unterstützung erster paramilitärischer Gruppen. Deren Gewalt diente auch dazu, die politische Macht der traditionellen Parteien in den Regionen gegen die Konkurrenz der neuen linken Parteien zu sichern, und richtete sich nicht nur gegen die Guerilla, sondern auch und vor allem gegen die Gruppen der Zivilbevölkerung, die als soziale oder politische Basis der Guerilla und der ihr nahestehenden politischen und sozialen Organisationen angesehen wurden (Ortiz 2011: 110; Gutiérrez 2014: 167ff).

Die Nähe vieler Gewerkschaften zu politischen Organisationen, die mit ihren Guerillaorganisationen in den 1980er Jahren die politische und soziale Mobilisierung mit dem bewaffneten Kampf verbanden, machte es leicht, Gewerkschaften als subversive Organisationen zu stigmatisieren. Ein schmutziger Krieg traf vor allem solche Gewerkschaften, die enge Verbindungen zu linken Gruppen hatten, insbesondere politisch aktive Gewerkschaftsmitglieder, die in neuen Parteien wie der *Kommunistischen Partei* (PC) und ihrer Guerillaorganisation *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) nahestehenden *Unión Patriótica* aktiv waren. Aber auch die Gruppen der bewaffneten Linken trugen ihre Konkurrenz untereinander gewaltsam aus (Valencia & Celis 2012: 15ff; Ortiz 2011: 20ff).

Die zweite – und gewaltsamste – Phase, die von den 1990er Jahren bis Mitte der ersten Dekade unseres Jahrhunderts reichte, wurde durch die schrittweise territoriale Ausweitung des Bewaffneten Konflikts bis hin zur Zurückdrängung der Guerilla in periphere Zonen markiert. Sie begann mit der Demobilisierung einiger Guerillagruppen und mit der Verabschiedung der Verfassung von 1991, die neue Räume für die Demokratisierung schuf und zu einer wachsenden Distanz zwischen Gewerkschaften und Guerilla beitrug (Valencia & Celis 2012). Gewerkschaftsmitglieder gerieten nun aber in das Kreuzfeuer des zunehmend von der Drogenökonomie genährten bewaffneten Kampfes um die territoriale Macht zwischen den weiterhin aktiven Guerillagruppen auf der einen und der Allianz von Paramilitärs und staatlichen Sicherheitskräften auf der anderen Seite. Die Gewalt beider Seiten traf ganz überwiegend die zivile Bevölkerung und insbesondere die Organisationen, welche der jeweils anderen Seite zugerechnet wurden, so nicht zuletzt die Gewerkschaften; ihre Intensität variierte aber beträchtlich in den Regionen. Die gewaltsame politische Homogenisierung ließ in den umkämpften Gebieten kaum mehr Raum für autonome soziale Organisationen. Von der extremen paramilitärischen Gewalt waren insbesondere solche

Organisationen und Personen betroffen, die aufgrund ihrer Aktivitäten – seien diese gewerkschaftlicher, politischer oder auch bürgerschaftlicher Art – als Helfershelfer der Guerilla etikettiert wurden (Valencia & Celis 2012: 15ff). Freilich verbarg die Etikettierung oft die wirklichen Interessen: Aneignung von Land, Verteidigung von politischer Macht oder auch die gewaltsame Lösung von Arbeitskonflikten. Wenn die Gewalt auch nicht darauf zielte, Gewerkschaften selbst auszulöschen, so schüchterte sie diese ein und lähmte ihre Aktivitäten (Ortiz 2011: 135ff).

Schließlich ging die Gewalt auch gegen Gewerkschaftsmitglieder stark zurück, als das Gros der paramilitärischen Truppen zwischen 2003 und 2006 die Waffen niederlegte (und ein Teil ihrer Mitglieder kriminelle Banden ohne politische Tünche bildeten), der Bewaffnete Konflikt sich auf periphere Regionen reduzierte und staatliche Sicherheitskräfte im übrigen Territorium die Kontrolle übernahmen (Valencia & Celis 2012: 156ff).

In den drei Jahrzehnten des Bewaffneten Konflikts traf die Gewalt die Regionen des Landes, aber auch Sektoren und Gewerkschaften in sehr unterschiedlichem Maße. Sie konzentrierte sich auf einige Regionen, die auch im Brennpunkt des Bewaffneten Konflikts standen, wie den Magdalena Medio und Urabá; demgegenüber war z.B. die Metropole Bogotá vergleichsweise wenig betroffen (Valencia & Celis 2012: 15ff). Und es waren einige Organisationen, die den meisten Blutzoll zahlten, so die Lehrgewerkschaft, mit mehr als 220.000 Mitgliedern die größte und im ganzen Land verbreitete Organisation, und die besonders in Konfliktregionen konzentrierten und in die regionalen Konfliktregionen verwickelten Organisationen: die Gewerkschaft der Erdölindustrie und mehr noch die der Bananenarbeiterinnen und -arbeiter im Urabá, die im Mittelpunkt unserer Fallstudie steht.

Die Bananenindustrie im Urabá

In den 1960er Jahren siedelte sich die Bananenindustrie im Urabá, in der Grenzzone zu Panama an. Urabá war zu dieser Zeit noch eine kaum besiedelte Urwaldregion, in der staatliche Institutionen wenig präsent waren und illegale bewaffnete Gruppen leichter Kontrolle ausüben konnten als in anderen Regionen (García 1996; Ortiz 2007: 41ff). Die Bananenindustrie expandierte schnell und machte Urabá zur wichtigsten Zone für den Anbau und den Export der Frucht, noch vor dem traditionellen Anbauzentrum in der Region des Magdalena (Bucheli 2005). Das Kapital kam aus den Finanzzentren Kolumbiens, angetrieben von der staatlichen Exportförderung und der Nachfrage in den Märkten Europas und den USA. Ende der 1970er Jahre befanden sich in der monokulturellen Zone insgesamt 223 Plantagen,

Fincas, oft mehrere in einer Hand, mit einer durchschnittlichen Belegschaft von etwa 70 Beschäftigten (Botero 1990: 89ff). Für den Export machten sich die Unternehmen schnell unabhängig von der *United Fruit* bzw. (seit 1970) *United Brands Company* und gründeten Vertriebsgesellschaften, auch sie also kolumbianischen Kapitals. Die wachsende Nachfrage zog Arbeitskräfte aus den umliegenden ländlichen Regionen an.

Gewerkschaftliche Mobilisierung und Beginn der Institutionalisierung von Arbeitsbeziehungen (1960-1990)

Bis in die 1980er Jahre waren es die Unternehmer, welche einseitig die Arbeits- und Beschäftigungs-, ja auch die Lebensbedingungen der Beschäftigten bestimmten; die (Mindest-)Normen des staatlichen Arbeitsrechts hatten in der Bananenzone faktisch keine Geltung. Wenn auch die Löhne höher waren als in der Landwirtschaft üblich (Botero & Sierra 1981: 165), waren die Bedingungen in den 1960er und 1970er Jahren miserabel: Unterbringung in Lagern, fern von den Familien, in Gemeinschaftsunterkünften ohne zureichende sanitäre Anlagen und Gesundheitsversorgung, überlange tägliche Arbeitszeiten bis zu 18 Stunden, despotische Formen der Kontrolle durch Betriebsleiter und Vorarbeiter. Diese Bedingungen nährten Sympathien für Gewerkschaften wie auch für die in der Region aktiven linken Gruppen. Gewerkschaftliche Organisation wurde aber von den Unternehmen, oft mit Hilfe von Polizei und Militär, unterdrückt (vgl. Martin 1986; Semana 1989; Botero 1990).

In den 1970er Jahren wurden Guerillagruppen in der Region aktiv: 1973 die FARC, bewaffneter Arm der Kommunistischen Partei (PC), und ab 1979 der *Ejército Popular de Liberación* (EPL), Gliederung der maoistischen Kommunistischen Partei (PC-ML). Ihre Aktivitäten – darunter Entführungen und „vacunas“, regelmäßig erhobene Erpressungsgelder – führten dazu, dass die Unternehmer der Bananenindustrie zusammen mit den Grundbesitzern und Viehzüchtern der Region staatlichen Schutz forderten. Die irreguläre Gewalt von Polizei und Militärs – willkürliche Verhaftungen und Morde – traf die Zivilbevölkerung, nicht zuletzt auch Mitglieder der noch schwachen Gewerkschaften (Botero 1990: 133ff). Die von der PC 1964 gegründete Gewerkschaft *Sindicato de Trabajadores de la Industria del Banano* (Sintrabanano) war bis in die achtziger Jahre dem Druck von Entlassungen, Gewaltdrohungen und staatlicher Repression ausgesetzt und blieb bei einem niedrigen Organisationsgrad. Ein ähnliches Schicksal teilte auch die im Jahre 1972 gebildete Gewerkschaft *Sindicato de Trabajadores del Agro* (Sintagro).

Gewerkschaftliche Mobilisierung und der Beginn von Kollektivverhandlungen

Die Bedingungen gewerkschaftlicher Organisation veränderten sich tiefgreifend in den 1980er Jahren; zugleich nahm aber auch die Gewalt zu. Beides erklärt sich aus den Strategien der in der Region präsenten Gruppen der bewaffneten Linken.

Die PC-ML und die PC mit ihren Guerillagruppen EPL und FARC hatten zu Beginn der 1980er Jahre einen neuen Schwerpunkt auf die Mobilisierung der Beschäftigten der Agroindustrie gelegt und setzten dabei auf die angestauten Arbeitskonflikte. Sie nutzten die neuen Spielräume der „Demokratischen Öffnung“ des Präsidenten Belisario Betancur zur politischen und sozialen Mobilisierung und verknüpften diese im Rahmen der „Strategie der kombinierten Kämpfe“ mit den bewaffneten Aktivitäten (Valencia & Celis 2012: 56; Palacios 2012: 95ff).

Die PC-ML ergriff die Initiative, bildete mit dem *Frente Popular* eine regionale politische Organisation und mobilisierte die Beschäftigten der Fincas für den massenhaften Beitritt zur Gewerkschaft Sintagro, die seit 1979 von ihren Führungskadern kontrolliert wurde. Gewerkschaftliche, politische und Guerillaaktivitäten waren dabei – oft auch personell – eng miteinander verknüpft.⁵ Die PC mobilisierte zugleich die Belegschaften der Bananenfincas für die von ihr kontrollierte Gewerkschaft Sintrabanano.

Die Jahre 1984 und 1985 markieren den jähen Aufschwung der Gewerkschaften und auch den Beginn der Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen. Sintagro, im August 1984 noch eine unbedeutende Organisation mit 147 Mitgliedern, hat im Februar 1985 bereits 4.500 Mitglieder, um 1988 mit 8.133 Mitgliedern 61% der Belegschaften der Fincas in der Region zu vertreten. Auch Sintrabanano wächst in dieser Zeit stark und organisiert rund ein Drittel der Beschäftigten. Insgesamt liegt im Jahre 1987 der Organisationsgrad bereits bei 85% (Martin 1986: 64; Rey de Marulanda & Córdoba 1990: 32).

Die Dynamik gewerkschaftlicher Organisierung war eng mit dem Kampf um Kollektivvereinbarungen verbunden. 1983 waren gerade zwei Tarifverträge abgeschlossen worden. Als Ende 1984 die Tarifforderungen von Sintagro an zehn weitere Unternehmen auf taube Ohren stießen, rief die Gewerkschaft zum Streik auf, der sich schnell auf die ganze Branche in der Region ausbreitete und dazu führte, dass 1985 weitere 154 Tarifvereinbarungen geschlossen und schließlich die Arbeitsverhältnisse in 92% der

5 S. dazu die Ausführungen von Mario Agudelo, einem der strategischen Köpfe der PC-ML und des EPL (Agudelo 2005 und eigene Interviews).

Plantagen durch Tarifverträge geregelt wurden. Unter dem Druck der oft von Gewalt begleiteten Arbeitskonflikte begannen die Unternehmen, Kollektivvereinbarungen zu akzeptieren. Eine wichtige Rolle der Koordinierung spielte dabei Augura, die Industrievereinigung der Bananenindustrie von Urabá. Die großen Vertriebsgesellschaften gründeten flankierend Stiftungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien, die insbesondere Kredite und Zuschüsse für den Erwerb von Häusern in den jungen Städten bereitstellten und so die allmähliche Schließung der Lager einleiteten.

Zunächst wurden die Tarifverhandlungen noch individuell, Unternehmen für Unternehmen, geführt – ein äußerst konfliktreiches System, da dauernd Streiks organisiert wurden und die Tarifforderungen eskalierten. Eine erste Abstimmung der Tarifforderungen zwischen den beiden bislang konkurrierenden Gewerkschaften wurde durch zwei Prozesse gefördert: Die gemeinsame Mitgliedschaft in dem neuen, 1986 gegründeten Gewerkschaftsdachverband *Central Unitaria de Trabajadores* (CUT) sowie die Allianz der Guerillagruppen im Jahre 1987 trugen dazu bei, den auch gewaltsam geführten Kampf der beiden um territorialen, politischen und betrieblichen Einfluss konkurrierenden Gruppen der bewaffneten Linken zumindest zeitweise zu suspendieren. Im März 1987 legten die von ihnen kontrollierten Gewerkschaften erstmals gemeinsame Tarifforderungen vor, die auch die Basis bildeten für die durch die Regierung vermittelte „Vereinbarung von Bogotá“ zwischen den Gewerkschaften und Augura vom 9.4.1987, ein bedeutender Schritt der Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen. Er besiegelte die Verbindlichkeit von Mindestnormen des nationalen Arbeitsrechts und steckte prozedurale und substantielle Eckpunkte für Tarifverhandlungen ab, so die Anerkennung der Gewerkschaften und den Schutz ihrer Aktivitäten, unbefristete Arbeitsverträge für die Beschäftigten, Mindestsätze für Akkord- und Zeitlohn, Höchstarbeitszeit und Zuschläge, tarifliche Wohnungsfonds usw. In der Folge wurden die Tarifverhandlungen auf Grundlage der gemeinsamen Forderungen der beiden Gewerkschaften geführt, allerdings zunächst noch von Unternehmen zu Unternehmen und in so gewaltsamer Atmosphäre, dass sie in die ferne Provinzhauptstadt Medellín ausgelagert wurden.

Mit der Institutionalisierung ging aber weder eine Befriedung der bislang antagonistischen Arbeitsbeziehungen noch die Abnahme der Gewalt einher – im Gegenteil. Die gewerkschaftliche Organisation wie auch die branchenweite Vereinheitlichung von Tarifforderungen wäre ohne die Initiative und die politisch-ideologische Unterstützung sowie den Druck der bewaffneten Linken, die mit ihren Guerillagruppen und den in den Fincas präsenten Milizen immer wieder in betriebliche Konflikte intervenierte, kaum

möglich gewesen (Valencia & Celis 2012: 55ff). Die Folge war aber, dass die Arbeitskonflikte nur schwer vom Bewaffneten Konflikt um die gesellschaftliche und politische Ordnung zu trennen waren und die Gewerkschaften von ihren Gegnern als Helfershelfer der Subversion etikettiert wurden. Zwischen 1983 und 1985 wurden 12 Morde, in den folgenden vier Jahren, zwischen 1986 und 1989, 109 Morde an gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der Bananenfincas registriert (Valencia & Celis 2012: 61). Auch für die Unternehmen nahmen die Risiken zu: In der Zeit zwischen 1986 und 1989 wurden – so Angaben aus Unternehmenskreisen – 160 Vorarbeiter und 60 Verwalter ermordet (Semana 1989).

Bis 1984 ging die Gewalt gegen Mitglieder der Gewerkschaften vor allem von Militärs und Polizei aus. Danach aber tragen auch weitere Akteure zur zunehmenden Gewalt in einem schmutzigen Krieg bei. Zwischen 1984 und 1986 geht ein Teil auf das Konto der beiden Guerillagruppen, die sich um Territorien, Ortschaften und Einfluss auf gewerkschaftliche Organisation der Fincas streiten. In den folgenden Jahren treten erstmals auch paramilitärische Gruppen auf und beginnen, wie bereits in anderen Regionen des Landes, durch Massaker und individuelle Morde nun auch unter den Beschäftigten der Bananenfincas Schrecken zu verbreiten.

Trotz aller Gewalt konnten die Gewerkschaften aber ihre Mitgliederbasis ausweiten und zu Kampfmaßnahmen mobilisieren, weil sie geregelte und vergleichsweise gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen durchsetzten, freilich um den hohen Preis, dass sie von den linken Parteien und ihren Guerillaorganisationen auch zur Unterstützung des Kampfes gegen Staat und Unternehmer in Anspruch genommen wurden. Sie waren – wie ihre Alltagspraxis vielfach belegt – keineswegs autonome Organisationen (Ortiz 2007: 99; Valencia & Celis 2012: 56).

Die politisch-ideologische Wende der Gewerkschaft und der Arbeitsbeziehungen in der Phase extremer Gewalt

Einen Scheitelpunkt der politischen Auseinandersetzungen und auch der Zuspitzung der antagonistischen Arbeitsbeziehungen markierte der Generalstreik im Jahre 1988. Die PC-ML im Urabá setzte darauf, den von dem Dachverband CUT und anderen Organisationen ausgerufenen nationalen Generalstreik in einen regionalen Aufstand zu verwandeln, welcher das in dieser Zeit einer Militärkommandantur unterstellte Urabá destabilisieren und ein Modell für den revolutionären Kampf in anderen Regionen schaffen sollte (Agudelo 2005: 139ff). Der Generalstreik, den die Guerillagruppen durch Sabotageakte flankierten, wurde nach 45 Tagen ohne den erwarteten

Erfolg abgebrochen. Er war mit hohen Kosten für die Gewerkschaften verbunden. Nicht nur mussten diese eine beträchtliche Zahl von Austritten hinnehmen. Auch spitzte er den Konflikt mit den Unternehmen so zu, dass der designierte Präsident des Unternehmensverbands Augura forderte, „gegen die subversiven und terroristischen Gewerkschaften vorzugehen“ (Ortiz 2011: 94) und der Staat den beteiligten Bananengewerkschaften den rechtlichen Status aberkannte.

Dies führte dazu, dass die konkurrierenden, früher befeindeten Gewerkschaften nun gemeinsam unter das Dach einer kleinen und bislang wenig aktiven Gewerkschaft – Sintrainagro – schlüpften.

Folgen des gescheiterten Generalstreiks

Der gescheiterte Generalstreik leitete eine tiefgreifende Veränderung der politischen Konstellation und auch der Arbeitsbeziehungen in der Region ein. Am 1.3.1991 legte der EPL die Waffen nieder, um sich mit der PC-ML in eine demokratische Partei, *Esperanza Paz y Libertad* (EPyL) zu verwandeln. Es war dies das Ergebnis wachsender Zweifel der Führungskader am Weg des revolutionären, bewaffneten Kampfes, die durch den Mauerfall in Berlin und die Friedensverhandlungen in Zentralamerika noch verstärkt wurden. Die Entscheidung wurde erleichtert durch die Demobilisierung anderer Guerillagruppen wie auch die verfassungsgebende Versammlung, die erweiterte politische Spielräume versprach (Agudelo 2005: 139).

Die Wende fand einen Ausdruck im „Sozialen Pakt von Urabá“ von 1991 zwischen Akteuren, die sich bis vor kurzem noch als Klassenfeinde gegenüber standen und bekämpften: Augura und Unternehmen einerseits, EPyL und Sintrainagro andererseits. Der Pakt hatte zum Ziel, das Zusammenleben in der Region, die sozialen Investitionen und die Entwicklung der Bananenindustrie zu fördern sowie die Eingliederung der Ex-Guerilleros als Plantagenarbeiter zu erleichtern. Er schloss die Verpflichtung zu gewaltfreier Konfliktregelung, zum Dialog und einem neuen, kooperativen Modell der Arbeitsbeziehungen ein (El Mundo 1991).

Dieser Prozess hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Gewerkschaft und die Arbeitsbeziehungen insgesamt. Bisher waren Partei, Guerilla und Gewerkschaft eng miteinander verquickt, sowohl durch die Einheit der Führung als auch die strategische Orientierung. Nun aber verpflichteten sie sich, den demokratisch-institutionellen Weg einzuschlagen, der eine Arbeitsteilung zwischen der EPyL als Partei in der politischen Arena und Sintrainagro in der Arena der Arbeitsbeziehungen einschloss. Diese Arbeitsteilung öffnete der Gewerkschaft Spielräume, Arbeitspolitiken autonom

und ohne Intervention externer, gar bewaffneter Akteure zu verfolgen; sie leitete zugleich eine Entpolitisierung ein, den Abschied von gemeinsamen gesellschaftspolitischen Orientierungen.

Die Gewerkschaft war bisher in die „Strategie der kombinierten Kämpfe“ eingebunden, Teil der revolutionären Bewegung. Die Arbeitsbeziehungen waren antagonistisch geprägt, Arbeitskonflikte wurden (auch) als Mittel der Transformation der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, Tarifverhandlungen als Nullsummenspiel angesehen. Die Gewerkschaft machte nun die unmittelbare Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten und in der Region zu ihrem zentralen Anliegen, und dies im Rahmen eines institutionalisierten Regelwerks.

Dieser politisch-ideologische Bruch machte den Weg frei für eine neue, kooperative Konzeption der Arbeitsbeziehungen. Die Gewerkschaft berücksichtigt die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Branche und fordert als Gegenleistung angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen. Für beide Seiten werden die Aushandlung und der Kompromiss, aber auch in letzter Instanz der Streik, zum legitimen Weg der Interessenregulierung und Konfliktlösung.

Die neue Gewaltphase und die Invasion der Paramilitärs

Der Wandel, der durch die Demobilisierung des EPL angestoßen wurde, hatte zum ersten Mal seit Jahren Hoffnungen auf eine Befriedung der Region geweckt; er trug auch dazu bei, dass schnell staatliche Institutionen in der bislang peripheren Region eingepflanzt wurden. Er löste aber auch eine neue Welle von Konflikten und Gewalt aus.

Die radikale Wende war weder von den FARC noch von einer Dissidentengruppe des EPL akzeptiert worden; diese setzten den bewaffneten Kampf im Urabá fort. Beide Gruppen richteten ihre Gewalt nun auch nicht nur gegen die Führung, sondern auch die politische, soziale und gewerkschaftliche Basis der EPyL als Verrätern an der revolutionären Sache. Damit brachen die Konflikte auch in der Gewerkschaft auf, in der sich seit dem Zusammenschluss in Sintrainagro zwei Flügel mit gegensätzlichen Orientierungen gegenüber standen.

Ins Fadenkreuz der Gewalt geraten, sahen nun nicht mehr nur die Unternehmer, sondern auch die Mitglieder des Mehrheitsflügels der Gewerkschaft die Guerilla als tödliche Bedrohung. Zur Gegenwehr griffen frühere Kämpfer des EPL wieder zu den Waffen und bildeten „Volkskommandos“, die auf die Unterstützung der Militärs zählen konnten (Ortiz 2007: 146; Arco Iris 2012).

So brach zwischen Gruppen, die sich trotz aller Konflikte früher ideologisch nahegestanden hatten, ein Krieg aus, der, auch zur „Auseinandersetzung um das gewerkschaftliche Modell“ geraten (Archila u.a. 2012: 176), eine breite Blutspur in Sintrainagro hinterließ. In nur zwei Jahren, 1992 und 1993, wurden 208 Gewerkschafter ermordet – Führer beider Flügel und Arbeiter auf den Plantagen oder in den städtischen Vierteln, die der einen oder anderen Seite zugerechnet wurden (Ortiz 2011: 95). Ein einschneidendes Ereignis war 1994 das Massaker der FARC an 35 Bananenarbeitern des Viertels La Chinita in Apartadó.

Der schmutzige Krieg wurde noch komplexer und blutiger, als im Zuge der nationalen Offensive paramilitärischer Truppen die *Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá* (ACCU) 1994 in der Bananenzone aktiv wurden (García & Aramburu 2011: 319ff). Die Paramilitärs absorbierten die Volkskommandos und begannen mit Massakern, selektiven Morden und Vertreibungen einen gnadenlosen Krieg um die territoriale Herrschaft gegen die Guerilla und alle die, die sie als deren politische und soziale Helfershelfer ansahen. Sie zählten dabei nicht nur auf die Kooperation der Militärs und anderer staatlicher Akteure, sondern auch auf die freiwillige massive finanzielle Unterstützung der Bananenindustriellen (Fiscalía 2014). Die Gewalttaten beider Seiten erreichten extreme Auswüchse, bis im Jahre 1997 die Guerilla aus der Zone verdrängt war und sich in der Folge eine neue autoritäre politisch-militärische Ordnung in der Region etablierte, die von den Paramilitärs in Allianz mit staatlichen Sicherheitskräften garantiert und von den traditionellen politischen und ökonomischen Machtgruppen unterstützt wurde (García & Aramburu 2011: 322ff). Sie schloss für Jahre die politische Linke aus, wie sie durch die PC und die ihr nahe *Unión Patriótica* (UP) repräsentiert worden war.

Unter den Organisationen, die am meisten von diesem Krieg betroffen wurden, befand sich die Gewerkschaft Sintrainagro: Allein zwischen 1995 bis 1997 kamen 310 Mitglieder um (SINDERH 2015). Auch wenn beide Flügel der Gewerkschaft Ziel der Gewalt wurden, so richtete sich die paramilitärische Gewalt vor allem gegen den Flügel der früheren Sintrabanano und die Mitglieder, die Beziehungen zur PC, der UP und den FARC bezichtigt wurden. Dieser Flügel wurde bis 1997 durch Morde und Vertreibungen zum Schweigen gebracht.

Sintrainagro verwandelte sich so in eine homogene Organisation, die sich unter Führung der Kader der früheren Sintagro an der neuen Konzeption der Arbeitsbeziehungen der Aushandlung und Konzertierung orientiert. Die Funktionäre, die wir interviewt haben, alle diesem Flügel angehörend, bestehen darauf, dass es in der ganzen Zeit weder eine Kooperation mit den

Volkskommandos noch mit den Paramilitärs gegeben habe, da man immer den Schutz der 'Institutionen', der Militärs, gesucht habe. Es ist aber klar, dass sich die organisatorische wie auch ideologische und programmatische Einigung der Gewerkschaft im Schatten der paramilitärischen Expansion vollzog (s. auch Romero 2004: 275f). Auch wenn die Paramilitärs in einer Phase versuchten, die Gewerkschaftskomitees der Plantagen als Informanten einzuspannen, so griffen sie allerdings, anders als von den ultrarechten Organisationen zu erwarten, zumindest nach 1997 nicht mehr gewaltsam in die Arbeitsbeziehungen ein, wie die von uns interviewten Gewerkschafter und Unternehmer übereinstimmend berichten. Mehr noch: Es gab einen Konsens, dies nicht zuzulassen. Wie Mario Agudelo, einer der Architekten der politisch-ideologischen Wende von PC-ML und EPL, erklärt: „Wir ebenso wie die Unternehmer wandten uns dagegen und erreichten damit, dass die Paramilitärs die Vereinbarungen respektierten, die Arbeitskonflikte von bewaffnetem Druck freizuhalten.“ (Romero 2004: 270).

Während die Paramilitärs ihre Gewalt gegen andere soziale Gruppen der Region – etwa Bauern und Landbesetzer – richteten, ging die Gewalt gegen Gewerkschafter in der Bananenzone seit 1997 schlagartig zurück. Das Modell der Arbeitsbeziehungen, das mit dem Sozialen Pakt für Urabá begründet wurde, entwickelte sich in der Folge ohne die Intervention externer, gar bewaffneter Akteure fort. Daher bedeutete die Demobilisierung der paramilitärischen Truppen im Jahre 2005 auch keinen Einschnitt in den Arbeitsbeziehungen.

Die Stabilisierung des Systems der Arbeitsbeziehungen seit den 1990er Jahren

In den 1990er Jahren – der Dekade größter Gewalt, als 540 der damals etwa 16.000 Mitglieder ermordet wurden – konnte sich nicht nur die Gewerkschaft mit einem Organisationsgrad von mehr als 90% als repräsentative Organisation konsolidieren; auch wurde die Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen abgeschlossen (Torres & Guarnizo 2004).

Der 1987 begonnene Prozess der Koordinierung und Zentralisierung hatte sich zwischen 1989 und 1991 in Tarifverhandlungen jeweils für Gruppen von Unternehmen fortgesetzt; er fand 1993 seinen Abschluss, als erstmals eine einzige paritätische Verhandlungskommission die *Acuerdos Generales*, allgemeine Vereinbarungen, für alle Unternehmen aushandelte, deren Beschäftigte Mitglieder von Sintrainagro sind (Archila u.a. 2012: 178f).

Seitdem hat sich ein Verfahren branchenweiter regionaler Tarifverhandlungen eingespielt. Wenn die zentrale Verhandlungskommission nicht zu

einer Einigung kommt, ruft die Gewerkschaft, wie in den letzten beiden Jahrzehnten mehrmals passiert, zum Streik auf, statt die zeitraubende und wenig berechenbare rechtliche Alternative des Schiedsspruchs zu wählen. Staatliche Instanzen, oft auch Minister, spielen aber eine wichtige Rolle als Vermittler wie auch als Garanten der Tarifabschlüsse.

Es ist ein zweistufiges Tarifsystem *sui generis* und so nicht im kolumbianischen Arbeitsrecht vorgesehen: Für jedes Unternehmen wird ein individueller Tarifvertrag ausgehandelt, aber auf der verbindlichen Grundlage der *Acuerdos Generales*, die heute für 160 Unternehmen mit mehr als 288 Fincas gelten und einen Kern von einheitlichen Arbeits- und Sozialstandards für fast die gesamte Branche in der Region definieren. Allerdings bestehen Unterschiede zwischen den Unternehmen fort, die auf frühere dezentralisierte Vereinbarungen zurückgehen.

Um die paritätische Tarifkommission herum hat sich in den 1990er Jahren ein dichtes Netz von gemeinsamen Institutionen entwickelt und seitdem erweitert und verdichtet. Diese räumen der Gewerkschaft zu den verschiedenen Konfliktthemen unterschiedliche Beteiligungsrechte ein – von der Anhörung bis hin zur Mitbestimmung.

Was die Inhalte betrifft, hat das System der Kollektivvereinbarungen vergleichsweise hohe allgemeine Standards der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen wie auch gewerkschaftliche Partizipationsrechte hervorgebracht und weiter entwickelt, die zum großen Teil weit über die gesetzlichen Mindestnormen hinausgehen: durchgehend formelle Beschäftigungsverhältnisse mit sozialer Sicherung, Entgelte und Sozialleistungen; geregelte Arbeitszeiten, Verfahren zur Aushandlung von Konflikten um Lohn und Leistung, Formalisierung und gewerkschaftliche Beteiligung an Disziplinarverfahren, Förderung und Finanzierung gewerkschaftlicher Aktivitäten u.v.m. Eine große Rolle spielen auch Fonds, die der Verbesserung der Lebensbedingungen der Familien dienen, so Wohnungs- und Bildungsfonds.

Mit der Entwicklung des Tarifsystems ging in den 1990er Jahren ein rigoroser Organisationsprozess der Gewerkschaft einher, in dem Hierarchie, Arbeitsteilung und demokratische Abstimmungsverfahren zwischen den verschiedenen Ebenen formalisiert wurden. Er sichert den betrieblichen Basisorganisationen Vertretungs- und Mitspracherechte in den Fincas und einen gewichtigen Einfluss auf die gewerkschaftliche Meinungsbildung. Die nationale Direktion, die noch immer von Kadern der früheren PC-ML dominiert wird, konzentriert aber die politische und organisationelle Macht auf sich, nicht nur aufgrund ihrer Position in der Organisationshierarchie, sondern auch der vielfältigen Funktionen, die sie als Repräsentanz der

Organisation in dem zentralisierten System der Arbeitsbeziehungen wie auch in anderen politischen und gewerkschaftlichen Zusammenhängen ausübt.

Ende der 1990er Jahre, so können wir zusammenfassen, wird der Prozess der Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen abgeschlossen: Es haben sich die repräsentativen Akteure herausgebildet, welche für das Gros der Fincas der Region Kollektivvereinbarungen gewaltfrei, nach beidseitig akzeptierten Regeln auf Grundlage rechtlicher Prozeduren aushandeln. Es sind darüber hinaus multiple gemeinsame Institutionen zur laufenden Kooperation und Konfliktregelung entstanden, die den kooperativen Stil der Arbeitsbeziehungen festigen. Schließlich hat dieses System allgemeine Standards auf hohem Niveau geschaffen, die in vielem über die gesetzlichen Mindeststandards hinausgehen.

Bemerkenswert ist, dass, wie die Durchsicht der *Acuerdos Generales* zeigt, tarifliche Agenda und Regelungen sich seit 1993 kontinuierlich fortentwickelt haben, weder Brüche noch Rückschritte verzeichnen. Es überrascht, dass sich dieses System auch noch im Kontext der autoritären, von paramilitärischer Gewalt gestützten regionalen Ordnung zwischen 1997 und 2005 stabilisieren konnte. Wie erklärt es sich, dass die Ordnung nicht auch genutzt wurde, die korporative Macht der Gewerkschaft zu brechen, dem System zentralisierter Kollektivverhandlungen ein Ende zu setzen und die hohen Tarifstandards zurückzuschrauben?

Nicht nur die Gewerkschaft, auch die Unternehmen, trotz aller Interessendifferenzen in ihren eigenen Reihen, haben es für vorteilhaft gehalten, an dem neuen kooperativen Stil der Arbeitsbeziehungen festzuhalten, mit einer starken Gewerkschaft, ohne Intervention externer, zumal bewaffneter Akteure. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Beide Akteure hatten kooperative Arbeitsbeziehungen Anfang der 1990er Jahre, gegen starke Widerstände, ja auch gegen physische Bedrohung durch die FARC und die EPL-Dissidenz durchgesetzt. Zwar verlangt der neue Stil den Unternehmen beträchtliche Konzessionen ab: hohe Arbeitskosten und Kompromisszwänge, die das Direktionsrecht weit über die rechtlichen Restriktionen hinaus einschränken. Als Ergebnis der erfahrenen Gewalt und eines Lernprozesses gegenseitiger Abhängigkeit sichert er aber einen Arbeitsfrieden, der sich auf gegenseitig vereinbarten und respektierten Regeln der Kooperation und Konfliktaustragung gründet und physische Gewalt ausschließt. Die Beteiligung der Gewerkschaft an der Regelung und Kontrolle der Arbeitsprozesse und der Beschäftigungsverhältnisse trägt dazu bei, Konflikte zu mindern und in geregelten Verfahren zu lösen. Insbesondere nehmen die Risiken von Arbeitsniederlegungen in einer Exportbranche ab, die sehr profitabel, aber auch höchst empfindlich gegenüber Störungen des Produktions- und

Transportprozesses der schnell verderblichen Produkte ist. Die Schwelle für betriebsübergreifende Streiks ist hoch, weil sie für beide Seiten mit erheblichen Kosten und Verlusten verbunden sind – bereits die Streikdrohung schafft daher erheblichen Kompromissdruck.

Interpretation und Schlussfolgerungen

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben die Arbeitsbeziehungen in der Bananenindustrie im Urabá tiefgreifende Veränderungen erfahren und mit ihnen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten.

Aus einer schwachen und fragmentierten Gewerkschaftsbewegung, die von den Unternehmern unterdrückt und von Militär und Polizei verfolgt wurde, ist eine der wenigen Industriegewerkschaften Kolumbiens hervorgegangen, die fast alle Arbeiter der Bananenindustrie in der Region organisiert. Während bis zur Mitte der 1980er Jahre die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen einseitig von den Unternehmen bestimmt wurden, werden sie heute durch Arbeitsrecht und Kollektivverhandlungen geregelt, nun für fast die gesamte Branche in der Region.

Dieser Prozess gibt einen tiefen Wandel der Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmen wieder. Früher stark antagonistisch bestimmt, ließen sie nur ein Minimum von allenfalls konflikthafter Interaktion zu. Sie nehmen nun eher mikrokorporatistische Züge an: Beide Seiten erkennen an, dass es gegensätzliche, aber auch gemeinsame Interessen gibt, schaffen vielfältige Formen kooperativer Konfliktbearbeitung – Kollektivverhandlungen, Konsultation und Konzertierung – und beziehen zudem staatliche Institutionen ein. Dies alles bedeutet aber nicht, dass die Arbeitskonflikte – so um Lohn und Leistung, Beschäftigung, Autorität und Disziplin – an Brisanz verloren hätten; sie werden jetzt aber im Rahmen eines rechtlichen oder auch ausgehandelten Regelwerks gelöst.

Dieser tiefgreifende Wandel der Beziehung war nur möglich, weil die der früheren PC-ML angehörigen Führungskader der Gewerkschaft – in durchaus autoritärer Manier – einen politisch-ideologischen Orientierungswechsel durchsetzten, der die Gewerkschaft von einer „Schule des Klassenkampfes“ in eine Organisation verwandelte, welche die kollektive Regulierung des Arbeitsmarkts wie auch die soziale Integration der Beschäftigten in Betrieb und Region in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellt, dies freilich um den Preis einer zunehmenden Entpolitisierung und der Adaptation an die herrschende politisch-gesellschaftliche Ordnung. Die Führungsgruppe der Gewerkschaft hat in der vergangenen Dekade in Wahlkampagnen sogar Kandidaten und Parteien unterstützt, die Paramilitärs nahegestanden hatten.

Diese ideologische und strategische Wende der Gewerkschaft ist in Kolumbien kontrovers diskutiert worden. Nicht bezweifelt wird, dass der neue Stil den Beschäftigten beträchtliche materielle und soziale Erfolge und Rechte gebracht hat, wie Mauricio Romero (2004: 250) zusammenfassend schreibt: „Schutz, Sicherheit und ein Niveau regionaler politischer Partizipation der Beschäftigten ohnegleichen in anderen Regionen des Landes“.⁶ Nicht umstritten ist aber auch, dass die Gewerkschaft und mit ihr die kooperativen Arbeitsbeziehungen sich letztlich in einer auf paramilitärische Gewalt gestützten regionalen Ordnung stabilisierten, welche die politische Linke vertrieb und eliminierte, auch deren Repräsentanten in der Gewerkschaft.

Kontrovers werden vor allem zwei Aspekte beurteilt: erstens der Wandel zu eher kooperativen Arbeitsbeziehungen. So kritisiert die Gruppe um Mauricio Archila Neira die Mutation der Gewerkschaft in eine ‘kolaborative’ „versöhnlerische, dem Unternehmensdenken nahestehende“ Organisation (Archila u.a. 2012: 192), „die die ‘Klassenharmonie’ sucht, indem sie gewaltsame Auseinandersetzungen mit Unternehmern, staatlichen Sicherheitskräften und Paramilitärs vermeidet“ (ebd.: 177). Der neue Stil der geregelten Aushandlung und Konzertierung wird dabei als Verlust der Autonomie interpretiert. Eng verbunden ist damit ein zweiter Aspekt: die politische Re-Orientierung und Entpolitisierung der Gewerkschaft: „Sintrainagro entfremdete sich von den traditionellen linken Alliierten der Gewerkschaftsbewegung.“ (Chomsky 2007: 107) Beiden Kritiken liegt eine Konzeption „authentischer“ antagonistischer Arbeitsbeziehungen und klassenorientierter Gewerkschaften zugrunde; die Symbiose der Gewerkschaft mit den Gruppen der bewaffneten Linken in den 1980er Jahren bleibt dabei unterbelichtet, ebenso übrigens wie die Frage innergewerkschaftlicher Demokratie.

Unsere Arbeit ging von dem Paradox aus, dass sich die Gewerkschaft und mit ihr die Arbeitsbeziehungen inmitten exzessiver Gewalt entwickelt, institutionalisiert und stabilisiert haben. Wie erklärt sich das Paradox? Wir kommen zum Schluss, dass dieser Prozess sich nur zum Teil aus den konfliktträchtigen Arbeitsverhältnissen einer jungen, gleichsam als Greenfield-Industrie in den Urwald eingepflanzten, prosperierenden Exportbranche erklärt. In allen Phasen bis in die vergangene Dekade hinein wurde er vielmehr durch Aktivitäten externer bewaffneter Akteure, durch Gewalt und Gegengewalt beeinflusst, deren Logiken sich eher aus der Dynamik des Bewaffneten Konflikts im spezifischen regionalen Kontext als aus Arbeitskonflikten ergaben, auch wenn beide Arten von Konflikten sich oft überlagerten. Es waren externe Akteure – Gruppen der bewaffneten Linken, paramilitärische Gruppen und staatliche Sicherheitskräfte – die mit ihren

6 S. auch Madarriga 2005; Delgado 2006; Valencia & Celis 2012; Archila u.a. 2012.

Aktivitäten, oft auch mit physischer Gewalt, die Entwicklung der Gewerkschaft und der Arbeitsbeziehungen beeinflussten. Einige Akteure waren Protagonisten, setzten mit ihren Aktivitäten anfängliche Impulse oder gaben den Arbeitsbeziehungen eine neue Richtung. Andere schufen oder sicherten den Kontext, in dem sich die mikrokorporatistischen Arbeitsbeziehungen etablierten. Anstöße zur gewerkschaftlichen Mobilisierung und zur Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen gab die bewaffnete Linke; aber erst die ideologisch-politische Wende des EPL schuf die Voraussetzung für ein neues Arrangement kooperativer Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmen, das sich gegen die Gewalt der Guerillas behauptete und auch noch unter paramilitärischer Gewalt Bestand hatte.

Sicherlich ist der Fall der Gewerkschaft Sintrainagro und der Arbeitsbeziehungen in der Bananenindustrie von Urabá auch im kolumbianischen Panorama einzigartig. Dazu tragen spezifische Bedingungen bei: Der regionale Kontext einer lange Zeit peripheren Region ohne stabile staatlich-institutionelle, politische und soziale Ordnung, die aber mit der prosperierenden Agroindustrie schnell ökonomische und politische Bedeutung gewann und die Interessen vielfältiger externer Akteure – des Staats, konkurrierender Gruppen der bewaffneten Linken sowie paramilitärischer Gruppen – auf sich lenkte. Von zentraler Bedeutung war schließlich auch der Wechsel von Akteursstrategien, der den Weg zu einer neuen Ordnung der politischen Beziehungen wie auch der Arbeitsbeziehungen in der Region frei machte.

In anderen Regionen Kolumbiens waren die politischen und ökonomischen Bedingungen, die Machtkonfigurationen und Strategien der Akteure, nicht zuletzt auch die Beziehungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften sehr verschieden – bereits die ältere und kleinere Bananenzone in der Provinz Magdalena zeigt eine unterschiedliche Entwicklung. Wo antagonistische Arbeitsbeziehungen vorherrschten, die Gewerkschaften der Nähe zur Subversion bezichtigt wurden, Arbeitskämpfe als eine Variante des auch politisch und militärisch geführten Klassenkampfes galten, machte paramilitärische Gewalt im Zuge des Bewaffneten Konflikts oft institutionalisierten Arbeitsbeziehungen ein Ende. In anderen, meist peripheren Zonen war es die Macht der Guerilla, welche die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen prägte, oft genug auch behinderte.⁷ Insgesamt war der Einfluss externer, bewaffneter Akteure auf die Arbeitsbeziehungen in den Zonen geringer, die nur wenig in den Bewaffneten Konflikt einbezogen waren.

So einzigartig der Fall von Sintrainagro im Urabá ist, er weist auf allgemeinere Bedingungen in einem Lande hin, in dem sich Arbeitsbeziehungen territorial und sektoral in ganz heterogener Weise entwickeln. Er ist so auch

7 Ortiz 2011; Archila u.a. 2012; Valencia & Celis 2012; Dombois 2012.

von Interesse für eine Diskussion, die in starkem Maße durch die Länder des Nordens geprägt wird – etablierten Rechts- und Sozialstaaten, die sich auf starke, relativ homogene Ökonomien stützen.

In der konzeptionell-theoretischen Diskussion über Arbeitsbeziehungen oder *industrial relations* wird immer schon implizit die historische Entwicklung von Nationalstaaten vorausgesetzt, die zivile, politische, soziale und industrielle Bürgerrechte in ihren Territorien durchsetzen und garantieren. Es ist demnach der Rechtsstaat mit seinem Gewaltmonopol, der die Einhaltung der Regeln und Normen überwacht und sichert. Physische Gewalt zur Austragung von Konflikten erscheint systemwidrig, ein Regelbruch, der sanktioniert wird. In diesem rechtlichen und institutionellen Rahmen entwickeln sich auch die Arbeitsbeziehungen als eigene institutionelle Sphäre, werden Themen, Formen, Prozeduren und Normen für die Regelung von Interessenkonflikten zwischen Beschäftigten und Unternehmen definiert, garantiert und kontrolliert, bilden sich Organisationen, welche die Interessen von Lohnabhängigen und Unternehmen vertreten.⁸ Es wird auch ein solcher stabiler politisch-institutioneller Rahmen vorausgesetzt, in dem Gewerkschaften strukturelle, organisationelle, institutionelle und gesellschaftliche Macht entwickeln und nutzen können.

Dieser konzeptionelle Rahmen erweist sich aber als unzureichend für die Analyse des kolumbianischen Falls, in dem der Staat nicht über das Gewaltmonopol verfügt und auch nicht die Macht, der formalen institutionellen Ordnung im gesamten Territorium Geltung zu verschaffen. Die Arbeitsbeziehungen entwickeln sich hier in einem Spannungsfeld zwischen nationaler, formaler institutioneller Ordnung und alternativen faktischen regionalen Ordnungen, die mit ihren je spezifischen ökonomischen, politischen und sozialen Machtkonfigurationen auf sehr unterschiedliche Weise mit dem Zentralstaat verbunden sind (González u.a. 2009: 191ff). Hier hängt auch die Macht von Gewerkschaften in starkem Maße von informellen Akteuren ab.

Die Entwicklung von Arbeitsbeziehungen in Kolumbien kann nur angemessen analysiert werden, wenn die ungleiche, „differenzierte Präsenz des Staates“ berücksichtigt wird,

„...je nach dem Grad der Verknüpfung der Regionen mit dem Zentrum des Landes und je nach Art der Beziehungen, die sich zwischen dem Zentralstaat und den existierenden faktischen Mächten in den Regionen und Ortschaften herstellen.“ (González 2014: 60).

8 Zur Geschichte und Entwicklung der Konzeptionen und institutionellen Muster von Arbeitsbeziehungen bzw. *industrial relations* s. Kaufman 2004; Müller-Jentsch 1997; Hyman 1989).

Es sind diese „faktischen Mächte“, die, wie unsere Fallstudie zeigt, auch die Arbeitsbeziehungen beeinflussen, nicht zuletzt auch die Machtressourcen, über die Gewerkschaften verfügen.

Ausblick

Die Friedensverhandlungen mit den FARC lassen auf ein Ende des über 50 Jahre währenden Bewaffneten Konflikts im Lande hoffen, zumindest auf eine Minderung politisch begründeter Gewalt, welche insbesondere Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften betroffen hat. Die Demobilisierung und politische Integration der noch aktiven Guerillagruppen des Landes könnte dazu beitragen, den Spielraum für die Entwicklung von autonomen Arbeitsbeziehungen ohne Intervention bewaffneter Akteure auszuweiten. Aber auch dann wird Kolumbien ein Land bleiben, in dem gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer in den faktischen regionalen Ordnungen vergleichsweise hohen Gewalttrisiken ausgesetzt sind. Und so bleibt auch Sintrainagro, bleiben auch die Arbeitsbeziehungen insgesamt verletzlich. Die vielfältigen Aktivitäten, mit denen Sintrainagro sich in verschiedenen Arenen und auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene integriert, lassen sich auch als Strategien einer verletzlichen Organisation in einem stets unsicheren Umfeld verstehen, die einen stabilen Handlungsrahmen zu schaffen sucht, welchen weder staatliche Institutionen noch die Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeit der Gewerkschaft allein sichern können.

Literatur

- Agudelo, Mario (2005): *Qué pasa en Cuba que Fidel no se afeitó. De las armas a la esperanza. Un diálogo con Jaime Jaramillo Panesso*. Medellín.
- Archila Neira, Mauricio; Alejandro Angulo Novoa; Alvaro Delgado Guzmán; Martha Cecilia García Velanda; Luis Guillermo Guerrero Guevara & Leonardo Parra (2012): *Violencia contra el sindicalismo, 1984-2010*. Bogotá.
- Arco Iris (2012): *La trágica historia del EPL en Urabá*. <http://www.arcoiris.com.co/2012/03/la-tragica-historia-del-epl-en-uraba/>, letzter Aufruf 10.4.2015.
- Botero Herrera, Fernando (1990): *Urabá: colonización, violencia y crisis del Estado*. Medellín..
- Botero Herrera, Fernando, & Diego Miguel Sierra (1981): *El mercado de fuerza de trabajo en la zona bananera de Urabá*. Medellín.
- Bucheli, Marcelo (2005): *Bananas and Business: The United Fruit Company in Colombia, 1899-2000*. New York, US-NY.
- Chomsky, Avila (2007): „Globalization, Labor, and Violence in Colombia's Banana Zone“. In: *International Labor and Working-Class History*, Nr. 72, Herbst 2007, S. 90-115, <http://dx.doi.org/10.1017/s0147547907000555>.
- Celis, Juan Carlos (2004): *Sindicatos y Territorios*. Medellín.

- Collier, David, & Ruth Collier (2007): *Shaping the Political Arena. Critical Junctures: The Labor Movement and Regime Dynamics in Latin America*. Notre Dame, US-IN.
- Crouch, Colin (1993): *Industrial Relations and European State Traditions*. Oxford.
- Delgado, Alvaro (2006): *Sindicato de los paramilitares?* <http://www.voltairenet.org/article141624.html>. Letzter Aufruf: 10.4.2014.
- Dörre, Klaus; Hajo Holst & Oliver Nachtwey (2009): „Organising – A Strategic Option for Trade Union Renewal?“. In: *International Journal of Action Research*, Bd. 5, Nr. 1, S. 33-67.
- Dombois, Rainer (2012): „Violencia antisindical y violencias contra trabajadores sindicalizados. Observaciones sobre el proyecto del PNUD“. In: *Controversia*, Nr. 198, S. 111-159.
- Dombois, Rainer, & Ludger Pries (1999): *Neue Arbeitsregimes im Transformationsprozeß Lateinamerikas. Arbeitsbeziehungen zwischen Markt und Staat*. Münster.
- Drake, Paul (1996): *Labor Movements and Dictatorships: The Southern Cone in Comparative Perspective*. Baltimore, US-MD.
- Fiscalía (2014): *Acta del 29 de septiembre de 2014 de la Sala de Justicia y Paz del Tribunal Superior de Medellín*.
- FIP – Fundación Ideas para la Paz (2010): *Estudio sobre la cultura frente al sindicalismo en Colombia*. Bogotá.
- García, Clara Inés (1996): *Urabá. Región, actores y conflicto, 1960-1990*. Bogotá.
- García, Clara Inés, & Clara Inés Aramburu Siegert (2011) (Hg.): *Geografías de la Guerra, el Poder y la Resistencia. Oriente y Urabá antioqueños 1990-2008*. Bogotá.
- González, Fernán E. (2014): *Poder y violencia en Colombia*. Bogotá.
- González, Fernán E.; Ingrid J. Bolívar & Teófilo Vázquez (2009): *Violencia política en Colombia. De la nación fragmentada a la construcción del Estado*. 5. Aufl., Bogotá.
- Gutiérrez, Francisco (2014): *El orangután con sacoleva. Cien años de democracia y represión en Colombia*. Bogotá.
- Hyman, Richard (1989): *The Political Economy of Industrial Relations: Theory and Practice in a Cold Climate*. Houndsmill. <http://dx.doi.org/10.1007/978-1-349-19665-4>.
- Hyman, Richard (1996): „Die Geometrie des Gewerkschaftsverhaltens. Eine vergleichende Analyse von Identitäten und Ideologien“. In: *Industrielle Beziehungen*, Bd. 3, Nr. 1, S. 5-34.
- Kaufman, Bruce (2004): *The global evolution of industrial relations: Events, ideas and the IIRA*. Genf.
- Madarriga, Antonio José (2005): „Urabá y las relaciones laborales: paz armada y resistencia desde la civilidad“. In: *Revista Escuela de Administración de Negocios*, Nr. 55, S. 83-93.
- Martin, Gerald (1986): *Desarrollo económico, sindicalismo y proceso de paz en Urabá*. Magisterarbeit, Universidad de los Andes. Bogotá.
- Müller-Jentsch, Walther (1997): *Soziologie der Industriellen Beziehungen*. New York, US-NY, & Frankfurt a.M.
- OIT – Organización Internacional del Trabajo (2002): *Panorama Laboral*. Lima.
- Ortiz, Carlos Miguel (2007): *Urabá. Pulsiones de vida y desafíos de muerte*. Medellín.
- Ortiz, Carlos Miguel (2011) (Koord.): *Reconocer el Pasado. Construir el Futuro. Informe sobre la violencia contra sindicalistas y trabajadores sindicalizados 1984-2011*. Bogotá.
- Palacios, Marco (1995): *Entre la legitimidad y la violencia, Colombia (1875-1994)*. Bogotá.
- Palacios, Marco (2012): *Violencia pública en Colombia, 1958-2010*. Bogotá.
- Pécaut, Daniel (1987): *Orden y violencia: Colombia 1930-1954*. Bogotá.
- Pécaut, Daniel (2013): *La experiencia de la violencia: Los desafíos del relato y la memoria*. Medellín.
- Pries, Ludger (2010): *Erwerbsregulierung in einer globalisierten Welt*. Wiesbaden, <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91956-0>.
- Rey de Marulanda, Nora, & Juan Pablo Córdoba (1990): *El sector bananero de Urabá: Perspectivas económicas actuales y de mediano plazo*. Medellín.

- Roberts, Kenneth. M. (2007): „The Crisis of Labor Politics in Latin America: Parties and Labor Movements during the Transition to Neoliberalism“. In: *International Labor and Working-Class History*, Nr. 72, Herbst 2007, S. 116-133, <http://dx.doi.org/10.1017/S0147547907000567>.
- Romero, Mauricio (2004): „Los trabajadores bananeros de Urabá: de ‘subditos’ a ‘ciudadanos’?“. In: García Villegas, Mauricio, & Boaventura de Sousa Santos (Hg.): *Emancipación social y violencia en Colombia*. Bogotá, S. 249-280.
- Schumann, Hans-Gerd (1958): *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung*. Hannover & Frankfurt a.M.
- Sisson, Keith (2008): *Putting the Record Straight: Industrial Relations and the Employment Relationship*. Warwick Papers in Industrial Relations, Nr. 88. Warwick.
- Torres, José Fernando, & Carlos José Guarnizo (2004): *En la búsqueda del mejoramiento de las relaciones laborales en Colombia*. Lima.
- Valencia, León, & Juan Carlos Celis (2012): *Sindicalismo asesinado. Reveladora investigación sobre la violencia contra los sindicalistas colombianos*. Bogotá.
- Vásquez Fernández, Hector (2013): „La negociación colectiva en Colombia“. In: CSA – Confederación Sindical de Trabajadores y trabajadoras de las Américas & CSI – Confederación Sindical Internacional (Hg.): *Estrategias sindicales por una mayor y mejor negociación colectiva en América Latina y Caribe*. Sao Paulo, S. 258-291.
- Visser, Jelle (1996): „Traditions and Transitions in Industrial Relations: A European View“. In: Van Ruysseveldt, Joris, & Jelle Visser (Hg.): *Industrial Relations in Europe. Traditions and Transitions*. London, S. 1-41.
- Zelik, Raul (2010): *Die kolumbianischen Paramilitärs. „Regieren ohne Staat“ oder terroristische Formen der Inneren Sicherheit?* Münster.
- Datenbank
SINDERH – Sistema de Información en Derechos Humanos (2015), Banco de datos. Medellín, Letzter Stand 13.5.2015.
- Zeitungen & Zeitschriften
Semana (1989): *La contrarrevolución de Urabá*, 12.6.1989.
El Mundo (1991): *Nuevo clima para negociar*, 19.4.1991.

Anschriften der Autoren:

Rainer Dombos
dombos@uni-bremen.de

Carlos Miguel Ortiz
ortizcm1@hotmail.com

Melanie Müller

Kämpfe um den Bergbau in Südafrika: Eine Chance für Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Keywords: South Africa, unions, mining, social movements, conflicts

Stichwörter: Südafrika, Gewerkschaften, Bergbau, soziale Bewegungen, Konflikte

Südafrika gilt als prominentes Beispiel für die Entwicklung des *social movement unionism* (SMU). Dieses Konzept beschreibt starke Koalitionen zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Doch seit der Machtübernahme des *African National Congress* (ANC) und der Bildung einer korporatistischen Regierungsallianz, die auch die Gewerkschaften mit eingebunden hat, hat sich dieses enge Verhältnis gewandelt: Die Regierungspolitik drängte kritische Akteure an den Rand. Erst seit dem Massaker von Marikana und dem Ausschluss der Metallarbeitergewerkschaft *National Union of Metalworkers of South Africa* (NUMSA) aus dem Dachverband *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) nähern sich Gewerkschaften und Bewegungen wieder an. Die NUMSA versucht seitdem eine *United Front* aufzubauen, die eine Alternative zur bisherigen Regierungspolitik bieten soll.

Vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Krise in Südafrika ist der Aufbau der Bewegung besonders bedeutend. Der ANC befindet sich spätestens seit dem Massaker von Marikana, bei dem im August 2012 Polizeikräfte während eines Streiks in einer Platinmine des englischen Unternehmens *Lonmin* 34 Arbeiter erschossen, in einer Regierungskrise. Die Aufarbeitung des Massakers durch eine Kommission, die *Farlam-Kommission*, kritisierten verschiedene Stimmen als unzureichend. Immer wieder vermelden südafrikanische Medien neue Berichte über Korruption führender ANC-Politiker_innen. Gerade Präsident Jacob Zuma hat durch Vorhaben wie den Bau seines Regierungssitzes Nkandla, der unrechtmäßig aus staatlichen Mitteln finanziert wurde, an Vertrauen eingebüßt. Doch äußern soziale Bewegungen¹

1 Ich verstehe soziale Bewegungen als „auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen

bereits seit vielen Jahren Kritik an den Gewerkschaften, denen es nicht mehr gelänge, Arbeiter_innen, aber auch gesellschaftliche Gruppen darüber hinaus angemessen zu vertreten. Das Massaker von Marikana hat zu einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust beigetragen, der einen Konflikt zwischen den führenden politischen Eliten innerhalb der Gewerkschaften hervorgerufen und auch die Allianz zwischen dem ANC und den Gewerkschaften ins Wanken gebracht hat.

Dieser Artikel befasst sich mit der Frage, inwiefern gegenwärtig ein Wiederbeleben von SMU auf außerparlamentarischer Ebene in Südafrika zu beobachten ist und welche Potenziale und Herausforderungen mit der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verbunden sind. Zu solchen Allianzen kommt es in Südafrika insbesondere im Bereich des Bergbaus, wie sich am Beispiel der Konflikte um den Bau der beiden Kraftwerke Kusile in der Provinz Mpumalanga sowie Medupi in der Provinz Limpopo illustrieren lässt. Dabei wird deutlich, dass hinter den Auseinandersetzungen um die Ausweitung des Bergbaus vielfältige Konflikte stecken, die in fast allen Fällen eine Kritik am südafrikanischen Entwicklungsmodell darstellen, das vorrangig auf wirtschaftliche Entwicklung abzielt und die Frage der Umverteilung bislang hinten anstellt. Für die Analyse dieser Konflikte stütze ich mich auf 20 Interviews mit Basisaktivist_innen, Mitarbeiter_innen von Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Ministerien in Südafrika vom November 2015. Zusätzlich habe ich Dokumente, Webseiten, Stellungnahmen sowie Analysen zu den Kraftwerken Kusile und Medupi ausgewertet.²

Im ersten Abschnitt skizziere ich das Konzept des SMU und beschreibe dessen Herausbildung in Südafrika. Der zweite Abschnitt stellt die Entwicklungen der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA dar, die – nach dem vorläufigen Ende des SMU in Südafrika durch den Übergang zur Demokratie – die Koalitionen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wieder neu belebt. Im dritten Abschnitt skizziere ich am Beispiel der Kohlekraftwerke in den Regionen Limpopo und Mpumalanga die aktuellen Konflikte um die Ausweitung des Bergbaus. Im vierten Abschnitt beschreibe ich die Herausforderungen der gemeinsamen Mobilisierung zwischen Gewerkschaften und Bewegungen und ziehe im fünften Abschnitt Rückschlüsse für ein mögliches Wiedererstarken des SMU in Südafrika.

und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verändern oder rückgängig machen wollen“ (Rucht 1994: 76f).

2 Die Erhebung der Empirie fand im Rahmen einer Auftragsstudie für Misereor statt (Müller & Paasch 2016).

Social movement unionism und seine Bedeutung in Südafrika

Das SMU-Konzept beschreibt starke Koalitionen zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Es wurde zunächst von Peter Waterman (1982) in Bezug auf die indische Gewerkschaftsbewegung entwickelt. In den späteren Jahren entwickelten Wissenschaftler_innen das Konzept für die Analyse von Gewerkschaften in anderen Ländern weiter, zunächst vorrangig in Bezug auf Bewegungen in postkolonialen Gesellschaften. Denn für diese Gesellschaften prognostizierten einige Wissenschaftler_innen zunächst die Entwicklung von „Arbeiteraristokratien“. Dabei würden die Gewerkschaften versuchen, sich vom informellen Sektor und weniger organisierten Gruppen abzugrenzen (Seidman 2011: 96). Empirisch ließen sich dann aber in einigen Fällen gegenteilige Entwicklungen beobachten, nämlich gerade eine starke Annäherung von Gewerkschaften und Bewegungen. Neben Indien werden solche Allianzen beispielsweise für die Arbeiterbewegung in Südkorea insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren (Koo 2001), in Brasilien während der Militärdiktatur und in Südafrika in den 1980er Jahren bis zum Übergang zur Demokratie (Webster 1987; Webster & Buhlungu 2004) beschrieben. Das Konzept wurde später auch für die Analyse in anderen Staaten ausgedehnt.

Gewerkschaften in der Tradition des SMU handeln ähnlich wie soziale Bewegungen. Sie agieren über das Instrument der Tarifverhandlungen und über die direkte Vertretung von Arbeiter_innen hinaus. In ihren politischen Zielen verbinden Gewerkschaften in der Tradition des SMU Forderungen für eine Verbesserung der Rechte von Arbeiter_innen mit umfassenden Forderungen für andere gesellschaftliche Gruppen: „Durch die Artikulation von Forderungen zu Inklusion verband der ‘Social Movement Unionism’ die Rechte am Arbeitsplatz mit den Forderungen der Gemeinden auf erweiterte Dienstleistungen und Rechte“ (Seidman 2011: 97). In der Allianz mit sozialen Bewegungen machen Gewerkschaften auf Missstände und Ungleichheiten in der Gesellschaft aufmerksam, setzen sich für marginalisierte Gruppen ein oder unterstützen die Forderung nach Demokratie und politischer Teilhabe, wie die Beispiele von Südkorea und Südafrika zeigen.

In Südafrika konnte sich der *social movement unionism* erst ab Mitte der 1970er Jahre durchsetzen und wurde ein Modell für die Anti-Apartheidbewegung. Vorher war die Gewerkschaftsarbeit für nicht-weiße Gruppen durch zahlreiche Einschränkungen fast unmöglich. Hierzu gehören das Verbot der gewerkschaftlichen Organisation für nicht-weiße Gruppen, das mit dem Beginn der Apartheid verhängt wurde (Bhorat u.a. 2014: 2). Die Ausnahme bildete die Gründung des *South African Congress of Trade Unions* (SACTU)

im Jahr 1955. Dieser unterstützte sowohl den ANC sowie dem *Pan-African Congress* (PAC) und die *South African Communist Party* (SACP) im Kampf gegen die Apartheid (Marx 1992: 32-39). Jedoch wurden sowohl der ANC als auch die SACP in den 1960er Jahren verboten. Die Organisationen mussten ihre Arbeit im Exil und im Untergrund fortsetzen. Das Apartheidregime erließ weitere Verbote und Sanktionen, die auch die gewerkschaftliche Arbeit von SACTU praktisch unmöglich machten (Southall & Webster 2010: 136f). Erst im Jahr 1973, nach einer Demonstration von Hafenarbeiter_innen in Durban für bessere Arbeitsbedingungen, erstarkte die Gewerkschaftsbewegung wieder. Aus diesem Streik, dem so genannten *Durban-Moment*, entwickelte sich ein breites Netzwerk, das sich für die Rechte schwarzer Arbeiter_innen einsetzte (Habib & Valodia 2006: 227). Mit den Aufständen in den *South Western Townships* (SOWETO) im Jahr 1976, die vorrangig von Schüler_innen und Studierenden angeführt wurden, verstärkten sich die inneren Unruhen im Land weiter.

Gleichzeitig wuchs in den 1970er Jahren auch der internationale Druck auf das Apartheidregime. Die Arbeit des ANC im Exil und die Organisation einer Anti-Apartheidbewegung in verschiedenen Ländern, darunter Großbritannien und Westdeutschland, aber auch die verschiedenen Sanktionen – wie der Ausschluss Südafrikas aus dem Internationalen Olympischen Komitee und dem Weltfußballverband sowie die Isolation Südafrikas in den Vereinten Nationen – setzten das Regime in Pretoria unter Reformdruck. In den folgenden Jahren wurde eine Reihe von Einschränkungen gelockert und Gewerkschaften konnten sich ab 1981 wieder offiziell registrieren, insofern sie dazu bereit waren, ihre Mitgliederlisten offen zu legen (Habib & Valodia 2006: 228f). In den folgenden Jahren entstanden drei Gewerkschaftsverbände, der *Council of Trade Unions in South Africa* (CUSA), die *Federation of South African Trade Unions* (FOSATU) sowie die *Community Unions*. 1985 ging aus diesen drei Gruppen der COSATU hervor, der sich schnell als größter Gewerkschaftsverband in Südafrika entwickelte (ebd.). Hinzu kam die Gründung der *United Democratic Front* (UDF), einem Zusammenschluss von zeitweise über 700 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Südafrika, die insbesondere in der Zeit ab 1983 ein mächtiger zivilgesellschaftlicher Akteur wurde (Suttner 2005: 60-65). COSATU und die UDF blieben die zentralen Akteure des Widerstands gegen die Apartheid in Südafrika. Beide Akteure mobilisierten immer wieder auch gemeinsam, beispielsweise nach der Besetzung von Townships durch die südafrikanische Armee im Jahr 1984, bei der die Gewerkschaften den *Congress of South African Students* (COSAS) unterstützten. Zwischen August und November 1984 bildete sich in der Transvaal-Region im Nordosten des Landes zudem

eine Allianz zwischen Gewerkschaften, *communities* und der Studierendenbewegung heraus. Diese wurden von Gewerkschaftsmitgliedern durch die Teilnahme an Protesten sowie dadurch, dass Arbeiter_innen nicht zur Arbeit erschienen, unterstützt (Webster 1987: 36-38).

Der „NUMSA-Moment“

Ähnlich wie in anderen Staaten des südlichen Afrikas nach der Dekolonisierung bildete sich in Südafrika nach dem Ende der Apartheid ein politisches System heraus, das als Einparteiensystem betrachtet werden kann. Reinhart Kößler charakterisiert diese Systeme damit, dass sie „auf durchaus demokratisch legitimierter Grundlage die Herrschaft einer Partei perpetuieren, die historisch als hegemoniale Formation aus nationalen Befreiungsbewegungen hervorgegangen ist“ (Kößler 2015: 52). Der ANC regiert seit 1994 gemeinsam mit der SACP sowie mit COSATU in einer Dreiparteien-Allianz. Doch tritt der ANC als einziger Akteur formal bei Wahlen an. Die SACP sowie COSATU unterstützen die Partei bei ihren Kampagnen. Im Gegenzug erhalten sie politisches Mitspracherecht bei der Formulierung politischer Programme sowie eine festgelegte Anzahl an Sitzen im Parlament (Bhorat u.a. 2014: 5). Die Allianz zwischen den drei Akteuren bestand bereits in der Apartheidzeit, wurde aber nach dem Übergang zur Demokratie formalisiert. Dieses korporatistische Regierungsmodell hat das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verändert. Mit dem Ende der Apartheid und der Übernahme der Regierung durch den ANC ist das ehemals enge Verhältnis zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen komplexer geworden. Mitte der 1990er Jahre gründete sich eine Reihe von neuen sozialen Bewegungen, die sich gezielt gegen die Regierungspolitik wendeten und dabei auch die Rolle der Gewerkschaften kritisierten. Die Gründung der sozialen Bewegungen ist Ausdruck einer Abgrenzung vom ANC, aber auch von der Regierungsallianz. Denn diese hat nach der Machtübernahme 1994 wenige Versuche unternommen, soziale Reformen durchzusetzen (Kößler 2015: 52). Der *National Development Plan*, der 1994 als politisches Programm formuliert wurde und tiefgreifende Reformen versprach, wurde bereits 1996 zugunsten vom *Growth, Employment and Redistribution Programme* (GEAR, Programm für Wachstum, Beschäftigung und Umverteilung) verworfen. Der Begriff „Wachstum“ steht hier nicht zufällig an erster Stelle. Die Reformvorschläge von GEAR waren angelehnt an die Vorschläge des Washington Consensus. Ziel war es, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, die Industrie zu stärken sowie den Abbau von Handelshemmnissen voranzutreiben, um so ausländische und inländische

Investitionen zu fördern. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Sektoren privatisiert (Bond 2003). Diese Marktliberalisierung sollte zum Wachstum beitragen, neue Arbeitsplätze schaffen und so zur Umverteilung beitragen. Die Strategie des Programms ist nicht aufgegangen: Die soziale Ungleichheit ist in Südafrika heute sogar noch höher als während der Apartheidzeit (Terreblanche 2002). Als Reaktion auf das Programm mobilisierten Gruppen gegen die Privatisierungen. Der ANC verfolgt seit der Machtübernahme eine Strategie der „Einheit“ im südafrikanischen Staat, die Kritiker_innen der Allianz politisch isoliert und Opposition als „Verrat“ am politischen Projekt brandmarkt (Köbler 2015: 47). Die Regierungsallianz hat es geschafft, eine ganze Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den *National Economic Development and Labour Council* (NEDLAC) einzubinden. Mitglieder von NEDLAC erhalten finanzielle Förderung durch die Regierung. Diese Einbindung und finanzielle Abhängigkeit hat die Arbeit für regierungskritische Organisationen erschwert (McKinley 2010: 29-32).

Trotzdem oder gerade deswegen zeigen sich die Bewegungen bewusst als außerparlamentarische Opposition und wählen den Weg des politischen Protests auf der Straße. Zu den prominentesten Gruppen, die in der Zeit um die Verabschiedung von GEAR entstanden, gehören das *Anti-Privatization-Forum*, das verschiedenen Gruppen eine Plattform bieten sollte, um die Folge der Privatisierungspolitik zu diskutieren (Naidoo 2010). Gruppen wie das *SOWETO Electricity Crisis Committee* oder die *Treatment Action Campaign* setzten sich für die Umsetzung der in der Verfassung verankerten sozialen Rechte wie das Recht auf Elektrifizierung und das Recht auf medizinische Grundversorgung ein (Ruiters 2010; Mbali 2010). 2006 gründete sich *Abahlali baseMjondolo* (AbM). AbM ist als *Shack Dwellers Movement*, also als Bewegung von denen, die in Hütten (*shacks*) leben müssen, bekannt geworden. Doch gehen die Forderungen der Bewegung viel weiter als die Forderung nach der adäquaten Wohn- und Lebensmöglichkeit. Die Gruppe fordert *citizenship*, den gleichberechtigten Zugang aller Südafrikaner_innen und die Teilhabe am öffentlichen Leben (Pithouse 2006).

Mit der Zusammenarbeit der Gewerkschaften in der Regierungsallianz war zu Beginn der Demokratie die Hoffnung verbunden, dass diese das Sprachrohr der Arbeiter_innenschaft im neuen Südafrika werden könnten. COSATU konnte zwar durch kritische Interventionen das Reformprogramm zugunsten von Politiken zur wirtschaftlichen Umverteilung beeinflussen (Habib & Valodia 2006: 242-244). Auch die Unterstützung von Jacob Zuma durch COSATU, der 2007 gegen den wirtschaftsliberalen Thabo Mbeki antrat, sollte ein Zeichen gegen die Reformprogramme der Regierung senden (Southall & Webster 2010: 145-151). Trotz der Kritik an der Wirtschaftspolitik der

Regierung hat der Verband immer wieder die Zusammenarbeit mit der Regierung bekräftigt und sich dabei von der Kooperation mit allzu kritischen sozialen Bewegungen losgesagt. COSATU wolle nur noch mit solchen Bewegungen zusammenarbeiten, deren Agenda nicht darauf abziele, die Partner aus der Dreiparteien-Allianz zu schwächen (COSATU 2003).

Die Resolution von COSATU aus dem Jahr 2003 führte zu einer weiteren Abspaltung von den regierungskritischen Gruppen und solchen, die sich mit den regierungskritischen Gruppen solidarisierten.

Auf nationaler Ebene gab es vielfältige Auseinandersetzungen zwischen sozialen Bewegungen und der Regierungsbündnis – allerdings auch innerhalb der Regierungsbündnis – etwa um die Ausgestaltung des 2013 verabschiedeten *National Development Plan* (NDP). Er beschreibt die zentralen politischen Pfeiler für die künftige Politik Südafrikas. Ein zentrales Ziel ist es, die Arbeitslosenquote bis 2030 von derzeit 25 Prozent auf 6 Prozent zu senken (NDP 2013). Verschiedene Gruppen, darunter auch COSATU, kritisierten, dass dieses Ziel vorrangig über Exportförderungen erreicht werden solle (COSATU 2013). Viele soziale Bewegungen lehnen den NDP ab. Der Konflikt macht deutlich, dass die ökonomische Zielrichtung der Regierungspolitik auch weiterhin für Auseinandersetzungen in Südafrika sorgt. Die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen gelang in den letzten Jahren eher einzelnen Mitgliedsgewerkschaften, insbesondere der *South African Municipal Workers Union* (SAMWU). SAMWU erarbeitete beispielsweise gemeinsam mit *community*-Organisationen in Kapstadt Vorschläge für einen Stadtentwicklungsplan und wendete sich darin gegen das *Extended Public Works Programme* (EPWP) (Ludwig 2013).

Erst seit dem Massaker von Marikana ist eine erneute Annäherung zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Südafrika zu beobachten (Müller 2014b). Die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA, die größte Mitgliedsgewerkschaft von COSATU, kritisierte öffentlich das Handeln der Polizei nach Marikana. Bei einem Sonderkongress prangerte die NUMSA das Vorgehen der Minenarbeitergewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM), aber auch der Regierung in Marikana scharf an. Die NUMSA kritisierte die Regierungspolitik in Südafrika als „dysfunktional, in einer Krise und paralysiert“ (NUMSA 2013). Um ein gesellschaftliches und politisches Gegengewicht aufzubauen, kündigte die Gewerkschaft den Aufbau einer *United Front*, einer sozialistischen Bewegung nach dem Vorbild von Brasilien, Venezuela, Bolivien oder Griechenland, an. Nachdem die NUMSA dem ANC dann auch noch die Unterstützung bei den Wahlen 2014 versagte, war es wenig überraschend, dass COSATU die Gewerkschaft im November 2014 aus dem Dachverband ausschloss (Müller 2014b). Die Ankündigung

der *United Front* wurde in Südafrika euphorisch als „NUMSA-Moment“ gefeiert. Die Anspielung auf der *Durban-Moment* im Jahr 1973 ist kein Zufall. Denn kritische Gewerkschaftler_innen, aber auch die marginalisierten sozialen Bewegungen in Südafrika erhoffen sich den Aufbau einer starken linken Opposition (Bond 2014). Seitdem versucht die NUMSA in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mögliche Koalitionen zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften auszuloten. Der Aufbau einer *United Front* wird von anderen Gewerkschaften, etwa der *Food and Allied Workers Union* (FAWU), der *South African Commercial and Catering and Allied Workers Union* (SACCAWU), der *Communication Workers Union* (CWU), der *South African State and Allied Workers Union* (SASAWU) und der *Public and Allied Workers Union* (PAWUSA), unterstützt. NUMSA sucht dabei gezielt die Allianz mit Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen, um gemeinsame Positionen auszuloten. Das Massaker von Marikana ist zum Symbol für eine neue Ära im politischen System Südafrikas geworden und hat grundlegende Veränderungen bewirkt (Alexander 2013). Insbesondere das brutale Vorgehen der Polizei hat viele Südafrikaner_innen aufgeschreckt. Marikana ist das tragischste Beispiel von vielfältigen Konflikten im Bergbau, die in Südafrika an der Tagesordnung sind.

Konflikte um Bergbau in Südafrika

In den letzten Jahren gab es regelmäßig kritische Meldungen über Probleme im Bergbau in Südafrika. Am Beispiel des Kohlebergbaus lassen sich die vielschichtigen Konflikte um die Ausweitung von Bergbauvorhaben verdeutlichen. Die Debatte um die Ausweitung des Kohlebergbaus scheint auf den ersten Blick an die Frage gekoppelt, welches Energiemodell Südafrika in den nächsten Jahren weiter verfolgen soll. Doch hinter der Frage nach der zukünftigen Energieversorgung steht eine Reihe von Konflikten um die Entwicklung des Landes und darum, wer von dieser Entwicklung profitiert. Die Konflikte um die Energieversorgung knüpfen an weitaus grundsätzlichere Fragen an und bieten deshalb Bezugspunkte für verschiedene soziale Bewegungen und die Gewerkschaften.

Die Stromversorgung in Südafrika basiert bislang größtenteils auf Kohle. 90 Prozent der Stromversorgung werden durch Kohlekraftwerke gedeckt, fünf Prozent kommen aus Atomenergie, die restlichen fünf Prozent setzen sich aus anderen Quellen, unter anderem Wasserkraft, zusammen (DoE 2015). Südafrika ist der siebtgrößte Kohleproduzent weltweit. Darüber hinaus exportiert das Land Kohle und ist der sechstgrößte Kohleexporteur der Welt (World Coal Association 2015). In Südafrika ist der halbstaatliche Energieversorger

Eskom für die Stromproduktion verantwortlich. Er produziert laut eigenen Angaben 95 Prozent der Elektrizität, die in Südafrika genutzt wird, sowie 45 Prozent der Elektrizität auf dem afrikanischen Kontinent. Das Unternehmen betreibt derzeit elf Kohlekraftwerke in Südafrika, welche die Grundversorgung im Land sichern (Eskom 2016a und b). Derzeit werden mit den beiden Kohlekraftwerken Kusile und Medupi zwei der größten Kraftwerke der Welt gebaut. Sie entstehen in den Provinzen Limpopo und Mpumalanga, die zu den ärmeren des Landes gehören. Die Provinz Mpumalanga blickt auf eine lange Bergbau-Tradition zurück. In der Region rund um eMalahleni, wo das Kraftwerk gebaut wird, gibt es bereits mehrere Kohlekraftwerke, die ihre Spuren in der Region hinterlassen haben. Insgesamt befinden sich schätzungsweise 600 nicht sanierte und nicht renaturierte Kohleminen in der Region (Müller & Paasch 2016: 35). Anders sieht es in Lephallale aus. Dort gibt es bislang mit *Matimba* ein weiteres Kraftwerk, das mit seinen sechs Kraftwerkseinheiten eine Leistung von 4.000 Megawatt erzielt. Doch soll die Region, die Waterberg-Region, zur Kohleregion ausgeweitet werden. Der *Infrastructure Development Plan* der südafrikanischen Regierung von Juni 2014 beschreibt „die Erschließung des nördlichen Mineralgürtels mit Waterberg als Katalysator“ als strategisches Ziel (RSA 2014: 33), um die Entwicklung in der Region voranzutreiben.

Um die Frage, wer von dieser Entwicklung profitiert, gibt es eine Reihe von Konflikten. Diese verlaufen in großen Teilen zwischen der Regierung und den Gemeinden. Teilweise sind die Gemeinden aber auch selbst gespalten. Verschiedene Studien heben die negativen Auswirkungen des Kohlebergbaus in Südafrika durch den Bau der Kraftwerke in Kusile und Medupi hervor (IRM ADB 2011; Greenpeace 2012; Müller & Paasch 2016). Selbst die Weltbank als einer der Geldgeber des Kraftwerks Medupi hat dessen Bau und Betrieb einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank verfügt mit dem *inspection panel* über ein Gremium für die kritische Evaluierung ihrer geförderten Projekte. Zwei südafrikanische Umweltorganisationen, *Ground-Work* und *Earthlife Africa*, hatten im Jahr 2009 eine Beschwerde bei der Weltbank eingereicht. Diese beauftragte daraufhin das *inspection panel*, den Kraftwerksbau in Medupi näher zu untersuchen. Der Bericht wies auf eine Reihe von Versäumnissen bei der Bewilligung des Kredites hin, beispielsweise das Überschreiten der gesetzlich vorgeschriebenen Emissionswerte, einen hohen Wasserverbrauch durch die Kraftwerke, einen hohen Druck auf die bestehende Infrastruktur durch Bevölkerungswachstum (IP 2011). Die südafrikanischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen greifen viele dieser Kritikpunkte auf. Auf der lokalen Ebene kommt es regelmäßig zu Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. In Lephallale fanden

seit 2007 wiederholt Proteste gegen die Ausweitung des Kohlebergbaus statt (Interview Makoma Lekalakala, Earthlife Africa, Johannesburg, 16.11.2015). Auch in Mpumalanga gab es eine Reihe von Demonstrationen gegen die Ausweitung des Kohlebergbaus und den Bau des Kraftwerks Kusile (Interview Matthews Hlabane, SAGRC, eMalaheni, 13.11.2015). Gewerkschaften und soziale Bewegungen teilen dabei eine Reihe an politischen Forderungen, die im Folgenden näher beschrieben werden.

- *Konflikte über den Zugang zu Energie:* Die südafrikanische Regierung begründet den Neubau der Kohlekraftwerke mit der Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung des Landes. Die Nutzung der landeseigenen Kohlevorräte stelle eine kostengünstige Möglichkeit der Stromversorgung und flächendeckenden Elektrifizierung des Landes dar und ermögliche Energieautarkie durch die Nutzung eigener Ressourcen. Zudem könne der Neubau der beiden Kraftwerke zum Klimaschutz beitragen, weil ältere und ineffizientere Kraftwerke abgeschaltet werden könnten (Rafey & Sovacool 2011: 144-146). Dem gegenüber steht die Kritik von Vertreter_innen betroffener Gemeinden, dass der Strom aus den Kraftwerken nicht in der Region, sondern für die Industrie genutzt werde. Tatsächlich soll der Strom aus Medupi vorrangig der Stromversorgung in der Provinz KwaZulu-Natal dienen. Eskom baut daher neben dem Bau der Kraftwerke auch das Stromnetz aus, um so die Industrie im Osten des Landes mit Energie zu versorgen. In diesem Zusammenhang sollen auch weitere Gemeinden an das Stromnetz angeschlossen werden. Doch gerade informelle Siedlungen, die sich um die Kraftwerke gebildet haben, haben nur selten Zugang zu Energie.
- *Konflikte über den Zugang zu Dienstleistungen:* Basisorganisationen kritisieren negative Auswirkungen des Baus der Kraftwerke auf die lokale Infrastruktur. In der Stadt Lephalale lebten 2001 noch rund 85.000 Menschen, zehn Jahre später, im Jahr 2011, waren es bereits 116.000 (Statistics South Africa 2016). Durch die geplante Ausweitung des Bergbaus in der Region und die Erschließung als neue Kohleregion erwartet die Gemeindeverwaltung in Lephalale eine Verdopplung der Bevölkerung von Lephalale auf 240.000 Menschen bis zum Jahr 2025. Entsprechend groß ist der Druck auf die lokale Infrastruktur, deren Ausbau mit dem Bevölkerungswachstum nicht mitgehalten hat. Informelle Siedlungen um Lephalale wie MaMojela Park oder Steenbokpan sind durch die Zuwanderung stark angewachsen. Die Lebensbedingungen in diesen Siedlungen sind schlecht. Viele Siedlungen verfügen weder über einen Wasser- noch einen Abwasseranschluss. Die sozialen Spannungen in der Region entladen sich immer wieder in gewaltsamen Auseinandersetzungen, wie

Anwohner_innen berichten. In eMalahleni sind die Herausforderungen ähnlich. Dort kommt hinzu, dass in der Region bereits seit 1896 extensiver Bergbau stattfindet, in dessen Folge große Teile des Grundwassers durch die sauren Grubenabwässer verseucht sind (*Acid Mining Drainage*). Aktivist_innen lokaler Umweltschutzorganisationen befürchten weitere negative Auswirkungen der Ausweitung des wasserintensiven Kohlebergbaus auf die Wasserqualität in der Region (Interview Matthews Hlabane, SAGRC, eMalahleni, 13.11.2016). In Mpumalanga ist die Qualität des Wassers der Seen um das Kraftwerk Kusile bereits so schlecht, dass es nicht mehr ohne Behandlung für die Kühlung der Maschinen des Kraftwerks genutzt werden kann. Daher soll über ein umfangreiches Transportsystem Wasser aus der Region Gauteng – der Region um Johannesburg – nach Mpumalanga pumpen (Greenpeace 2012). Hier zeigt sich eine zentrale Konfliktlinie. Denn Eskom hat einen Status als „strategischer Wassernutzer“. Dies bedeutet, dass der Zugang von Eskom zu Wasser nicht eingeschränkt werden darf durch die Regierung – auch nicht in Dürrezeiten. Da der Bergbau ein wasserintensives Unterfangen ist, befürchten die angegliederten Gemeinden, dass die weitere Ausweitung des Bergbaus zur Wasserverknappung führen und dann vorrangig die Gemeinden treffen wird.

- *Konflikte über die gesundheitlichen Auswirkungen der Kraftwerke und Minen:* Bei Anwohner_innen in unmittelbarer Nähe zu den Kohleminen besteht ein Anstieg von Lungenkrankheiten, etwa der Pneumokiose (Staublunge), wie Studien in den letzten Jahren untermauert haben (GroundWork 2014). Die Arbeiter_innen in den Minen sind diesen gesundheitlichen Gefahren häufig noch unmittelbarer ausgesetzt. Die Aufmerksamkeit für gesundheitliche Schäden für Minenarbeiter_innen im Bergbau ist seit dem 23.5.2016 noch weiter gestiegen: An diesem Tag stimmte der *South African High Court* zu, dass Arbeiter aus dem Goldbergbau, die heute an Tuberkulose und Silikose leiden, eine Sammelklage gegen die Minenunternehmen, bei denen sie beschäftigt waren, einreichen können (the economist 2016).
- *Konflikte über die Verteilung von Gewinnen:* Der Bergbausektor – wie andere Wirtschaftszweige in Südafrika auch – ist nach wie vor mehrheitlich von Unternehmen, die weißen Südafrikaner_innen gehörten bzw. von ihnen geleitet werden, sowie von transnationalen Unternehmen dominiert. Seit dem Ende der Apartheid 1994 versucht die Regierung gesetzlich gegenzusteuern, um den Anteil schwarzer Südafrikaner_innen an und in Unternehmen zu erhöhen. Das wichtigste Instrument ist dabei das *Black-Economic-Empowerment-Gesetz* (BEE), das in verschiedenen

Geschäftsbereichen Quotenregelungen für die Beteiligung von schwarzen Südafrikaner_innen vorsieht. In diesem Zusammenhang hat sich auch der Anteil südafrikanischer Firmen im Kohlebergbaubereich erhöht (Munnik u.a. 2009). Trotzdem wird die Politik des BEE von verschiedenen Seiten und gerade auch von linken Gruppen stark kritisiert. Die Quotenregelungen würden eine schwarze Oberschicht fördern und führten zur klientelistischen Vergabe von Positionen, während sie kaum dazu beitrage, eine Mittelschicht im Land zu entwickeln und so gut wie keine Auswirkungen auf die Förderung von dringend benötigten Arbeitsplätzen hätte (Tangri & Southall 2008).

- *Konflikte über die Schaffung von Arbeitsplätzen:* Für Gewerkschaften und Basisorganisationen hat die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region Priorität. Aktivist_innen von Basisgruppen in den Regionen um Kusile und Medupi betonen in Interviews, dass die lokale Bevölkerung mit dem Bau der Kohlekraftwerke starke Hoffnungen verbunden und deshalb zumindest in Teilen den Bau des Kraftwerks auch befürwortet hätte. Die Frage der hohen Arbeitslosigkeit in der Region spielt für die meisten Menschen die wichtigste Rolle. Lephalale selbst hat laut offizieller Statistik 115.767 Einwohner_innen und eine junge Bevölkerungsstruktur. 26,2 Prozent der Bevölkerung sind unter 14 Jahre alt. Die Arbeitslosenquote in der Stadt liegt bei 22,2 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei 26,9 Prozent (Statistics South Africa 2016). In Kusile gestaltet sich die Lage ähnlich: Rund ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos, während die Jugendarbeitslosigkeit mit 36 Prozent noch höher liegt (ebd.). Für den Bau der Kraftwerke Kusile und Medupi wurden dennoch Arbeitskräfte aus anderen Regionen Südafrikas und teilweise auch Wanderarbeiter_innen aus umliegenden afrikanischen Ländern eingestellt. Junge Menschen aus der Region beklagen, dass sie bei den Einstellungen nicht berücksichtigt worden seien – obwohl Eskom mit der Schaffung lokaler Arbeitsplätze geworben hatte (Interview Andreas Mocheke, Waterberg Environmental Justice Alliance, Lephalale, 10.11.2015). In beiden Regionen berichten Frauenorganisationen von Benachteiligungen von Arbeiterinnen bei der Einstellung. Dies habe zu einem Anstieg der Prostitution in beiden Regionen geführt, da viele Frauen darin die einzige Möglichkeit sähen, ihren Lebensunterhalt zu sichern (Interview Francinah Nkosi, Lephalale, 10.11.2015).
- *Konflikte um gewerkschaftliche Organisation:* Kritiker_innen sehen in der Einstellungspraxis von Eskom ein Mittel, um die gewerkschaftliche Organisation zu erschweren. Arbeitskräfte aus der Region würden wegen der Befürchtung, sie könnten als Anwohner_innen der Region gemeinsam

mit sozialen Bewegungen gegen den Kraftwerksbau mobilisieren, nicht eingestellt (Interview Matthews Hlabane, SAGRC, eMalahleni, 13.11.2015). Die Arbeits- und Vertragsbedingungen in den Kraftwerken sind nach Aussagen der Gewerkschaften schwierig: Häufig würden den Arbeiter_innen lediglich Teilzeitverträge mit schlechten Konditionen angeboten, was diese in prekäre Situationen dränge. Doch durch die hohe Arbeitslosigkeit in der Region seien die Menschen gezwungen, auch diese Verträge anzunehmen: „Sie schaffen ein Umfeld von Instabilität und machen es den Arbeiter_innen nicht leicht, sich zu organisieren“ (Interview Johannes Nzimanda, NUMSA, eMalahleni, 13.1.2015). Im März und April 2015 stand Eskom für seine Vorgehensweise rund um Medupi unter starker Kritik. Nachdem 1.700 Arbeiter_innen Ende März 2015 an einem Streik, – den Eskom als illegal bezeichnete – teilgenommen hatten, wurde ihnen per SMS mitgeteilt, dass sie nicht mehr zur Arbeit erscheinen sollten. In den folgenden Wochen gab es Auseinandersetzungen, bei denen vor allem die NUMSA als Sprachrohr der Arbeiter_innen auftrat und sich für die Wiedereinstellung der kritischen Arbeiter einsetzte, solange bis Eskom einlenkte (Evans 2015).

Diese Ausführungen verdeutlichen die Probleme der Ausweitung des Kohlebergbaus in Südafrika. Diese sind allerdings nicht auf den Kohlebergbau beschränkt. Die *South African Human Rights Commission* (SAHRC) ist in Südafrika für die Einhaltung der in der Verfassung verankerten Rechte verantwortlich. Sie hat im *Human Rights Business Country Guide* im Jahr 2015 Bereiche identifiziert, die bei Bergbauprojekten gefährdet sind und besondere Aufmerksamkeit erhalten sollten: das Recht auf eine saubere Umwelt (wie den Schutz vor Luft- und Wasserverschmutzung bzw. das Recht auf Wasser), Gewerkschafts- und Arbeitsrechte (wie die Möglichkeit gewerkschaftlicher Vertretung, Streikrecht und gewerkschaftliche Verhandlungen), das Recht auf Zugang zu Informationen, den Schutz von Frauen und ethnischen Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt sowie den Schutz von Menschen mit HIV/Aids auf dem Arbeitsmarkt (SAHRC & DIHR 2015). Auch Auseinandersetzungen um die Verteilung und den Zugang zu Land, die sich an Bergbauvorhaben entzünden, verweisen auf tiefer liegende Konflikte, insbesondere auf das Fehlen einer umfassenden Landreform hin (Cousins & Walker 2015). Die vielschichtigen aktuellen Konflikte um den südafrikanischen Bergbau bieten Möglichkeiten für Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zur gemeinsamen Mobilisierung. Deren Chancen und Hindernisse diskutiere ich im folgenden Abschnitt.

Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Die Analyse der Konflikte um den Kohlebergbau in Südafrika verdeutlicht, dass es dabei um weitaus mehr als um die Zukunft der Energieversorgung geht. Zwar lehnen insbesondere Umweltgruppen den Kohlebergbau auch aus Klimaschutzgründen ab (Müller & Paasch 2016), doch stecken hinter den Auseinandersetzungen um den Bergbau auch soziale Kämpfe um die Ausgestaltung des südafrikanischen Entwicklungsmodells. Dabei kommt es immer wieder zu Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Gemeinsame Mobilisierungen stehen dabei auch vor der Herausforderung, verschiedene Positionen und Herangehensweisen miteinander zu vereinen. Denn Gewerkschaften und soziale Bewegungen stellen teilweise unterschiedliche Forderungen in den Vordergrund. Während für die Gewerkschaften die Arbeiter_innenrechte im Vordergrund stehen, geht es Basisorganisationen um die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie um eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Grundsätzlich besteht aber eine starke Solidarität zwischen beiden Gruppen, insbesondere auch weil viele Arbeiter_innen in den Kraftwerken als Anwohner_innen der jeweiligen Städte auch von den negativen Auswirkungen des Kraftwerkbaus betroffen sind. Unterschiedliche Positionen bestehen zudem bei der Frage: Ausstieg aus dem Bergbau – ja oder nein? Das Netzwerk MACUA (*Mining Affected Communities United in Action*) lehnt die Ausweitung des Bergbaus ab:

„Unsere Gemeinden werden durch die Minen marginalisiert. Die Besitzer der Minen konsultieren die Gemeinden oft nicht. Die Menschen werden gezwungen ihre Häuser zu verlassen. Sie sind der Verschmutzung durch die Minen und die Kraftwerke ausgesetzt und haben zur gleichen Zeit keinen Zugang zu Elektrizität. Die Frage ist: Ist der Bergbau immer noch angemessen für unser Land? Die Antwort ist NEIN.“ (Interview Meshack Mbangula, MACUA, Johannesburg 15.11.2015)

Südafrikanische Umweltorganisationen wie GroundWork oder *Earthlife Africa* mobilisieren bereits seit vielen Jahren gegen die Ausweitung des Kohlebergbaus und fordern einen Umstieg auf erneuerbare Energien. Gewerkschaften wie NUMSA sind mit der grundsätzlichen Ablehnung des Kohlebergbaus zurückhaltender. Ihnen ist bewusst, dass sich mit dieser Forderung bislang keine Mehrheiten gewinnen lassen – denn auch betroffene Gemeinden sind in dieser Frage gespalten. In eMalahleni spielt der Bergbau eine wichtige Rolle für die Beschäftigungsstruktur in der Region. Laut Zensus von 2011 arbeiten 24 Prozent der Beschäftigten um eMalahleni in dem Sektor, knapp 17 Prozent sind in der verarbeitenden Industrie tätig (SACN o.J.: 22).

Auch in Lephalale sind laut Angabe der Gemeindeverwaltung 30 Prozent der Menschen im Bergbau oder seinen angegliederten Industrien beschäftigt. Die Gemeindeverwaltung räumt aber ein, dass ein Teil der Arbeiter_innen aus anderen Regionen stammt (Lephalale Municipality 2015). Gerade auch für die NUMSA ist eine grundsätzliche Opposition zum Bergbau nicht möglich, wenn sie nicht Mitglieder verlieren will. Im Gegenteil: Die Gewerkschaft organisiert selbst eine Reihe von Arbeiter_innen, die von der Ausweitung des Bergbaus bzw. seinen angegliederten Industrien profitieren.

Auffällig ist ein großes Ungleichgewicht hinsichtlich der Organisationsmacht von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Die NUMSA ist seit dem Ausschluss aus COSATU im Jahr 2014 weiter gewachsen und verfügt mittlerweile über 340.000 Mitglieder. Die Gewerkschaft hat seit 2014 mit Dinga Sekbuwu einen eigenen Beauftragten für den Aufbau der *United Front*, der über ein kleines Team von Mitarbeiter_innen und eine Reihe von Freiwilligen verfügt, deren organisatorische Basis in Johannesburg ist. Gleichzeitig gibt es in den verschiedenen Regionen Mitglieder der NUMSA, welche die Organisation vor Ort übernehmen (Interview Dinga Sekbuwu, NUMSA, Johannesburg, 18.11.2016). Im Gegensatz dazu sind die Basisorganisationen in Lephalale und Mpumalanga finanziell und personell eher schwach ausgestattet. In Lephalale hat sich das *Waterberg Environmental Justice Forum* (WEJF) gegründet und mobilisiert gegen die verschiedenen sozialen und ökologischen Folgen des Bergbaus. Die Basisorganisation wird dabei von der Umweltorganisation *Earthlife Africa* unterstützt (Interview Makoma Lekalakala, Earthlife Africa, Johannesburg, 16.11.2016). In und um eMalahleni haben sich mit dem *South African Green Revolutionary Council* sowie mit dem *Highveld Environmental Justice Network* (HEJN) zwei Basisgruppen gebildet, die von GroundWork unterstützt werden (Interview Thomas Mnguni, HEJN, Witbank, 14.11.2016). Mit MACUA und dem *Mining and Environmental Justice Community Network of South Africa* (MEJOCN-SA) existieren zwei recht junge Organisationen, die gezielt gegen den Bergbau und die Folgeschäden mobilisieren. Rechtlich werden die Organisationen vom *Centre for Environmental Rights* unterstützt, das eine Reihe von Klagen gegen Konzerne, aber auch gegen die südafrikanische Regierung oder die Gemeinden geführt hat. Darüber hinaus unterstützen Organisationen wie der *World Wide Fund For Nature* (WWF), *Greenpeace* und *ActionAid* die Basisorganisationen. Doch sind die Gewerkschaften mit weitaus mehr Ressourcen ausgestattet, gerade auch hinsichtlich der Möglichkeit der Mobilisierung von Mitgliedern. Ihnen stehen zudem andere Protestrepertoires zur Verfügung. Somit bestehen bei der Mobilisierung rund um den Kohlebergbau ähnliche Herausforderungen, wie sie in der Literatur

für andere Konfliktfelder in Südafrika beschrieben werden. In ihrer Studie zu Aufständen in Balfour, einer Kleinstadt in der Nähe von Johannesburg, in den Jahren 2009 und 2010 beschreiben Peter Alexander und Peter Pfaffe (2013) die Schwierigkeiten bei der Mobilisierung von Arbeiter_innen und Gemeinden: Gewerkschaften hätten die Möglichkeit über Streiks oder die Bildung politischer Allianzen auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Im Gegensatz dazu würden die Bewegungen über andere Fähigkeiten und Stärken verfügen. Arme Menschen, insbesondere arme Jugendliche hätten Zeit, sie seien durch ihre Herkunft dazu legitimiert, im Namen einer *community* zu mobilisieren, und könnten größere Proteste anstoßen. Gemeinsame Aktionen der Bewegungen und der Arbeiter_innenschaft würden durch die unterschiedliche Weise der Mobilisierung und unterschiedliche Adressat_innen der Forderungen erschwert: Während die Arbeiter_innenschaft ihre Forderungen meist direkt an den Arbeitgeber richten, wenden sich die Proteste in den *communities* an den Staat (Alexander & Pfaffe 2013: 204f). Im Falle des Kohlebergbaus bestehen hier große Chancen der gemeinsamen Mobilisierung. Denn Eskom ist ein halbstaatliches Energieunternehmen und eng mit der südafrikanischen Regierung verbunden. Gerade auch die beschriebenen Schnittstellen zwischen der Arbeiter_innenschaft und den sozialen Bewegungen bieten hier die Möglichkeit gemeinsamer Mobilisierungen, ähnlich wie bei der oben beschriebenen Mobilisierung der SAMWU in Kapstadt (Ludwig 2013).

In verschiedenen Feldern bestehen Anknüpfungspunkte für gemeinsame Projekte zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die genutzt werden könnten, um breitere Allianzen aufzubauen. Teilweise gelingt dies bereits. Seit 2011 haben sich 40 Organisationen in Südafrika in der *One Million Climate Jobs Campaign* (OMCJC) zusammengeschlossen und fordern einen Umstieg auf erneuerbare Energien. Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien erhofft sich die Kampagne auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Auch die NUMSA hat die OMCJC unterstützt und darüber hinaus mit der *Socially-Owned Renewable Energy Initiative* eine eigene Kampagne ins Leben gerufen, die sich für die Ausweitung von erneuerbaren Energien im Land einsetzt. Der NUMSA geht es auch darum, einen eigenen Sektor für erneuerbare Energien aufzubauen, um nicht von Importen aus anderen Ländern abhängig zu sein (Interview Woody Aroun, NUMSA, 6.4.2014). An dieser Stelle funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, weil gemeinsame Bezugspunkte bestehen und die Differenzen um die Frage nach dem Ende der Kohle in Südafrika ausgeklammert werden (können). Die Kampagne richtet sich nicht explizit gegen den Bergbau, sondern sucht über die Forderung nach erneuerbaren

Energien einen Ausweg aus der Abhängigkeit von Kohle. Gleichzeitig weist sie eine arbeitsmarktpolitische Komponente auf, weil über den Aufbau eines Sektors für erneuerbare Energien in Südafrika Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Diese Argumentation ermöglicht die Zusammenarbeit von Umweltorganisationen, Basisgruppen und Gewerkschaften (Müller 2014a). Die OMCJC ist nur ein Beispiel für die wiedererstarke Zusammenarbeit zwischen Bewegungen und Gewerkschaften. Die NUMSA selbst organisiert Workshops, um den Dialog mit den Bewegungen zu suchen und gemeinsame Positionen zu formulieren (Interview Dinga Sekbuwu, NUMSA, Johannesburg, 18.11.2016). Damit sollen in politischen Themenfeldern – die Bandbreite reicht von Gesundheitspolitik über Geschlechterpolitik bis hin zur Arbeitsmarktpolitik – gemeinsame Zielsetzungen formuliert werden, um so politische Ziele für die nächsten Jahre abzustecken.

Eine Zukunft für den *social movement unionism* in Südafrika?

Bestehen Hoffnungen für neue Allianzen und einen starken *social movement unionism* in Südafrika? Das Massaker von Marikana hat das politische System in Südafrika erschüttert und zum Bruch der Gewerkschaftsallianz in Südafrika beigetragen. Dies eröffnete ein *window of opportunity* für ein Wiedererstarken der Allianzen zwischen Bewegungen und Gewerkschaften und für die Weiterführung der Strategie des *social movement unionism*. Wie die Analyse der Konflikte um den Kohlebergbau zeigt, knüpfen die aktuellen Auseinandersetzungen thematisch nahtlos an die sozialen Kämpfe in Südafrika an, die bereits seit den 1990er Jahren zu beobachten sind. Auch die derzeit viel diskutierte „#FeesMustFall“-Bewegung der Studierenden in Südafrika kann vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um das Entwicklungsmodell in Südafrika gelesen werden. Die Forderungen der Studierenden in Südafrika sind vielschichtig und reichen von der Dekolonisierung von weißen Symboliken an den Hochschulen bis hin zur Forderung der Einstellung von mehr schwarzen Lehrkräften. Gleichzeitig kritisiert die Bewegung aber auch die Neoliberalisierung der Hochschule, welche die Lage von ärmeren Studierenden weiter verschärft hat. In diesem Kontext wurde die Auslagerung von Dienstleistungen von Putzkräften und Sicherheitskräften an der Universität diskutiert. Hier entstanden Allianzen zwischen der Studierendenbewegung und den Arbeiter_innen (Becker 2016: 353).

Wenn es in der *United Front* gelingt, politische Programme zu formulieren, die neben Reformen auf dem Arbeitsmarkt auch eine radikale Umverteilung von Wohlstand in Südafrika ermöglichen, dann stehen die Chancen für

die dauerhafte Etablierung einer sozialistischen Bewegung in Südafrika gut. Die hier beschriebenen Koalitionen im Bergbau, innerhalb der Universitäten und bei städtischer Infrastrukturentwicklung verdeutlichen das Potenzial solcher Allianzen. Für soziale Bewegungen besteht dabei aber auch das Risiko der Vereinnahmung. Die Diskussion um Abahlali BaseMjondolo hat diese Schwierigkeit gezeigt. Im Dezember 2014 erschien in der Zeitschrift „Politikon“ ein Aufsatz von Bandile Mdlalose, einer ehemaligen Aktivistin von ABM. Der Artikel, der in der Folgeausgabe von Politikon sowie in sozialen Netzwerken in Südafrika kritisch diskutiert wurde, beschrieb den Wandel der Protestbewegung. Abahlali habe sich von einer Protestbewegung zu einer Organisation entwickelt, die nicht mehr die Sprache derer spreche, für die sie eigentlich stehen sollte. Bandile Mdlalose kritisierte dabei die Beteiligung eines Wissenschaftlers, der durch seine Beteiligung in der Bewegung die Zielsetzungen mit verändert habe (Mdlalose 2014). Solche Risiken bestehen für soziale Bewegungen auch bei Kooperationen mit Gewerkschaften. Es ist somit nicht verwunderlich, dass bei einigen Bewegungen in Südafrika eine wohlwollende Unterstützung der *United Front* zu beobachten ist, bei der aber auch eine zurückhaltende Skepsis mitschwingt.

Die *United Front* hat im Januar 2016 angekündigt, bei den nächsten Kommunalwahlen in der Provinz Eastern Cape anzutreten. Auf der Webseite der *United Front* wird dieser Schritt damit begründet, dass so die Interessen der Arbeiter_innenklasse unmittelbar vertreten werden könnten (United Front 2016). Gleichzeitig verdeutlichen verschiedene Beispiele die Gefahr einer Institutionalisierung von linken Bewegungen, die von der *United Front* gerade angestrebt wird. In Spanien entstanden viele Parteien aus der linken Bewegung. In Griechenland haben die meisten Bewegungen wieder mit der Regierung gebrochen (Azzellini 2015: 646). Auch die bolivarianische Revolution befindet sich in einer Krise und wird von Teilen der Linken kritisiert (Tauss 2015: 329). Insofern stellen die vorsichtigen Gehversuche der *United Front* als Partei auf der lokalen Ebene auch einen Test dar, der zeigen wird, ob die Bewegung bereits so stark ist, dass die Institutionalisierung gelingen kann.

Literatur

- Alexander, Peter (2013): „Marikana, Turning Point in South African History“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 40, Nr. 138, S. 605-619, <http://dx.doi.org/10.1080/03056244.2013.860893>.
- Alexander, Peter, & Peter Pfaffe (2013): „Social Relationships to the Means and Ends of Protest in South Africa's Ongoing Rebellion of the Poor: The Balfour Insurrections“. In: *Social Movement Studies*, Bd. 13, Nr. 2, S. 204-221.

- Ambacher, Jens, & Romin Khan (2010) (Hg.): *Südafrika. Die Grenzen der Befreiung*. Berlin.
- Azzellini, Dario (2015): „Keine Verdichtung unter dieser Nummer. Das Fenster zu gesellschaftlicher Veränderung hat sich in Griechenland und Spanien wieder geschlossen“. In: *PROKLA*, Bd. 45, Nr. 181, S. 637-648.
- Becker, Heike (2016): „Dekolonisierung von Hochschule und Gesellschaft Studierendenbewegung in Südafrika“. In: *iz3w*, Nr. 353, S. 10-12.
- Bhorat, Haroon; Karmen Naidoo & Derek Yu (2014): *Trade Unions in an Emerging Economy: The Case of South Africa*. WIDER Working Paper, 55, Helsinki.
- Bond, Patrick (2003): *Against Global Apartheid. South Africa meet the World Bank, IMF and International Finance*. Cape Town.
- Bond, Patrick (2014): „South Africa's Resource Curses and Growing Social Resistance“. In: *Monthly Review. An Independent Socialist Magazine*, <https://monthlyreview.org/2014/04/01/south-africas-resource-curses-growing-social-resistance/>, letzter Aufruf: 22.6.2016, http://dx.doi.org/10.14452/mr-065-11-2014-04_1.
- COSATU – Congress of South African Trade Unions (2003): *Resolutions of the COSATU 8th National Congress, Part 1: Political Policy Resolutions, On Emerging Social Movements*. <http://www.cosatu.org.za/docs/resolutions/2003/resolutions8th.pdf>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- COSATU – Congress of South African Trade Unions (2013): *Summary of Critique of the National Development Plan*. März 2013. <http://www.wsg.wits.ac.za/wp-content/uploads/2014/04/Neil-Colemans1.pdf>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- Cousins, Ben, & Cherryl Walker (2015): *Land Divided, Land Restored: Land Reform in South Africa in the 21st Century*. Johannesburg.
- DoE – Department of Energy (2015): *Basic Electricity Overview*. http://www.energy.gov.za/files/electricity_frame.html, letzter Aufruf: 28.11.2015.
- Eskom (2016a): *Medupi Power Station*. http://www.eskom.co.za/Whatweredoing/NewBuild/MedupiPowerStation/Pages/Medupi_Power_Station_Project.aspx, letzter Aufruf: 1.3.2016.
- Eskom (2016b): *Kusile Power Station*. http://www.eskom.co.za/Whatweredoing/NewBuild/Pages/Kusile_Power_Station.aspx, letzter Aufruf: 1.3.2016.
- Evans, Sarah (2015): „Eskom Offers to Reinstate 1700 Workers at Medupi Power Plant“. In: *Mail & Guardian*. <http://mg.co.za/article/2015-04-14-eskom-offers-to-reinstate-1700-workers-at-medupi-power-plant>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- Greenpeace (2012): *Coal's Hidden Water Cost to South Africa*. Johannesburg.
- GroundWork (2014): *The Health Impact of Coal. The Responsibility that Coal-Fired Power Stations Bear for Ambient Air Quality Associated Health Impacts*. Pietermaritzburg.
- Habib, Adam, & Imraam Valodia (2006): „Reconstructing a Social Movement in an Era of Globalisation: A Case study of COSATU“. In: Ballard, Richard, Adam Habib & Imraam Valodia (Hg.), *Voices of Protest: Social Movements in Post-Apartheid South Africa*. Scottsville, S. 225-253.
- IP – The Inspection Panel (2011): *Investigation Report. South Africa: Eskom Investment Support Project (IBRD Loan No. 78620-ZA)*.
- IRADB – Independent Review Mechanism, African Development Bank (2011): *Compliance Review. Medupi Power Project. Country: South Africa. Compliance Request No.: RQ2010/2. Dezember 2011*.
- Koo, Hagen (2001): *Korean Workers: The Culture and Politics of Class Formation*. Ithaca, US-NY, & New York, US-NY.
- Köbler, Reinhart (2015): „Warum national? Ein postkolonialer Rückblick auf nationale Befreiungsbewegungen“. In: Engels, Bettina; Melanie Müller & Rainer Öhlschläger: *Globale Krisen, lokale Konflikte? Soziale Bewegungen in Afrika*. Baden-Baden, S. 41-56.
- Lephale Municipality (2015): *Draft Annual Report 2014/2015*. <http://www.lephale.gov.za/docs/reports/Draft%20Annual%20Report%202014-2015.pdf>, letzter Aufruf: 22.3.2016.

- Ludwig, Carmen (2013): „Die sozialen Kämpfe in Südafrika verbinden?“ In: *PROKLA*, Bd. 43, Nr. 170, S. 97-113.
- Marx, Anthony W. (1992): *Lessons of Struggle. South African Internal Opposition, 1960-1990*. New York, US-NY.
- Mbali, Mandisa (2010): „Siyayinqoba/Beat it! Die Treatment Action Campaign und die Geschichte des südafrikanischen Aktivismus“. In: Ambacher & Khan 2010, S. 101-116.
- Mdlalose, Bandile (2014): „The Rise and Fall of Abahlali baseMjondolo, a South African Social Movement“. In: *Politikon*, Bd. 41, Nr. 3, S. 345-353, <http://dx.doi.org/10.1080/02589346.2014.990149>.
- McKinley, Dale T. (2010): „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück – Südafrikas African National Congress und die Dreierallianz seit 1994“. In: Ambacher & Khan 2010, S. 7-24.
- Müller, Melanie (2014a): „Nach der Klimakonferenz in Südafrika: Lokale Deutungen um Klimagerechtigkeit“. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Bd. 27, Nr. 2, S. 53-61, <http://dx.doi.org/10.1515/fjsb-2014-0308>.
- Müller, Melanie (2014b): „Südafrika in Bewegung. Das Massaker von Marikana hat das politische System in Südafrika verändert“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 134/135, S. 326-333.
- Müller, Melanie, & Armin Paasch (2016): *Wenn nur die Kohle zählt. Deutsche Mitverantwortung für Menschenrechte im südafrikanischen Kohlesektor*. Aachen.
- Munnik, Victor; Geraldine Hochmann & Matthews Hlabane (2009): *The Social and Environmental Consequences of Coal Mining. South African Case Study of the Environmental Monitoring Group*. Cape Town.
- Naidoo, Prishani (2010): „Leben oder Überleben? Kämpfe um Grundversorgung im Post-Apartheid Südafrika“. In: Ambacher & Khan 2010, S. 143-154.
- NDP – National Planning Commission (2013): *National Development Plan Mission 2030*. <http://policyresearch.limpopo.gov.za/handle/123456789/941>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- NUMSA – National Union of Metalworkers of South Africa (2013): *Resolutions Adopted at Numsa Special National Congress, December 2013*. <http://www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013/>, letzter Aufruf: 22.3.2016.
- Pithouse, Richard (2006): „The Promised Land and the University of Abahlali baseMjondolo“. In: *African Sociological Review*, Bd. 10, Nr. 1, S. 102-142.
- Rafey, William, & Benjamin K. Sovacool (2011): „Competing Discourses of Energy Development: The Implications of the Medupi Coal-fired Power Plants in South Africa“. In: *Global Environmental Change*, Bd. 21, S. 1141-1151, <http://dx.doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2011.05.005>.
- RSA – Republic of South Africa (2014): *Government Gazette No 37712*. http://us-cdn.creamermedia.co.za/assets/articles/attachments/50205_37712_2-6_act23of2014_infrastrucdevelop_a.pdf, letzter Aufruf: 17.3.2016.
- Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*. Frankfurt a.M.
- Ruiters, Greg (2010): „Freie Stromversorgung in Südafrika. Eine Strategie zur Befreiung oder zur Kontrolle der verarmten Bevölkerung?“. In: Ambacher & Khan 2010, S. 43-58.
- SACN – South African Cities Network (o.J., wahrscheinlich 2012): *eMalahleni*. http://econ.ufs.ac.za/dl/Userfiles/Documents/00001/590_eng.pdf, letzter Aufruf: 30.1.2016.
- SAHRC – South African Human Rights Commission & DIHR – Danish Institute for Human Rights (2015): *Human Rights and Business Country Guide South Africa*. <http://www.sahrc.org.za/home/21/files/Guide%20Final%20Final.pdf%20March%2019.pdf>, letzter Aufruf: 17.5.2016.
- Seidman, Gay (2011): „Social Movement Unionism: From Description To Exhortation“. In: *South African Review of Sociology*, Bd. 42, Nr. 3, S. 94-102, <http://dx.doi.org/10.1080/21528586.2011.621241>.

- Southall, Roger, & Edward Webster (2010): „Unions and Parties in South Africa: Cosatu and the ANC in the Wake of Polokwane“. In: Beckmann, Björn; Sakhela Buhlungu & Lloyd Sachikonye (Hg): *Trade Unions and Party Politics: Labour movements in Africa*. Pretoria, S. 131-166.
- Statistics South Africa (2016): *National and Regional Statistics*. http://www.statssa.gov.za/?page_id=595, letzter Aufruf: 22.1.2016.
- Suttner, Raymond (2005): „Legacies and Meanings of the United Democratic Front (UDF) Period for Contemporary South Africa“. In: Hendricks, Cheryl & Lushaba, Lwazi (Hg.): *From National Liberation to Democratic Renaissance in Southern Africa*. Dakar, S. 59-81.
- Tangri, Roger, & Roger Southall (2008): „The Politics of Black Economic Empowerment in South Africa“. In: *Journal of Southern African Studies*, Bd. 34, Nr. 3, S. 699-716, <http://dx.doi.org/10.1080/03057070802295856>.
- Tauss, Aaron (2015): „Venezuela. Die bolivarianische Revolution in der Krise“. In: *PROKLA*, Bd. 46, Nr. 183, S. 325-330.
- Terreblanche, Sampie (2002): *A History of Inequality in South Africa 1652-2002*. Scottsville.
- the economist (2016): *Ill Mineworkers in South Africa Win Silicosis Battle*. <http://www.economist.com/news/middle-east-and-africa/21699341-court-rules-formers-mineworkers-and-their-families-can-bring-class-action-lawsuit>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- United Front (2016): *The Rationale of the United Front*. <https://unitedfrontsa.wordpress.com/the-rationale-of-a-united-front/>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- Waterman, Peter (1982): „Seeing the Straws; Riding the Whirlwind: Reflections on Unions and Popular Movements in India“. In: *Journal of Contemporary Asia*, Bd. 12, Nr. 4, S. 464-483, <http://dx.doi.org/10.1080/00472338285390381>.
- Webster, Eddie (1987): „The Two Faces of the Black Trade Union Movement in South Africa“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 39, S. 33-41, <http://dx.doi.org/10.1080/03056248708703731>.
- Webster, Edward, & Sakhela Buhlungu (2004): „Between Marginalisation and Revitalisation? The State of Trade Unions in South Africa“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 31, Nr. 100, S. 39-56.
- World Coal Association (2015): *Coal Producers*. <https://www.worldcoal.org/coal/coal-mining>, letzter Aufruf: 30.1.2016.

Anschrift der Autorin:

Melanie Müller

melanie.mueller@fu-berlin.de

Frauke Banse

Geld für Gewerkschaften Über die Intentionen und Wirkungen gewerkschaftlicher Förderung

Keywords: international trade union solidarity, labour imperialism, international civil society cooperations, funding relations, trade union funding

Schlagwörter: internationale Gewerkschaftssolidarität, internationale zivilgesellschaftliche Kooperationen, zivilgesellschaftliche Geberbeziehungen, Gewerkschaftsfinanzierung, Gewerkschaften im Globalen Süden

Für Gewerkschaftsarbeit in weniger industrialisierten Ländern Geld zu geben, klingt zunächst einmal nach einem gelungenen Beitrag internationaler Solidarität. Doch was passiert tatsächlich, wenn Gewerkschaften Geld von außen bekommen – ob nun direkt als Budgethilfen oder indirekt über Fortbildungen, so genanntes *capacity building*? Zu den Wirkungen externer finanzieller Förderung auf Gewerkschaften gibt es nur wenige Untersuchungen. Dabei können insbesondere die organisationsinternen Effekte von Gebergeldern auf Gewerkschaften als mitgliederbasierte Massenorganisationen mit hohem politischen und ökonomischen Machtpotenzial und einem Anspruch auf interne Demokratie weit komplexer sein als bei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Der vorliegende Beitrag analysiert mögliche negative und positive, intendierte und nicht intendierte Wirkungen externer finanzieller Förderung auf Gewerkschaften im Globalen Süden. Diese werden mit empirischen Beispielen insbesondere aus Ghana und Benin illustriert. Ich stütze mich dabei auf Fallstudien aus der bestehenden Literatur sowie meine eigene Forschung (Banse 2015a & b; i.E.).

Im ersten Abschnitt beschreibe ich Gewerkschaften als sehr spezifische Organisationsform. Als mitgliederbasierte, die Eigeninteressen von Lohnabhängigen vertretende Organisationen mit speziellen Machtressourcen und komplexen institutionellen Gefügen unterscheiden sie sich substantiell von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Externe Gelder fügen der an sich schon umkämpften und fragilen Gewerkschaftsdemokratie eine weitere

Rechenschaftsebene hinzu: die zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Förderinstitution. Im darauf folgenden Abschnitt skizziere ich in einem historischen Rückblick die gewerkschaftliche Geberlandschaft mit ihren unterschiedlichen Intentionen und Konflikten. Daran anschließend stelle ich die möglichen Wirkungen von Gebergeldern, insbesondere im Hinblick auf die Förderung oder Behinderung gewerkschaftlicher Erneuerung und den Einfluss auf die interne Gewerkschaftsdemokratie, dar. Die Effekte für die geförderten Gewerkschaften sind vielfältig. Sie reichen von tatsächlicher Stärkung gewerkschaftlicher Kernaufgaben und Erneuerungsprozesse über „gute Absichten mit Nebeneffekten“ bis hin zur Schwächung von gewerkschaftlichen Machtpotenzialen. Ich komme zu dem Schluss, dass es neben der Varianz der gewerkschaftlichen Förderorganisationen und -intentionen nicht nur keine „Fernbedienung“ (Munck 1988: 195) durch den Geldgeber gibt, sondern die Wirkung internationaler Kooperationen stark von der institutionellen und politischen Verfasstheit der geförderten Gewerkschaft abhängt.

Gewerkschaften als spezifische Organisationsform

Gewerkschaften lassen sich allgemein als Organisationen verstehen, die Lohnabhängige – also jene, die auf Grund fehlenden Besitzes an Produktionsmittel strukturell gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an Kapitalbesitzer zu verkaufen – darin unterstützt, ihre Interessen kollektiv zu vertreten (s. auch van der Linden 2008: 219). Auf Grund des hohen Grades an informeller bzw. prekärer Beschäftigung¹ sowie der gewerkschaftlichen Praxis in vielen peripheren Ländern, auch informelle Beschäftigtengruppen zu organisieren, lässt sich in Anlehnung an Marcel van der Linden auch dann von Lohnabhängigen bzw. abhängig Beschäftigten sprechen, wenn es sich um kleine

1 Die International Arbeitsorganisation ILO nennt sieben Kategorien informell Beschäftigter: 1) in Unternehmen mitarbeitende Familienangehörige ohne Vertrag; 2) Beschäftigte in Gelegenheitsjobs, Heimarbeit, Hausarbeit, in Saison- oder Teilzeitarbeit, unregistrierter Arbeit, geringfügig Beschäftigte, Beschäftigte mit kurz befristeten Arbeitsverträgen bzw. Beschäftigte, die bestimmte Arbeitgeberleistungen wie Abfindungszahlungen oder Krankengeld nicht erhalten; 3) Beschäftigte in einem informellen Unternehmen; 4) Besitzer_innen/Betreiber_innen von Mikro- und Klein-Unternehmen bzw. nicht registrierten Unternehmen; 5) Selbstständige, die Güter v.a. für den Eigenbedarf produzieren; 6) Mitglieder von informellen Produktionskooperativen und 7) eine geringe Zahl jener, die in informellen Unternehmen arbeiten, aber registriert sind (ILO 2002: 124; s. auch Deutscher Bundestag 2002: 240; zur genauen Definition des „informellen Unternehmens“ s. ILO 2002: 126). V.a. die zweite Kategorie der ILO-Definition von informell Beschäftigten findet sich auch vermehrt in Ländern der kapitalistischen Zentren; hier werden sie jedoch „prekär Beschäftigte“ genannt (s. auch Altvater & Zeller 2011: 7).

prekäre Selbstständige handelt, sofern sie bestimmte Kriterien ökonomischer Abhängigkeit und Vulnerabilität erfüllen (ebd.: 219f).

Alle Gewerkschaften regulieren das Austauschverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Sie setzen sich in einem strukturellen Herrschaftsverhältnis vor allem dafür ein, jene Interessen von Lohnabhängigen zu vertreten, die mit dem Verkauf ihrer Arbeitskraft zusammenhängen. Entsprechend spielen traditionell Fragen des Lohns, der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit eine große Rolle in von Gewerkschaften eingeforderten Verhandlungen. Viele Gewerkschaften verfolgen darüber hinaus sozial- und gesellschaftspolitische Ziele, durch die sie die Reproduktionsinteressen der abhängig Beschäftigten im politischen Raum durchzusetzen bzw. zu verteidigen versuchen (Goes 2016; Zoll 1976).

Ein charakteristisches Merkmal von Gewerkschaften als Interessenorganisationen von Lohnabhängigen ist, dass sie Mitgliedsorganisationen sind. Aus dieser Organisationsform, insbesondere bei hohen Mitgliederzahlen, ergibt sich ein Spannungsverhältnis von Demokratie und Bürokratie. Je nach Identität der Gewerkschaft (Hyman 1994) sind beide Elemente unterschiedlich ausgeprägt. So weist beispielsweise der ghanaische Gewerkschaftsbund eine formelle Mitgliederstruktur und ein relativ hohes Maß an Bürokratie auf: z.B. bekommen die Funktionär_innen ein festes Gehalt und werden zumindest formal geregelt mittels der verschiedenen Hierarchieebenen kontrolliert. Die beninischen Gewerkschaften haben hingegen faktisch keine genauen Informationen über ihre Mitglieder und die Funktionär_innen arbeiten unbezahlt. Die weit geringere Ausprägung der Bürokratie in Benin führt im Gegensatz zu Ghana zu einem geringeren Maß an Demokratie, da die Kontrolle durch die Mitglieder faktisch nicht gegeben ist (Banse i.E.).

Im Gegensatz zu Gewerkschaften sind NGOs, hier verstanden als Vereine, die allgemeinpolitische Einzelthemen wie Umweltschutz, Menschenrechte oder Entwicklungspolitik bearbeiten, vielfach keine Organisationen mit breiter Mitgliederbasis. Doch selbst wenn sie es sind, so orientieren sie sich in der Regel nicht an den Eigeninteressen ihrer Mitglieder (Hirsch 2001: 15). Der demokratische Anspruch mitgliederbasierter NGOs kann damit sehr viel stärker variieren als jener von Gewerkschaften – so gibt es beispielsweise NGOs, die vor allem Fördermitglieder haben (z.B. *medico international*) oder solche mit einer entscheidungsbefugten Mitgliederbasis (z.B. *amnesty international*). In dieser Varianz im Verhältnis zu den Mitgliedern und den von ihnen vertretenen Interessen unterscheiden sie sich elementar von Gewerkschaften. Letztere vertreten in erster Linie die ökonomischen Eigeninteressen ihrer Mitglieder – so variantenreich ihre Reproduktionsinteressen auch sein mögen (s.u.) – und sind zumindest von ihrem Anspruch her grundsätzlich demokratisch organisiert. NGOs haben meist weit größere

Spielräume in den Prozessen der Entscheidungsfindung. Dadurch, dass sie nicht die Eigeninteressen der Mitglieder vertreten, unterliegen sie zudem weniger komplexen Prozessen der Meinungs- und Willensbildung.

Die Fähigkeit mancher Beschäftigtengruppen, zentrale ökonomische Funktionen zu blockieren („strukturelle Macht“, s.u.), sowie das Potenzial – erfüllt oder nicht – viele Menschen gewerkschaftlich zu organisieren, verleiht Gewerkschaften zumindest theoretisch ein hohes Maß ökonomischer wie politischer Macht. Deswegen stehen sie unter besonderer Beobachtung seitens staatlicher Stellen bzw. der Arbeitgeber. Von diesen Institutionen werden Gewerkschaften häufig entweder direkt bekämpft, versucht zu integrieren oder zu kooptieren. Je nach politischer Orientierung der Gewerkschaften und ihren sozialökonomischen Bedingungen können sie auch selbst auf eine kooperative Beziehung zu Staat und Kapital abzielen. Durch ihre Kontakte zu Arbeitgebern und Staat tendieren Gewerkschaften dazu, nicht allein die Interessen der (lohnabhängigen) Mitglieder zu vertreten, sondern als intermediäre Organisationen zu fungieren, die zwischen Staat bzw. Kapital und Arbeit vermitteln (Müller-Jentsch 1986: 63ff). Damit befinden sich Gewerkschaften in einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen ihrer Funktion als Gegenmacht und Ordnungsfaktor. Als Gegenmacht muss jede Gewerkschaft in einem Mindestmaß agieren, weil sie Interessen an höheren Löhnen, besseren Arbeitszeiten und -bedingungen i.d.R. auch in Konflikten durchsetzen (können) muss. Als Ordnungsfaktor wirkt sie, wenn sie ihren Mitgliedern Kompromisse nahelegt und damit Konflikte ordnet und reguliert (Goes 2016; Zoll 1976).

Auf Grund der ökonomischen Positionierung ihrer Mitglieder sowie ihres Massencharakters sind Gewerkschaften zumindest potenziell politisch wie ökonomisch weitaus schlagkräftiger als NGOs, denen vor allem mittels Öffentlichkeitsarbeit wirksam werdende symbolische Macht als Ressource zur Verfügung steht (Banse 2015b; McGuire 2013: 31). Gewerkschaften können sich z.B. des Streiks als Mittel zur Durchsetzung ihrer Agenda bedienen oder ihre Massenbasis mobilisieren. Dieses Machtpotenzial können Gewerkschaften vor allem dann entfalten, wenn substantielle Interessen ihrer Mitglieder betroffen sind. Was jedoch die zu vertretenden Interessen von Gewerkschaftsmitgliedern sind, ist vielfach umstritten, nicht zuletzt sichtbar in den verschiedenen politischen Orientierungen von Gewerkschaften. Interessen sind nicht allein von der Stellung der Lohnabhängigen im ökonomischen Prozess abzuleiten – denn schon ein Individuum kann diverse gegensätzliche Interessen in sich vereinen. So ist ein_e Arbeiter_in gleichzeitig lohnabhängig beschäftigt, Konsument_in, Bewohner_in der natürlichen Umgebung und Familienmitglied (Offe & Wiesensthal 1985: 188). Dabei ist das, was als Interesse der Mitglieder verstanden wird, wesentlich

durch die innergewerkschaftlichen Kommunikationsprozesse und Diskussionen geprägt (Hyman 1994: 122). Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung drehen sich häufig auch um die Frage, ob sich die Gewerkschaft in ihrer Agenda vor allem an den rein ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder in einem Betrieb konzentriert (*business unionism*), versucht über sozialen Dialog Einfluss auf politische Reformen und damit den „sozialen Lohn“ zu nehmen, oder stärker auf klassenbasierte gewerkschaftliche Gegenmacht und (öffentliche) Mobilisierung setzt (Hyman 1996: 6, 10ff; s. auch Rüb 2009: 70ff; Frege u.a. 2003: 552). Bei peripheren Gewerkschaften kann in Bezug auf die politische Orientierung auch noch das Verhältnis zu globaler Ungleichheit und ökonomisch bzw. geopolitisch dominanteren Staaten und Regionen als Thema hinzukommen (Banse i.E.). Eine Gewerkschaft organisiert meist verschiedene Berufsgruppen und damit auch diverse ökonomische Interessen. Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung kann auch darüber entscheiden, welche evtl. konkurrierenden Beschäftigteninteressen bestimmend für das gewerkschaftliche Handeln sind und zum allgemein vertretenen Interesse der Gewerkschaft werden. Beispielsweise kommt es bei peripheren Gewerkschaften, die oftmals auch so genannte informell Beschäftigte wie Marktfrauen oder Kleinbäuerinnen und -bauern organisieren, zu Spannungen zwischen informell und formell Beschäftigten (s.u.).

Abgesehen von großen mitgliederbasierten NGOs sind Gewerkschaften in der Regel durch ihre Mitgliedsbeiträge finanziell sehr viel unabhängiger von externen Geldern als NGOs, die einen Großteil ihrer Finanzen aus staatlichen Geldern oder anderen Zuschüssen bestreiten (Hirsch 2001: 31). Auch Gewerkschaften in peripheren Ländern können bei funktionierender Mitgliedererfassung über Mitgliedsbeiträge zumindest ihre Grundfinanzierung sichern. Die von diesen Geldern bezahlten Funktionär_innen, Ausgaben für Infrastruktur, für Funktionärs- oder Mitgliederschulungen, Rechtsberatung, Demonstrationen, Lobbytätigkeiten, Analysen und andere Aufgaben werden letztlich von den Mitgliedern kontrolliert; jedenfalls in der theoretischen Grundkonzeption. Über „verknöcherte“ Gewerkschaftsbürokratien, die Distanz zwischen Gewerkschaftsbasis und -führung, das Problem der Kooptierung führender Gewerkschafter_innen durch Politik oder Unternehmen oder auch die Passivität vieler Mitglieder in ruhigeren Zeiten gibt es in der Fachliteratur umfangreiche Auseinandersetzungen.² An dieser Auseinandersetzung zeigt sich: Mag die Gewerkschaftsdemokratie auch vielfach formal gegeben sein, in der Praxis ist sie damit noch lange nicht gewährleistet. Werden Gewerkschaften in dieser vermachteten Gemengelage

2 Von Michels 1957: 369 über Offe & Wiesenenthal 1985: 186 bis Dörre u.a. 2009; Goes 2016.

zudem in wichtigen Tätigkeiten nicht über Mitgliedsbeiträge, sondern über externe Gelder von Staat oder privaten Organisationen finanziert, entsteht ein weiteres Problem: Die Rechenschaftsebenen verschieben sich. Plötzlich bestimmen nicht mehr nur die Mitglieder – zumindest formal – die Gewerkschaftsagenda und kontrollieren die Funktionär_innen, sondern es gibt mit den externen Geberorganisationen noch eine weitere Ebene, gegenüber der zu Aktivitäten und Grundorientierungen Rechenschaft abgelegt werden muss.

Gewerkschaften an der Peripherie des globalen Kapitalismus werden, meist unter Bezugnahme auf ihre geringen Mitgliederzahlen und den hohen Anteil informeller Beschäftigung, häufig schlicht als schwach charakterisiert. Dies sei der Grund, weshalb sie dringend Geld von außen bräuchten, um sie zu stärken. Gewerkschaftliche Macht ist jedoch sehr vielschichtig und ihre Stärkung damit bei weitem nicht nur eine Frage zusätzlicher Finanzen. Die Gewerkschaftsforschung unterscheidet mehrere Formen von Gewerkschaftsmacht. Zwei wichtige sind die strukturelle Macht und die Organisationsmacht (Wright 2000: 962). Über strukturelle Macht verfügen Lohnabhängige, wenn sie entweder eine auf dem Arbeitsmarkt besonders gefragte Qualifikation aufweisen oder an besonders strategischen Punkten des Unternehmens oder der gesamten Ökonomie arbeiten und durch Arbeitsniederlegungen diese empfindlich treffen können. In peripheren Ländern haben insbesondere Beschäftigte des Export- oder des Transportsektors eine hohe strukturelle Macht (Silver 2003: 33). Organisationsmacht erlangen Beschäftigte hingegen über ihre institutionalisierten Zusammenschlüsse, sei es durch Betriebsräte, Gewerkschaften, Parteien oder *community organisations*. Diese Organisationen wiederum können verschiedene Machtressourcen entwickeln – meist in engem Zusammenspiel mit der strukturellen Macht ihrer Mitglieder oder auch als Kompensation verloren gegangener struktureller Macht, z.B. in Folge einer vermehrten Organisierung von informell Beschäftigten (Dörre u.a. 2009: 37; Banse 2011). Insbesondere in gewerkschaftlichen Krisen gilt es, Strategien zu entwickeln, um die Organisationsmacht zu erneuern und zu stärken. Diese kann beispielsweise auf einen verbesserten Mitgliederkontakt, Erschließung neuer Branchen bzw. Beschäftigtengruppen, Erprobung neuer Organisations- und Kampfstrategien oder der Koalition mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Bearbeitung neuer Themenbereiche zielen.

In der Tat sind die meisten peripheren Gewerkschaften durch den rapiden Rückgang von Mitgliederzahlen im Zuge ökonomischer Liberalisierungen, gewerkschaftsfeindlicher Gesetze bzw. gewerkschaftsfeindlicher Implementierungspraktiken, direkter staatlicher Repression oder Strafflosigkeit gegenüber der Kapitaleseite sehr in ihrer Macht geschwächt. Je nach Kontext

unterschiedlich, haben periphere Gewerkschaften nichtsdestotrotz Zugang zu unterschiedlichen Machtressourcen, die sie ausbauen und bzw. erschließen können (Banse 2015b; i.E.). Dabei können gewerkschaftliche Gebergelder hilfreich sein.

Allerdings sind Gewerkschaften nicht nur komplex organisiert – im Fall von großen Einzelgewerkschaften umfasst die Organisationsstruktur beispielsweise Betriebsvertretungen, Kreis- oder Distriktebenen, nationale Führungsebenen der Branchengewerkschaften und des nationalen Dachverbandes inklusive diverser Fachabteilungen – auch das gewerkschaftliche Agendasetting ist stets intern umkämpft. Die interne Demokratie ist permanent neu einzufordern, und die Einflussnahme durch Staat und Unternehmen kann sehr massiv, gleichzeitig aber auch verdeckt sein.

Externe Fördergelder bewirken dabei nicht nur eine weitere, demokratisch problematische Komplexitätszunahme (eine weitere demokratisch meist nicht legitimierte Rechenschaftsebene). Die Gelder wirken gleichzeitig auch in einem sehr vielschichtigen, institutionellen Gefüge und können damit noch mehr als bei monothematischen NGOs ohne Massencharakter nicht intendierte Wirkungen entfalten. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die gewerkschaftliche Agenda, die gewerkschaftlich vertretenen Interessen, die gewerkschaftlichen Machtressourcen und die gewerkschaftliche Demokratie.³

Die Wirkungen der Geberinterventionen sind dabei im hohen Maße von den Geld empfangenden Gewerkschaften und ihrem Kontext abhängig, aber auch stark von Intentionen, Erfahrungen und politischen Hintergründen der Geberorganisationen (Southall 1995; Banse i.E.).

Geber und ihre Ziele

Gezielter internationaler Einfluss auf Gewerkschaften in der Peripherie hat eine lange Tradition. Während des Kolonialismus spielten die Gewerkschaften des kolonialen „Mutterlandes“ eine wichtige Rolle. Mit zunehmender Proletarisierung in den Kolonien und den entsprechenden Arbeitskämpfen waren die europäischen Gewerkschaften um Einfluss auf die entstehenden Gewerkschaften bemüht. So verfolgte der britische *Trade Union Congress* (TUC) in Westafrika nicht nur das Konzept der Einheitsgewerkschaft, sondern auch der unpolitischen Gewerkschaft und arbeitete eng mit der Kolonialverwaltung und dem Arbeitsministerium zusammen (Cooper 1996: 58ff, 275; Ananaba 1979: 2ff; Fonteneau 2004: 25ff). Die französischen Richtungsgegewerkschaften spalteten nicht nur die jeweiligen Gewerkschaftsbewegungen

3 Zu diesen vier Kategorien s. Hyman 1994; Banse i.E.

in den französischen Kolonien (Allen 1975: 100; Martens 1980: 77ff); sie hatten jeweils auch ihr eigenes (kolonial-)politisches Programm. So zielte beispielsweise die kommunistische *Confédération Générale du Travail* (CGT) auf einen „humanen Kolonialismus“.⁴

Insbesondere nach der offiziellen Unabhängigkeit der meisten Staaten stand im Zuge der Blockkonfrontation vor allem der US-Gewerkschaftsverband *American Federation of Labour and Congress of Industrial Organisations* (AFL-CIO) in scharfer Kritik. Er versuchte mittels Kooperationsangeboten Gewerkschaftsbewegungen anderer Ländern zu depolitisieren und linke Gewerkschafter_innen zu marginalisieren. Durch seinen engen Kontakt zur US-Regierung, v.a. auch zur CIA, wurde die Gewerkschaftsförderung der AFL-CIO vielfach als „labour imperialism“ bezeichnet.⁵ Entsprechend diesen Beziehungen gab es während des Kalten Krieges intensive Auseinandersetzungen innerhalb des die Mehrzahl der westlichen Gewerkschaften organisierenden Weltverbandes *International Confederation of Free Trade Unions* (ICFTU). Unter anderem warfen die US-amerikanischen Gewerkschaften europäischen Gewerkschaften vor, sich zu offen gegenüber kommunistischen Gewerkschaften zu zeigen (Carew 2000: 332; Southall 1995: 40ff). Vor dem Hintergrund dieses Konfliktes und der unterschiedlichen Förderagenden lautete der Titel eines Buches über die externe Gewerkschaftsfinanzierung in Südafrika während der Apartheid *Trade Union Imperialism or Trade Union Solidarity?* (Southall 1995). Roger Southall untersuchte die Intentionen und Wirkungen von unterschiedlichen Geberbeziehungen zwischen südafrikanischen und westlichen Gewerkschaften. Abstrahiert vom konkreten Untersuchungsgegenstand lässt sich Southalls Studie so zusammenfassen: Die politische wie demokratische Verfasstheit der Empfänger gewerkschaften wirkt wesentlich auf die Einflussmöglichkeiten des Gebers zurück. Zudem sind Form und Ziel der Geberprojekte nicht einheitlich, sondern auch von der politischen Orientierung der finanzierenden Organisation wie von der Politisierung der Förderbeziehung abhängig. Southall stellt fest: „Die Institutionen der internationalen Gewerkschaftsbewegung unterscheiden sich sowohl in ihren [politischen] Orientierungen und ihrem Verhältnis zu nationalen Regierungen, als auch im Verlauf der Zeit.“ (Southall 1995: 45)⁶

Seit den 1990er Jahren sind zu den direkten gewerkschaftlichen Gebern noch vermehrt NGOs hinzugekommen, die ebenfalls als Geldgeber für periphere Gewerkschaften fungieren. Diese sind meist weniger in die politischen

4 Delanouë & Dewitte 1983: 118; Dewitte 1981: 10; zusammenfassend zum französischen und britischen Einfluss in Westafrika s. auch Banse i.E.

5 S. Scipes 2005; Cantor & Schor 1987; Thomson & Larson 1978; Spalding 1977: Kap. 6.

6 Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate von F.B.

Auseinandersetzungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung eingebunden, haben aber durchaus auch ihre eigene (politische) Agenda. So ist es insbesondere für spendenfinanzierte Organisationen attraktiv, mit medialen Konjunkturen zu gehen und über Gewerkschaftsförderung öffentlichkeitswirksam und damit spendenrelevant aufzutreten.

Deutschland ist insofern ein Sonderfall der gewerkschaftlichen Geberlandschaft, als dass die *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES) seit den 1960er Jahren mit inoffiziell Mandat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in internationalen Gewerkschaftskooperationen vertritt. Bemerkenswert ist dies, weil die FES nicht nur eng mit dem sozialdemokratischen Teil der deutschen Arbeiter_innen-Bewegung verbunden ist, sondern parteinahe Stiftung der SPD und eben keine eigentliche Gewerkschaftsorganisation ist. Damit hat ihre internationale Gewerkschaftskooperation trotz aller Unabhängigkeit gegenüber dem geldgebenden Ministerium (Pascher 2002: 55f; Mair 2000: 130) hohe außenpolitische Relevanz; schließlich etabliert sie Kontakte zur strukturellen Macht und Organisationsmacht von Lohnarbeitenden in vielen Teilen der Welt. Mit ihrem breiten Kontaktnetz zu Gewerkschaften verfügt die FES über ein Alleinstellungsmerkmal unter den deutschen parteinahen Stiftungen, die mit den Worten des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog als die „wirksamste[n] und bewährteste[n] Instrumente der deutschen Außenpolitik“ angesehen werden können (Herzog zit. nach Pogorelskaja 2002: 402). Auch gehört die FES zu den wenigen gewerkschaftlichen Gebern mit einem weiten Büronetz in diversen Partnerländern. Dies ermöglicht ihr enge persönliche Kontakte und schnelle Reaktionsfähigkeit.

Die internationale gewerkschaftliche Geberlandschaft an sich ist heterogen und durch verschiedene Interessen geprägt. Aber auch eine individuelle Geberorganisation ist nicht notwendig homogen in ihrer Förderstrategie. Es kann in ihr verschiedene Förderansätze geben (s.u.), oder Mitarbeiter_innen können unterschiedliche Ziele verfolgen. Ein und dasselbe Projekt kann zudem in verschiedenen Gewerkschaftskontexten sehr unterschiedliche Wirkungen entfalten. Je nach interner Kontrolle der Gelder durch die peripheren Gewerkschaften, der gewerkschaftsinternen Integration des geförderten Projektes, der institutionellen Verfassung der geförderten Gewerkschaften, ihrer gesellschaftspolitischen Einbettung und Geschichte können die geförderten Gewerkschaften durch die Kooperation gestärkt werden, oder aber es entstehen nicht intendierte negative Nebeneffekte und Gewerkschaften werden in ihren Machtressourcen geschwächt.⁷

7 Zum Vergleich eines solchen Projektes s. Banse i.E.

Gewerkschaftsförderung und ihre Wirkung

Viele Geber reagieren nicht nur auf Anfragen von Partnerorganisationen, sondern schlagen Themengebiete vor, die sie unterstützen. Diese pro-aktive Förderung hat für den Geber einige Vorteile. Beispielsweise ermöglicht sie, angewendet auf mehrere Regionen bzw. Länder, eine bessere Planung, Wirkungskontrolle und geringere Abhängigkeit etwa von lokalen Repräsentant_innen des Gebers (vgl. Banse i.E.). Pro-aktive Förderung bietet für zivilgesellschaftliche Geber darüber hinaus die Möglichkeit, themengebundene staatliche Gelder zu beantragen und an periphere Gewerkschaften weiterzuleiten. Auch können die geförderten Themen in andere Bereiche der Geberorganisation – beispielsweise die Öffentlichkeitsarbeit einer NGO – integriert werden. Für die Empfängerorganisationen ist die pro-aktive Förderung jedoch mit Gefahren verbunden. Insbesondere kann sie bewirken, dass die finanzierten Organisationen ihre gesamte Agenda nach den angebotenen Förderthemen ausrichten und sich „donor driven“ von ihren Ursprungsideen und -themen entfernen.⁸

Im Gewerkschaftsbereich ist eines der Themen pro-aktiver Förderung die so genannte informelle Beschäftigung. Gelder werden bereitgestellt, um beispielsweise Kleinbauern und -bäuerinnen, Motorradtaxifahrer_innen oder Straßenverkäufer_innen gewerkschaftlich zu organisieren oder ihnen zumindest Dienstleistungen zur Verbesserung ihrer Marktposition zukommen zu lassen. Die Organisation von informell Beschäftigten ist angesichts ihres hohen Anteils unter der Erwerbsbevölkerung in peripheren Ländern ein wichtiger Schritt und wird von vielen Gewerkschaften bereits auch praktiziert (für Ghana s. Britwum 2010). Die Fokussierung der Geber auf diese Beschäftigtengruppe kann aber dazu führen, dass traditionell von Gewerkschaften organisierte Beschäftigte des formellen Sektors vernachlässigt werden. So führte der Geberschwerpunkt im Fall der ghanaischen Landarbeitergewerkschaft *General Agricultural Workers Union* (GAWU) dazu, dass viel Arbeit in die Organisation von Kleinbäuerinnen und -bauern investiert wurde und dabei die formell Beschäftigten beispielsweise der Lebensmittelindustrie, Forstwirtschaft oder Lebensmittel labore vernachlässigt wurden. GAWU-Mitarbeiter_innen geben an, dass sich auf Grund dieser Schwerpunktsetzung externer Geldgeber der gewerkschaftliche Kontakt zu den Beschäftigtengruppen im formellen Sektor verschlechtert habe (Banse 2011; i.E.).

Häufig dominieren innerhalb von Gewerkschaften einzelne Beschäftigtengruppen die gewerkschaftliche Agenda. Dies kann Gegenstand interner demokratischer Auseinandersetzungen sein. Wenn externe Geber vor allem

8 Für NGOs s. z.B. Malhorta 2000; Henderson 2003; Parks 2008.

auf die Organisation bestimmter Beschäftigtengruppen setzen, wirken sie auf diesen Prozess ein. Im Falle von GAWU führte diese Geberagenda dazu, dass zwar eine ökonomisch besonders verwundbare und gewerkschaftlich nur sehr gering organisierte Gruppe stärker in den Fokus rückte – was, isoliert betrachtet, sinnvoll sein kann – sich aber gleichzeitig GAWUs Zugang zur strukturellen Macht der formell Beschäftigten verringerte. Eine sehr starke Präsenz informell Beschäftigter innerhalb der Gewerkschaften kann die Gewerkschaftsagenda fundamental verändern. Da das Gegenüber „Arbeitgeber“ in vielen Fällen fehlt oder schwerer zu greifen ist als bei formell Beschäftigten, kann ein verstärkter Fokus auf informell Beschäftigte in den Gewerkschaften zur einer stärkeren Orientierung auf Serviceleistungen zur Verbesserung der Marktbedingungen – beispielsweise bessere Anbau- und Vermarktungsmethoden von Kleinbäuerinnen und -bauern oder bessere technische Ausrüstung von Motorradtaxi – führen (s. z.B. Britwum 2010). Der Aufbau kollektiver gewerkschaftlicher Gegenmacht ist so jedoch nicht unmittelbar zu erreichen. Gleichzeitig kann, wenn die Gewerkschaft beispielsweise auf eine starke politische Tradition zurückblickt und entsprechend zivilgesellschaftlich eingebunden ist, die auch von außen unterstützte Organisation von informell Beschäftigten zu einer stärkeren Ausrichtung der Gewerkschaftsagenda auf allgemeinpoltische Themen führen – im Fall von Straßenverkäufer_innen beispielsweise auf Stadtpolitik oder im Fall von Kleinbäuerinnen und -bauern beispielsweise auf Handelspolitik.⁹ Damit hätte die Gewerkschaft ihren Charakter als auf Kollektivität bauende Organisation beibehalten und neue Machtressourcen entwickelt. Sofern die Gewerkschaft den Anspruch hat, sowohl informelle wie formelle Beschäftigte zu organisieren, erscheint es jedoch angesichts knapper personeller Ressourcen in den Gewerkschaften fast unvermeidlich, dass ein durch Gebergelder verstärkter Fokus auf informell Beschäftigte auf Kosten der Organisation gewerkschaftlicher Gegenmacht in Betrieben erfolgt. Dies kann nicht nur zu einer weiteren Schwächung der Gewerkschaften führen, sondern auch negative Auswirkungen auf Lohnentwicklung, Arbeitszeit oder Gesundheitsschutz in den Unternehmen des entsprechenden Landes haben.

Pro-aktiv vorgeschlagene „Modethemen“ können darüber hinaus von den Kernaufgaben einer Gewerkschaft – Organisation von Beschäftigtengruppen/Belegschaften, Tarifverhandlungen, Rechtsberatung, ggf. auch Einfluss auf Sozial- und Wirtschaftspolitik – ablenken. Je nach bürokratischer bzw. demokratischer Kontrolle können Fördergelder so interessant für einzelne Funktionär_innen oder Abteilungen sein, dass sie auf Themenbereiche

9 Für die indische Gewerkschaft informell arbeitender Frauen s. SEWA 2012; vgl. auch Bhowmik 2010; für GAWU s. Britwum 2007; Banse i.E.

eingehen, die wenig mit ihrer eigentlichen gewerkschaftlichen Funktion zu tun haben. Themen drohen gegen andere ausgespielt zu werden. So hat beispielsweise nach Auffassung des Gewerkschaftsforschers Léopold Dossou in Benin das gebergeförderte Thema HIV/AIDS andere Themen, etwa die Auseinandersetzung mit der allgemeinen Schwäche der dortigen Gewerkschaften, verdrängt (Dossou 2004: 24f). Mit einer stark gebergesteuerten Themensetzung drohen Gewerkschaften NGOs immer ähnlicher zu werden: Sie vertreten immer weniger die Eigeninteressen ihrer, im oben definierten Sinne, lohnabhängigen Mitglieder. Damit verlieren Gewerkschaften den Zugang zu ihren unterschiedlichen mitgliederabhängigen Machtpotenzialen. Themen vorschlagende Förderung kann – unabhängig von der gesellschaftlichen Relevanz des Themas – insbesondere bei Gewerkschaften mit schwach ausgeprägter Kontrolle der Funktionär_innen dazu führen, dass Funktionär_innen ohne nennenswerte Rückbindung in den Gewerkschaftsalltag mehr oder weniger als Einzelpersonen mit Gebern kooperieren. Dies war wiederum in Benin zu beobachten. Hier schlug die FES den dortigen Gewerkschaftsverbänden die Arbeit zu den Freihandelsabkommen *Economic Partnership Agreements* (EPAs) vor. Die beninischen Gewerkschaften hatten sich vorab nicht mit dem Thema beschäftigt und hatten auch kein gesteigertes Interesse an dem Thema zu arbeiten. Dennoch entsandten die gewerkschaftlichen Führungen Personal in einen von der FES wesentlich mit auf den Weg gebrachten Arbeitszusammenhang. Die Gewerkschafter_innen bekamen zwar viele Schulungen, ihr Arbeitszusammenhang entwickelte aber keine feststellbare Relevanz für die jeweiligen gewerkschaftlichen Dachverbände. Die FES hatte eine so stark initiiierende Rolle, dass die Rückbindung in den gewerkschaftlichen Alltag und an die Gewerkschaftsbasen nicht stattfand und der von der FES geförderte Kreis einzelner Gewerkschafter_innen vollständig von der Stiftung abhängig war (Banse i.E.).

Gewerkschaften brauchen für die Bearbeitung allgemeinpolitischer Themen, also Themen, die nicht zu ihrem Kerngeschäft (bspw. Arbeitszeit, Lohn oder Arbeitssicherheit) gehören, häufig andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die sie auf die Problematik für ihre Mitglieder aufmerksam machen oder Wissen und Kontakte vermitteln.¹⁰ Diese Koalitionen können ein Weg für Gewerkschaften sein, neue Formen von Organisationsmacht auszubilden, um zum Beispiel andere Mitgliedsgruppen wie informell Beschäftigte besser vertreten zu können (Banse i.E.). Wenn gewerkschaftliche Geber jedoch die Rolle des Hauptkoalitionärs übernehmen, besteht die Gefahr, dass sie zwar einen Teil der Gewerkschaften auf ein zentrales Thema aufmerksam machen

10 Frege u.a. 2003; in Bezug auf Freihandelsabkommen s. McGuire u.a. 2010.

sowie Wissen und Kontakte vermitteln. Die Koalition bleibt jedoch mit der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit unverbunden und bereits gewachsene politische Strukturen im jeweiligen Land bleiben ungenutzt oder werden gar geschwächt (Banse i.E.).

Haben die geförderten Themen nur eine geringe Relevanz für den gewerkschaftlichen Alltag und werden darüber hinaus die Gewerkschaftsfunktionär_innen sehr gering oder gar nicht bezahlt, ist auch bei der Gewerkschaftsförderung ein in der Entwicklungsfinanzierung verbreitetes Phänomen zu beobachten: der Mitnahmeeffekt von Tagegeldern und anderen Annehmlichkeiten. Gewerkschaftsfunktionär_innen und -mitglieder kommen dann ggf. weniger wegen des Themas auf die vom Geber angebotenen Seminare des *capacity building*, sondern wegen der ausgezahlten Tagegelder oder, falls sich der Geber gegen die Auszahlung dieser Gelder entschieden hat, wegen Annehmlichkeiten oder Vergünstigungen wie eines Hotelzimmers, kostenfreien Essens oder auch der ausgezahlten „dinner allowance“ für das Abendessen – schließlich kann diese gespart werden. Beispielsweise schickte ein Generalsekretär aus Benin seine Kolleg_innen nicht wegen der dort referierten Inhalte, sondern wegen der (ökonomischen) „Misere“ im Land auf die Geberseminare (Banse i.E.). So können vom Geber angebotene Fortbildungen weniger dazu beitragen, die Gewerkschaften tatsächlich in bestimmten Themen zu schulen, als vielmehr zum Belohnungssystem der gewerkschaftlichen Führungen werden – schließlich sind es häufig die Generalsekretäre, welche die Teilnehmenden für die angebotenen Seminare bestimmen.

Vor allem in einem Land mit diversen, konkurrierenden gewerkschaftlichen Dachverbänden mit schwach ausgeprägten internen demokratischen Krisen- und Kontrollmechanismen können Gebergelder – unabhängig von den geförderten Themen – bereits bestehende Spannungen innerhalb eines Dachverbandes verschärfen und schließlich zur Spaltung führen (Dossou 2004: 25; Schillinger 2005: 6f; FES 2005: 22). Insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommensniveau und niedriger bzw. keiner Bezahlung der gewerkschaftlichen Funktionär_innen kann es für die Einzelnen finanziell lukrativ sein, Kontakte zum Geber zu pflegen und Spaltungen in Kauf zu nehmen: Je mehr Gewerkschaften es gibt, desto mehr Gebergelder und lukrative Kontakte in Organisationen wie die Internationale Arbeitsorganisation ILO oder andere verteilt werden. In Bezug auf Benin schreibt der Gewerkschaftsforscher Dossou (2004: 25): „Die internen Auseinandersetzungen und Spaltungen [der Gewerkschaftsbewegung] haben manchmal ihre Wurzeln in den Vorteilen, die einige Gewerkschaftsführer aus der internationalen Gewerkschaftskooperation ziehen wollten.“

Die skizzierten Effekte zeigen, dass gewerkschaftliche Geber notwendige Erneuerungsprozesse behindern und bestehende undemokratische Strukturen stabilisieren können (Schillinger 2005: 7; s. auch Southall 1995: 45). Wohl verstandene Finanzierung kann periphere Gewerkschaften jedoch auch darin unterstützen, ihre gewerkschaftlichen Grundfunktionen besser auszuüben (z.B. in der gewerkschaftlichen Rechtshilfe oder im gewerkschaftlichen *organising*) und Erneuerungsprozesse zum Beispiel durch verbesserten Kontakt zu den Mitgliedern einzuleiten. Dafür kann es auch für begrenzte Zeit sinnvoll sein, gewerkschaftliches Personal direkt zu bezahlen – zum Beispiel, um Mitglieder zu organisieren. Wenn es allerdings nicht gelingt, dass die neu gewonnen Mitglieder Beiträge entrichten, sich somit auch stärker mit der Gewerkschaft identifizieren und Kontrollansprüche anmelden, kann diese externe Finanzhilfe dazu führen, dass die interne Demokratie der Gewerkschaft zurückgeht oder gar nicht erst entsteht. In ihren allgemeinpolitischen Aktivitäten kann externe Förderung Gewerkschaften vor allem dann stärken, wenn dafür nicht erst durch den Geber von Grund auf thematische Expertise geschaffen werden muss, sondern die Gelder für die Weiterentwicklung vorhandener Kenntnisse, Aktivitäten und Vernetzungen eingesetzt werden können. So schlug die FES auch den ghanaischen Gewerkschaften eine Kooperation zu den EPAs vor, und auch hier förderte die FES die Gewerkschaften mit Maßnahmen des *capacity building*. Anders jedoch als in Benin waren die ghanaischen Gewerkschaften schon lange vor der Kooperation mit der FES zu den EPAs aktiv. Entsprechend traf die FES in Ghana mit ihrem pro-aktivem Vorhaben auf bereits bestehende gewerkschaftliche Kenntnisse und auch zivilgesellschaftliche Koalitionen, die sie mit ihrem Förderprogramm – trotz inhaltlicher Dissense zwischen Gewerkschaft und FES – unterstützte (Banse 2015a; i.E.).

Fazit

Gewerkschaften zeichnen sich als Mitglieds- und Interessensorganisationen von Lohnabhängigen durch eine teilweise starke institutionelle Komplexität, besondere ökonomische und gesellschaftliche Machtpotenziale und einen Anspruch auf interne Demokratie aus. Externe Gelder können in diesem komplexen institutionellen Gefüge auf die Gewerkschaftsmacht, die Gewerkschaftsagenda, die Gewerkschaftsdemokratie und die von der Gewerkschaft vertretenen Interessen einwirken – mit einer Varianz von intendierten und nicht-intendierten Effekten.

Die Geschichte der internationalen Beziehungen der AFL-CIO, die Auseinandersetzungen innerhalb der ICFTU oder die FES mit ihrer

besonderen Verwobenheit mit der deutschen Außenpolitik zeigen: In der Gewerkschaftsförderung geht es nicht nur um solidarische Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe, sondern auch um Kontakte zu einer gesellschaftlichen Gruppe – lohnabhängig Beschäftigte – mit hoher struktureller Macht, welche potenziell ökonomische Prozesse behindern und politischen Druck aufbauen kann.

Die Ziele der Förderung können dennoch – auch innerhalb des gewerkschaftlichen Gebers selbst – vielfältig sein. Sie reichen von praktischer Solidarität in politischen, juristischen oder betrieblichen Auseinandersetzungen oder gewerkschaftlichen Umstrukturierungsprozessen über Aufrechterhaltung von Kontakten und Kontaktnetzen im Bereich der industriellen Beziehungen bis hin zur politischen Einmischung im Sinne des geldgebenden Staates oder, bei manchen NGOs, als Projekt zur allgemeinen Spendenakquise. Dabei kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass die Geber ihre Ziele immer erreichen. Es gibt keine „Fernbedienung“ (Munck 1988: 195) durch den Geldgeber (Banse i.E.). Vielmehr sind eine Reihe von nicht-intendierten Wirkungen zu beobachten – von der nicht feststellbaren gewerkschaftlichen oder politischen Relevanz der Förderbeziehung bis hin zur Schwächung von gewerkschaftlichen Machtressourcen.

Wenn die Förderbeziehung im Sinne einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung positiv verläuft, kann sie jedoch dazu beitragen, gewerkschaftliche Machtpotenziale auszubauen, Erneuerungsprozesse zu unterstützen und den Kontakt zu den Mitgliedern zu verbessern.

Letztlich aber stellt sich die Frage, ob „Geld geben“ nicht die einfachste Form internationaler gewerkschaftlicher Solidarität ist. Sehr viel aufwändiger, interessenspolitisch komplizierter aber politisch vermutlich wirkmächtiger, wären solidarische Aktivitäten, die sich entlang der strukturellen Macht der Arbeitenden orientieren – beispielsweise innerhalb eines international agierenden Unternehmens oder entlang von globalen Wertschöpfungsketten.

Literatur

- Allen, Christopher (1975): „Union-Party Relationships in Francophone West Africa: A Critique of ‘Téléguidage’ Interpretation“. In: Sandbrook, Richard, & Robin Cohen (Hg.): *The Development of an African Working Class*. Bristol, S. 99-125.
- Altwater, Elmar, & Christian Zeller (2011): „‘Wer von der Akkumulation des Kapitals nicht reden will, soll zum Wachstum schweigen’. Christian Zeller im Gespräch mit Elmar Altwater“. In: *Emanzipation. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis*, Bd. 1., Nr. 1, S. 1-21.
- Ananaba, Wogu (1979): *The Trade Union Movement in Africa. Promise and Performance*. New York, US-NY.
- Banse, Frauke (2011): „Kampagnenorientierung und Organisation informell Beschäftigter als Krisenreaktion in Ghana“. In: Dörre, Klaus, & Stefan Schmalz (Hg.): *Comeback der*

- Gewerkschaften? *Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt a.M. & New York, US-NY, S. 311-319.
- Banse, Frauke (2015a): „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing? Gewerkschaften in Ghana und Benin und die Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung“. In: Engels, Bettina; Melanie Müller & Rainer Öhlschläger (Hg.): *Globale Krisen – Lokale Konflikte. Soziale Bewegungen in Afrika*. Baden-Baden, S. 73-92.
- Banse, Frauke (2015b): „The Bangladesh Accord – A Model to Secure Workers Rights in Global Supply Chains?“ In: *Global Labour Column*, Nr. 222, <http://column.global-labour-university.org/2015/12/the-bangladesh-accord-model-to-secure.html>, letzter Aufruf: 2.3.2016.
- Banse, Frauke (i.E.): *Wes Brot ich ess, des Lied ich sing? Die Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung und Gewerkschaften in Ghana und Benin*. Kassel.
- Bhowmik, K. Sharid (2010) (Hg.): *Street Vendors in the Global Urban Economy*. London u.a.
- Britwum, Akua O. (2007): *The Ghana Trade Union Congress. Sixty Years of Promoting Workers' Rights*. Accra.
- Britwum, Akua O. (2010): *Union Democracy and the Challenge of Globalisation to Organised Labour in Ghana*. Maastricht.
- Cantor, Daniel, & Juliet Schor (1987): *Tunnel Vision. Labor, The World Economy and Central America*. Boston, US-MA.
- Carew, Anthony (2000): „Towards a Free Trade Union Centre. The International Confederation of Free Trade Unions (1949-1972)“. In: Carew, Anthony; Michel Dreyfus; Geert van Goethem; Marcel van der Linden & Rebecca Gumbrell-McCormick (Hg.): *The International Confederation of Free Trade Unions*. Bern u.a., S. 187-337.
- Cooper, Frederick (1996): *Decolonization and African Society. The Labor Question in French and British Africa*. Cambridge, <http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511584091>.
- Delanoué, Paul, & Philippe Dewitte (1983): „La CGT et les syndicats de l'Afrique noire de colonisation Française, de la Deuxième Guerre mondiale aux indépendances“. In: *Le Mouvement Social*, Nr. 122, S. 103-121, <http://dx.doi.org/10.2307/3777775>.
- Deutscher Bundestag (2002): *Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten*. Drucksache 14/9200, Berlin, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/092/1409200.pdf>, letzter Aufruf: 1.12.2011.
- Dewitte, Philippe (1981): „La CGT et les syndicats d'Afrique Occidentale Française (1945-1957)“. *Le Mouvement Social*. Nr. 117, S. 3-32, <http://dx.doi.org/10.2307/3777721>.
- Dörre, Klaus; Hajo Holst & Oliver Nachtwey (2009): „Organising – A Strategic Option for Trade Union Renewal?“ In: *International Journal of Action Research*, Bd. 5, Nr. 1, S. 33-67.
- Dossou, Léopold (2004): „Description des syndicats au Bénin“. In: FES – Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): *Le Paysage Syndical au Bénin*. Cotonou, S. 11-26.
- FES – Friedrich-Ebert-Stiftung (2005): *Globalisierung und Soziale Gerechtigkeit. Die Förderung von Gewerkschaften in der Internationalen Zusammenarbeit*. Bonn, http://www.fes.de/gewerkschaften/common/pdf/Globalisierung_und_soziale_Gerechtigkeit.pdf, letzter Aufruf: 27.4.2011.
- Fonteneau, Gérard (2004): *Histoire du syndicalisme en Afrique*. Charlerois, Paris.
- Frege, Carola M.; Edmund Heery & Lowell Turner (2003): „Bündnisse mit sozialen Bewegungen als Strategie zur gewerkschaftlichen Neubelebung“. *WSI-Mitteilungen*, Nr. 9, S. 549-554.
- Goes, Thomas (2016): *Aus der Krise zur Erneuerung? Gewerkschaften zwischen Sozialpartnerschaft und sozialer Bewegung*. Köln.
- Henderson, Sarah L. (2003): *Building Democracy in Contemporary Russia. Western Support for Grassroots Organizations*. Ithaca, US-NY.
- Hirsch, Joachim (2001): „Des Staates neue Kleider. NGOs im Prozess der Internationalisierung des Staates“. In: Brand, Ulrich; Alex Demirovic; Christoph Görg & Joachim Hirsch (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster, S. 13-33.

- Hyman, Richard (1994): „Changing Trade Union Identities and Strategies“. In: Hyman, Richard, & Anthony Ferner (Hg.): *New Frontiers in European Industrial Relations*. Oxford & Cambridge, S. 108-139.
- Hyman, Richard (1996): „Die Geometrie des Gewerkschaftsverhaltens. Eine vergleichende Analyse von Identitäten und Ideologien“. In: *Industrielle Beziehungen*, Bd. 3, Nr. 1, S. 5-35.
- ILO – International Labour Organization (2002): *Report VI. Decent Work and the Informal Economy, Sixth Item on the Agenda*. Genf, <http://www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc90/pdf/rep-vi.pdf>, letzter Aufruf: 7.9.2011.
- Mair, Stefan (2000): „Germany's Stiftungen and Democracy Assistance: Comparative Advantages, New Challenges“. In: Brunel, Peter (Hg.): *Democracy Assistance. International Co-operation for Democratization*. London & Portland, US-OR, S. 128-149.
- Malhorta, Kamal (2000): „NGOs without Aid: Beyond the Global Soup Kitchen“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 21, Nr. 4, S. 655-668.
- Martens, Georges (1980): „Le syndicalisme en Afrique Occidentale d'Expression Française: de 1945 à 1960. Première Partie“. In: *Revue Française d'Etude Politiques Africaines. Le Mois en Afrique*, Bd. 15, Nr. 178/179, S. 74-97.
- McGuire, Donna (2013): *Reframing Trade. Union Mobilisation Against the General Agreement on Trade in Services (GATS)*. München & Mering.
- McGuire, Donna; Christoph Scherrer u.a. (2010): *Developing a Labour Voice in Trade Policy at the National Level*. Global Labour University Working Papers, Nr. 8. Berlin.
- Michels, Robert (1957): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Stuttgart.
- Müller-Jentsch, Walther (1986): *Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung*. Frankfurt a.M. & New York, US-NY.
- Munck, Ronaldo (1988): *The New International Labour Studies. An Introduction*. London.
- Offe, Claus, & Helmut Wessenthal (1985): „Two Logics of Collective Action“. In: Offe, Claus (Hg.): *Disorganized Capitalism. Contemporary Transformation of Work and Politics*. Cambridge, S. 170-220.
- Parks, Thomas (2008): „The Rise and Fall of Donor Funding for Advocacy NGOs. Understanding the Impact“. In: *Development in Practice*, Bd. 18, Nr. 2, S. 213-222, <http://dx.doi.org/10.1080/09614520801899036>.
- Pascher, Ute (2002): *Die deutschen parteinahen politischen Stiftungen – Hybride Organisationen in der Globalisierung*. Berlin.
- Pogorelskaja, Svetlana W. (2002): „Die parteinahen politischen Stiftungen und die Deutschlandpolitik“. In: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, Bd. 35, Nr. 3, S. 401-412.
- Rüb, Stefan (2009): *Die Transnationalisierung der Gewerkschaften. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der IG Metall*. Berlin, <http://dx.doi.org/10.5771/9783845268941>.
- Scipes, Kim (2005): „Labor Imperialism Redux? The AFL-CIO's Foreign Policy since 1945“. In: *Monthly Review*, Bd. 57, Nr. 1, <http://www.monthlyreview.org/0505scipes.htm>, letzter Aufruf: 24.3.2009.
- Schillinger, Hubert René (2005): *Schwach und doch gefürchtet: Gewerkschaften in Afrika*. Bonn.
- SEWA – Self-employed Women's Association (2012): *SEWA's suggestion on „Central Law for Street Vendors“ Memorandum submitted to Secretary Ministry of Housing on Poverty Alleviation on 3/5/2012*. <http://www.sewa.org/PDF/Central%20Law%20for%20Street%20Vendors.pdf>, letzter Aufruf: 7.3.2016
- Silver, Beverly J. (2003): *Forces of Labour. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin & Hamburg, <http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511615702>.
- Southall, Roger (1995): *Imperialism or Solidarity? International Labour and South African Trade Unions*. Cape Town.

- Spalding, Hobart A. (1977): *Organized Labor in Latin America*. New York, US-NY.
- Thomson, Don, & Rodney Larson (1978): *Where were you, Brother? An Account of Trade Union Imperialism*. London.
- van der Linden, Marcel (2008): *Workers of the World. Essays toward a Global Labor History*. Leiden & Boston, US-MA.
- Wright, Erik Olin (2000): „Working-Class Power, Capitalist-Class Interests, and Class Compromise“. In: *American Journal of Sociology*, Bd. 105, Nr. 4, S. 957-1002, <http://dx.doi.org/10.1086/210397>.
- Zoll, Rainer (1976): *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie*. Frankfurt a.M.

Anschrift der Autorin:

Frauke Banse

frauke.banse@gmx.de

Selma Cristina Silva de Jesus

Neue gewerkschaftliche Handlungsfelder in Brasilien Der Dachverband CUT und die solidarische Ökonomie*

Keywords: Trade unionism, cooperativism, Central Única dos Trabalhadores, political representation.

Schlüsselwörter: Gewerkschaften, Kooperativismus, Central Única dos Trabalhadores, politische Repräsentation

Zahlreiche AutorInnen sind sich in der Einschätzung einig, dass die brasilianische Gewerkschaftsbewegung seit 1990 durch die Veränderungen in Folge der kapitalistischen Umstrukturierung in eine Krise geriet.¹ Diese Veränderungen haben eine neue Arbeitswelt in Brasilien hervorgebracht, zu deren Kennzeichen die prekären Arbeitsverhältnisse und die strukturelle Arbeitslosigkeit avancierten. In diesem Kontext konnte man einerseits einen verringerten gewerkschaftlichen Organisationsgrad, einen Rückgang von Streiks und eine stärkere Institutionalisierung und Bürokratisierung der Gewerkschaften beobachten. Andererseits hat aber der größte brasilianische Gewerkschaftsdachverband *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) neue Agenden und politische Strategien übernommen, um den entstehenden Herausforderungen zu begegnen. Unter den neuen Themen für den Kampf stechen folgende hervor: die Rassen- und Geschlechterbeziehungen (vgl. den Beitrag von Ebenau & Nickel in diesem Heft, S. 158ff) sowie die solidarische Ökonomie.

In diesem Artikel werden wir uns auf die Analyse der Erfahrungen der CUT im Bereich der solidarischen Ökonomie beschränken, um folgende Fragen zu beantworten:

* Dieser Text präsentiert in zusammengefasster und aktualisierter Form einige der Ergebnisse der Promotion *Da „cidadania regulada“ à cidadania regressiva. Um estudo de caso do projeto de cooperativismo urbano da CUT* (Von der „regulierten Staatsbürgerschaft“ zur regressiven Staatsbürgerschaft. Eine Fallstudie des städtischen Genossenschaftswesens der CUT) an der Bundesuniversität von Bahia. Die Feldarbeit und die Beschaffung sekundärer und bibliografischer Daten erfolgten zwischen 2006 und 2010; 2012 und 2013 wurden die Daten aktualisiert.

1 Alves 2000; 2002; Antunes 1997; Rodrigues 1998; Noronha 2009; Pochmann u.a. 1998; Druck 1996; 1999.

1. Auf welcher Grundlage lässt sich die Integration der solidarischen Ökonomie in die Handlungsfelder der CUT erklären?
2. Waren die Experimente der CUT mit der solidarischen Ökonomie im städtischen Umfeld dabei erfolgreich, den Notwendigkeiten der Schaffung von Einkommen und politischer Repräsentation der ArbeiterInnenschaft als Ganzes zu entsprechen, auch jenseits des Bereichs der Lohnarbeit?

Zur Beantwortung der oben genannten Fragen haben wir eine umfangreiche bibliographische Studie zum Thema durchgeführt, sekundäre Daten erhoben und Feldforschung in insgesamt 15 solidarischen Unternehmungen betrieben, die von der ADS-CUT² im Bundesstaat Bahia unterstützt werden.

Der Artikel ist in drei Teile strukturiert: Im Ersten schneiden wir kurz die von der CUT verfolgten politischen Strategien angesichts der seit Beginn der 1990er Jahre sich vollziehenden Veränderungen der Arbeitswelt an. Im zweiten richten wir unseren Blick auf die Diskussion über die Elemente, die die Integration der solidarischen Ökonomie und die Gründung der ADS durch die CUT erklären. Anschließend analysieren wir die Arbeit der ADS-CUT in den besagten 15 solidarischen Unternehmungen und versuchen dabei zu ermitteln, ob das Projekt des städtischen Genossenschaftswesens der CUT bei der Schaffung von Einkommen und der politischen Repräsentation der ArbeiterInnenklasse in ihrer Gesamtheit Erfolg hatte.

Die CUT in den 1990er und 2000er Jahren

Seit den 1980er Jahren durchläuft der globale Kapitalismus eine Phase der Restrukturierung. Dieser Prozess wird durch die Globalisierung, die Restrukturierung der Produktion und den Neoliberalismus³ gekennzeichnet. In Brasilien entstand durch das Zusammentreffen dieser Veränderungen eine „neue und prekäre Arbeitswelt“, die vor allem durch eine Krise der Lohnarbeit, hohe Arbeitslosenraten (insbesondere in den 1990er Jahren) und durch das Aufkommen neuer (und prekärer) Formen der Beschäftigung charakterisiert ist (Alves 2000).

Dynamik der Arbeitswelt im Brasilien der 1990er und 2000er Jahre

Entsprechend den Daten des brasilianischen Statistikinstituts *Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios/Instituto Brasileiro de Geografia e*

2 *Agência de Desenvolvimento Solidário* – Agentur für solidarische Entwicklung der CUT (s.u.; Anm. d. Ü.).

3 Zur Vertiefung dieser Diskussion s. Druck 1999.

Estatística (PNAD/IBGE) stieg die Arbeitslosenrate in Brasilien in den 1990er Jahren deutlich, vor allem, wenn man sie mit den Raten des vorangegangenen Jahrzehnts vergleicht. Schwankte sie in den 1980er Jahren noch zwischen 2% und 4% erreichte sie 1996 ein Niveau von 9,4%. Bis nach der Jahrtausendwende blieb das Niveau hoch. Das historische Maximum von 9,6% wurde im Jahr 2003 erreicht. Mit der Amtsübernahme durch die Regierung von Luis Inácio Lula da Silva (genauer ab 2004) begann die Arbeitslosenrate zu sinken und erreichte 6,7% im 2011. José Dari Krein (2013) stellt fest, dass im Zeitraum 2004-2009 eine Zunahme der formalen Arbeitsverhältnisse um 24% erfolgte. Dennoch stellte die Erholung des Arbeitsmarkts weder einen Bruch mit der generellen Situation sozialer Ungleichheiten noch eine Trendwende auf dem brasilianischen Arbeitsmarkt dar. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Brasilien noch immer groß: Im Jahr 2013 waren nach Angaben von PNAD/IBGE 1,3 Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit.

Während der Regierungszeit von Lula da Silva und seiner ebenfalls der sozialdemokratischen *Partido dos Trabalhadores* (PT, Arbeiterpartei) entstammenden Nachfolgerin Dilma Rousseff vollzog sich eine Erhöhung der Löhne und Sozialausgaben, eine Tatsache, die zur Verbesserung der Einkommensverteilung in Brasilien beitrug, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitseinkommen. Diese Verbesserung in Verbindung mit der Politik der Kreditausweitung förderte das Wirtschaftswachstum, das nach Luiz Filgueiras (2013) mehr vom internen Markt als durch den Export induziert wurde. Die Verbesserung der Arbeitsmarktindikatoren war mit der ökonomischen Dynamik der Periode, mit Wachstumsraten von jährlich etwa 4,5% (Krein 2013), verbunden. So gelang es Brasilien bis 2007, d.h. während der zweiten Amtszeit Lulas, bedingt durch die Abwertung der nationalen Währung im Jahr 1999 und den Eintritt Chinas in die Welthandelsorganisation im Jahr 2011, hohe Zahlungsbilanzüberschüsse zu erzielen (Filgueiras 2013). Auf diese Weise steht die Erholung der brasilianischen Wirtschaft in Verbindung mit dem aufsteigenden ökonomischen Zyklus, der von den USA und China angetrieben wurde und positive Effekte in allen rohstoffproduzierenden Ländern an der Peripherie des kapitalistischen Systems zeitigte.

Die Dynamik von Arbeit und Beschäftigung in den 1990er und 2000er Jahren stellte die brasilianische Gewerkschaftsbewegung vor unzählige Herausforderungen. In diesem Kontext ließen sich einerseits ein verringert gewerkschaftlicher Organisationsgrad, weniger Streiks und eine stärkere Institutionalisierung und Bürokratisierung der Gewerkschaften verzeichnen. Andererseits übernahm der Gewerkschaftsdachverband CUT ein neues, als alternativ bezeichnetes Gewerkschaftsmodell. Im Rahmen dieses neuen

Modells entwickelte die CUT neue Agenden und politische Strategien als Antwort auf die beschriebenen Herausforderungen. Wie wir im Folgenden darstellen werden, integrierte der Dachverband die solidarische Ökonomie als Leitlinie für die Konstruktion einer Politik für Arbeit und Einkommen sowie für die politische Repräsentation der informellen wie der angestellten ArbeiterInnen.

Das alternative Gewerkschaftsmodell der CUT in den 1990er und 2000er Jahren

Die CUT wurde 1983 im Kontext der Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung gegründet. In der Folge avancierte sie zu einem wichtigen politischen Akteur im Kampf um das Ende der Militärdiktatur. Ende der 1970er Jahre gelang es den Gewerkschaften im Kampf um die Re-Demokratisierung des Landes nach mehr als 20 Jahren Militärregime sowohl spezifische Gewerkschaftsforderungen als auch allgemeingesellschaftliche Forderungen zu vertreten. In den 1990er Jahren veränderte sich die CUT signifikant, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Was sind die grundlegenden Indikatoren dieser Veränderung?

In quantitativer Hinsicht hatte die CUT ein deutliches Wachstum zu verzeichnen. 2013 repräsentierte sie so 24 Millionen ArbeiterInnen, von denen fast 7,8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder waren. Im selben Jahr gab es 4.000 Einzelgewerkschaften, die der CUT angehörten (Rodrigues & Ladosky 2015).

Mit Bezug auf die stärker qualitativen Veränderungen übernahm die CUT, wie oben bereits angedeutet, seit den 1990er Jahren ein alternatives Gewerkschaftsmodell. Das Hauptcharakteristikum dieses Modells ist die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die Probleme der ArbeiterInnenklasse mit der Zielsetzung, diese in den für das brasilianische System der industriellen Beziehungen typischen tripartistischen Foren zu verhandeln. Die Mehrheitsströmung der CUT vertrat die Position, dass es nötig sei, das als rein defensiv und fordernd eingestufte Modell gewerkschaftlichen Handelns der 1980er Jahre aufzugeben. Aus der Sicht der GewerkschaftsführerInnen der CUT war es erforderlich, von einem Gewerkschaftsmodell, das sich nur gegen die Probleme stellte, zu einem Gewerkschaftsmodell überzugehen, das Alternativen und konkrete Lösungen vorschlägt:

„Früher war das Motto nur der Widerstand, und der gewerkschaftliche Kampf war vor allem ein demokratischer Kampf. Jetzt ist es nötig, mit dem Widerstand fortzufahren, aber klar die Vorschläge unserer Klasse darzustellen und sie den Vorschlägen der brasilianischen Eliten entgegenzustellen. In der gegenwärtigen

Situation kommt die einfache und simple Ablehnung der von den Eliten vertretenen Reformen einer konservativen Position gleich, die den von den Militärs ererbten und durch die Verfassung von 1988 nur teilweise modifizierten *Status quo* aufrechterhalten will.“ (CONCUT 1997: 38)

Mit ihrem alternativen Gewerkschaftsmodell hat die CUT ausgleichender Politik und partizipativen Strategien Vorrang eingeräumt. Das Modell als solches erscheint angemessen, allerdings liegt eine Schwierigkeit in der Notwendigkeit, „realistische“ Alternativen erarbeiten zu müssen. Dies bedeutet, dass sich die Alternativen auf die Rahmenbedingungen des Kapitalismus beschränken müssen, d.h. sie müssen von UnternehmerInnen und Regierung als realisierbar angesehen werden. Es geht also darum, die Praktiken der Versöhnung zwischen den Klassen wiederaufzunehmen, die in den 1980er Jahren so sehr von der CUT kritisiert worden waren. Während sich die Aktivitäten der Gewerkschaftsbewegung in den 1980er Jahren auf massenhafte Mobilisierung stützten, gibt sie in den 1990er Jahren Verhandlungen und der Konzertation mit UnternehmerInnen und Regierung den Vorrang und strebt danach, ihre Beteiligung in institutionellen Feldern auszuweiten (tripartistische Foren, tripartistische Räte usw.).

Während der Amtszeit der Regierung Lula verstärkte sich die auf Verhandlungen und Partizipation gestützte Strategie der CUT. Somit gelangte der Dachverband auf dem 9. Bundeskongress CONCUT im Juli 2006 in São Paulo zu der Einschätzung, dass es nötig ist, die Verhandlungsrolle zu vertiefen:

„Eines der herausragenden Elemente der Strategie für die kommende Periode liegt in der Ausweitung der Verhandlungsrolle des Dachverbands. Die Ausweitung und Vertiefung neuer Dimensionen für die kollektiven bipartistischen (mit den Arbeitgebern des privaten oder des öffentlichen Sektors) und tripartistischen Verhandlungen (private UnternehmerInnenschaft, Regierung und Gewerkschaftsvertretungen), ermöglichen neue Errungenschaften und Rechte und erlauben eine stärkere Einbindung des Dachverbands in die allgemeinen Kämpfe der ArbeiterInnen.“ (CONCUT 2006: 46)

In der Tat setzte die Regierung Lula auf eine politisch-institutionelle Koopierung der Gewerkschaftsführungen, wie Filgueiras (2006) aufzeigt. Diese Tatsache trägt zu einer Vertiefung der Repräsentationskrise der Gewerkschaften bei, welche mit tiefgreifenden Veränderungen in der Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse begann. Kurz gesagt konstruierte und verstärkte der Expräsident Lula da Silva ein Bild in der sozialen Vorstellungswelt, nach dem eine Verbindung zwischen seiner Regierung, der PT und den Gewerkschaften bestehen. Filgueiras (2006) sieht dafür zwei Faktoren verantwortlich: Zum einen war Lula selbst einer der herausragenden Führer

der „neuen Gewerkschaftsbewegung“ und trug folglich die Wiederkehr der Gewerkschaften auf die politische Bühne Brasiliens Ende der 1970er Jahre mit. Daraus resultierte eine Identifikation eines guten Teils der GewerkschafterInnen mit der Regierung Lula („der Präsident der ArbeiterInnen“).

Zum zweiten vertiefte die Verteilung von Ämtern an die wesentlichen Führungspersonlichkeiten der Gewerkschaften den Prozess der politisch-institutionellen Kooptierung: Maria Celina D'Araújo (2009) beschreibt in einer Studie über das Profil der MinisterInnen und StaatssekretärInnen (mit MinisterInnenstatus) auf Bundesebene, dass von den zwischen 1985 und 2008 registrierten 346 MinisterInnen nur 11 % über Verbindungen zu den Gewerkschaften verfügten. In Lulas erster Amtszeit lag dieser Wert bei 27 % aller MinisterInnenposten, in der zweiten Amtszeit immer noch bei 16 %.

Eine weitere Maßnahme der Regierung Lula, welche die Verbindungen zwischen Gewerkschaftsdachverbänden und den Staatsapparaten verstärkten, war die Verabschiedung des Gesetzes 11648/08. Damit erhielten die Gewerkschaftsdachverbände das Recht auf Zwangsbeiträge, die von allen angestellten ArbeiterInnen unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft eingezogen werden. Somit konnten die Gewerkschaftsdachverbände, gestärkt durch eigene Einkünfte, ihr (bereits zuvor existierendes) autonomes Auftreten gegenüber ihren Mitgliedsgewerkschaften stärken. Auch bildeten sich mit Blick auf die Einkünfte aus der Gewerkschaftssteuer zahlreiche neue Gewerkschaftsdachverbände, so dass es im Jahr 2013 in Brasilien ganze zwölf Dachverbände (davon sieben nach Einführung des Gesetzes gegründet) gab. Ironischerweise unterzeichnete so mit Präsident Lula eine der Ikonen der „neuen Gewerkschaftsbewegung“ ein Gesetz, das bewirkte, dass die CUT genau den „neuen“ Charakter der Gewerkschaftsbewegung ablegte, der Ende der 1970er Jahre und 1980er in der Kritik der staatlichen Einmischung in die Gewerkschaften und ihre Organisationsstruktur seinen Ursprung gehabt hatte.

In der Gesamtschau vollzog sich unter den Regierungen Lulas also eine Verstärkung der auf Kollaboration ausgerichteten Elemente des alternativen Gewerkschaftsmodells der CUT. Dazu trug die stärkere Vertretung von GewerkschafterInnen in Schlüsselpositionen der Staatsapparate und öffentlicher Unternehmen ebenso bei wie die Gesetzgebung bezüglich der Dachverbände. Das alternative Gewerkschaftsmodell konvergierte mit Ideen und Praktiken sogenannter „BürgerInnengewerkschaften“. Hinter diesem Oberbegriff verbirgt sich eine Betonung der gewerkschaftlichen Teilhabe in den Institutionen und der Erbringung von Dienstleistungen für ArbeitnehmerInnen, seien diese nun Mitglieder oder nicht. Gestützt auf das Modell der BürgerInnengewerkschaft gehen die Gewerkschaften häufig dazu über,

ähnlich wie Nichtregierungsorganisationen zu agieren und in Assoziation mit Regierung und anderen Institutionen der Zivilgesellschaft öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, welche zuvor in der Verantwortung des Staates lagen. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bietet die CUT etwa Kurse zur beruflichen Ausbildung an und ist in der Arbeitsvermittlung aktiv (Galvão 2003). So wird der Klassencharakter der Gesellschaft abgeschwächt bzw. tritt in den Hintergrund. Auch die Aktivitäten zur Schaffung von Einkommensmöglichkeiten im Bereich der solidarischen Ökonomie, etwa durch die Förderung von Genossenschaften, sind in diesem Zusammenhang zu betrachten. Dies wird im Folgenden im Mittelpunkt stehen.

Die CUT und die solidarische Ökonomie: Perspektiven und Herausforderungen

Wie erwähnt, hat die Dynamik der Arbeitswelt die Gewerkschaften in Brasilien vor neue Herausforderungen gestellt. Vielleicht die wichtigsten sind die Schaffung von Arbeit und Einkommensmöglichkeiten und die politische Repräsentation von informellen ArbeiterInnen⁴ und Arbeitslosen hervor. Seit Ende der 1990er Jahre wandte sich die CUT der solidarischen Ökonomie als Weg, auf diese Notwendigkeiten zu antworten, zu. Solidarische Ökonomie wird verstanden als „Sektor der Wirtschaft mit verschiedenen gemeinschaftlichen Produktionsformen, insbesondere Genossenschaften und Projekten auf Gegenseitigkeit“ (Santos 2002: 35). Solche Formen der Zusammenarbeit operieren zumindest theoretisch auf der Basis einer anderen Logik als man sie im kapitalistischen Markt findet. Im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft, die auf den Prozess der Kapitalakkumulation konzentriert ist und auf Grundlage von Konkurrenzbeziehungen funktioniert, ist die solidarische Ökonomie nach den Prinzipien und Werten der Zusammenarbeit strukturiert und beinhaltet gemeinschaftliche Eigentumsformen (Singer 2002: 83).

Die Solidarische Ökonomie in der Agenda der CUT

In diesem Kontext gründete die CUT 1999 die *Agência de Desenvolvimento* (ADS, Agentur für solidarische Entwicklung), mit der erklärten Absicht, das Genossenschaftswesen zu fördern. Die Gründung der ADS – und in der Folge die Einbeziehung der solidarischen Ökonomie in das gewerkschaftliche Strategierepertoire – fand inmitten einer Serie von Konflikten

4 Informelle ArbeiterInnen sind im hier verwendeten Verständnis diejenigen, die ohne formellen Arbeitsvertrag arbeiten und deshalb in der Regel keinen Zugang zu den Arbeitsrechten haben, etwa Urlaub, dreizehntes Monatsgehalt, bezahlte wöchentliche Ruhezeit usw.

statt, bei denen es um die unterschiedlichen Positionen bezüglich des alternativen und bürgerschaftlichen Gewerkschaftsmodells ging. Thema waren auch die Grenzen und Möglichkeiten der solidarischen Ökonomie selbst. Die Analyse dieser Debatte zeigt, dass die Kritik an der Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung für die solidarische Ökonomie vor allem auf zwei drohende Gefahren abzielte: zum einen auf das Risiko, eine paradoxe Situation zu schaffen, in der genossenschaftliche ArbeiterInnen ohne Arbeitsrechte rechtlich geschützten LohnarbeiterInnen gegenüberstehen; zum anderen auf das Risiko, dass Genossenschaften sich in Vermittler für die Auslagerung von Arbeitsplätzen verwandeln und auf diese Weise eine strategische Funktion im Prozess des *outsourcing* spielen.

Andererseits sah die CUT, genauer ihre Mehrheitsströmung *Articulação Sindical*, mit der Übernahme des neuen Gewerkschaftsmodells in der solidarischen Ökonomie einen Weg für die Stärkung einer Politik für Arbeit und Einkommen für die informellen oder arbeitslosen ArbeiterInnen sowie deren politische Repräsentation, in den Worten von Reginaldo Sales Magalhães und Remígio Todeschini⁵ (2003: 146):

„Die Rezession und die Restrukturierung der Produktion mit ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben auch starke Auswirkungen auf gewerkschaftliches Handeln, das sie in eine Klemme bringen [...]. Auf der Ebene der Organisation verringert sich die traditionelle Gewerkschaftsbasis und *es wird zwingend notwendig, mit dem informellen Sektor und sogar den Arbeitslosen zu arbeiten*, die einen immer erheblicheren Anteil am realen Arbeitsmarkt haben.“

Die Beschlüsse des 7., 8. und 9. Nationalkongresses enthalten die wesentlichen Handlungsstrategien der CUT im Bereich der solidarischen Ökonomie. Im Beschluss des 7. CONCUR-Kongresses sind konkret die Ziele und Aufgaben der ADS aufgeführt:

„[...] die Schaffung von neuen Möglichkeiten für Arbeit und Einkommen in Organisationen mit solidarischem Charakter und der Beitrag zum Aufbau von Alternativen für soziale und nachhaltige Entwicklung; den Zugang der ArbeiterInnen zu Kredit zu demokratisieren; AgentInnen solidarischer Entwicklung auszubilden; den Zugang der ArbeiterInnen zu Informationen über staatliche Politik, Gesetzgebung und Märkte zu erweitern; technische, juristische und politische Beratung für solidarische Organisationen anzubieten“ (CONCUR 2000: 35).

Die Analyse einschlägiger Beschlüsse und Thesenpapiere der CUT zeigt, dass das Genossenschaftsprojekt sich für den Dachverband als Antwort auf die Arbeitslosigkeitskrise darstellt, die aber zugleich eine Serie von Widersprüchen mit sich bringt. So wurden Projekte einerseits innerhalb einer

5 Remígio Todeschini ist der nationale Koordinator der ADS-CUT.

Strategie zur Schaffung von Arbeit und Einkommen gegründet; andererseits ergeben sich aber Herausforderungen durch den kapitalseitigen Missbrauch der genossenschaftlichen Rechtsform, aber auch dadurch, dass unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten entstehen: die angestellten ArbeiterInnen und die Genossenschaftsmitglieder. Auf den zweiten Sachverhalt zielt die Hauptkritik der oppositionellen Strömungen gegenüber dem Projekt der städtischen Genossenschaften, das von der Mehrheitsströmung der CUT angeführt wird. Dennoch weitet sich das Aktionsfeld der ADS-CUT im ganzen Land aus, wie die Koordinatorin in Bahia, eine ihrer Gründerinnen, darstellte. Die ADS besitzt inzwischen ein nationales Büro und mehrere auf Ebene der Bundesstaaten und Regionen und hat Genossenschaften in städtischen und ländlichen Regionen des Landes organisiert.

Im Bundesstaat Bahia unterstützt die Agentur zahlreiche Unternehmungen, sowohl im Landesinneren als auch in der Hauptstadt Salvador da Bahia. Ende des vergangenen Jahrzehnts existierten in Bahia 60 solidarische Unternehmungen, die von ADS und der genossenschaftlichen Dachorganisation *Unisol* unterstützt wurden. Die Unisol, 2004 durch maßgebliches Betreiben der CUT gegründet, spielt inzwischen die Hauptrolle, wenn es um die Mobilisierung, die Entfaltung von politischem Druck und die politische Vertretung genossenschaftlicher ArbeiterInnen und Mitglieder geht. Gegenwärtig sind, verteilt über alle Bundesstaaten, 800 Genossenschaften und solidarische Unternehmungen Mitglied von Unisol.

Methodologischer Abriss: die Befragten

Als Grundlage für diesen Artikel wurden, wie eingangs erwähnt, 15 solidarische Unternehmungen untersucht, die mit der ADS-CUT Beziehungen unterhielten oder noch unterhalten. Was die Verteilung nach Geschäftszweig anbelangt, kommt der größte Anteil der Fälle mit fünf Genossenschaften aus dem Bereich Recycling. Die übrigen Unternehmungen entstammten den Bereichen Ernährung (3), Kunsthandwerk (3), Ernährung und Kunsthandwerk (1) sowie Schneiderei (3). Mit 69% liegt der größte Teil der Unternehmen in der Stadt Salvador da Bahia. Die übrigen sind verteilt über die Municipien⁶ von Lauro de Freitas, BR-BA, Nova Esperança, BR-BA und Nova Fátima, BR-BA. Die Unternehmungen wurden zu unterschiedlichen Zeiten seit 1996 gegründet. Dies bestätigt die Ergebnisse anderer Studien, wonach ihre Verbreitung eng mit der zunehmenden strukturellen Arbeitslosigkeit während der 1990er Jahre verknüpft ist.

6 Etwa einem deutschen Landkreis entsprechend. BR-BA steht für den Bundesstaat Bahia (Anm. d. Ü.).

Insgesamt wurden 30 ArbeiterInnen aus den solidarischen Unternehmungen, befragt. Beim Profil der Befragten fällt auf, dass 80% weiblich und nur 20% männlich sind. Dies weist darauf hin, dass die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse einige Teile der ArbeiterInnenklasse stärker betrifft als andere: in Brasilien besonders die Frauen, die Schwarzen und die jungen Menschen (Araújo 2007; Druck u.a. 2010; Hirata & Prêteceille 2002). Eine der befragten Gewerkschafterinnen hob hervor, dass die CUT, obwohl sie anerkennt, dass Frauen am meisten vom Prozess der sozialen Prekarisierung der Arbeit betroffen sind, keine spezifische Politik für die genossenschaftlich organisierten Arbeiterinnen der ADS betreibt.

Mit 83% erklärte die klare Mehrheit der Befragten, dass das Hauptmotiv für die Gründung der Unternehmungen die Notwendigkeit war, ein Einkommen zu generieren. Mit Bezug auf die berufliche Laufbahn erklärten 66% der Befragten, vor Eintritt in die Genossenschaft offiziell registriert gearbeitet zu haben. Diese Daten fügen sich in die These ein, laut der Genossenschaften in der Regel für ArbeiterInnen ohne offizielle Arbeit attraktiv sind, d.h. vor allem für Arbeitslose und informell Beschäftigte (Barreto 2005). Angesichts der Schwierigkeiten, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, schließen sich diese der Genossenschaftsbewegung an. Diese Tatsache weist darauf hin, dass die Genossenschaften im Allgemeinen mehr aus unmittelbaren Motiven im Zusammenhang mit dem eigenen Lebensunterhalt als aus ideologischer Affinität oder Verbindung mit den Prinzipien der solidarischen Ökonomie gegründet werden.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass die im Folgenden präsentierten Ergebnisse der Fallstudie aufgrund der nicht-repräsentativen Fallauswahl nicht statistisch zu verallgemeinern sind. Damit beschreiben diese Ergebnisse nicht die Gesamtheit der von der ADS-CUT in Bahia durchgeführten Arbeit (und noch viel weniger in Brasilien).

Fallstudie: Herausforderungen und Perspektiven der ADS-CUT bei der Schaffung von Arbeit und Einkommen

Das Genossenschaftsprojekt der ADS beinhaltet eine Reihe unterschiedlicher Programme: eines für solidarischen Kredit, ein Bildungsprogramm, ein Forschungsprogramm sowie ein Programm zur Bildung und Förderung von Genossenschaften. Diese Programme streben mittels des Genossenschaftswesens die Überwindung der objektiven und subjektiven Begrenzungen an, die mit der kulturellen Erfahrung der ArbeiterInnen und den ökonomischen Beschränkungen der solidarischen Unternehmungen verbunden sind. Unter diesem Gesichtspunkt zielen die Aktionen der CUT auf die Förderung eines

kulturellen Wandels ab, also auf die Änderung des Verhaltens der am Prozess beteiligten Individuen in Verbindung mit ihren beruflichen Fähigkeiten. Für die Zwecke der vorliegenden Analyse liegt das Hauptaugenmerk, wie in der Einleitung beschrieben, auf dem Ansatz der ADS-CUT zur Schaffung von Arbeit und Einkommen.

Marcos Ferraz (2005) argumentiert, dass die Beteiligung des Gewerkschaftsdachverbands an der solidarischen Ökonomie nicht nur als defensive Strategie im Sinne einer simplen Antwort auf die Arbeitslosigkeit verstanden werden dürfe. Vielmehr stelle sie eine Anstrengung zur Schaffung einer nicht nur lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft dar. In diesem Sinn behauptet Ferraz, dass während der 1980er Jahre die lohnbezogene StaatsbürgerInnenschaft im Kontext des fordistischen Musters immer den Rahmen der Kämpfe der CUT dargestellt habe. Dennoch gestand in dieser Lesart die CUT mit der Krise des Fordismus und den hohen strukturellen Arbeitslosenzahlen ein, dass ihr Kampf sich nicht allein auf diesen Rahmen beschränken sollte. Sie schuf deshalb ein Projekt zur nicht lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft mit dem Ziel, die Arbeitslosen durch das Genossenschaftswesen einzubeziehen. Unsere Studie geht in dieselbe Richtung. Dennoch weisen unsere Erkenntnisse zumindest in den 15 untersuchten Unternehmungen auch auf die rückschrittlichen Aspekte der nicht lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft hin, insofern diese zur Verbreitung von prekären Arbeitserfahrungen beiträgt, in denen die ArbeiterInnen nicht einmal ein monatliches Mindesteinkommen zu erzielen vermögen. Darüber hinaus bezieht sich die gewerkschaftliche Arbeit zur Herstellung dieser Form der StaatsbürgerInnenschaft nicht auf eine Klassenperspektive und kann daher nicht als Mittel zur Organisation des Klassenkampfes verstanden werden.

Auch müssen wir festhalten, dass die Umsetzung des Vorschlags der nicht lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft der CUT zu einem Bruch zwischen den Vorstellungen von Arbeit und Arbeitslosigkeit geführt hat, durch den die Arbeitslosen ihre Position als ArbeiterIn und als Klasse in den Hintergrund gestellt sehen. Sie werden als „StaatsbürgerInnen“ oder als „(Genossenschafts-)Mitglieder“ behandelt, nicht als ArbeiterInnen. Nach João Bosco Feitosa dos Santos (2000) muss der Begriff der Arbeitslosigkeit als Negierung der bezahlten Lohnarbeit verstanden werden. Folglich drückt so verstandene Arbeitslosigkeit Respekt gegenüber der „Entbehrung eines Verlangens“ der Arbeiterin/des Arbeiters aus, durch den Verkauf seiner Arbeitskraft die nötigen Mittel für seine Reproduktion zu erlangen. Entsprechend dieser Interpretationslinie verlieren Arbeitslose nicht ihren Charakter als ArbeiterIn, sie können nur ihren Arbeitswunsch nicht realisieren. Das Problem ist, dass das Konzept der nicht lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft die

Arbeitslosen von ihrem Charakter als ArbeiterIn ablöst und sie stattdessen nur noch als „StaatsbürgerInnen“ behandelt werden. So müssen die Arbeitslosen als StaatsbürgerInnen Strategien zur Sicherung ihres Lebensunterhalts entwickeln, die nicht notwendigerweise über die Lohnarbeit führen. Schließlich werden die Arbeitslosen in die Kategorie „StaatsbürgerIn“ subsumiert und mittelbar des juristisch-institutionellen Zugangs zu Arbeitsrecht und Sozialversicherung beraubt. Somit zeigte unsere Feldforschung auch, dass die entwickelten Überlebensstrategien oftmals nicht hinreichend sind, um die wirtschaftliche Sicherheit und Ernährung der assoziierten ArbeiterInnen zu garantieren, wie die folgenden Interviewzitate bestätigen:

„In der ganzen Geschichte der Genossenschaft hat die Bezahlung nicht 150 Real pro Monat erreicht. Ich denke, das liegt daran, dass die Menschen der Arbeit der Genossenschaften kein Vertrauen entgegenbringen. Die Genossenschaften müssen höher wertgeschätzt werden.“ (Beschäftigte solidarische Unternehmung A, weiblich, Schwarze mit abgeschlossener Schulausbildung)

„Ich ziehe eine formelle Lohnarbeit vor. Ich habe schon einige Zeit formell gearbeitet. Da hatte ich meine Rechte, offiziell registriert und alles, nicht wahr? Und wenn ich informell arbeitete, habe ich nichts verdient. Es gibt überhaupt keinen Lohn. Wenn ich formell gearbeitet habe, habe ich besser verdient, konnte bessere Kleidung für meine Kinder kaufen.“ (Beschäftigte solidarische Unternehmung F, weiblich, Schwarze mit unvollständiger Grundschulausbildung).

„[W]enn du heute auf dem Arbeitsmarkt arbeitest, bist du sicher, dass du am Monatsende deinen Lohn bekommen wirst. In der Genossenschaft ist es nicht so. Die Leute wissen, dass du in der Genossenschaft mehr oder weniger als einen Mindestlohn verdienen kannst, und du bist vom offiziellen Markt abgelöst, was ein immenses Opfer bedeutet. Du arbeitest den ganzen Monat in der Genossenschaft. Und nehmen wir an, dass die Genossenschaft nicht genug Überschuss für einen Mindestlohn erzielt [...].“ (Beschäftigter solidarische Unternehmung B, männlich, Schwarzer mit nicht abgeschlossenem Studium).

Die Hoffnungen, die vielfach trotz der vorherrschenden prekären Beschäftigungsformen in die solidarische Ökonomie gesetzt werden – Hoffnungen auf das Einüben von Wissen und Können, auf die Aufrechterhaltung von Netzwerken und, allgemeiner, auf die Konstruktion einer anderen Wirtschaftsweise auf Grundlage von Solidarität und Selbstverwaltung – sehen sich durch diese Untersuchungsergebnisse nicht bestätigt. Die genossenschaftlichen ArbeiterInnen fühlen sich in der Mehrheit der Fälle nicht integriert. Ebensowenig können sie das Minimum für den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien erlangen. Daher verlassen sie die Ideenwelt der „solidarischen Ökonomie“ in dem Moment, in dem sie eine Gelegenheit für den Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt finden. Auf diese Weise stellten

wir in den untersuchten Unternehmungen fest, dass es nicht möglich war, eine neue, auf Selbstverwaltung basierende Kultur der Arbeit zu schaffen.

Das Fehlen einer solchen Kultur in den untersuchten Unternehmungen kann anhand verschiedener Momente belegt werden: sowohl durch die Analyse der von den Genossenschaftsmitgliedern erfahrenen Schwierigkeiten, die Prinzipien des Genossenschaftswesens zu leben, als auch durch die Form der Arbeitsorganisation in den Unternehmungen sowie das Auftreten von Konflikten um die Form der Bezahlung (oder Entnahme von Geld) und die Aufteilung der Überschüsse. Mehr als 80% der befragten Genossenschaftsmitglieder sehen die Genossenschaft daher vorrangig pragmatisch: als eine Organisation, die ihnen Arbeit ermöglicht. Ein weiterer Indikator für das Fehlen einer Selbstverwaltungskultur ist die Reproduktion einer kapitalistischen Logik innerhalb der untersuchten Unternehmungen. In diesem Sinne versichern alle Befragten, dass bei erhöhter Nachfrage die Arbeit in der Genossenschaft intensiviert wird. Die Genossenschaftsmitglieder dehnen folglich ihre Arbeitszeit über das normale Maß von acht Stunden hinaus aus. Alle Befragten gaben zudem an, dass sie in Zeiten sehr großer Nachfrage das Mittel der Auslagerung von Arbeiten an Dritte nutzen, um die mit ihrem Kunden vereinbarten Fristen einhalten zu können. Normalerweise verfügen diese Unternehmungen schon über eine Gruppe von Personen, die in Zeiten einer Nachfragezunahme eingestellt werden:

„[...] [W]ir produzieren, was produziert werden muss, mit den Leuten, die wir zur Unterstützung aus der eigentlichen Genossenschaft zur Verfügung haben und mit Arbeitskräften von außerhalb; normalerweise lagern wir Arbeiten an Dritte aus, wenn wir Kellner oder Kellnerinnen entsprechend der Zahl brauchen, die der Kunde verlangt. [...] [A]uf unsere Aufforderung hin [...] haben diese Kurse bei SENAC belegt, um ein Zeugnis und solche Dinge zu bekommen, alles ganz korrekt, um für uns arbeiten zu können.“ (Beschäftigte solidarische Unternehmung C, weiblich, Schwarze mit nicht abgeschlossenem Studium)⁷

Schließlich hat unsere Feldforschung gezeigt, dass die ADS auf große Schwierigkeiten gestoßen ist, ihr Konzept der Schaffung von Arbeit und Einkommen für die (Genossenschafts-)Mitglieder umzusetzen. Keiner der untersuchten Unternehmungen gelang es, ihre Dienstleistungs- bzw. Produktionsaktivitäten und die damit verbundenen Einkommen kontinuierlich aufrechtzuerhalten. Auch schafften es die (Genossenschafts-)Mitglieder in keinem der Fälle, ein Mindesteinkommen in einer Höhe ähnlich dem Mindestlohn zu erzielen.

7 SENAC: *Serviço Nacional de Aprendizagem Comercial* – Nationaler Ausbildungsdienst für die Handelslehre (Anm. d. Red.).

Das *Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie* (SENAES), das mit dem Ministerium für Arbeit und Beschäftigung Brasiliens verbunden ist, hat in den Jahren 2005-2007 eine Stichprobe zur Kartierung der solidarischen Ökonomie im Land durchgeführt. Diese Studie liefert interessante Daten zur Bezahlung der TeilnehmerInnen, die es uns ermöglichen, die in unserer Studie gesammelten Daten zu kontextualisieren. SENAES stellte fest, dass 2007 in den solidarischen wirtschaftlichen Unternehmungen in Brasilien 1.687.035 ArbeiterInnen beschäftigt waren. Bezüglich der Bezahlung der Beschäftigten hatten in diesem Jahr von insgesamt 21.578 untersuchten Unternehmungen 50% (d.h. 10.872) darüber Auskunft gegeben, dass ihre Mitglieder eine Bezahlung erhalten, 10% hatten erklärt, dass ihre Mitglieder, obwohl beschäftigt, kein Einkommen erzielen konnten und 40% der Unternehmungen wollten diese Frage nicht beantworten (SENAES & MTE 2005a u. b). Unter denen, die Entgelte erhielten, bekamen 38% bis zu einem halben Mindestlohn, 24% zwischen einem halben und einem Mindestlohn, 26% ein bis zwei Mindestlöhne, 10% zwei bis fünf Mindestlöhne und 2% mehr als fünf Mindestlöhne.

Diese Daten weisen auf die Notwendigkeit hin, die Untersuchungsgruppe unserer Studie auszuweiten, um zu überprüfen, ob die in den 15 Unternehmungen vorgefundene Situation auch die übrigen bei der ADS-CUT im Bundesstaat Bahia registrierten solidarischen Unternehmungen prägt. Allerdings ist es in jedem Fall bemerkenswert, dass keine der hier untersuchten Unternehmungen es schaffte, für ihre Mitglieder ein regelmäßiges Monatseinkommen zu erzielen.

Das Dilemma der politischen Repräsentation von genossenschaftlichen ArbeiterInnen

Was ihre Beziehung mit der ADS-CUT anbelangt, versichert lediglich knapp die Hälfte der Befragten, dass sie eine enge Beziehung mit der Agentur pflegen. In der Tat ist die Arbeit der ADS-CUT je nach Sektor unterschiedlich ausgeprägt. Am stärksten ist sie im Sektor Recycling präsent. Von allen untersuchten Geschäftszweigen (s.o.) war Recycling der einzige, in dem es ihr gelungen war, ein Netz von Genossenschaften aufzubauen, das 2010 sechs Unternehmungen umfasste. Dennoch führte die größere Präsenz der ADS-CUT nicht zu einer verbesserten Wirtschaftlichkeit, wie die ArbeiterInnen dieser Unternehmungen angaben. Laut Auskunft einer Mehrzahl der Befragten beschränkte sich ihre Zusammenarbeit mit der Agentur auf Ausbildungskurse. Eine gängige Klage bezog sich dabei auf die Abwesenheit der ADS-CUT am Ort der Unternehmungen selbst. Auf diese Weise

bestätigen die Befragten, dass sie sich von der ADS nicht vertreten fühlten. Selbst die, die an Ausbildungskursen der Agentur teilgenommen hatten, konnten keine Fortschritte bei der politischen Repräsentation erkennen, welche sich die ADS-CUT ursprünglich vorgenommen hatte. Tatsächlich argumentierte der Koordinator der ADS-BA, dass die Agentur mit Blick auf die Konsolidierung der politischen Repräsentation mit anderen Institutionen zusammen die bereits erwähnte Unisol Brasilien gegründet hat. So bleibt die gegenwärtige Arbeit der ADS eher auf die Bildungsarbeit zur technischen Unterstützung der Unternehmungen beschränkt. Sobald sie sich konsolidiert haben, sollen diese dann Mitglied bei Unisol werden.

Der Koordinator der ADS-CUT in Bahia erklärte auch, dass die Arbeit der Agentur Salvador da Bahia und in den urbanen Zentren im Vergleich zu den ländlichen Regionen erst am Anfang stehe. Dies liege daran, dass Genossenschaften und Zusammenschlüsse in ländlichen Regionen historisch gesehen üblicher sind. Ein weiterer erklärender Faktor für das schwache Auftreten der ADS-CUT in den Städten war nach Angaben des Befragten das Fehlen von Ressourcen der Agentur. In ihren ersten Jahren unterzeichnete die ADS-CUT einen Pakt zur Zusammenarbeit mit niederländischen Institutionen, die während dieser Periode die Finanzierung der Arbeit der Agentur garantierten, insbesondere die Bezahlung der ExpertInnen. Nach der Wahl Lulas zum Präsidenten rutschte Brasilien aber auf der Prioritätenliste internationaler Geberinstitutionen nach unten. Der Verlust dieser Finanzierungen führte die ADS in eine Krise, da sich ihre finanziellen Ressourcen reduzierten. Wie der Befragte darlegte, verfügt die Agentur heute für ihre Arbeit über Finanzierung aus dem *Fundo de Amparo ao Trabalhador* (Unterstützungsfonds des brasilianischen Arbeitsministeriums für die ArbeiterInnen) und der staatlichen Bank *Banco do Brasil*. Nichtsdestotrotz wurden die Möglichkeiten zur Anstellung von ExpertInnen für die Arbeit der ADS drastisch reduziert, zumal auch andere Institutionen, welche die solidarische Ökonomie unterstützen, mit der Agentur um die öffentlichen Gelder konkurrieren.

Was Unisol Brasilien anbelangt, wird die Situation noch komplizierter. So versichert die überwiegende Mehrzahl der Befragten, dass ihre Unternehmungen keine Verbindung zu diesem Dachverband haben. Unter den Genossenschaftsmitgliedern, die versicherten, Unisol zu kennen, herrscht die Einschätzung vor, dass vom Dachverband keine Unterstützung zu erwarten ist. Daher fühlen sie sich nicht motiviert, Mitglied der Institution zu werden. Einer der Befragten erklärte beispielsweise, dass Unisol im Bereich Recycling eine Arbeit politischer Repräsentation der genossenschaftlichen Unternehmen im Zusammenhang mit einem „Müllzentrum der BürgerInnen“, wie

es vom Dachverband selbst genannt wird, realisiert hat. Trotzdem haben die Befragten dieser Unternehmung eine negative Einschätzung der Arbeit des Dachverbands, da dieser ihrer Meinung nach vor Ort präsenter und aktiver sein sollte.

Ein Großteil der Befragten versicherte, dass Unisol ebenso wie die Bewegung der solidarischen Ökonomie im ländlichen viel stärker als im städtischen Bereich vertreten ist. Daher bemerken sie in Salvador da Bahia eine Entfremdung zwischen dem Dachverband einerseits und den solidarischen Unternehmungen sowie den assoziierten ArbeiterInnen andererseits. Die Ergebnisse der Studie weisen darauf hin, dass die Hauptschwierigkeiten für die Unternehmungen, Mitglied bei Unisol zu werden, in zwei Bereichen liegen: erstens darin, dass einige Unternehmungen des Sektors nicht offiziell registriert sind, dass sie also aus juristischer Sicht noch nicht als Genossenschaft eingetragen sind, auch wenn sie sich selbst so bezeichnen; und zweitens in der Höhe des Beitrags, der für den Unterhalt von Unisol gezahlt werden muss.

In Bezug auf die Organisationsstruktur und Funktionsweise von Unisol zeigte sich in unserer Feldstudie, dass der Unisol mit den gleichen Fehlern geboren zu sein scheint wie die CUT selbst: einer starken Hierarchisierung und einem hohen Grad der Institutionalisierung. In diesem Sinne legte die Mehrheit der Befragten dar, dass eines der hauptsächlichen Probleme von Unisol ihre Entfremdung vom Ort der Unternehmungen ist. Die Entfremdung zwischen der Unisol und ihrer Basis ist sogar noch größer bei der CUT, da der Dachverband der Genossenschaften und der solidarischen Unternehmungen hinsichtlich Größe und ökonomischer Kapazität nicht den gleichen Verwaltungsapparat wie die CUT besitzt. Somit gelingt es der Unisol nicht, ihre Arbeit zu technischer, ökonomischer und juristischer Unterstützung vollumfänglich durchzuführen. Darüber hinaus sind die Mitglieder der Mitgliedsorganisationen von Unisol Brasilien im Allgemeinen technisch nicht qualifiziert genug, um die Unternehmen zu begleiten und ihren Bedürfnissen zu entsprechen, was den Dachverband abhängig von externen BeraterInnen macht. Normalerweise verfügen diese BeraterInnen über eine spezifische Ausbildung (Buchhaltung, solidarische Ökonomie, Verwaltung, Soziologie, Sozialarbeit, Jura usw.) und werden von Unisol Brasilien angestellt. Da die Mitgliedsbeiträge zur Finanzierung der Arbeit unzureichend sind, hängt die Aufrechterhaltung der Verträge von der Erlangung externer Finanzierung durch Partnerschaften mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ab.

Zusammengefasst gesprochen zeigen die Befragten auf, wie das Fehlen finanzieller Ressourcen und eines starken Verwaltungsapparats wie auch das Fehlen technischer Qualifikation bei den Mitgliedsorganisationen – das

seinerseits den Prozess der Anstellung von BeraterInnen zu einem zentralen Element für die Arbeit macht – den Grad der Bürokratisierung von Unisol verstärkt.

Schlussfolgerungen

Wie wir gesehen haben, haben die Deregulierung des Arbeitsmarkts, die strukturelle Arbeitslosigkeit und die neuen Beschäftigungsformen zusammen mit dem neuen Entwicklungsmodell Brasiliens die brasilianische Gewerkschaftsbewegung vor schwerwiegende Herausforderungen gestellt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist die Gewerkschaftsbewegung dazu übergegangen, neue Agenden und Praktiken, die früher vernachlässigt worden waren, zu übernehmen, so auch im Bereich der solidarischen Ökonomie. Bezüglich dieses Bereichs betrachtet die CUT das Genossenschaftswesen als einen Weg, um den Forderungen nach Schaffung von Arbeit und Einkommen sowie nach politischer Repräsentation der informellen ArbeiterInnen und Arbeitslosen zu nachzukommen. In diesem Sinne hat die CUT ab 1999 mit der Gründung der ADS eine Serie von Aktivitäten entwickelt. Wenn auch die Aktivitäten der CUT im Bereich der solidarischen Ökonomie auf der einen Seite die Anstrengungen des Dachverbands gezeigt haben, sich mit der prekären Situation der informellen ArbeiterInnen und Arbeitslosen auseinanderzusetzen, zeigte die hier gerafft präsentierte Feldstudie, dass noch viel zu tun bleibt. Aufmerksamkeit erregt dabei vor allem die Tatsache, dass es keines der untersuchten Unternehmen vermag, Dienstleistungen oder Produktion kontinuierlich aufrechtzuerhalten und so den (Genossenschafts-) Mitgliedern ein reguläres, regelmäßiges Einkommen zu bieten.

In Bezug auf das Dilemma der politischen Repräsentierung ist hervorzuheben, dass die Existenz von Unisol als Dachverband der solidarischen Unternehmungen extrem positiv ist. Ohne Zweifel war der Beitrag von ADS-CUT zum Aufbau von Unisol Brasilien in politischer Hinsicht das Hauptergebnis. Dennoch zeigte die Feldstudie, dass die ADS-CUT und die Unisol Brasilien bei der Vertretung der Forderungen der (Genossenschafts-) Mitglieder auf gewichtige Hindernisse stoßen. Eine der Hauptherausforderungen, denen die beiden Institutionen gegenüberstehen, ist die Notwendigkeit, mit der Entfremdung vom Arbeitsort der (Genossenschafts-) Mitglieder zu brechen. Darüber hinaus verstärken das Fehlen finanzieller Ressourcen und die Abwesenheit eines starken Verwaltungsapparats diese Entfremdung der Führung der Institutionen von ihrer Basis.

Selbstverständlich können die Ergebnisse der empirischen Studie nicht auf die Gesamtgruppe der von ADS-CUT begleiteten und von Unisol Brasilien

repräsentierten Unternehmungen verallgemeinert werden – und noch viel weniger auf die Gesamtheit der mit der solidarischen Ökonomie verbundenen Unternehmungen. Trotzdem können wir einerseits schlussfolgern, dass die Integration des Modells der solidarischen Ökonomie die Anstrengungen der CUT dokumentiert, auf Problematiken wie Massenarbeitslosigkeit sowie die fehlende politische Repräsentation der informellen ArbeiterInnen und Arbeitslosen einzugehen. Andererseits besteht weiterhin die Herausforderung, diese Anstrengungen effektiver zu machen, wie wir in unserer Untersuchung der konkreten Erfahrungen der gemeinschaftlichen Arbeit in den von ADS-CUT und Unisol Brasilien unterstützen Unternehmungen feststellen konnten.

Übersetzung aus dem Brasilianischen: Ernst Müller

Literatur

- Alves, Giovanni (2000): „Do ‘novo sindicalismo’ à ‘concertação social’ . Ascensão (e crise) do sindicalismo no Brasil (1978-1999)“. In: *Revista de Sociologia e política*, Nr. 15, S. 111-124, <http://dx.doi.org/10.1590/S0104-44782000000200008>.
- Alves, Giovanni (2002): „Trabalho e sindicalismo no Brasil. Um balanço crítico da ‘década neoliberal’ (1990-2000)“. In: *Revista de Sociologia e Política*, Nr. 19, S. 71-94, <http://dx.doi.org/10.1590/S0104-44782002000200006>.
- Antunes, Ricardo (1997): *Adeus ao trabalho? – Ensaio sobre as metamorfoses e a centralidade do mundo do trabalho*. 3. Aufl., São Paulo, BR-SP.
- Araújo, Angela (2007): *Trabalho, precarização e relação de gênero em tempos de flexibilização e reestruturação produtiva*. XIII Congresso Brasileiro de Sociologia (29/05-01/06 2007). Recife, BR-PE.
- Barreto, Theo da Rocha (2005): *Trabalhadores informais e desempregados: a precarização como homogeneização ‘sui generis’ na formação dos ‘sem emprego’ . Um estudo sobre a trajetória de trabalhadores informais e desempregados na RMS, no final do século XX*. (Tese de mestrado) do Programa de Pós-graduação em Ciências Sociais, Universidade Federal da Bahia, Salvador, BR-SP.
- CONCUT – Coordenação Nacional do 7º CONCUT (1997): *Resoluções e imagens do 6º Congresso Nacional da CUT*. Ohne Ort.
- CONCUT – Coordenação Nacional do 7º CONCUT (2000): *Resoluções e imagens do 7º Congresso Nacional da CUT*. Ohne Ort.
- CONCUT – Coordenação Nacional do 9º CONCUT (2006): *Trabalho e Democracia. Emprego, renda e direitos para todos os trabalhadores e trabalhadoras*. Resoluções do 9º Congresso Nacional da CUT, <https://www.cut.org.br/system/uploads/document/89c082842a387138814fd152d5f00c73/file/9-congresso-nacional-da-cut-9-concut-05-a-09-06-2006.pdf>, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- D’Araújo, Maria Celina (2009): *Os ministros da Nova República. Notas para entender a democratização do poder executivo*. http://www.escoladegestao.pr.gov.br/arquivos/File/Material_%20CONSAD/paineis_II_congresso_consad/painel_60/os_ministros_da_nova_republica.pdf, letzter Aufruf: 15.7.2016.

- Druck, Graça (1996): „Globalização, reestruturação produtiva e movimento sindical“. In: *Caderno CRH*. Nr. 24/25, S. 21-40, Salvador. www.cadernocrh.ufba.br.
- Druck, Graça (1999): *Terceirização: (des)fordizando a fábrica – um estudo do complexo petroquímico de Camaçari*. Campinas, BR-SP.
- Druck, Graça; Luiz Paulo Jesus de Oliveira & Selma Cristina Silva de Jesus (2010): „Precarização social do trabalho no Brasil. O caso da vulnerabilidade dos jovens e dos sindicatos“. In: Braga, Thaiz; Francisco Vidal & Laumar Neves (Hg.): *Trabalho em questão*. Salvador, BR-BA.
- Ferraz, Marcos (2005): *Da cidadania salarial à Agência de Desenvolvimento Solidário: o Sindicalismo-CUT e os desafios para inventar uma nova cidadania*. Tese doutorado, Programa de Pós-Graduação em Sociologia da Faculdade de Filosofia, Letras e Ciências Humanas da Universidade de São Paulo, São Paulo, BR-SP.
- Filgueiras, Luiz (2006): „O neoliberalismo no Brasil: estrutura, dinâmica e ajuste do modelo econômico“. In: Basualdo, Eduardo M.; Arceo, Enrique: *Neoliberalismo y sectores dominantes. Tendencias globales y experiencias nacionales*. Buenos Aires.
- Filgueiras, Luiz (2013): „A natureza do atual padrão de desenvolvimento brasileiro e o processo de desindustrialização“. In: *Coleção Pensamento Crítico*, Bd. 4, S. 1-62.
- Galvão, Andréia (2003): *Neoliberalismo e reforma trabalhista no Brasil*. Tese doutorado, Departamento de Ciência Política do Instituto de Filosofia e Ciências Humanas da Universidade Estadual de Campinas Campinas, BR-SP.
- Hirata, Helena, & Edmond Préteceille (2002): „Trabalho, exclusão e precarização socioeconômica – o debate das ciências sociais na França“. In: *Caderno CRH*. Salvador, Bd. 5, Nr. 37, S. 47-80, <http://www.cadernocrh.ufba.br/include/getdoc.php?id=940&article=130&mode=pdf>, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- Krein, José Dari (2013): „As transformações do mundo do trabalho e as tendências das relações de trabalho na primeira década do século XXI“. In: *Revista NECAT*, Bd. 2, Nr. 3, S. 6-25, <http://incubadora.periodicos.ufsc.br/index.php/necat/article/view/2785/3313>, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- Magalhães, Reginaldo Sales, & Remígio Todeschini (2003): „Sindicalismo e economia solidária. Reflexões sobre o projeto da CUT“. In: Singer, Paul; André Ricardo de Souza (Hg.). *A economia solidária no Brasil. A autogestão como resposta ao desemprego*. 2. Aufl., São Paulo, BR-SP, S. 135-158.
- Noronha, Eduardo G. (2009): „Ciclo de greves, transição política e estabilização. Brasil, 1978-2007“. In: *Lua Nova*, Nr. 76, S. 119-168, <http://www.scielo.br/pdf/ln/n76/n76a05.pdf>, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- Pochmann, Márcio; Reginaldo Muniz Barreto & Sérgio Eduardo Arbulu Mendonça (1998): „Ação sindical no Brasil. Transformações e perspectivas“. In: *São Paulo em Perspectiva*, Bd. 12, Nr. 1, S. 10-23.
- Rodrigues, Iram Jácome; Mario Henrique Guedes Ladosky (2015): „Paradoxos do sindicalismo brasileiro. A CUT e os trabalhadores rurais“. In: *Lua Nova*, Nr. 95, S. 87-142, <http://dx.doi.org/10.1590/0102-6445087-142/95>.
- Rodrigues, Leônicio Martins (1998): „O declínio das taxas de sindicalização. A década de 80“. In: *Revista Brasileira de Ciências Sociais*. Bd. 13, Nr. 36, <http://www.scielo.br/pdf/rbcsoc/v13n36/36leoncio.pdf>, letzter Aufruf: 15.7.2016, <http://dx.doi.org/10.1590/S0102-69091998000100003>.
- Santos, Boaventura de Sousa (2002) (Hg.): *Produzir para viver. Os caminhos da produção não capitalista*. Rio de Janeiro, BR-RJ.
- Santos, João Bosco Feitosa dos (2000): *O avesso da maldição do Gênesis. A saga de quem não tem trabalho*. São Paulo, BR-SP.

- Singer, Paul (2002): „A recente ressurreição da economia solidária no Brasil“. In: Santos 2002, S. 81-129.
- SENAES – Secretaria Nacional de Economia Solidária & MTE – Ministério do Trabalho e Emprego (2005a): *Atlas da Economia solidária no Brasil (2005)*. http://base.socioeco.org/docs/sies_atlas_parte_1.pdf, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- SENAES – Secretaria Nacional de Economia Solidária & MTE – Ministério do Trabalho e Emprego (2005b): *Programas e ações de apoio à economia solidária e geração de trabalho e renda no âmbito do governo federal*. Brasília. http://www.economiaviva.com.br/sites/default/files/Geracao_Trabalho_Renda.pdf, letzter Aufruf: 15.7.2016.

Anschrift der Autorin:

Selma Cristina Silva de Jesus

selmacsj@gmail.com

Diskussion

Ralf Ruckus

Arbeitskämpfe, Organisationsprozesse und Repression in China Interview über neuere Trends*

China erlebte während des raschen ökonomischen Wachstums von mehr als zwei Jahrzehnten einen Anstieg an Arbeiter*innen-Unruhen, zuerst unter der Arbeiterklasse der Staatsbetriebe mit einem Höhepunkt Ende der 1990er Jahre, und dann noch schneller seit Mitte der 2000er Jahre. Damals wurde deutlich, dass sich eine neue Klasse von Wanderarbeiter*innen zusammen fand, die taktische und organisatorische Erfahrungen in der Konfrontation mit in- und ausländischem Kapital sammeln konnte. Das Regime der *Kommunistischen Partei Chinas* (KPCh) reagierte auf die jüngeren Herausforderungen im Arbeitsbereich mit einer Doppelstrategie: Es gab materielle Zugeständnisse; gleichzeitig wurden alle formellen Organisationsansätze von Beschäftigten in sämtlichen Unternehmen, Industrien und Regionen unterdrückt. Die ökonomische Krise und der Niedergang seit dem Ende der 2000er Jahre – in China und global – führte zu härteren Konfrontationen.¹ Während die Erwartungen der Arbeiter*innen hinsichtlich materieller Verbesserungen hoch blieben, hat sich der Spielraum für materielle Zugeständnisse seitens des Kapitals eingengt. Dies führte zu zunehmender Frustration und der Ärger auf Seiten der Arbeiter*innen und zu einer dauerhaft hohen Zahl von sozialen Kämpfen. Das KPCh-Regime fürchtet die weitere Eskalation dieser Kämpfe und intensivierte die Unterdrückung von Arbeiteraktivist*innen und Arbeiter*innen. Das folgende Interview soll verschiedene Aspekte des derzeitigen Standes der Klassenkonflikte in China beleuchten. Es wurde mit einer Person geführt, die die sozialen Kämpfe in China aus der Nähe beobachtet; sie bleibt anonym, um Vergeltungsmaßnahmen zu vermeiden. Dank an alle, die beim Interview halfen und Quellen, Links und Kommentare in den Fußnoten hinzuzufügen.

* Die englische Originalfassung des Interviews findet sich unter <http://www.gongchao.org/en/texts/2016/interview-labor-struggles>. Der Autor ist über die *gongchao*-Redaktion erreichbar: <http://www.gongchao.org/>.

1 Zum ökonomischen Niedergang und speziell zur fallenden Profitrate in China s. Li 2016: 79-103, sowie die Rezension dieses Buches und ein Interview mit Li Minqi in: Ruckus 2016b.

Frage: *Die Streikwelle in 2010 war ein erster Höhepunkt von Arbeiterunruhen durch die Klasse der Wanderarbeiter*innen in China.*² *Wie entwickelte sich die Zahl der Streiks seitdem?*

Antwort: Es gibt gute Gründe zu glauben, dass das Niveau des Protests der Arbeiter*innen durchweg recht hoch geblieben ist und die Zahlen bis zu diesem Jahr angestiegen sind:

- Grobe Schätzungen chinesischer Wissenschaftler*innen geben für 2009 an, dass Arbeiter*innen verantwortlich waren für ca. 30.000 der „Massenvorfälle“ – ein Sammelbegriff für Unruhen, der von Funktionär*innen gebraucht wird und Streiks, Demonstrationen, Straßenblockaden und andere Formen kollektiver Aktionen beinhalten kann.³ Das bedeutet, dass es in diesem Jahr täglich mehr als 80 solche Vorfälle in ganz China gab. Damit ist allerdings noch nichts über die räumliche Verteilung, die Verteilung auf Branchen oder andere wichtige Aspekte der einzelnen Ereignisse gesagt.
- Projekte wie die Streik-Karte des *China Labour Bulletin* (CLB)⁴ oder die Webseite „China Strikes“ von Manfred Elfstrom⁵ zeigen durch das Sammeln von Einzelfällen Schnappschüsse längerer Trends. Die Zahlen des CLB beginnen z.B. mit ein paar Hundert im Jahr 2011 und stiegen dann Jahr für Jahr deutlich bis auf annähernd 3.000 im Jahr 2015 an – aber das ist nur die Zahl der Vorfälle, die zur Aufnahme ausgewählt wurden.
- Die wichtigste Quelle des CLB, *News Worth Knowing Blog*, die den Berichte von Protesten in China in sozialen Medien nachgeht⁶, erwähnt vier bis fünfmal mehr Arbeitsvorfälle als vom CLB berichtet werden, z.B. über 10.000 Vorfälle von Arbeiter*innen-Streiks und Protesten

2 Für eine Beschreibung der Streikwelle von 2010 in China s. z.B.: Butollo & ten Brink 2012.

3 Obwohl die chinesische Regierung nicht mehr umfassende Statistiken über die Zahl der Massenvorfälle im Land für jedes Jahr publiziert, wurden, basierend auf partiell zugänglichen Daten, für 2009 für ganz China ca. 90.000 Massenvorfälle geschätzt, die große Mehrheit davon wurde durch spezifische Verletzungen der Rechte von Personen ausgelöst. Es wird weiterhin geschätzt, dass ungefähr ein Drittel dieser Proteste mit Arbeitsbeziehungen zusammenhängt. Das ergibt die Zahl von Streiks und kollektiven Arbeiterprotesten in 2009 von ca. 30.000, s. http://www.clb.org.hk/sites/default/files/archive/en/share/File/research_reports/unity_is_strength_web.pdf. Das Verhältnis von ungefähr einem Drittel Arbeiter*innen-Protesten zu Massenvorfällen scheint „stabil“ zu sein. Yu Jianrong (2008) argumentiert, dass es zwischen 1193 und 2005 ca. 30% Proteste im Zusammenhang mit Arbeiter*innen gab und Andrew Wedeman (2009) schätzt 36,5% für die Periode 1990 bis 2008.

4 S. <http://strike.map.clb.org.hk/strikes/en>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

5 S. <https://chinastrikes.crowdmap.com>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

6 S. <https://newsworthknowingcn.blogspot.de>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

allein im Jahr 2015, was einen Anstieg der Proteste gegenüber 2014 von 30% bedeutet.

- Eine neuere Zahl aus offiziellen Statistiken liegt bei knapp über 11.000 „Vorfällen“ – wiederum Arbeiter*innenproteste, Streiks und Demonstrationen – von Wanderarbeiter*innen allein in den ersten neun Monaten 2015. Das bedeutet einen Anstieg von 34% gegenüber dem Vorjahr.⁷

Während es unmöglich ist, den aktuellen Umfang und das Ausmaß dieser Proteste, die aus den chinesischen sozialen Medien gesammelt wurden, zu überprüfen, kann der Blick auf die Trends und qualitativen Eigenschaften ein ziemlich umfassendes Bild zeichnen.

Kannst du eine Standardkurve ausmachen, etwa Trends oder jährliche Hochphasen von Kämpfen?

Es gibt immer große Wellen von Unruhen in den Monaten vor dem chinesischen Neujahrsfest, zentriert um die Bauindustrie, speziell beim Bau teurer Immobilienprojekte: Luxus-Apartments und ganze Wohnkomplexe, die von Bauentwicklungsgesellschaften erstellt werden. Bauarbeiter*innen – meistens Männer, auch wenn die Zahl der Frauen steigt – werden generell mit einer einzigen Pauschalsumme zu Jahresende oder nach Fertigstellung des Projektes bezahlt. Das kann ein Jahr oder möglicherweise zwei oder drei dauern. Die Arbeiter*innen leben dann von niedrigen Lebenshaltungszuschlägen für ihre täglichen Kosten. Wenn ein Projekt fertiggestellt ist und die große End-Auszahlung ansteht, werden die Arbeiter*innen manchmal um den Lohn geprellt, weil z.B. ein Projektentwickler während der Zeit in finanzielle Schwierigkeiten geriet oder ein Vertragspartner Mittel entwendete oder einfach verschwand, ohne die Arbeiter*innen zu bezahlen. So protestieren Bauarbeiter*innen fast ständig wegen Lohnrückständen. Die meisten Wanderarbeiter*innen fahren nur einmal im Jahr anlässlich des chinesischen Neujahrsfestes nach Hause, und sie rechnen damit, große Geldbeträge in ihre Heimatorte auf dem Land mitbringen zu können. Wenn sich das Neujahrsfest nähert, beginnen sich die Arbeiter*innen Gedanken zu machen, ob sie Geld haben werden, das sie mit nach Hause bringen können – wenn sie

7 S. den Blog „Labouring in China“: <http://labouringchina.com/2016/03/03/how-many-labour-protests-in-2015>, letzter Aufruf: 24.6.2016. Wie Zahlen des Ministeriums für Humanressourcen und Soziale Sicherheit zeigten, erreichte während der ersten neun Monate des vergangenen Jahres die Anzahl der „Vorfälle“ in Verbindung mit Lohnausfällen bei Wanderarbeiter*innen 11.007 – ein Anstieg von 34% gegenüber demselben Zeitraum des Jahres 2014, s. http://news.xinhuanet.com/english/2016-01/19/c_135021257.htm, letzter Aufruf: 24.6.2016.

in Schwierigkeiten geraten, haben manche noch nicht einmal genug Geld, um sich die Fahrkarte nach Hause zu leisten. So protestieren in den Monaten vor dem Neujahrsfest unzählige Wanderarbeiter*innen, um die ihnen geschuldeten Löhne zu bekommen. Zahlt ein Boss nicht, blockieren die Arbeiter*innen eine Straße, marschieren mit Transparenten und protestieren vor Regierungsgebäuden, um ihr Geld einzufordern. Die Nervosität der Lokalverwaltungen steigt um diese Jahreszeit, und sie werden von Beschwerden von Arbeiter*innen wegen Lohnrückständen überschwemmt. Manchmal setzen sich die Behörden gegen die Lohnrückstände ein oder helfen Wanderarbeiter*innen mit Hotlines und öffentlichen Dienstleistungen, und manche Lokalverwaltungen halten sogar Mittel vor, um den Arbeiter*innen direkt einen Teil oder die gesamten ihnen geschuldeten Beträge zu bezahlen, aber es ist nie genug, um massive Unruhen einzudämmen.⁸

Einige andere Trends scheinen unmittelbar mit Nachrichten über neue breitere politisch-ökonomische Tendenzen zusammenzuhängen. Als die Reform der Staatsunternehmen in der Kohle- und Stahlindustrie sowie in anderen Branchen bevorstand, kam es zu einem Anstieg von Unruhen in Staatsbetrieben der Schwerindustrie, als die Unternehmen Einschnitte vornahmen und versuchten, Arbeitskräfte loszuwerden und Produktionslinien zu schließen. Ferner kommt es verstärkt zu Betriebsschließungen, Entlassungen und anderen Zeichen von finanziellen Schwierigkeiten in Industrieunternehmen, insbesondere in den traditionellen Produktionssektoren im Perlfuss-Delta und am unteren Yangtse. Das wurde besonders vor und speziell nach dem chinesischen Neujahrsfest deutlich, wobei eine erhebliche Anzahl von Unternehmen aus Hong Kong und Taiwan betroffen war.

Von eher fundamentaler Art sind bestimmte Aktionsformen von Arbeiter*innen in spezifischen Industriezweigen mit ihren typischen Forderungen. So nehmen kollektive Aktionen in der Produktionssphäre die Form einer Mischung aus Streiks und Demonstrationen an; dabei geht es oft um Lohnrückstände, aber immer mehr auch um Sozialleistungen. In den meisten Fällen werden sie eher dadurch ausgelöst, dass Unternehmen ihre rechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllen, als dass die Arbeiter*innen mehr als das gesetzliche Minimum verlangten. Entgegen der Annahme, die Arbeiter*innen kämpften heute generell gegen ein Übermaß an Arbeit und niedrige Löhne (was vorkommt), treten sie speziell bei der gegenwärtig lahmen Wirtschaft oft in Aktion, um *mehr* Überstunden zu fordern oder gegen die *Reduzierung* ihrer Arbeitszeit zu protestieren.

8 Für eine detaillierte Analyse des Lebens und der Kämpfe der Bauarbeiter*innen in China s. Pun & Lu 2010; für die deutsche Übersetzung s. http://duepublico.uniduisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-26911/04_Pun_Ngai.pdf, letzter Aufruf: 24.6.2016.

Während die Volkswirtschaft durch neuere, anspruchsvollere Branchen überzogen wird – Mobiltelefone gegenüber T-Shirts –, sind die alten Branchen wie die Textilindustrie weiter vorhanden und geraten oft in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Dies erhöht das Protestpotenzial. Um mit Missverständnissen aufzuräumen, die meisten Unruhen gebe es in großen ausländischen oder in staatseigenen Unternehmen, muss betont werden, dass die meisten kollektiven Aktionen in kleinen oder mittleren chinesischen Firmen stattfinden. Ausländische Nachrichtenagenturen klammern sich besonders an auffällige Streiks in staatseigenen oder ausländischen Unternehmen, die manchmal groß und spektakulär sind. Diese sind jedoch nicht repräsentativ für allgemeine Trends bei Arbeiter*innen-Unruhen.

Es gibt auch interessante, allerdings recht kleine Trends, etwa die Art und Weise, wie sich Unruhen in andere Branchen – etwa bei Dienstleistungen (Restaurants, Bars und Hotels mit einer Mehrheit weiblicher Arbeitskräfte), Bildung (Lehrpersonal, von der Vorschule bis zur Universität wiederum meistens Frauen) und selbst im Öffentlichen Sektor (verschiedene Regierungsangestellte z.B. aus Institutionen, die mit Transport zu tun haben) – entfalten. Lehrer*innen demonstrieren oder streiken etwa vor Regierungsgebäuden oft wegen geringer Bezahlung, dem Ausbleiben von Leistungen, auf die sie rechtlich Anspruch haben, oder für Sozialleistungen und die Forderung, in den Staatsdienst übernommen zu werden. Und Taxifahrer*innen streikten und demonstrierten im vergangenen Jahr vor Regierungsgebäuden wegen der Konkurrenz illegaler Taxis und zunehmend auch gegen die Taxivermittlungs-Apps. Die Proteststimmung hat sich nicht nur unter den Taxifahrer*innen selbst verbreitet, sondern auch unter den Fahrer*innen, die sich ihre Fahrten über eine App vermitteln lassen. Dies führt manchmal zu gewalttätigen Konfrontationen unter den Fahrer*innen.

*Du erwähnst Arbeiter*innen in staatlichen Unternehmen. Der Höhepunkt ihrer Kämpfe fiel in die späten 1990er und frühen 2000er Jahre. Wie war dies in den letzten Jahren?*

Vor allem geschehen all diese Dinge noch, aber nicht in dem massenhaften Ausmaß wie in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren.⁹ Heute befinden sich besonders im Nordosten Chinas viele große Staatsbetriebe oder kürzlich privatisierte ehemalige Staatsbetriebe der Stahl-, Kohle- oder anderen Branchen in ernsthaften Schwierigkeiten, speziell in den vergangenen Monaten mit fallenden Rohstoffpreisen und noch mehr den Reformen, zu denen diese

9 Für eine Darstellung des Widerstands der „alten“ Arbeiter*innenklasse seit den 1990er Jahren s. <http://www.gongchao.org/en/unrestin-china/urban-state-workers>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

schwer verschuldeten Unternehmen gezwungen sind. Viele Kohlegruben oder Stahlwerke schließen, und manche Orte werden zu Geisterstädten.¹⁰ Es gibt einige meist große Proteste von entlassenen Arbeitskräften – oder solchen im „internen Ruhestand“ – für Sozialleistungen. Diese Arbeiter*innen sind irgendwie um die ihnen zustehenden Leistungen, Anteile oder andere Anrechte betrogen worden, die ihnen vom staatlichen System versprochen worden waren.

In einem Industriegebiet im Huangpu-Distrikt von Guangzhou gab es neulich einen Streik bei dem großen staatlichen Stahlhersteller *Ansteel* gegen Reformen im Lohngefüge, die die Arbeiter*innen dazu zwingen sollen, ihren Job freiwillig aufzugeben, ohne dafür eine Abfindung zu erhalten. Ungefähr eine Woche, nachdem dieser Streik beendet war, brach fünf Kilometer entfernt ein weiterer großer Streik bei dem US-amerikanischen Autoteilehersteller Delphi aus, an dem sich 2.000 Arbeiter*innen beteiligten. Die Arbeiter*innen wussten voneinander, unterstützten sich im Prinzip, aber hatten doch keine wirkliche Verbindung zu den Arbeiter*innen, die nur ein paar Kilometer weg waren!

Arbeiter*innen-Unruhen brechen in Industriegebieten ständig aus, aber selten verbreiten sie sich von Fabrik zu Fabrik oder geraten in den Blick derer, die in den städtischen Zentren leben. In diesem Fall wurden die erwähnten Streiks aktiv durch eine große Zahl von Polizisten auf das Fabrikgelände beschränkt. Die Arbeiter*innen riskieren viel eher Repression und Festnahme, wenn sie während eines Streiks oder einer Protestaktion das Fabrikgelände verlassen. Wer die Nachrichten nicht online verfolgte, hatte in Guangzhou praktisch keine Möglichkeit, diese wichtigen Ereignisse in der unmittelbaren Nachbarschaft wahrzunehmen. Von diesen Ereignissen wurde in den offiziellen Medien nicht berichtet (hartnäckige Reporter wurden vor den Toren von *Ansteel* abgewiesen), und nur kleine *WeChat*- oder *Weibo*-Plattformen berichteten davon.

Neuerdings nehmen viele lokale WeChat-Plattformen die Informationen über Arbeiter*innen-Unruhen auf, wenn sie sich ereignen. Diese Plattformen beginnen damit, schockierende Nachrichten über Ereignisse in der eigenen Nachbarschaft zu verbreiten, und berücksichtigen am Ende auch manchmal Arbeiter*innen-Streiks und -Proteste. Sie sind damit eines der wenigen Kommunikationsmittel, die Informationen über Arbeiter*innenproteste an die allgemeine regionale Bevölkerung weitergeben.

10 S. <http://www.theguardian.com/world/2016/jan/22/chinese-steel-production-abandoned-mills-broken-lives>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

*Gibt es ein regionales Muster, was die Typen von Arbeiter*innen, Branchen, Berufen, Eigentumsverhältnissen an den Unternehmen, Beschäftigungsstatus angeht?*

Unruhen unter Bauarbeiter*innen sind überall dort verbreitet, wo es große Wohnungsbauten gibt, und das gilt für viele große Städte in ganz China. Daher beobachten wir viele Unruhen in Henan, Sichuan und sogar in Regionen, die weiter von der Ostküste entfernt liegen, wie Ningxia oder Yunnan. Regional konzentrieren sich viele industrielle Unruhen auf das Yangtse- und das Perlflossdelta, aber langsam verlagert sich ein Teil ins Binnenland.

Es gibt tatsächlich Anzeichen, dass die Verlagerung der Produktion weiter ins Landesinnere Auswirkungen auf die Organisationsprozesse und die Proteste der Arbeiter*innen gehabt haben, die positiv zu bewerten sind. Im Fall von *Foxconn* gab es an vielen Standorten in Shenzhen über viele Jahre hinweg keine kollektiven Aktionen, weil die Fabrik große Anstrengungen unternahm, Arbeiter*innen voneinander zu trennen, die denselben lokalen Dialekt sprachen – man gab ihnen unterschiedliche Unterkünfte, unterschiedliche Schichten und verschiedene Arbeitsplätze in der Fabrik. Sobald Foxconn Produktion in andere Teile des Landes wie Henan verlagerte, brachen Unruhen, die dadurch begünstigt wurden, dass die Arbeiter*innen denselben Dialekt sprachen, aus.¹¹ Zudem weisen manche Studien darauf hin, dass die Unruhen in Inlandprovinzen wie Sichuan in den letzten fünf Jahren schneller angestiegen sind als in traditionellen Protest-Zentren wie Guangdong.

11 S. folgenden Artikel zu Foxconn: <http://www.lrchina.org/detail.asp?menu=%E5%B7%A5%E4%BA%BA%E9%9B%86%E4%BD%93%E8%A1%8C%E5%8A%A8&id=359>, letzter Aufruf: 24.6.2016; für mehr Informationen über Foxconn s. die Zusammenstellung von Texten in <http://www.gongchao.org/en/slaves-struggles>. Zum Zusammenhalt unter den Arbeiter*innen durch ihren Dialekt: Wie ein Arbeiter, der von Shenzhen in seine Heimatstadt in Henan versetzt wurde, erklärte, ist es nicht der Dialekt der Provinz, der die Arbeiter*innen verbindet. Als er in seine Provinz zurückgekehrt war, basierte die Solidarität mehr auf lokalisierten Unterscheidungen. In diesen Inlandgebieten kommt es eher vor, dass ganze Familien oder Gruppen von alten Freunden zusammenarbeiten, und landsmannschaftliche Gruppen sind verbreitet. Z.B. können Arbeiter*innen ihre Kumpels ansprechen und sich nach der Arbeit treffen, um den Vorarbeiter oder die Vorarbeiterin zu verprügeln, der oder die sie beleidigte. Arbeitende sind weniger diszipliniert, und es kommt eher zu dieser Art von rowdyhafter Vergeltung und Widerstand als in Shenzhen. Außerdem ist in Shenzhen der „Dialekt“ als solcher kein Hemmnis mehr für Solidarität. Alle können einander verstehen und die Bindung zwischen *laoxiang* (老乡, Leute aus derselben Region), die denselben Dialekt sprechen, ist nicht mehr so stark.

Kennst du Beispiele für Kämpfe von Arbeitskräften, die durch Agenturen auf Zeit vermittelt wurden?

Die Beteiligung solcher Arbeitskräfte an Arbeitskämpfen ist verbreitet, vor allem im staatseigenen Sektor, wo der Missbrauch von durch Agenturen vermittelten Arbeitskräften in den letzten Jahren am notorischsten war, wie auch in der privaten und staatlichen Bauindustrie. Es gibt einige kleine, aber beachtenswerte Unruhen studentischer Praktikant*innen, die zur Arbeit in Unternehmen rekrutiert wurden.¹² Studentische Arbeiter*innen spielten auch eine Schlüsselrolle bei dem mittlerweile berühmten Streik bei Foshan Honda.¹³ Doch ist Prekarität tatsächlich eine fast allgemeine Situation für Arbeiter*innen in China. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter*innen in der Bauindustrie arbeitet z.B. ohne Vertrag, obwohl seit Jahren Gesetze und Verordnungen erlassen wurden, die speziell dieses Problem lösen sollen.

*Wie änderten sich die Organisationsmuster der Arbeiter*innen in den letzten Jahren? Meinst du, dass bestimmte Kämpfe „ansteckend“ waren, also andere in ihrem Protestverhalten beeinflusst haben?*

Erstens sollte gesagt werden, dass es in China ein bestimmtes Repertoire von Alltagswissen über Proteste gibt, das für China speziell ist. Z.B. wissen die Arbeiter*innen, dass sie eine Straße blockieren können, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Oder für ein paar Stunden vor einem Regierungsgebäude demonstrieren und das Eingangstor blockieren. Streiks scheinen ein bisschen mehr Koordination und Organisation zu erfordern, aber es gibt zweifellos eine gemeinsame Kultur des Widerstands, die jede Branche, jede Region und China im Ganzen auszeichnet und die über die Jahre des Kampfes gewachsen ist, weitergegeben wurde und sich verändert hat.

Im Hinblick auf die Verbreitung durch plötzliche Ansteckung passiert das von Zeit zu Zeit, am bekanntesten ist dafür die Automobilindustrie im Jahr 2010. In jüngerer Zeit kam es zu kleineren, aber ebenso eng miteinander verknüpften Ereignissen – Arbeiter*innen, die durch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Unternehmen mit Niederlassungen in ganz China miteinander verbunden sind, hören vielleicht, dass die Belegschaft einer Fabrik ein bestimmtes Vergütungspaket erhielt, das sie nicht bekommen haben, und sie greifen diese Frage auf. Lehrer*innen streiken und protestieren manchmal,

12 Zwei an einem Tag: <http://strikemap.clb.org.hk/strikes/en#201508/201602/5878>; <http://strikemap.clb.org.hk/strikes/en#201508/201602/5877>; über die Beteiligung von Zeitarbeiter*innen bei Kämpfen in der Automobilindustrie s. z.B.: Zhang 2015 und das Interview mit Zhang Lu in Ruckus 2016a.

13 S. <http://www.worldlabour.org/eng/node/383>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

weil sie von Bedingungen an einem Nachbarort Wind bekommen oder sie organisieren sich, weil sie Opfer desselben schlechten lokalen Verwaltungshandelns oder von Korruption sind.¹⁴

In jedem Fall überrascht das Niveau der Vernetzung und des allgemeinen Wissens, das die Arbeiter*innen innerhalb einer ganzen Branche oder Unternehmensgruppe trotz der ständigen Repression besitzen, die sich gegen die Organisation und den Aktivismus von Arbeiter*innen richtet.

Es scheint, dass die Arbeiter*innen durch ihr Arbeitsleben auf vielerlei Weise Wissen über Kämpfe sowie darüber, wie man unter dem gegenwärtigen Paradigma kämpfen kann, ziemlich natürlich aufnehmen. Für uns, die wir außerhalb dieser Arbeitsplätze und Kulturen stehen, würde es einer ernsthaften Forschung von Dingen bedürfen, die für chinesische Arbeiter*innen ganz offensichtlich sind: Wo hörtest du zuerst von Arbeiter*innenprotesten? Von welchen Arten von Streiks hast du gehört, bevor du selbst zum ersten Mal gestreikt hast? Was hast du von Unternehmen und deren Behandlung von Arbeiter*innen gehalten, bevor du deine Arbeit aufnimmst oder gestreikt hast? Das erfordert einige ziemlich ernsthafte, aber wichtige Erkundungen der wirklichen Arbeits- und Lebensverhältnisse der chinesischen Arbeiter*innen und derjenigen, die sich am Kampf beteiligen.

*Du erwähnst WeChat und Weibo. Wie erfahren Arbeiter*innen von Kämpfen und wie geben sie ihre Informationen weiter?*

Mund-zu-Mund-Propaganda und Soziale Medien, aber es scheint, dass vieles davon aus der Kultur, eine Person zu sein, die zur chinesischen Arbeiter*innenklasse gehört, kommen muss. Es geht um die Erziehung, die Geschichten von Freund*innen und Familienangehörigen und die Erfahrung des Arbeitslebens – das Reden mit Arbeitskolleg*innen, Mitleid, Sprechen über Probleme. Soziale Medien sind definitiv wichtig, weil sie es Außenstehenden erlauben, eine Binnenperspektive auf die Arbeitsplätze zu erhalten. Wir werden daher leicht dazu verführt, die Rolle dieser Medien bei den Organisationsprozessen der Arbeiter*innen selbst zu überschätzen. Arbeiter*innen nutzen zum Organisieren von Aktionen Mobiltelefone und Gruppen von Kolleg*innen und manchmal auch Soziale Medien, um über ihre Kämpfe zu informieren. Am Arbeitsplatz spielt jedoch noch immer das Organisieren in der täglichen Interaktion mit den Kolleg*innen offline eine große Rolle oder durch den gelegentlichen Gebrauch anderer Mittel wie Broschüren oder das Schreiben von Erklärungen über einen bevorstehenden Streik.

14 S. <http://www.clb.org.hk/content/teachers%E2%80%99strikes-escalate-across-china>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

Für China generell muss gesagt werden, dass das Aufkommen Sozialer Medien und des Internet das Wissen der chinesischen Bevölkerung über das Niveau von Protesten in ihren lokalen Zusammenhängen und ihrem ganzen Land erhöht hat, obwohl auch die heftige Zensur, Propaganda und Massenkultur allgemein berücksichtigt werden müssen, die mit dem Internet und Sozialen Medien einhergehen. Arbeiter*innen und andere, die sich in der Arbeiter*innen-Bewegung engagieren, unterliegen natürlich ständig unterschiedlichen Intensitätsgraden der Überwachung mittels ihrer mobilen Geräte, was sehr besorgniserregend ist. Ganz gewiss erhöht die Nutzung von Plattformen Sozialer Medien wie WeChat die Fähigkeit der staatlichen Sicherheitsapparate, die Aktivistenkreise und die sich organisierenden Arbeiter*innen zu überwachen und zu verfolgen, während zugleich die Organisationsprozesse ohne diese Mittel nicht mit der gleichen Geschwindigkeit, Breite und Tiefe stattfinden könnten; all dies unterstreicht, wie notwendig das strategische Bewusstsein und die Fähigkeiten der Arbeiter*innen sind, den Gebrauch sicherer und angemessener Kommunikationsmittel zu lernen. Das sind eine andauernde Schlacht und eine wichtige Kampffront für Aktivist*innen weltweit.

Was ist die Rolle der „Führungspersonen“, und wer sind diese „Führungspersonen“?

Führungspersonen treten in unterschiedlichen Rollen in vielen Arbeitskämpfen auf, obwohl diese Bezeichnung irreführend sein kann. Arbeiter*innen können sich selbst organisieren und Vertreter*innen wählen, um ihr Vorgehen zu erleichtern, etwa die Forderungen der Firmenleitung vorzutragen. Einige Arbeiter*innen treten vor allem im Verlauf längerer Arbeitskämpfe, als Zentralfiguren großer Netzwerke von, sagen wir, Rentner*innen oder solchen, die an einer Berufskrankheit leiden, hervor – sie werden zum Mittelpunkt eines Verteilers. Einige Arbeiter*innen organisieren und agieren; nachdem sie sich über Jahre hinweg in Arbeitskämpfen engagiert, Erfahrung gesammelt und gelernt haben, stellen sie sich an die Frontlinie des Organisationsprozesses. Manchmal haben die Arbeiter*innen gar keine offensichtliche Führungspersönlichkeit, und manchmal taucht die Polizei auf und sucht nachdrücklich nach „Anführern“, ob es sie nun gibt oder nicht. Es gehört oft zu ihrer Routine zu sagen, „wir haben die Verantwortlichen gefangen genommen, und der Rest hat sich dann zerstreut“. Vielleicht gibt es eine irgendwie vielfältige Ökologie von „Führungspersönlichkeiten“, aber es ist zu hoffen, dass ein differenzierterer Blick ein bisschen die Tendenz eindämmt, ständig nach dem rohen Verhältnis von Autorität und Gehorsam Ausschau zu halten.

Spielen „Ideologien“ wie etwa Maoismus eine Rolle?

Vielleicht widersprechen mir Maoist*innen, aber innerhalb des breiten Spektrums der Kämpfe sind diejenigen, die sich auf Mao oder Maoismus berufen, typischerweise ältere Arbeiter*innen, die sich an das China der Mao-Ära erinnern. Es gibt sicher junge Aktivist*innen, die an der Idee von Kommunismus und Arbeiter*innenkämpfen interessiert sind, dass etwas Wahres an all der Propaganda ist, mit der sie in China aufwuchsen, wie Marxismus und Kommunismus. Ein Arbeiteraktivist, den ich kenne, ist fasziniert von der Geschichte der frühen Kommunistischen Partei, als die KPCh-Mitglieder „doch wirklich organisiert haben, genau wie ich!“.

*Worin besteht die Rolle von auf Arbeiter*innen-Interessen orientierten NGOs in den Kämpfen?*

Diese NGOs sind allgemein eher klein, mit nicht mehr als einer Handvoll von Mitgliedern, die manchmal Netzwerke von Freiwilligen und Bekannte einbeziehen. Sie entwickelten sich und wuchsen über die Jahre in Verhältnissen, unter denen der Aufbau jeglicher Organisation äußerst schwierig war. Jede zivilgesellschaftliche Organisation muss sich bei den Behörden registrieren lassen – obwohl es manche nicht tun –, und sie unterliegt der Überwachung, der Überprüfung und dem potenziellen Widerruf ihres Rechtsstellung. Dennoch gibt es verschiedene wichtige Organisationen im Bereich der industriellen Beziehungen, die in China aktiv sind, jede mit ihren eigenen speziellen Funktionen und Zielen. Manche helfen Arbeiter*innen, eine Entschädigung für Verletzungen am Arbeitsplatz zu erhalten; einige organisieren Lesegruppen oder zeigen Filme, die die Geschichte der Arbeiter*innen-Bewegung in China und der ganzen Welt vermitteln; andere unterstützen Arbeiter*innen bei kollektiven Auseinandersetzungen gegen Unternehmen. Alle diese Organisationen tragen ungeachtet ihrer geringen Größe dazu bei, dass sich im Rahmen der gegenwärtigen Arbeitskämpfe in China wichtige Erfahrungsschichten und Netzwerke herausbilden.

Im Fall der Schuhfabrik *Lide* spielte eine solche NGO eine Schlüsselrolle,¹⁵ und dieser Vorgang wird gegen viele Aktivist*innen, die jüngst in Guangdong verhaftet wurden¹⁶, mit der Begründung verwendet, dass sie „die öffentliche Ruhe störten“. Es ging um Wahlen für Arbeiter*innen-Vertretung und auch

15 S. <http://www.clb.org.hk/en/content/workers-speak-out-support-detained-labour-activists-guangdong>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

16 Vgl. die Sammlung „Solidarity with Chinese Workers“ für mehr: <https://libcom.org/tags/solidarity-chinese-workers>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

um Neuwahlen, wenn die Arbeiter*innen mit ihren Verhandlungsführer*innen nicht zufrieden waren, sowie um die Beratung der Arbeiter*innen über Verhandlungsstrategien gegenüber den Unternehmen. Diese Arbeiter*innen suchten sich die NGO selbst aus, als viele der NGOs über das Jahr einen guten Ruf entwickelten, indem sie den Arbeiter*innen halfen, ihre grundlegenden Rechte einzulösen.

Insgesamt spielten bestimmte auf Arbeiter*innen-Interessen orientierte NGOs eine entscheidende Rolle in Arbeitskämpfen in China, trotz ihrer geringen Zahl und der Repression durch die Behörden. Sie wurden Knotenpunkte für Aktivist*innen und Netzwerke für Arbeiter*innen und andere Mitglieder der Gesellschaft. Im Allgemeinen widmen sie sich speziellen Reformagenden.¹⁷ Wie die jüngste Repressionswelle zeigt, sind sogar die allerbescheidensten liberalen Reformen – wie die Forderung nach einem demokratischen System von Tarifverhandlungen – für die Behörden bedrohlich. Deren Nervosität ist nicht unberechtigt. Was eine kleine programmatische Reform sein kann, kann aus ihrer Perspektive unerwünschte, unausgesprochene und unvorhergesehene Konsequenzen haben. So betrafen Reformen, die in Guangdong vorgeschlagen und fast durchgesetzt wurden, Wahlen von Arbeiter*innen; das konnte zu Erfahrungen mit der demokratischen Wahl von Kolleg*innen, einer nachhaltigen Arbeiter*innen-Kampforganisation und konsequenter gegenseitiger Hilfe führen.¹⁸ Zusammen mit direkten Aktionen wie Streiks und Fabrikbesetzungen, können sie Ableger in anderen einheimischen Aktivist*innenzusammenhängen hervorbringen, die radikalere Forderungen und Perspektiven formulieren könnten. Auch könnten in dem Fall solche Reformen von lokalen Beamten in Staat und Gewerkschaft als Zugeständnis versuchsweise übernommen werden, wodurch Enttäuschung und Frustration durch die Beteiligung der [offiziellen] Gewerkschaft (die bisher im Leben und den Kämpfen der Arbeiter*innen im Grunde keine Rolle spielt) eskalieren und zu einer weit verbreiteten, organisierten und offen artikulierten Unzufriedenheit mit der staatlichen Form der Organisierung von Arbeiter*innen führen. Dadurch könnten stärker in die Öffentlichkeit getragene, noch gefährlichere Anstrengungen unabhängiger Organisationen angeregt werden. Zugleich besteht das Risiko der Demobilisierung erfahrener Aktivist*innen und des Rückgangs der Arbeitskämpfe und damit einer neuen Runde reformierter institutioneller Unterdrückung radikaler Aktionen. Das wirft alles wichtige Fragen auf über die derzeitige

17 Über den stabilisierenden Effekt der Aktivitäten von auf Arbeiter*innen-Interessen orientierten NGOs in China s. z.B.: Friedman & Lee 2010.

18 Diese Reformen kamen teils aufgrund der Interventionen der Unternehmensverbände nicht sehr weit, s. Hui & Chan 2016.

Situation und die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung einer unabhängigen Arbeiter*innen-Kultur, Fragen von Publikationen, Fragen der Verbreitung von Ideen, Neuigkeiten und des Lernens unter Arbeiter*innen. Es stellt einen Raum des gegenseitigen Lernens und Experimentierens unter Arbeiter*innen dar. Letztendlich werden diese politischen Fragen unter den Arbeiter*innen selbst ausgetragen und entschieden werden.

Kannst du die Rolle der ACFTU-Gewerkschaften¹⁹ in den Kämpfen beschreiben?

Wie schon erwähnt, ist dies in aller Regel ein nutzloses Gebilde, ein kontra-produktives Instrument des Managements, wann immer es in Erscheinung tritt. Die meisten chinesischen Arbeiter*innen haben gar keine Beziehung zu einer Gewerkschaft oder wissen nicht einmal, dass es eine gibt. Oft sind sich die Arbeiter*innen gar nicht bewusst, dass sie eine Gewerkschaft haben, selbst wenn nominell eine an ihrem Arbeitsplatz vorhanden ist. Die ACFTU ist die einzige (nominelle) Gewerkschaftsorganisation in China. Es ist eine hoch bürokratische Organisation, die zur Führung der KPCh loyal ist, und es fehlt ihr jegliche inhaltliche Beziehung zu den Arbeiter*innen, die zu vertreten sie beansprucht – getrennt vom Leben der Arbeiter*innen. Die ACFTU verfolgt ihre eigenen Kampagnen und Initiativen, wie z.B. Gewerkschaften in großen ausländischen Firmen wie *Walmart* zu etablieren, aber diese Gewerkschaften erwiesen sich als ineffektiv. Im Fall von Walmart fanden die Arbeiter*innen ihren eigenen Weg, ihrem Unmut Luft zu machen. Einige aktive Arbeiter*innen versuchten, ihre eigenen Kampagnen auf die Beine zu stellen, um Arbeiter*innen bei Walmart zu organisieren, sie versuchten, Tarifverhandlungen zu organisieren, sie forderten demokratische Wahlen für ihre Gewerkschaften, aber sie trafen nur auf Schweigen der Gewerkschaften und Repression von Walmart, die routinemäßig diejenigen feuern, die Arbeiter*innen organisieren.

Es gibt außerordentlich seltene Fälle demokratisch gewählter Gewerkschaftsführer*innen, wie im Fall der *Baimu*-Fabrik, wo die Betriebsgewerkschaft tatsächlich die Forderungen der Arbeiter*innen sammelte und Streikaktionen organisierte, um für diese Forderungen zu kämpfen. Im Baimu-Werk gab es sogar eine körperliche Auseinandersetzung zwischen einem Manager und einem Gewerkschaftsfunktionär.²⁰

¹⁹ *All China Federation of Trade Unions*, d.Ü.

²⁰ S. <https://chinaworker.wordpress.com/2015/02/14/广州白木汽车公司案件>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

Welche Rolle spielen lokale Verwaltungen in den Kämpfen?

Beim alltäglichen Umgang mit Arbeitsunruhen in China haben Beamte ohne Zweifel eine Menge zu tun. Wenn Baufirmen untergehen, Arbeiter*innen eine Straße blockieren oder vor Verwaltungsgebäuden protestieren, wird von ihnen erwartet, einen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Wie erwähnt, wenden sich viele Arbeiter*innen an Regierungsstellen, vor allem wenn es um Lohnrückstände geht. Das gilt vor allem für die Baubranche. Arbeiter*innen blockieren vielleicht eine Straße, demonstrieren vor Regierungsgebäuden oder machen Sit-ins in Regierungsbüros, und der Staat reagiert dann etwa, indem die Arbeiter*innen einen Teil oder die Gesamtsumme der ausstehenden Löhne erhalten – aus Fonds, die für dieses häufige Problem vorgesehen sind –, oder die Regierung kann versuchen, die Unternehmer*innen zu zwingen, einen Teil oder die gesamten geschuldeten Löhne zu zahlen oder die Arbeiter*innen einfach abweisen. In einigen Fällen interveniert die Polizei, um die Regierungsgebäude von den protestierenden Arbeiter*innen zu räumen.

Es gibt ein paar Beispiele, in denen die Regierung vermittelnd in Streiks eingriff, aber keine allzu wichtigen. In vielen Fällen, in denen die Regierung eingreift, sagt sie zu einem störrischen Boss „schau, zahl ihnen etwas“ oder „zahle ihnen dies, aber nicht das“, und dann haben die Arbeiter*innen keine andere Wahl, als das zu nehmen, was ihnen gegeben wird. Diese staatlichen Organe tun ohne Zweifel etwas, sind aber oft langsam oder ineffektiv, versuchen im Nachgang zu langwierigen Problemen aufzuholen – nach Unternehmensschließung, dem Abtauchen von Bossen usw. Die Arbeiter*innen werden ungeduldig und protestieren in der Hoffnung, die öffentliche Meinung zu beeinflussen oder die Regierung dazu zu zwingen, hinzuschauen und eine stärkere Rolle zu spielen.

Wie ist es mit der Repression? Wie beeinflusst sie die Entwicklung und Ergebnisse der sozialen Kämpfe?

Repression spielt eine große Rolle und die Arbeiter*innen müssen sich darüber im Klaren sein, dass wenn sie protestieren, sie das Eingreifen der Polizei riskieren. Z.B. ist es gut bekannt, dass Aktivitäten, die auf das Fabrikgelände beschränkt sind, relativ ruhig bleiben, aber wenn der Protest sich hinaus auf eine öffentliche Straße oder vor ein Regierungsgebäude bewegt, so wird es fast immer zu einer Reaktion der Polizei kommen.

Die Repression wirkt sich sicher auf die Möglichkeiten von Arbeiter*innen und Bürger*innen aus, sich zu organisieren. Versammlungen, um ein

Streikkomitee zu organisieren, können als „illegale Versammlungen“ aufgelöst werden, die Netzwerke von Rechtsanwält*innen unterliegen Repressalien, wenn sie den Arbeiter*innen dabei helfen, deren Fälle vor Gericht zu bringen oder Rechtshilfe geben, und es werden große Anstrengungen unternommen, um Arbeiter*innen atomisiert und voneinander getrennt zu halten – obwohl ihre Arbeit notwendigerweise kollektiv ist –, und kollektive Organisation wird entweder aufgelöst, oder es werden Anstrengungen unternommen, sie unter die Aufsicht und Zuständigkeit des Staates zu bringen. Während der erwähnten jüngsten Repressionskampagne gegen auf Arbeiter*innen-Interessen orientierte NGOs führen einige der erfahrensten Aktivist*innen über viele Jahre fort, ihr eigenes Modell der Konfliktlösung zu propagieren, nämlich Tarifverhandlungen und Sich-Einmischen in Arbeitskämpfe, was staatliche Gewerkschaften ablehnen. Diese NGOs waren wiederholten Schüben von Repression ausgesetzt, als sie, großenteils erfolgreich, bei verschiedenen Vorfällen aktiv wurden – bei Arbeitskämpfen von Müllwerker*innen, Fabrikarbeiter*innen usw. Lokalverwaltungen und Sicherheitskräfte versuchten verschiedene Taktiken, um diese Organisationen zu kontrollieren – manchmal mit harter Hand und expliziter Gewalt, manchmal mit dem Angebot der Kooperation oder manchmal mit der Forderung nach Informationen über innere Angelegenheiten der Organisationen, erzwungen oder nicht erzwungen: Einbruch oder Anfrage. Zu der Zeit der großen Repressionskampagne im Dezember 2015 hatten die meisten Organisationen eine Arbeitsbeziehung mit den lokalen Behörden, die eindeutig die Programme der Organisationen kannten, ihre Finanzquellen und Struktur sowie die Arbeitskonflikte, mit denen sie zu tun hatten. Dennoch waren sie Ziel einer gut koordinierten und gründlichen Repressionsaktion.

Welche Rolle spielt die Arbeitsgesetzgebung in den Kämpfen?

Es gab 2007 ein wichtiges Paket neuer Arbeitsgesetze, allen voran das Gesetz über Arbeitsverträge. Zu der Zeit gab es eine große nationale Anstrengung, die Arbeiter*innen über ihre gesetzlichen Rechte zu informieren und viele Arbeiter*innen wurden darin unterrichtet. Danach beriefen sich Arbeiter*innen häufig während ihrer Kämpfe auf die Gesetze, und dabei sind sie auch geblieben, obwohl die Gesetze insgesamt überhaupt nicht durchgesetzt wurden.

Obwohl das chinesische Arbeitsrecht in vielen Fällen recht hohe Standards aufweist und furchtbar schlecht durchgesetzt wird, nutzen Arbeiter*innen oft die Gesetze und gesetzlichen Standards, um Ansprüche ihrer gerechten Sache zu begründen und ihre Rechte zu verteidigen. In einigen Fällen stellen

Arbeiter*innen Forderungen, die bewusst jenseits der gesetzlichen Standards liegen, wie z.B. ihre Entschädigung bei Entlassungen. In vielen Fällen finden Arbeiter*innen heraus, dass das Unternehmen sie um ihre gesetzlichen Sozialleistungen betrog. Z.B. können Unternehmen Sozialversicherungsbeiträge aufgrund der lokalen Mindestlöhne berechnen anstatt des tatsächlichen Lohns der Arbeiter*innen, der viel höher sein kann. Wenn Arbeiter*innen durch die eigene Prüfung der Rechtslage herausfinden, dass sie von ihrem Unternehmen über Jahre betrogen wurden, treten sie oft in Aktion und das Unternehmen ist vielleicht wirklich nicht in der Lage zu zahlen, da es sich um eine riesige Geldsumme handeln kann.²¹

Auf einem höheren oder breiteren Niveau des Staates wird Rechtspolitik vom Staat zugunsten der Unternehmerseite und der Profitabilität zunehmend als Mittel des Klassenkampfes gegen Arbeiter*innen eingesetzt, je mehr die Wirtschaft zurückgeht. Letzthin wurde durch Kritik des Gesetzes über Arbeitsverträge, die von hoher Stelle ausging,²² der Klassencharakter des Gesetzes zunehmend klar: Es verleiht den Unternehmen die Hauptvorteile, und Beamte (z.B. in Dongguan) forderten weitere Reformen wie die Beseitigung von Entschädigungen bei Entlassungen, um die Bürde der Unternehmen zu verringern.²³

Meinst du, die Gründe für die sozialen Kämpfe haben sich während der letzten fünf oder sechs Jahre mit dem Auf und Ab von Boom und Rezession verändert?

Die allgemeine Konjunkturabschwächung ist zum Teil ein Ergebnis der Wirtschaftsentwicklung, einer besonderen Art der kapitalistischen Entwicklung. Es scheint aber wirklich eine Zunahme von Unruhen in bestimmten Sektoren, vor allem in der Industrie zu geben. Gründe sind Fabrikschließungen, finanzielle Schwierigkeiten nach der Abwertung des Yuan und Probleme an der Börse in den letzten Monaten des vergangenen Jahres. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Grundprobleme in der Volkswirtschaft verschwinden werden, und in den kommenden Jahren wird es wahrscheinlich sehr heftige Arbeitskämpfe geben.²⁴

So kann etwa die Bauindustrie für die Regierung zu einem großen Problem werden, denn der schnelle Wohnungsbau hat seinen Zenit überschritten. Die Regierung hat nach der Krise Investitionen in allen möglichen Bauprojekten

21 Für ein Beispiel s. <http://clb.org.hk/en/content/high-profile-strike-zhongshan-bag-manufacturer-enters-tenth-day>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

22 S. <http://uk.reuters.com/article/uk-china-economy-labour-idUKKCN0WD19W>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

23 S. <http://m.caijing.com.cn/article/48841>, letzter Aufruf: 24.6.2016.

24 Für die Konjunkturabschwächung s. z.B.: Ruckus 2015.

getätigt. Der daraus resultierende Bauboom in den großen Städten beschäftigte eine große Zahl der Arbeiter*innen und verursachte im Verlauf seines krisengeschüttelten Wachstums eine Menge Unruhen. Es gibt auch einen bestimmten demografischen Druck, der für die arbeitende Bevölkerung zum Tragen kommen wird. Die zunehmend ältere Bevölkerung – so bestehen die Belegschaften der Bauindustrie aus alarmierend alten Arbeiter*innen; nicht viele junge Leute wollen da hin – und die schrumpfende Bevölkerung im Erwerbsalter werden höchstwahrscheinlich Engpässe verschärfen und Druck auf die Arbeiter*innen erzeugen, ihre Eltern zu versorgen und sich selbst, wenn sie altern und Probleme für das Sozialversicherungssystem verursachen.

Übersetzung aus dem Englischen: Jörg Handrack

Literatur

- Butollo, Florian, & Tobias ten Brink (2012): „Challenging the Automization of Discontent“. In: *Critical Asian Studies*, Bd. 44, Nr. 3, S. 419-440.
- Friedman, Eli, & Lee, Ching Kwan (2010): „Remaking the World of Chinese Labour: A 30-Year Retrospective“. In: *British Journal of Industrial Relations*, Bd. 48, Nr. 3, S. 507-533.
- Hui, Elaine Sio-ieng, & Chan, Chris King-chi (2016): „The Associational Power of Overseas Business in China: A Case Study of the Shenzhen Collective Consultation Ordinance and the Guangdong Regulations on Democratic Management of Enterprises“. In: *The China Quarterly*, Bd. 225, S. 145-168, http://www.global-labour-university.org/fileadmin/GLU_conference_2015/papers/Hui_and_Chan.pdf, letzter Aufruf: 24.6.2016.
- Li, Minqi (2016): *China and the 21st Century Crisis*. London.
- Pun, Ngai, & Lu, Huilin (2010): „A Culture of Violence: The Labor Subcontracting System and Collective Action by Construction Workers in PostSocialist China“. In: *The China Journal*, Bd. 64, S. 143-158, <http://dx.doi.org/10.1086/tcj.64.20749250>.
- Ruckus, Ralf (2015): *China Crash – Der Umbau der Wirtschaft stockt*. gongchao.org, September, <http://www.gongchao.org/en/texts/2015/china-crash>, letzter Aufruf: 24.6.2016.
- Ruckus, Ralf (2016a): „Chinese Capitalism in Crisis, Part 1: Zhang Lu on Exploitation and Workers' Struggle in China's Auto Industry“. In: *Sozial.Geschichte Online*, Nr. 18/2016, S. 119-144, <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=40990>, letzter Aufruf: 24.6.2016.
- Ruckus, Ralf (2016b): „Chinese Capitalism in Crisis, Part 2: Li Minqi on the Forthcoming Collapse of China's Economy and the Capitalist World System“. In: *Sozial.Geschichte Online*, Nr. 19/2016.
- Wedeman, Andrew (2009): *Enemies of the State: Mass Incidents and Subversion in China*. APSA 2009 Toronto Meeting Paper, http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1451828, letzter Aufruf: 24.6.2016.
- Yu, Jianrong (2008): *Mass Incidents and the Construction of a Harmonious Society*. Chinese Academy of Social Sciences: <http://wenku.baidu.com/view/debd1d563c1ec5da50e270b2.html>, letzter Aufruf: 24.6.2016.
- Zhang, Lu (2015): *Inside China's Automobile Factories: The Politics of Labor and Worker Resistance*. New York, US-NY.

Gerhard Dilger

Brasiliens politische Dauerkrise Nach dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff kehrt keine Ruhe ein *

Den unübertroffenen Höhepunkt des kalten Putsches in Brasilien markiert die Abstimmung im brasilianischen Abgeordnetenhaus vom 17. April 2016: 367 von 513 ParlamentarierInnen votierten mit den abenteuerlichsten Begründungen für die Amtsenthebung (*impeachment*) von Präsidentin Dilma Rousseff von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PT. Im Mai folgte dann der Senat mit 55 von 81 möglichen Stimmen dafür. Die Staatschefin wurde suspendiert, doch Interimspräsident Michel Temer legte einen fulminanten Fehlstart hin – sein Kabinett aus weißen, vorwiegend alten Männern wird in Umfragen als ebenso korrupt eingestuft wie die PT-geführte Regierung.

Die glücklose Präsidentin, ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva und die PT sind am wiederhergestellten Bündnis der alten Eliten gescheitert, das neben der reaktionären Mehrheit im Kongress die zentralen Kräfte des Unternehmerlagers, die großen Medien und wichtige Teile des Justizapparats umfasst. Doch den Weg zur historischen Niederlage haben sie durch eigene strategische Fehler geebnet.

Nachdem Temers programmatisch amorphe Zentrumspartei PMDB (*Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens*), Koalitionspartner der PT seit 2005, am 29. März 2016 den Austritt aus der Regierung verkündet hatte, gab es auch bei den kleineren rechten Parteien kein Halten mehr. Am Tag der Abstimmung im Parlament war das Regierungslager auf seinen harten Kern zusammengeschmolzen: die PT, die *Kommunistische Partei* (PCdoB), die *Demokratische Arbeitspartei* (PDT) sowie einige DissidentInnen quer durch das politische Spektrum. Mit Nein stimmten zudem alle sechs Abgeordneten der linken Oppositionskraft *Partei für Sozialismus und Freiheit* (PSOL).

* Aktualisierte Version von: Dilger, Gerhard: *Brasiliens Putschisten wollen die ganze Macht – Motive und Hintergründe für das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff*. Standpunkte 07/2016 (April 2016), Rosa-Luxemburg-Stiftung, <http://www.rosalux.de/publication/42290/brasiliens-putschisten-wollen-die-ganze-macht.html>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

Operettenputsch in Zeitlupe

Das ganze Elend der brasilianischen Politikerkaste – gegen rund 300 Abgeordnete wird wegen diverser Schiebereien ermittelt – kam in einer grotesken fünfstündigen Parlamentssitzung zum Vorschein, in der die politisch gelähmte, aber in Sachen Korruption kaum angreifbare Präsidentin wegen „Verantwortlichkeitsverbrechen“ verurteilt wurde (Fischermann 2016a). Hinter diesem Begriff verbergen sich Haushaltstricksereien, eine in Brasilien übliche und kaum geahndete Regierungspraxis (Weisbrot 2016). Regie führte Rousseffs machiavellistischer Intimfeind, Parlamentspräsident Eduardo Cunha (PMDB), der sich trotz Schmiergeldern in Millionenhöhe auf Schweizer Konten und zahlreicher anderer Beschuldigungen einer Verurteilung bislang entziehen konnte – das brasilianische Justizwesen ist nicht nur extrem langsam, sondern viele seiner Akteure sind auch sehr parteiisch. „Gott erbarme sich unseres Landes“, sagte der bestens vernetzte Rechtsevangeli- kale vor seiner Stimmabgabe inmitten tumultartiger Szenen, in denen auch Verwandte, Freunde, ein Folterer der Militärdiktatur, die brasilianischen Versicherungsmakler sowie der Frieden in Jerusalem beschworen und Cunha zugleich als „Gangster“ beschimpft wurden¹ (Glüsing 2016b). Wenige Tage später, am 5. Mai, wurde Cunha dann vom Obersten Gerichtshof als Parlamentspräsident abgesetzt – wegen Korruptionsvorwürfen.

Große Teile der alten Eliten, die sich während der gut 13-jährigen Regierungszeit von Lula da Silva (2003-2010) und Dilma Rousseff (seit 2011) in einen Sozialpakt mit der PT und dem ihr nahestehenden Gewerkschaftsdachverband *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) hatten einbinden lassen, haben also das sinkende Schiff verlassen. Rousseffs Vize Michel Temer, 75, ebenfalls PMDB, bislang eher bekannt als „begabter Strippenzieher und Postenschieber im Hintergrund“ (Herrmann 2016), wurde am 12. Mai zum Interimspräsidenten ernannt und nahm einen politischen Rollback auf sämtlichen Ebenen in Angriff (Fischermann 2016b).

Wie es in den kommenden Monaten weitergehen wird, lässt sich nur spekulieren. Die politische Lage in Brasilien sei derzeit so, dass es unmöglich sei, irgendwelche Vorhersagen über 24 Stunden hinaus zu machen, sagte der Politologe André Singer im April in einem persönlichen Gespräch. Zu analysieren ist hingegen, wie es so weit kommen konnte, dass die PT,

1 „Why vote to impeach Dilma Rousseff?“ In: *The Economist*, 18.4.2016, <http://www.economist.com/news/americas/21697095-hardly-any-federal-deputies-favour-impeachment-gave-stated-charges-their>, letzter Aufruf: 4.7.2016. Ein entsprechender Artikel in der spanischen Zeitung *El País* trägt den schönen Titel: „Gott stürzt die Präsidentin“, http://internacional.elpais.com/internacional/2016/04/18/actualidad/1460935957_433496.html, letzter Aufruf: 4.7.2016.

immerhin die wichtigste Linkspartei Lateinamerikas, vor einem Scherbenhaufen steht.

Dilmas Wahlbetrug

Rousseffs zweite Amtszeit stand unter keinem guten Stern. Zwar konnte sie durch einen furiosen Wahlkampfendspurt, in dem sie einen Großteil der zunächst zögerlichen sozialen Bewegungen hinter sich scharen konnte (Dilger 2014), am 26. Oktober 2014 die Stichwahl gegen den konservativen Kandidaten Aécio Neves (PSDB – *Sozialdemokratische Partei Brasiliens*) mit 51,4 Prozent der gültigen Stimmen für sich entscheiden. Doch dann schlug die gelernte Ökonomin genau jenen neoliberalen Wirtschaftskurs ein, mit dem vor der Wahl Neves und die drittplatzierte Ex-Grüne Marina Silva für sich geworben hatten.

Mit Joaquim Levy machte sie einen Banker und waschechten Chicago Boy zum Finanzminister. Levay setzte einen „rezessiven Schock“ in Szene, der nicht nur Rousseffs Wahlversprechen Lügen strafte, sondern auch eine radikale Abkehr von ihrer neokeynesianischen Politik in den ersten beiden Jahren ihrer ersten Amtszeit darstellte. Mit einem neokeynesianischen Kurs hatte sie, weitaus dezidierter als zuvor Lula, versucht, ähnlich wie US-Präsident Franklin D. Roosevelt (1933-1945) die soziale Ungleichheit zu verringern und den Grundstein zur Bildung einer breiten Mittelschicht zu legen. Mit „unerwarteter Kühnheit“ habe Rousseffs Wirtschaftsteam zunächst auf Staatsintervention und Niedrigzinspolitik gesetzt, rekapituliert Singer, doch auf Druck des Finanzkapitals und schließlich auch vieler zunächst aufgeschlossener UnternehmerInnen ruderte die Präsidentin schließlich zurück (Singer 2015).

Ein Grund dafür war nicht zuletzt das Ende des Rohstoffbooms, der zuvor sämtlichen südamerikanischen Linksregierungen Spielräume für umfangreiche Sozialprogramme verschafft hatte. Leider hatte man diese Bonanza auch in Brasilien nicht dazu genutzt, um den Produktionsapparat zu diversifizieren und dadurch die große Exportabhängigkeit zu reduzieren, im Gegenteil. Außerdem wurden pharaonische und korruptionstreibende Megaprojekte wie die Flussumleitung des Rio São Francisco im Nordosten zu Milliardenengräbern.

Die Auswirkungen der nun von Rousseff betriebenen Austeritätspolitik ließen nicht auf sich warten. Brasilien erlebt die heftigste Rezession seit Jahrzehnten: 2015 sank das BIP um 3,5 Prozent, für 2016 sind die Aussichten ähnlich düster. Die Folge sind Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverluste auf breiter Ebene. Zeitweise sanken die Popularitätswerte der

Staatschefin in den einstelligen Bereich, die PT-Basis drängte – erfolglos – auf einen erneuten Kurswechsel.

Juni 2013: Verpasste Chance

Doch nicht nur auf ökonomischer Ebene zeigte sich Rousseff beratungsresistent. Im kollektiven Gedächtnis präsent sind noch immer die Massenproteste vom Juni 2013 gegen Fahrpreiserhöhungen, die Milliardenausgaben für die Fußball-WM, gegen strukturelle Mängel im Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch damals schon: gegen „die Korruption“, die Regierung, die PT. Daraufhin ließ das mehrheitlich konservative Parlament flugs ein paar umstrittene Gesetzesentwürfe in der Schublade verschwinden (Dilger 2013). Der von manchen erhoffte Linksschwenk der Regierung blieb jedoch aus. Wie schon so oft seit 2003 fügte sich die vom Mehrheitsflügel um Lula dominierte PT in die scheinbar unvermeidliche Koalitionslogik, die politisch bereits angeschlagene und von den sozialen Bewegungen entfremdete Präsidentin beließ es bei kurzatmigen Reformversuchen.

Im Rückblick können die Ereignisse im Juni 2013 hingegen als Aufbruchsmoment einer Bewegung von jungen, neuen, stramm neoliberalen Rechten gelten, die seither – vor allem mit tatkräftiger Hilfe der mächtigen Mainstreammedien – die Hegemonie auf den Straßen übernommen hat. Die linken, oft autonom und entsprechend regierungskritisch ausgerichteten Gruppen waren hingegen nicht in der Lage, auch nur ansatzweise ein eigenes Projekt jenseits des PT-Pragmatismus zu skizzieren. In der Stichwahl dürften sie zwar noch zumindest teilweise zum Sieg Rousseffs beigetragen haben, aber bei der Linken herrscht allenthalben Ratlosigkeit.

In den letzten Wochen konnte Lula nach einer beispiellosen „Hexenjagd“ (Glüsing 2016a), die letztlich dem Amtsenthebungsverfahren den Boden bereitete, zumindest bei seinen früheren Anhängern wieder punkten. Eine vom Meinungsforschungsinstitut *Datafolha* Anfang April 2016 durchgeführte Umfrage belegt, dass er bei einer Präsidentschaftswahl 2018 zusammen mit Marina Silva gute Chancen haben könnte. Die Konservativen hingegen schwächeln laut dieser Umfrage, und Michel Temer lag gar nur bei zwei Prozent Zustimmung.² Der *lulismo*, obgleich „im Koma“, sei also noch nicht ganz abzuschreiben, betonte Singer, Lulas erster Regierungssprecher, im April 2016³.

2 *Datafolha*, 11.4.2016, <http://datafolha.folha.uol.com.br/eleicoes/2016/04/1759695-lula-e-marina-lideram-corrida-eleitoral-e-tucanos-tem-trajetoria-de-queda.shtml>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

3 Persönliches Gespräch.

Wer sind die Putschisten?

Ähnlich wie in Paraguay im Juni 2012, wenn auch mit Ansage und über Monate hinweg, spielt sich in Brasilien ein „kalter“ parlamentarischer Staatsstreich ab, in einem fein abgestimmten Zusammenspiel zwischen Traditionspolitikern wie Temer oder dem rechtsliberalen Expräsidenten Fernando Henrique Cardoso (PSDB, 1995-2002), dem Medienkonzern *Globo*, den Wochenmagazinen *Veja*, *Época* und *Istoé*, sämtlichen Tageszeitungen und wachsenden Teilen der Justiz. Selbst der Oberste Gerichtshof, dessen Mitglieder mehrheitlich von den PT-Präsidenten nominiert wurden, verhinderte das Schauspiel im Abgeordnetenhaus nicht, denn der dort vorherrschenden Lesart zufolge geht es im Kern mit verfassungsrechtlich rechten Dingen zu. „Das *impeachment* ist ein antidemokratisches und elitäres Mittel. Aber es ist legal“, meint der Historiker Daniel Aarão Reis (2016). Nach der Diktatur (1964-1985) habe die von ihr geprägte politische Klasse das bis heute herrschende System entwickelt, um sicherzustellen, dass es im Kern unangetastet bleibe, schreibt der Soziologe Perry Anderson (2016).

Die These eines Staatsstreichs oder zumindest eines klar politischen Prozesses wird hingegen nicht nur von den direkt Betroffenen, sondern auch von vielen BrasilianerInnen und einer Mehrheit ausländischer BeobachterInnen geteilt. Es handele sich „um einen verfassungswidrigen Umsturz, um einen Staatsstreich, mit dem sich an der Macht Beteiligte und die sie unterstützenden Eliten der gesamten Staatsgewalt bemächtigen“, findet etwa Yesko Quiroga (2016), früherer Büroleiter der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in São Paulo. „In einem Kongress ohne Legitimität werden von der Korruption angeklagten Parlamentariern Mehrheiten gebildet, um die Exekutive zu stürzen und einen Politikwechsel einzuleiten, den sie über Wahlen nicht haben durchsetzen können.“⁴ Kritische Töne kamen auch von den linksliberalen Vorsitzenden der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) und der *Union der südamerikanischen Staaten* (UNASUR).

Das Ziel dieser medial klar dominierenden Rechtsallianz „der Räuber“ ist die Wiederherstellung einer „marktkonformen“ Demokratie ohne viele staatliche Regulative (Fatheuer 2016). International ist ihr das Wohlwollen der Finanzmärkte und ihrer politischen Agenten gewiss: „Time to go“ titelte das Londoner Wochenmagazin *The Economist* bereits Ende März.⁵

4 Leserbrief zu Birle, Peter: *Kalter Putsch?*, IPG-Journal, 7.4.2016, unter: <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/kalter-putsch-1370/>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

5 „Time to go“. In: *The Economist*, 26.3.2016, <http://www.economist.com/news/leaders/21695391-tarnished-president-should-now-resign-time-go>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

Im Parlament stellen die so genannten BBB-Abgeordneten (*boi, bíblia e bala* – Bulle, Bibel und Blei, also die Agrar-, Sekten- und Waffenlobby) die absolute Mehrheit. Ihre Mitglieder, meist unbekannte HinterbänklerInnen, stimmten zu vier Fünftel gegen die Präsidentin – manche, wie Eduardo Cunha, gehören allen drei Gruppen an. Ihre Agenda ist zutiefst reaktionär. Ihre Gesetzesvorhaben richten sich gegen ArbeiterInnen, Frauen, Schwarze, Indigene, die *LSBTI-Community* – und die Umwelt. Zumindest teilweise konnte die jetzt zerfallende Regierungskoalition von Dilma Rousseff seit 2011 die ärgsten Auswüchse bremsen, für progressive Reformen fehlt ihr schon längst die Kraft.

Die großen Medien berichten auffällig wohlwollend über diese PolitikerInnen, auch wenn vordergründig Meinungspluralismus propagiert wird. Nun rächt sich, dass weder Lula noch Rousseff in gut 13 Jahren Regierungszeit ernsthaft das private Medienmonopol infrage gestellt haben. Der öffentlich-rechtliche Sender TV Brasil hat gegen die Privaten keine Chance. In den sozialen Netzwerken machen sich Klassenkampf von oben und Rassenhass völlig ungefiltert breit, wie auch auf den großen Demonstrationen der Opposition seit 2015, wo bisweilen ungeniert für eine Rückkehr der Militärdiktatur plädiert wird.

Doch die Unterstützung für das Amtsenthebungsverfahren reicht weit in die bürgerliche Mitte hinein. Auch dort dominieren weniger rechtsstaatliche Überlegungen, sondern vor allem der Wunsch, die trotz ihrer moderaten Politik verhasste PT endlich – und möglichst definitiv – loszuwerden. Liberale UnternehmerInnen, vielfach medial verstärkt, beklagen vor allem die seit 2014 immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben, die aber eine Folge der durch marktliberale Rezepte verstärkten Rezession ist.

PT: Im System angekommen

Geradezu tragisch ist die Tatsache, dass sich die PT in der größten Krise ihrer Geschichte befindet, obwohl sie eben eine nach europäischen Maßstäben traditionelle sozialdemokratische Politik des Klassenausgleichs versuchte – ganz anders als etwa Hugo Chávez in Venezuela oder selbst die Kirchners in Argentinien. Nach Lulas zweiter verlorener Wahl 1994 wurde die unkonventionelle Linkspartei der 1980er Jahre gezielt zu einer konventionellen Wahlkampfmaschine umgebaut.

Vor seinem strahlenden Wahlsieg 2002 gelobte Lula gegenüber dem IWF und den Finanzmärkten die Einhaltung geltender Verträge. Statt die Aufbruchsstimmung Anfang 2003 dazu zu nutzen, beherzt Strukturreformen

anzugehen, entschied sich Lula für einen konservativen wirtschaftspolitischen Kurs. Der Rohstoffreichtum wurde etwas gerechter verteilt, aber die Reichen mussten nichts abgeben. Die PT sei wie die PSDB eine Partei des Zentrums geworden, bürokratisiert, verbürgerlicht und „früh gealtert“, kritisierte der Soziologe Francisco de Oliveira bereits Ende 2003 (vgl. Wahl 2004).

Den Korruptionsskandal *mensalão*, bei dem Lulas Präsidentschaftsminister José Dirceu monatliche Zahlungen an konservative Parlamentarier organisierte, saß der Präsident aus. Eine Rückbesinnung der PT auf die hohen moralischen Standards, die sie als Oppositionspartei proklamiert hatte, unterband er. Und all das trotz des klassischen Lula-Zitats aus dem Jahr 1993, als er über „300 Gauner“ im Kongress klagte, die „nur ihre eigenen Interessen“ verteidigten.⁶

Anstatt in Zeiten eigener Stärke eine Reform des politischen Systems – angefangen bei der Wahlkampffinanzierung – in Angriff zu nehmen, ging die PT darin auf. Wie die Enthüllungen der seit zwei Jahren laufenden Untersuchung *Lava Jato* (Autowäsche) zeigen, sind in dem riesigen Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Erdölkonzern *Petrobras* nicht nur, aber eben auch Millionenbeträge an die PT geflossen. Gleiches geschah bei anderen Megaprojekten wie dem skandalumwitterten Staudamm Belo Monte am Amazonas-Nebenfluss Xingu, den Lula und Dilma Rousseff gegen sämtliche Widerstände und unter Beugung rechtsstaatlicher Kriterien durchsetzten (Glass 2016).

Mitte März 2016 wurde eine Liste des brasilianischen Baukonzerns *Odebrecht* bekannt, auf der detaillierte Zahlungen an PolitikerInnen jedweder Couleur auftauchen.

„Es handelt sich eben nicht um eine Episode, sondern die illegalen Praktiken waren strukturell und zeigen, wie Politik in Brasilien funktioniert und wie politische Kampagnen finanziert werden: Korruption ist tief in die staatlichen Strukturen und Logiken, Handlungen und Motivationen eingewoben“, sagt die Soziologin Camila Moreno.⁷

Dies zeigte sich erneut nach Temers Amtsantritt: Aussagen eines Kronzeugen führten innerhalb von drei Wochen bereits zu zwei Ministerrücktritten; völlig ungewiss ist es, ob und wie lange sich Senatspräsident Renan Calheiros oder Temer selbst werden halten können.

6 S. <http://www1.folha.uol.com.br/fsp/brasil/fc0205200904.htm>, letzter Aufruf 4.7.2016.

7 „Die ganze politische Klasse ist involviert“. In: *Neues Deutschland*, 4.4.2016, Interview von Camila Moreno mit Ulrich Brand, <http://rosaluxspba.org/de/die-ganze-politische-klasse-ist-involviert/>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

Nicht zuletzt ist die Hybris der beiden PT-Staatschefs eine Ursache der jetzigen Krise. Auf dem Gipfel seiner Popularität, auf dem er die Fußball-WM und die Olympischen Spiele nach Brasilien holte, war Lula ein Superstar auf der Bühne der Weltpolitik, der von Hugo Chávez wie von Barack Obama geschätzt wurde. Die Technokratin Rousseff hingegen, ebenfalls mit einem überdurchschnittlichen Selbstbewusstsein ausgestattet, zeigte sich unfähig, in der Schlangengrube Brasília zu bestehen. Gerade bei ungünstigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament – 2003 stellte die PT 91 von 513 Bundesabgeordneten, Mitte Juni 2016 waren es nur noch 59 – ist politischer Dialog unabdingbare Voraussetzung für politischen Erfolg. Doch die Staatschefin verschanzte sich in ihrem Palast mit einer Schar bedingungslos Getreuer hinter ihren Aktenordnern.

Beschwingt vom Rohstoffboom der 2000er Jahre, war Lula Ende 2010 mit einer Popularität von 86 Prozent aus dem Amt geschieden. Doch dass er in bester Caudillo-Manier per Fingerzeig Rousseff zu seiner Nachfolgerin erkor, war sein vielleicht größter Fehler.

Ende des Linksrucks in Südamerika

In Brasilien droht nun ein Rollback, in dem nicht nur die sozialen Errungenschaften aus 13 Jahren PT-Regierung weiter zurückgedrängt werden. Selbst die Werte der Verfassung von 1988, die drei Jahre nach dem Ende der Diktatur in Kraft trat, sind jetzt in Gefahr (vgl. Brand 2016).

Der wahrscheinliche Sturz Dilma Rousseffs ist das jüngste Anzeichen dafür, dass der historisch einzigartige progressive Zyklus in Südamerika zu Ende geht. Nach dem Sieg des Rechtsliberalen Mauricio Macri in Argentinien, der Niederlage des chavistischen Lagers bei der Parlamentswahl in Venezuela und der Absage der BolivianerInnen an Evo Morales, bei der kommenden Präsidentschaftswahl antreten zu können, nun also der kalte Putsch in Brasília. Allerdings sind dessen geopolitischen Implikationen von ganz anderer Reichweite.

Die selbstbewusste Außenpolitik Brasiliens unter Lula hatte zu neuen regionalen Bündnissen und einem nie gekannten Rückgang des Einflusses Washingtons in Lateinamerika geführt; das Begräbnis der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA im argentinischen Mar del Plata 2005 wurde zum Fanal. Doch die Schattenseiten eines ungebrochenen Fortschritts- und Wachstumsdenkens bei der Regierungslinken sind schon seit Längerem nicht mehr zu übersehen (Dilger 2011). Kritische Intellektuelle wie der Venezolaner Edgardo Lander erklärten bereits im September 2015, in Lateinamerika sei der Begriff Sozialismus diskreditiert und unbrauchbar für die politische

Auseinandersetzung – er dachte dabei vor allem an die „bolivarianischen“ Projekte in Venezuela, Ecuador und Bolivien.⁸

Im Brasilien der PT-geführten Koalitionsregierungen stand der Sozialismus nie auf der Tagesordnung, bei aller Affinität Lulas zu seinen progressiven AmtskollegInnen. Mehr noch: Es gab nicht einmal ein kohärentes Reformprojekt für Brasilien, immer stärker stand der Machterhalt um seiner selbst willen im Vordergrund. Daher ist die Desillusionierung mit der PT schon viel älter als die jetzige Krise.

Chance zum Neuanfang?

Die Demontage von Dilma Rousseff stellt einen zivilisatorischen Rückschritt dar. Zugleich bietet auch diese Krise die Chance zur Reflexion und (Selbst-) Kritik. Dazu wäre es notwendig, den Staat „als Terrain und Akteur zu begreifen, der sich ständig ‘von unten’, d.h. aus der kritischen Zivilgesellschaft heraus erneuern muss“, schreibt der Politikwissenschaftler Ulrich Brand in Bezug auf Lateinamerika (2016a: 28).

„Das Interessante zu Beginn der Linksentwicklungen in Lateinamerika lag ja darin, in der Krise des neoliberalen Staates eben Politik ganz anders zu denken – als produktives und spannungsreiches Verhältnis von sozialen Bewegungen, solidarischen Praktiken und staatlichen Eingriffen.“ (ebd.)

An diese Traditionen gilt es anzuknüpfen. Darüber hinaus scheint „ein neues Bewusstsein zu entstehen, das größtenteils ein Produkt der Sozialpolitik der Linksregierungen ist“, meint Raúl Zibechi (2016: 33f) aus Uruguay vielleicht ein wenig zu optimistisch und verweist auf junge, gut ausgebildete brasilianische FavelabewohnerInnen. „Die heutigen Bewegungen sind weniger ideologisch und in ihren Forderungen konkreter, aber nicht weniger schlagkräftig.“ (ebd.) Gerade der Juni 2013 in Brasilien hat gezeigt, dass es ein emanzipatorisches Potenzial gibt, das noch auf der Suche nach Entfaltung ist. Doch das dürfte ein langwieriger Prozess werden. Ob und wann der „brasilianische Frühling“ tatsächlich ausbricht oder gar die Linke in der Region eine zweite Chance bekommt, ist völlig offen.

Literatur

- Anderson, Perry (2016): *Crisis in Brazil*, *London Review of Books*. <http://www.lrb.co.uk/v38/n08/perry-anderson/crisis-in-brazil>, letzter Aufruf: 21.4.2016.
 Brand, Ulrich (2016) (Hg.): *Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?* Hamburg.

8 Vortrag an der Universidad Nacional in Bogotá, 2.9.2015.

- Brand, Ulrich (2016a): „Lateinamerika. Ende es progressiven Zyklus?“. In: Brand 2016, S. 7-35.
- Dilger, Gerhard (2011): „Unser Kompass zeigt gen Süden“. In: *Le Monde Diplomatique*, 8.4.2011, S. 14-15.
- Dilger, Gerhard (2013): „Kein Wunder in Brasilien“. In: *Le Monde Diplomatique*, 12.7.2013, S. 1 u. 16.
- Dilger, Gerhard (2014): *Schafft es Dilma doch noch? Zur Stichwahl in Brasilien*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 20/2014, <http://www.rosalux.de/publication/40860/schafft-es-dilma-doch-noch.html>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Fatheuer, Thomas (2016): „Eine Koalition der Räuber“. In: *Lateinamerika-Nachrichten*, Nr. 502, S. 14-17. http://rosaluxspba.org/wp-content/uploads/2016/04/20160405_BRASILILIEN_AKTUELL-1.pdf, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Fischermann, Thomas (2016a): *Brasiliens politischer Karneval*. ZEIT ONLINE, 18.4.2016, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-04/dilma-rousseff-brasilien-amtsenthebung-abstimmung-parlament>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Fischermann, Thomas (2016b): „Papás ante portas!“ In: *Die Zeit*, Nr. 22/2016, 19.5.2016, <http://www.zeit.de/2016/22/brasilien-michel-temer-dilma-rousseff-uebergangsregierung/komplettansicht>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Glass, Verena (2016): „Wer oder was sind die Linken?“ In: *iz3w*, Nr. 353, Dossier, S. 24-26, <http://rosaluxspba.org/de/wer-oder-was-sind-die-linken/>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Glüsing, Jens (2016a): *Staatskrise in Brasilien: Kalter Putsch*. SPIEGEL ONLINE, 19.3.2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-hexenjagd-auf-lula-ein-kalter-putsch-kommentar-a-1083218.html>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Glüsing, Jens (2016b): *Parlament gegen Präsidentin in Brasilien: Aufstand der Scheinheiligen*. SPIEGEL ONLINE, 18.4.2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-parlament-stimmt-gegen-dilma-rousseff-die-analyse-a-1087707.html>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Herrmann, Boris (2016): *Der erstaunliche Karrieresprung eines „Dekorationsvize“*. SZ online, 18.4.2016. <http://www.sueddeutsche.de/politik/profil-michel-temer-1.2954485>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Quiroga, Yesko (2016): *Leserbrief zu Birle, Peter, Kalter Putsch?* IPG-Journal online, 7.4.2016. <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/kalter-putsch-1370/>, letzter Aufruf: 4.7.2016.
- Reis, Aarão (2016): *Trata-se de salvar ou não Dilma, mas para que exatamente?* El País 17.4.2016, http://brasil.elpais.com/brasil/2016/04/16/politica/1460835008_896666.html, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Singer, André (2015): *Cutucando onças com varas curtas – O ensaio desenvolvimentista no primeiro mandato de Dilma Rousseff (2011-2014)*. <http://novosestudios.uol.com.br/v1/contents/view/1604>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Wahl, Achim (2004): „Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr“. In: *Utopie kreativ*, Nr. 167, September 2004, S. 838-849, <http://www.rosalux.de/publication/15727/die-regierung-lula-nach-ihrem-ersten-jahr.html>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Weisbrot, Mark (2016): *Brazilian Coup Threatens Democracy and National Sovereignty*. Huffington Post, 14.4.2016: http://www.huffingtonpost.com/mark-weisbrot/brazilian-coup-threatens_b_9694928.html, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Zibechi, Raúl (2016): „Südamerikas neue politische Landkarte. Die Krise der linken Regierungen auf dem Subkontinent“. In: *ila*, Nr. 392, Februar 2016, S. 33-34.

Anschrift des Autors:

Gerhard Dilger

dilger@rosalux.de

Cavidan Soykan

Das Wagnis der freien Meinungsäußerung in der türkischen Hochschullandschaft

Gegen die *Akademiker*innen für den Frieden* in der Türkei wurde nach dem 10.1.2016 eine Hexenjagd eingeleitet; dabei wurden Hunderte Opfer von Disziplinarverfahren. Die Hexenjagd begann, nachdem die Akademiker*innen für den Frieden eine Petition veröffentlicht hatten. Diese Petition kritisierte das brutale Vorgehen des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung, welches auf die Verhängung eines monatelangen Ausnahmezustandes folgte und zu außerrechtlichen Tötungen im Südosten des Landes führte (CAT 2016: 3f). Bis heute (6.6.2016) sind die Auswirkungen dieser Aktion auf die türkische Hochschullandschaft äußerst schwerwiegend. 30 Hochschullehrer*innen wurden von ihren Positionen an ihren Universitäten suspendiert. 513 Disziplinarverfahren gegen Hochschullehrer*innen an öffentlichen wie an privaten Universitäten wurden eingeleitet. Einer musste in Rente gehen, elf wurden gezwungen, von ihren Ämtern zurückzutreten, 37 wurden von ihren Universitäten entlassen. Strafrechtliche Ermittlungen wurden gegen 421 Menschen eingeleitet. 37 Hochschullehrer*innen mussten zeitweilig ins Gefängnis, wahrscheinlich zum ersten Mal in ihrem Leben. Muzaffer Kaya, Esra Mungan und Kivanç Ersoy mussten für 40 Tage in Untersuchungshaft, Meral Camci musste sich ihnen für 22 Tage anschließen, bis sie alle zusammen nach der ersten gerichtlichen Anhörung am 22.4.2016 freigelassen wurden. Diese vier Hochschullehrer*innen waren im März verhaftet worden, weil sie zu einer akademischen Mahnwache aufgerufen hatten, um deutlich zu machen, dass die *Akademiker*innen für Frieden* weiterhin zu ihrem Wort stehen.

Dies war jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Namen und Fotos aller Unterzeichner*innen wurden von regierungsfreundlichen Zeitungen wenige Tage nach der Deklaration veröffentlicht. In den sozialen Medien wurde eine Lynch-Kampagne gegen die als Terrorist*innen etikettierten Hochschullehrer*innen gestartet. Über Wochen und Monate zogen sich die Verunglimpfungen und Demütigungen durch die regierungsgesteuerten Medien hin. Rechtsextreme Studenten markierten die Türen der Unterzeichner*innen auf dem Campus. Viele Hochschullehrer*innen, die an kleinen anatolischen Universitäten arbeiteten, erhielten über die sozialen Medien Morddrohungen.

Eine andere Art psychologischen Drucks wurde innerhalb der Universitäten ausgeübt. Zum einen werden die Unterzeichner*innen nicht mehr zu Konferenzen in ihren Fachgebieten eingeladen. Ihre Namen werden ohne Ankündigung aus Konferenz- und Seminarprogrammen gestrichen. Zum anderen verloren viele Hochschullehrer*innen ihre Positionen als Direktor*innen oder Koordinator*innen von akademischen Programmen und Abteilungen an ihren Universitäten. Einige erhielten keine Genehmigung zur Teilnahme an akademischen Aktivitäten im Ausland. Zu guter Letzt werden akademische Kommissionen nur noch mit Nicht-Unterzeichner*innen besetzt. Ernennungen auf *Assistant*- und *Associate*-Professuren wurden durch Willkürentscheidungen von Rektor*innen rückgängig gemacht. Während einige türkische Hochschullehrer*innen zu ihren Kolleg*innen standen, die ihre Stimme für den Frieden erhoben hatten, ist die bittere Wahrheit doch, dass der Rest es vorzog, den Kopf in den Sand zu stecken. Die schlimmste Folge dieses Prozesses ist das Aufkommen der Selbstzensur in der türkischen Hochschullandschaft.

Diese gar nicht so unschuldige Ignoranz ist allerdings keineswegs neu. Was die Kurdenfrage angeht, war dies die gängige Praxis an den türkischen Hochschulen, ja sogar in der türkischen Gesellschaft. Der türkische Staat unterband die Produktion von wissenschaftlichem Wissen bezüglich der Kurdenfrage und machte diese zur ausschließlichen Regierungsangelegenheit. Daher blieben die Assimilationspolitik und ihre Resultate dem größten Teil der türkischen Gesellschaft unbekannt (Ünlü 2012: 2). İsmail Beşikçi, ein prominenter türkischer Intellektueller, war der erste, der gegen diesen Bann ankämpfte. In den 1960er Jahren führte er für seine Doktorarbeit ethnografische Forschungen über kurdische Stämme durch. Als Dozent an der Erzurum Universität wurde er dann politisch aktiv und begann, seine Stimme gegen den konventionellen staatlichen Diskurs zu erheben. Am Ende suspendierte ihn die Universität von seinen Lehrveranstaltungen und entließ ihn schließlich im Jahr 1970. Nach dem Coup von 1971 denunzierten ihn seine Kollegen beim Militärgerichtshof. Weil er weiterhin seinen Standpunkt öffentlich vertrat, musste Beşikçi später in seinem Leben eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren über sich ergehen lassen, die ihm 17 Jahre Gefängnis einbrachten. Sein angebliches Verbrechen war „Kurdismus“ (Ünlü 2012: 10). Fast sein gesamtes Werk wurde von den Gerichten verboten. Selbst heute ist es schwierig, in der Türkei an eines von seinen Büchern zu kommen. Beşikçis Kollegen waren die ersten, die seine akademische Freiheit verletzten. Sie sagten vor Gericht offen und schamlos gegen ihn aus, verteidigten aber niemals sein Recht, sich frei zu äußern. Verfahren auf Verfahren musste er vor Gericht erscheinen, aber keine*r von all den kritischen türkischen Soziolog*innen, Politolog*innen und Intellektuellen verteidigte die Meinungsfreiheit (Bruinessen 2011: 53).

Die Kurdenfrage war immer ein Tabuthema an den türkischen Hochschulen. Die unerwartete Reaktion auf die Friedenspetition hängt damit zusammen. Mit der „kurdischen Öffnung“ und den Friedensverhandlungen von 2009 schien sich das Bild jedoch an den Hochschulen wie in der Gesellschaft zu wandeln. Eine offene und öffentliche Debatte über die staatliche Assimilationspolitik konnte endlich beginnen. Von verschiedenen Institutionen wurden akademische Konferenzen und Seminare über den Konflikt organisiert. Kritische Hochschullehrer*innen begannen das Thema zu diskutieren und sogar in ihre Lehrpläne aufzunehmen. Diese ziemlich positive und liberale Atmosphäre wandelte sich aber nach den Gezi-Protesten von 2013 plötzlich hin zur Verfolgung von Akademiker*innen. Nach der Übernahme der Kontrolle über Medien und Justiz waren nur noch die Hochschulen als Orte der Opposition gegen die Regierung übrig geblieben. Eine erste Welle von Disziplinarverfahren mit Bezug auf die Meinungsfreiheit bei der Unterstützung der Gezi-Proteste setzte im Sommer 2013 ein (GIT Turkey 2016: 26).

Nach den Disziplinarstrafen setzte Ende 2014 mit Gerichtsverfahren eine zweite Welle der Unterdrückung ein. Elifan Köse, eine Kollegin von der Karamanoğlu Mehmetbey Universität, wurde angeklagt, weil sie den damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan durch Teilnahme an einer öffentlichen Protestveranstaltung diffamiert habe. Die Veranstaltung war der Erinnerung an Berkin Elvan gewidmet, einen 15 Jahre alten Jungen, der bei den Gezi-Protesten von einer Gaspistole am Kopf getroffen und getötet worden war. Dr. Köse wurde zu elf Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt.¹ Ihr Fall war bedeutsam, weil mit ihr eine amtierende Hochschullehrerin zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Darüber hinaus war sie eine offen linke und feministische Wissenschaftlerin, die über Gender-Fragen arbeitete, und eine der wenigen Gewerkschafterinnen an ihrer Universität in der kleinen Stadt Karaman. Ihre Verurteilung war mehr als nur ein strafrechtlicher Fall. Er verunsicherte die Hochschullehrer*innen, insbesondere an kleinen öffentlichen Universitäten, wo abweichende Meinungen, wie Feminismus und *Queer*-Politik, nicht willkommen sind. Dass jemand es wagt, über Frauen- und LSBTI-Rechte² zu arbeiten, ist an einigen Universitäten im Innern Anatoliens zum seltenen Ausnahmefall geworden.³

2015 wurde ein Strafverfahren gegen einen anderen Kollegen, Barış Ünlü, eingeleitet, der an der Fakultät für Politikwissenschaft der Universität von

1 Da die Strafe weniger als ein Jahr betrug, musste Dr. Köse die Haft nicht antreten. Das Revisionsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

2 Anm. d. Red.: LSBTI = lesbisch, schwule, bisexuelle, trans* und inter*.

3 Ein Panel über *Queer*-Politik und Architektur am 17.4.2016 an der Mardin Artuklu Universität wurde wegen Drohungen von außerhalb der Universität abgesagt (KAOS GL 2014).

Ankara arbeitet. Barış Ünlü wurde der „terroristischen Propaganda“ angeklagt, nachdem er in seinem Seminar über „Politisches Leben und Institutionen in der Türkei“ eine Frage gestellt und seine Student*innen gebeten hatte, zwei Schriften von Abdullah Öcalan, dem inhaftierten Führer der PKK, zu vergleichen. Er wurde in der ersten Verhandlung im Februar 2016 vom strafrechtlichen Vorwurf der Verbreitung terroristischer Propaganda und der Verherrlichung von „Verbrechen und Verbrechern“ freigesprochen.⁴ Nicht das Gerichtsverfahren selbst, aber die gesamte Phase davor wurde dazu genutzt, eine Warnung an alle Hochschullehrer*innen auszusenden, die es noch einmal wagen sollten, den konventionellen staatlichen Diskurs in Frage zu stellen. Seit der Staat nach den Wahlen vom Juni 2015 zur „Konterterrorismus“-Strategie zurückgekehrt ist und die Friedensverhandlungen abgebrochen hat, gibt es keinen Platz mehr für kritisches Denken in der Kurdenfrage.⁵ Im Vergleich mit dem Fall von Dr. Köse, in der es um die Freiheit der Meinungsäußerung ging, standen in Dr. Ünlüs Fall die Wissenschaftsfreiheit und die Freiheit der universitären Wissensproduktion unter direkter Bedrohung.

Während Barış Ünlüs Fall internationale Schlagzeilen machte, stand gleichzeitig noch eine andere Hochschullehrerin aus Ankara vor Gericht. Die Anthropologin Dr. Sibel Özbudun von der Hacettepe-Universität war eines Vergehens angeklagt, weil sie über ihre sozialen Medien Gedichte und Fotos verbreitet hatte. Obwohl sie freigesprochen wurde, wurde sie noch einmal vor Gericht geladen. Im zweiten Verfahren wurde sie erneut freigesprochen, diesmal vom Vorwurf, „Propaganda für eine illegale Organisation zu machen“ durch die Kommentare, die sie am 20.4.2016 bei Facebook über die Kämpfe der YPG⁶ gegen IS/ISIS in Syrien verbreitete (TIHV 2016).

Die Türkei hat in den letzten zehn Jahren einen Niedergang des intellektuellen Lebens durchgemacht. Obwohl dies nicht der einzige Fall ist, gipfelt diese Tendenz in den schändlichen Attacken gegen die Unterzeichner*innen der Petition der Akademiker*innen für den Frieden. Wissenschaftler*innen werden, wie A. Kadir Yildirim (2016) formuliert, auf ihre ideologischen

4 S. <https://www.theguardian.com/world/2016/feb/04/turkish-lecturer-found-not-guilty-over-exam-question-on-kurdish-leader>, letzter Aufruf: 10.6.2016.

5 Inzwischen gibt es ein Rundschreiben, das es als illegale Aktivität definiert, über Frieden zu arbeiten. Ein Themenvorschlag für eine Magisterarbeit über die Rolle von Frauen im Friedensprozess wurde von der Verwaltung der Antalya Akdeniz Universität abgelehnt, weil das Wort „Frieden“ nicht mit dem Inhalt dieses Konterterrorismus-Rundschreibens zu vereinbaren sei, <http://www.evrensel.net/haber/277992/barisa-tez-yasak>, letzter Aufruf: 10.6.2016.

6 YPG (*The People's Defense Units*) ist der bewaffnete Arm der *Democratic Union Party* (PYD) in Rojava, der kurdischen Region von Syrien.

Überzeugungen reduziert. Der Wert einer gebildeten Person wird weniger nach ihren Zeugnissen als nach der ideologischen Position, die sie einnimmt, beurteilt (ebd.). Vielleicht ist die Lage heute anders als in den Zeiten, die İsmail Beşikçi in den 1970ern durchgemacht hat. Heute ist die zentrale Herausforderung in der Hochschullandschaft nicht die Infragestellung eines Tabus, sondern der schleichende Tod der Freiheit der Meinungsäußerung an den Universitäten. Nicht nur die Hochschullehrer*innen sondern auch die Studierenden werden in ihren Aktivitäten auf dem Campus ständig von der Polizei schikaniert. Disziplinarverfahren werden auch zur Einschüchterung von Studierenden genutzt. Die Regierung sucht sämtliche abweichenden Meinungen zu unterdrücken, um ihre in den Wahlen vom November 2015 gewonnene Macht weiter zu festigen.⁷ Das Problem ist deshalb nicht nur eines in Bezug auf Kurd*innen oder diejenigen, welche zu Kurd*innen forschen. Jede Art von regierungskritischer Meinung wird für ungesetzlich erklärt.

Aber 1.128 protestierende Hochschullehrer*innen und Tausende von anderen, die sich ihnen anschlossen, zeigen, dass die türkischen Hochschulen in schwierigen Zeiten dennoch die Wahrheit sagen können. Deshalb führte diese ganze Hexenjagd nicht nur zu Ärger sondern auch zu Hoffnung und Solidarität. Als vier Wissenschaftler*innen eingekerkert wurden, ließen sich Wissenschaftler*innen, Journalist*innen, Friedensaktivist*innen und Studierende in Bussen zu zwei Gefängnissen bringen, um Mahnwachen zu halten. Wie Dr. Değirmencioğlu, der seinen Job an einer privaten Universität nach dieser ganzen Geschichte verlor, formuliert, symbolisieren Drachen den Frieden, und deshalb haben wir Hoffnung. „Drachen werden fliegen, Tyrannen werden stürzen. Die Wahrheit wird schließlich siegen, und der Friede auch“ (Değirmencioğlu 2016).

Übersetzung aus dem Englischen: Gerhard Hauck

Literatur

- Bruinessen, Van Martin (2011): „Akademik Özgürlük ve İfade Özgürlüğü. İsmail Beşikçi Vakası“ [„Academic Freedom and Freedom of Expression: Case of İsmail Beşikçi“]. In: Ünlü, Barış, & Ozan Değer (Hg.): *İsmail Beşikçi*. Istanbul, S. 47-56.
- CAT – Committee against Torture (2016): „*Concluding Observations on the Fourth Periodic Reports of Turkey*“. <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G16/109/81/PDF/G1610981.pdf?OpenElement>, letzter Aufruf: 10.6.2016.
- Değirmencioğlu, Serdar (2016): *Kites, Poetry and Tallies. Academic Freedom Disappears in Turkey*. <https://www.timeshighereducation.com/blog/kites-poetry-and-tallies-academic-freedom-disappears-turkey>, letzter Aufruf: 10.6.2016.

7 In der Kurdenfrage zeigte sich diese Bestrebung in dem Abbruch der Friedensverhandlungen gleich nach den allgemeinen Wahlen vom Juni 2015.

- GIT Turkey – International Working Group Academic Liberty and Freedom of Research in Turkey (2016): *The Rights Violations at Academia Between May 2013-May 2015*. http://gitturkiye.org/images/GITT_dosya2013-2015.pdf, letzter Aufruf: 10.6.2016.
- KAOS GL (2014): *Scholars at Mardin Artuklu Condemned the Homophobic Hate*. <http://www.kaosgl.com/sayfa.php?id=16375>, letzter Aufruf: 7.6.2016.
- Ünlü, Barış (2012): „İsmail Beşikçi as a Discomforting Intellectual“. In: *Borderlands E-Journal*, Bd. 11, Nr. 2, S. 1-21, http://www.borderlands.net.au/vol11no2_2012/unlu_intellectual.pdf, letzter Aufruf: 10.6.2016.
- TIHV – Human Rights Foundation of Turkey (2016): *21 April 2016 Daily Human Rights Report*. <http://en.tihv.org.tr/21-april-2016-hrft-daily-human-rights-report>, letzter Aufruf: 7.6.2016.
- Yıldırım, A. Kadir (2016): *Why Turkey's Government is Threatening Academic Freedom*. <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/01/16/why-turkeys-growing-anti-intellectualism-is-a-threat-to-academic-freedom/>, letzter Aufruf: 7.6.2016.

Anschrift der Autorin:

Cavidan Soykan

soykan@politics.ankara.edu.tr

Das andere Geschlecht der Gewerkschaften

„Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ heißt es in einem traditionsreichen Lied der ArbeiterInnenbewegung. Die „Schwestern“ spielten in der internationalen Gewerkschaftsbewegung lange nur eine untergeordnete Rolle. „Schwestern, zur Sonne, zur Gleichheit“ lautete daher 2013 die feministische Abwandlung im Bonner Frauenmuseum. Dabei spielen Geschlechterverhältnisse und deren Verwobenheit mit anderen Ungleichheitsdimensionen in allen Handlungsarenen der Gewerkschaften eine Rolle: von Arbeitsbedingungen über ihre Kämpfe und Verhandlungen bis hin zu ihren Strukturen und Repräsentationen. Das institutionelle Image der meisten Gewerkschaften ist immer noch geprägt durch das Lohnarbeitsparadigma formaler Beschäftigung und durch die industrielle Maskulinitätskultur.

Ein Frauenanteil von einem Drittel gilt manchen als magische Untergrenze für die Wahrnehmung als politisch relevanter Akteur und für die themenspezifische Einflussnahme. In vielen männerdominierten, sektorspezifischen Gewerkschaften wird dieser Anteil auch auf Mitgliederebene nicht erreicht, obwohl in einigen Ländern (z.B. Lettland, Polen) Frauen sogar die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder stellen (ILO 2016: 42). Auf der gewählten Führungsebene – insbesondere in politisch wichtigen Ämtern – sind sie immer noch deutlich unterrepräsentiert, obgleich es auch in dieser Hinsicht deutliche Steigerungen gibt (ebd.; Britwum & Ledwith 2014: 5).

Es gibt etliche, zusammenhängende Gründe, warum Frauen weniger häufig Gewerkschaftsmitglieder werden: Sie sind überproportional in informellen, flexiblen und prekären Formen der Beschäftigung tätig und daher schwerer für Gewerkschaften zu erreichen. Sie wissen oft wenig über gewerkschaftliche Organisation und ihre Vorteile. Ihre Verantwortung für die Familie schränkt sie zeitlich ein. Darüber hinaus diskreditieren (internalisierte) gesellschaftliche Normen ihr öffentliches Engagement. Ferner befürchten sie Repressionen durch ArbeitgeberInnen. Teils sind sie bei der gewerkschaftlichen Arbeit sexuellen Belästigungen ausgesetzt. Nicht zuletzt hemmt sie die fast weltweit vorherrschende Dominanz von Männern in den Gewerkschaften. Daher verwundert es nicht, dass etwa in Ghana die meisten Frauen in gewerkschaftlichen Führungspositionen alleinstehend, geschieden, verwitwet oder ihre Kinder erwachsen sind (Britwum & Ledwith 2014).

In konzeptioneller Hinsicht gibt es verschiedene Sichtweisen auf die geringere gewerkschaftliche Organisation von Frauen: Bezüglich der

Durchsetzung von Interessen bevorzugen Frauen häufig auf Kooperation zielende und subversive Formen gegenüber konfrontativen Strategien. Allerdings gibt es auch Gegenbeispiele, wo Frauen ähnlich wie Männer bereit waren, sich an konfrontativen oder militanten Aktionen zu beteiligen. Naila Kabeer (2002) führt Unterschiede nicht nur zwischen Frauen und Männern, sondern auch zwischen verschiedenen Lokalitäten auf die kontextgebundene Bedeutung der Arbeit für die Frauen, ihre Familien und ihr Umfeld zurück. So sind einige eher bereit, sich kollektiv für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen als andere.

Weltweit sind viele Gewerkschaften bemüht, die Partizipation von Frauen zu erhöhen. Die Maßnahmen ähneln sich: eigene Frauenstrukturen, Kinderbetreuung bei Treffen und Aktionen, Quoten (z.B. hat der afrikanische Gewerkschaftsdachverband ITUC-Africa eine Quote von 30% für alle Führungspositionen seiner Mitgliedsorganisationen beschlossen) oder in Gremien reservierte Plätze. In einigen Ländern, wie Südafrika, scheint die Quote allerdings eher als Maximum denn als Minimum zu wirken (Britwum & Ledwith 2014: 6f). Für die Repräsentation von Frauen sind „union feminists“ (Fonow & Franzway 2007) wichtige Brückenbauerinnen zwischen Frauen- und Gewerkschaftsbewegung.

Separate Organisationseinheiten für Frauen sollen innerhalb der Gesamtorganisation das Bewusstsein für die Anliegen der Gruppe vergrößern, für eine bessere Repräsentation sorgen und konkrete Maßnahmen (z.B. Antidiskriminierungsrichtlinien, Gender-Aktionspläne) auf den Weg bringen. Freilich haben sie häufig wenig Einfluss auf die Gesamtorganisation, weil sie abseits maskulinistischer Hauptstrukturen stehen. Eine verbreitete Strategie ist daher, innergewerkschaftlich zu betonen, dass es um eine (geschlechter-) gerechte Repräsentation gehe und dies die Solidarität aller erfordere. Denn auch Männer profitierten von den von Frauen erkämpften Erfolgen wie Elternzeitregelungen oder Lohngleichheit. Für diese Bewusstseinsbildung ist eine Veränderung von politischen- und Organisationskulturen nötig. Dies erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit Stereotypen, Normen und Privilegien. Viele Erfahrungen zeigen jedoch, dass sich Geschlechtergerechtigkeit nur mit einem gewissen Maß an Verbindlichkeit und *top down* realisieren lässt.

Auch vermeintlich gender-neutrale Instrumente haben geschlechterdifferente Auswirkungen. Studien über das zentrale Aktionsfeld der Tarifverhandlungen zeigen, dass für Frauen relevante Themen häufig als unpassend klassifiziert werden und die Homosozialität von männlichen Gewerkschaftern und Arbeitgebern Diskurs und Klima in den Verhandlungen bestimmt (Britwum & Ledwith 2014: 7). Fragen der gesellschaftlichen Bewertung

von Arbeit und der Geschlechtssegmentierung von Arbeitsmärkten, von Anerkennung, von sexueller Belästigung durch Kollegen sind für Frauen oft ebenso wichtig wie Fragen der Entlohnung, für viele Gewerkschaften aber (in der Verhandlungssituation) nachgeordnet oder irrelevant. Selbst Lohnforderungen werden nur selten als Forderungen nach Lohngleichheit verstanden. Das könnte daran liegen, dass der Anteil von Frauen in Tarif- und Verhandlungskommissionen gering ist und dass gewerkschaftliche Forderungen als genderneutral gesehen werden, da sie sich primär entlang von Klasseninteressen strukturieren. Demgegenüber haben Frauen Ansätze entwickelt, die bezogen auf Inhalte und Strategien genderspezifische Perspektiven integrieren. In Brasilien beispielsweise konnte die Bankangestellten-gewerkschaft, seitdem mehr Frauen an den Verhandlungen teilnahmen, nicht nur die Ausweitung des Mutterschutzes, sondern auch der Kinderbetreuung durchsetzen (Britwum & Ledwith 2014). Ein weiteres Beispiel für einen *gender bias* gewerkschaftlicher Aktionsfelder sind die mit Unternehmen vereinbarten *Codes of Conduct*, die zwar wichtige arbeitsplatzbezogene Fragen ansprechen, jedoch nicht darüber hinausgehende Aspekte, die für die Arbeiterinnen ebenso entscheidend sind. In globalen Produktionsnetzwerken basieren viele Produkte auf einer „Genderpyramide“, bei der reproduktive Arbeiten die Basis bilden, informelle Arbeit die Mitte und formalisierte Arbeitsverhältnisse die Spitze. Die *Codes of Conduct* regeln jedoch nur die Spitze oder maximal einen Teil der Mitte (Barrientos u.a. 2003). Da Frauen aber immer noch die Hauptverantwortung für reproduktive Arbeiten innehaben, sind *Codes of Conduct* für sie nur eingeschränkt nützlich.

Frauen haben Gewerkschaften verändert; ihre Forderungen verweisen auf weiteres Potenzial für gewerkschaftliche Erneuerungsprozesse, sowohl bezogen auf formalisierte Arbeitsverhältnisse als auch gerade auf die zahlenmäßige Relevanz des sogenannten informellen Sektors in fast allen Ländern des Globalen Südens und zunehmend des Globalen Nordens. So nehmen einige gewerkschaftliche Reorganisationsprozesse Impulse aus Bewegungen von Frauen, MigrantInnen und informell Beschäftigten auf. Auch historisch trug die Veränderung weiblicher Beschäftigungsmuster zu gewerkschaftlicher Innovation bei, etwa in der Mitte der 20. Jahrhunderts die Ausdehnung von traditionellen Industriegewerkschaften in den Öffentlichen Sektor. Die Gründung der bekannten Frauengewerkschaft *Self-Employed Women's Association* (SEWA) in Indien, mit mittlerweile 1,3 Millionen Mitgliedern und nach langem Kampf um Anerkennung nunmehr Mitglied des *Internationalen Gewerkschaftsbundes* (IGB), geht auf die Organisierungsfähigkeit von vor allem Frauen in informellen Sektoren zurück. Sie versteht sich als *union movement* mit einer komplexen Agenda sozialer Sicherung und des

Empowerments und angepassten Organisationsformen. Wichtiges Element mitgliederbasierter Organisationen im informellen Sektor sind Kooperationen und Allianzen mit nichtgewerkschaftlichen Verbänden und Institutionen, etwa Frauen- und Menschenrechtsgruppen. Gegenwärtig zeichnet sich eine Entwicklung hin zu „hybriden Formen der Organisation“ ab, in denen Gewerkschaften Elemente von erfolgreichen anderen Organisationsformen integrieren (Hobden & Schwenken i.V.).

Frauen haben in den letzten Jahrzehnten viele Veränderungen in Gewerkschaften angestoßen und erkämpft, aber ohne einen Wandel bei den (männlichen) *gatekeepers* und den aus der Homosozialität erwachsenen Strukturen und impliziten patriarchalen Normen bleiben Frauen „das andere Geschlecht“ der Gewerkschaften.

Helen Schwenken

Literatur

- Barrientos, Stephanie, Catherine Dolan, & Anne Tallontire (2003): „A Gendered Value Chain Approach to Codes of Conduct in African Horticulture“. In: *World Development*, Bd. 31, Nr. 9, S. 1511-1526, [http://dx.doi.org/10.1016/s0305-750x\(03\)00110-4](http://dx.doi.org/10.1016/s0305-750x(03)00110-4).
- Britwum, Akua O., & Sue Ledwith (2014) (Hg.): *Visibility and Voice for Union Women. Country case studies from Global Labour University Researchers*. München.
- Fonow, Mary Margaret, & Suzanne Franzway (2007): „Transnational Union Networks, Feminism and Labour Advocacy“. In: Schmidt, Verena (Hg.): *Trade Union Responses to Globalization. A Review by the Global Union Research Network*. Genf, S. 165-175.
- Hobden, Claire, & Helen Schwenken (i.V.): „Domestic Workers' Organizing and the Relationships between Domestic Worker Organizations and Trade Unions. An International Comparison“. In: Chun, Jennifer; Heidi Gottfried & Ito Peng (Hg.): *The Global Migration of Gendered Care Work*. Ohne Ort.
- ILO – International Labour Office (2016): *Women at Work. Trends 2016*. Genf.
- Kabeer, Naila (2002): *The Power to Choose. Bangladeshi Garment Workers in London and Dhaka*. London.

Rezensionsartikel

Reinhart Köbler

Soziale Bewegungen oder Staatenkonkurrenz? Die Veränderung der Welt und wie sie sich verstehen lässt

*Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft
ist die Geschichte von Klassenkämpfen.*
Karl Marx & Friedrich Engels

Alexander Gallas, Hansjörg Herr, Frank Hoffer & Christoph Scherrer (Hg.): *Combating Inequality. The Global North and South*. London & New York, US-NY: Routledge 2016, 322 Seiten (I)

Jörg Goldberg: *Die Emanzipation des Südens oder Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt*. Köln: PapyRossa 2015, 326 Seiten (II)

Immanuel Ness: *Southern Insurgency. The Coming of the Global Working Class*. London: Pluto 2016, xi + 226 Seiten (III)

Im Verlauf des Vierteljahrhunderts seit dem Ende der Blockkonfrontation wurde einiges in der Welt auf den Kopf gestellt, was einmal als feste Gegebenheit gelten konnte. Dazu gehört nicht zuletzt die großräumige Verlagerung industrieller Zentren. Die Veränderungen, die zunächst als Neue Internationale Arbeitsteilung (NIAT) beschrieben wurden (Fröbel u.a. 1977; 1986), haben sich zum Aufstieg neuer Industrieregionen und neuer Wirtschaftsmächte, allen voran die Volksrepublik (VR) China, verdichtet. Schon die NIAT signalisierte das Ende einer Konstellation, die den globalen industriellen Kapitalismus mehr als zwei Jahrhunderte lang geprägt hatte: Die Aufteilung der Welt in relativ begrenzte, aber expandierende Zentren industrieller Produktion einerseits sowie weit größere Regionen, denen die Rolle als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte für industrielle Massenprodukte zugewiesen wurde (s. etwa Köbler 1990: 99-102), wurde abgelöst durch eine „weltweite Reorganisation der Produktion“ mit

dem „spezifischen Mechanismus: verwertungsoptimale Aufspaltung und Neuverteilung, durch den sich die Verteilung der Standorte und oft auch die Organisationsform der Teilproduktionen ändert“ (Fröbel u.a. 1986: 37). Wie sich zeigte, machte die Strategie von Firmen, „bei steigenden Löhnen ihre Lohnveredlungsproduktion in ‘neue’ Billiglohnländer weiter[zu]verlagern“ (Hein 1998: 279) Schule. Dies entspricht in gewisser Weise dem zunächst vor allem von japanischer Seite aus propagierten „flying geese“-Konzept, nach dem die Länder der ostasiatischen Pazifik-Region in einer Abfolge unter der Führung Japans vergleichbare Entwicklungswege einschlagen sollten.

Inzwischen ist aus der Auslagerung von Produktionsschritten die Verlagerung eines Großteils der industriellen Produktion geworden. In der Sozialwissenschaft wie im Zeitungskommentar wurde dies oft verkannt. Es ist daher nicht banal, wenn *Immanuel Ness* betont, dass die verbreitete Rede vom Ende der Arbeitsgesellschaft, von der Dienstleistungsgesellschaft, auf einer extrem provinziellen Sicht allein auf Nordamerika und Westeuropa beruht, während die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen, deutlich über 70 Prozent, inzwischen in „Entwicklungs- und Schwellenländern“ leben; allerdings fällt in den alten industriekapitalistisch entwickelten Ländern nach wie vor der Löwenanteil der Mehrwertproduktion an (III: 6ff; Tab. 1.1 & 1.2). Zugleich erscheint die „Einkaufstour“ chinesischer Staats- und Privatkonzerne seit Anfang 2016 als ein weiterer Schritt in der regionalen Verlagerung auch des Kapitaleigentums. erinnert man sich an die aus heutiger Sicht überzogenen Prognosen angesichts ähnlicher Kampagnen japanischer Konzerne in den 1980er Jahren, so sollte die Tragweite dieser Entwicklung mit Vorsicht taxiert werden. Dennoch bleibt kein Zweifel: Die Machtverhältnisse und auch die wirtschaftlichen Potenziale zwischen den großen Weltregionen haben sich verändert. Es fragt sich aber, welche gesellschaftlichen Prozesse dahinter stecken und in welche Richtung eine kritische Analyse zielen kann. Die hier vorzustellenden aktuellen Beiträge geben darauf jeweils aus dezidiert „linker“ Perspektive untereinander kontroverse Antworten. Dabei rücken grundlegende Fragen einer kritischen, auch durch die Marx'sche Theorie informierten Sozialwissenschaft in der Gegenwart in den Blick, die hier zumindest ansatzweise aufgegriffen werden sollen.

Die Ausbreitung des Kapitalismus ist für *Jörg Goldberg* der Kern der im Titel angesprochenen „Emanzipation“. Diese vollziehen in erster Linie Staaten oder Staatengruppen. Es geht um den „Aufstieg“ oder auch den „Wiederaufstieg“ von Weltregionen, die auch „mit dem zusammenfassenden Kürzel BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) verbunden werden“ (II: 11). Für Goldberg ist dies die „Einbeziehung... der gesamten Menschheit“ in das „Experiment“ einer aus seiner Sicht „nachhaltigen“

Überwindung der „malthusianisch/ökologischen Schranke der Produktion“, die „erstmalig im Europa des 19. Jahrhunderts“ unter der „Herrschaft des Kapitals als sich selbst verwertendem Wert“ erfolgt sei (II: 8). Unter ausdrücklicher Berufung auf Karl Marx und Friedrich Engels bezieht Goldberg so eine eindeutig modernisierungstheoretische Position. Dabei betont er nicht allein wie schon die Klassiker die revolutionären Konsequenzen bürgerlichen Wirtschaftens. Vielmehr erscheinen aus seiner Sicht die Hierarchien des Weltmarktes allein als Folgen der Rückständigkeit, die es durch Auf- und Nachholen zu überwinden gelte. Die Einwirkung industriekapitalistischer Zentren oder des „Westens“ auf den „Rest“ bleibt ausgespart. In modernisierungstheoretischer Perspektive erscheint Aufholen dann als nationalstaatlich definiertes Projekt; sein Fortschritt lässt sich den Wachstums- und Außenhandelsziffern der „Länder“ entnehmen (s. II: 21-34). Dies verweist auf eine bestenfalls eindimensionale Vorstellung von „Entwicklung“.

Aus der Gleichsetzung einer umfassenden Entwicklung des Kapitalismus, vor allem der durch ihn dynamisierten Produktivkräfte mit „Emanzipation“, ergibt sich analytisch die Ignorierung, politisch die Stillstellung gesellschaftlicher Widersprüche und Kämpfe im Innern. Der „Aufstieg“ wird zur staatlich inszenierten nationalen Anstrengung, dem sich alles andere unterzuordnen hat. Diese Vorstellung verweist auf einen theoriegeschichtlichen Zusammenhang, der sich als Verlagerung von der Programmatik der sozialen zur nationalen Befreiung resümieren lässt (vgl. Köbler 1996; 2015). Es mag ironisch erscheinen, dass diese Wendung vor bald einem Jahrhundert durch die Strategie der neu gegründeten Komintern eingeleitet wurde, ein Bündnis zwischen der erwarteten proletarischen Revolution im Westen und der nach der Versailler Konferenz (s. Malena 2007) im Aufschwung befindlichen antikolonialen Bewegung zu initiieren (vgl. Köbler 1982: Kap. 1). Die historische Erfahrung begründet Zweifel an dieser Strategie, zumindest was Hoffnungen auf „Befreiung“ angeht. Regelmäßig kam es zu neuen Formen der Herrschaft: Wichtige Theoretiker der afrikanischen Revolution wie Frantz Fanon (1966 [1961]) und Amílcar Cabral (1983 [1964]: 121) haben nachdrücklich darauf hingewiesen.

Goldberg ordnet sich in die modernisierungstheoretische Tradition des Marxismus ein – erinnert sei an die Feier der revolutionären Rolle der Bourgeoisie im *Kommunistischen Manifest* (Marx & Engels 1983 [1848]: 464ff) oder die Betonung der revolutionären Folgen der britischen Herrschaft in Indien durch Marx (1968 [1853]). Goldberg beruft sich jedoch überraschend auch auf Rosa Luxemburgs umstrittene Akkumulationstheorie (1913), die den systemischen Zwang des Kapitalismus zur Expansion in nichtkapitalistische Milieus postulierte und damit allerdings auch die Ausweitung kapitalistischer Transformation; Luxemburg lag jedoch die Annahme fern, die

dadurch bewirkten Verheerungen würden in ein „Aufholen“ münden. Ferner beruft Goldberg sich auf Überlegungen von Marx anlässlich der Perspektiven des revolutionären Populismus (*narodničestvo*) in Russland um 1880. Die Hoffnung der *narodniki*, auf der Grundlage der als urkommunistisches Relikt interpretierten Dorfgemeinde eine soziale Erneuerung Russlands unter Umgehung der als Bedrohung wahrgenommenen kapitalistischen Entwicklung zu erreichen, hatte sie auch zu entsprechenden Anfragen an den großen Theoretiker in London bewogen. Marx revidierte aus diesem Anlass seine früheren Positionen, die eher einer Modernisierungstheorie *avant la lettre* entsprochen hatten, grundlegend (s. Kößler 1983: 16ff). Er bestärkte die Hoffnung der *narodniki* auf eine „soziale Wiedergeburt Russlands“ auf der Grundlage bestehender kommunitärer Verhältnisse unter der Voraussetzung einer sozialistischen Revolution in Westeuropa, so dass beide Prozesse „einander ergänzen“ (Marx & Engels 1987 [1882]: 296). Diese Perspektive stand in diametralem Gegensatz zu dem ein Jahrzehnt später einsetzenden legalen Marxismus in Russland, aus dem in der kapitalismustheoretischen Grundposition auch Vladimir I. Lenin (bes. 1956 [1901]) hervorging. Diese Theoretiker sahen ganz ähnlich wie Goldberg heute die Entwicklung des Kapitalismus als entscheidendes Moment des Fortschritts. Goldberg jedoch verwandelt die Überlegung von Marx über die *Vermeidung* des „Kaudinischen Jochs“ des Kapitalismus (Marx 1987 [1883]: 389) in eine theoretische Stütze für die These unterschiedlicher Wege kapitalistischer Entwicklung. Solche Untersuchungen sind sinnvoll und haben sogar Konjunktur; man denke an die Debatten über Spielarten des Kapitalismus oder über multiple Modernen. Hier sind kritische Perspektiven, welche die regionale Verlagerung industrieller Produktion berücksichtigen und über den in den angesprochenen Debatten noch überwiegend bearbeiteten Kanon der alt etablierten kapitalistischen Zentren hinausführen, höchst wünschenswert.

Bei allen Widersprüchen ist Goldbergs Argumentation dennoch aufschlussreich. Sie bezieht sich vor allem auf die expansive wirtschaftliche Entwicklung der VR China. Hier, aber auch im Entwicklungsweg anderer Schwellenländer sieht Goldberg den wesentlichen Beleg dafür, dass gängige Annahmen über Strukturzusammenhänge in Gesellschaften der Moderne gerade nicht gelten: Kapitalismus produziere nicht notwendig Demokratie und sei auch nicht auf eine Bourgeoisie als ausgebildete, autonom handelnde herrschende Klasse angewiesen. Gleichfalls erscheint Goldberg weder die Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln noch die Trennung von Politik und Ökonomie als notwendige Vorbedingung des Kapitalismus. All dies soll vor allem anhand der VR China exemplifiziert werden. Allerdings handelt es sich um höchst unterschiedliche Gesichtspunkte. So lässt sich

schwerlich bestreiten, dass „Demokratie... unter kapitalistischen Verhältnissen historisch fast immer beschränkt auf die besitzenden Oberschichten“ war und die „subalternen Klassen... bis ins 20. Jahrhundert mehrheitlich ausgeschlossen blieben“ (54). Jedoch hätte auch nur ein Blick in die Schriften der sonst durchaus zitierten Rosa Luxemburg Goldberg daran erinnern können, dass es in ganz Westeuropa und Nordamerika um das Wahlrecht von den Chartisten über die Suffragetten bis hin zum Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht heftige soziale Auseinandersetzungen gegeben hat. Wie Goldberg selbst bemerkt, zeigen aktuelle Bestrebungen in vielen Staaten der USA, aber auch in Deutschland, dass diese Kämpfe keineswegs ein für allemal beendet sind. Es trifft daher sicher zu, dass Demokratie dem Kapitalismus nicht wesensmäßig eingeschrieben ist. Wer aber die Dimension der Kämpfe um Demokratie und Menschenrechte aus dem historischen Geschehen eskamotiert und damit dem „Westen“ Wesensmerkmale zuschreibt, die ihm manifest nicht eingeschrieben sind, komplimentiert diese ontologische Zuschreibung gleichsam durch die Hintertür wieder herein, und damit auch grundlegende Annahmen über Wesensunterschiede zwischen dem „Westen“ und dem „Rest der Welt“. Die Kritik Goldbergs richtet sich denn auch nicht so sehr gegen den Kapitalismus, sondern gegen den „Westen“ und seine hegemonialen Ansprüche. Demgegenüber seien „westliche Technologien... ebenso gut wie kapitalistische Produktionsverhältnisse mit nicht-westlichen gesellschaftlichen Institutionen“ vereinbar, „welche wiederum keineswegs... schlechter bzw. dem wirtschaftlichen Fortschritt hinderlicher sein müssen als die europäische ‘Moderne’“ (57). Im Weiteren wird deutlich, dass für Goldberg sich dieser wirtschaftliche Fortschritt in erster Linie am Brutto-sozialprodukt pro Kopf bemisst – wie Jahrzehnte entwicklungsökonomischer Debatten gezeigt haben, ist dies bestenfalls ein sehr grober Maßstab.

Der Erfolg nachholender Industrialisierung in China ist für Goldberg Konsequenz einer innergesellschaftlichen Konstellation, die sich mit einem althergebrachten, starken Staat, dem Fehlen einer zu effektiver Klassenaktion fähigen Bourgeoisie und dem Niedrighalten der Löhne durch das System der Wanderarbeit resümieren lässt. Diese deutlichen Abweichungen vom Standardmodell führt er auf einen Katalog gesellschaftlicher Grundgegebenheiten zurück, der ziemlich genau dem Bild „orientalischer“ Gesellschaften entspricht, das anderwärts als Ausfluss westlicher Projektionen, als „Orientalismus“ kritisiert wird und häufig – auch in den von Goldberg angeführten Bemerkungen von Marx und Engels – auf fiktiver Ethnographie beruht hat. Das hindert übrigens die offizielle chinesische Politik nicht, diese Konzepte in „okzidentalistischer“ Umkehrung als Rechtfertigung zur Verweigerung bürgerlicher Rechte ins Feld zu führen (s. Jakimów 2012).

Goldberg betont, dass für das „Funktionieren“ des Niedriglohn-Systems durch die Subventionierung der Löhne aus Ressourcen der Landwirtschaft Restriktionen bei der Mobilisierung des Bodens, d.h. deutliche Einschränkungen des Privateigentums als Garantie fungieren. Solange „das Zusammenspiel von vorkapitalistischen ländlichen Produktionsweisen und modernen kapitalistischen Produktionsweisen funktioniert“ (II: 120), erscheint dies dann nicht etwa als systematische Ausbeutung und damit tiefgreifende Transformation der ländlichen Verhältnisse, wie dies vielfältig am hierfür paradigmatischen Fall Südafrika (vgl. bes. Wolpe 1988), aber auch für zahlreiche andere Systeme der Wanderarbeit (vgl. Elwert & Fett 1982) belegt wurde. Der dabei springende Punkt ist, dass es sich keineswegs um „vorkapitalistische“ Verhältnisse handelt, sondern um solche, die dem Kapital, wenn nicht „reell“, so doch „formell“ subsumiert sind und dementsprechend nach seinen Bedürfnissen ausgerichtet wurden.¹ Schließlich wurde in einer heute wenigstens in der Entwicklungsforschung weitgehend vergessenen, ihrer Substanz nach überaus aktuellen Debatte aus verschiedenen, nicht allein feministischen Ansätzen nachdrücklich herausgearbeitet, dass die den hier angesprochenen Ausbeutungsverhältnissen zugrundeliegende Subsistenzproduktion² als unbezahlte Arbeit weit überwiegend von Frauen geleistet wird und in einem systematischen Zusammenhang mit der auch unter industriekapitalistischen oder vorgeblich postindustriellen Verhältnissen unerlässlichen Reproduktionsarbeit steht. Für chinesische Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter mit einem diskriminierenden Rechtsstatus im städtischen Milieu übersetzen sich die unterschiedlichen Arbeitsanforderungen in extremen lebenslangen Stress (vgl. Yan 2012). Es fragt sich, was diese Verhältnisse von klassisch kolonialistischen unterscheidet:

„Ein Clou der kolonialen Ausbeutung bestand ja gerade darin, dass ein Großteil der durch sie gewonnenen Reichtümer durch Raub oder Übervorteilung in die Hände der jeweiligen Profiteure gelangte und gar nicht oder nur weit unter Wert bezahlt werden musste.“ (Hauck 2016: 20f)

Das trifft auf Arbeitskraft, deren Preis durch unbezahlte Arbeit heruntersubventioniert wird, sicherlich zu. Ob die Ausbeuter und Ausbeuterinnen derselben Nationalität angehören oder der „eigene“ Staatsapparat sind, ist etwa so wichtig wie ihre Hautfarbe. Fanon hat nachdrücklich darauf hingewiesen, dass deren Bedeutung letztlich eine verschwindende Größe angesichts der Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaft ist.

1 Zu diesem Konzept s. Marx 1969: 45-64; weiter Köbler & Schiel 1997: Kap. 1, 4-6.

2 Ich möchte hier nur an Beiträge in dieser Zeitschrift erinnern: Lenz 1980; Krogbaumker 1980; Schiel & Stauth 1981; Mies 1981/82; Lenz 1983. Aus gewerkschaftlicher Sicht s. Britwum in I: 33f.

Nach den von Goldberg favorisierten Wachstumskriterien stellt der offiziell so bezeichnete „friedliche Aufstieg“ der VR China sicher einen großen Erfolg dar; die Zerstörungen und das menschliche Leid, auch der Widerstand, die die mit dieser Strategie einhergehen, werden von Goldberg nicht thematisiert, doch wer danach fragt, kann einigermaßen Bescheid wissen.³ Man kann dies nach klassischen Vorbildern (s. Marx 1968 [1853]) als den Preis verstehen, den es für den Fortschritt der Menschheit nun einmal zu zahlen gelte. Zumal, wenn dann noch nicht einmal die praktische Frage gestellt wird, wie das Versprechen eines solchen Fortschritts denn einzulösen sei, bekundet derartige Zuversicht freilich, wie bei Ernst Bloch zu lernen, das gerade Gegenteil der *docta spes*, der kundigen, belehrten Hoffnung, die um Gefahren weiß und sich keiner „verabredete(n) Sicherheit“ hingibt (1975 [1964]: 22). Der geschichtlichen Erfahrung des 20. Jahrhunderts und zumal des Scheiterns der Arbeiterbewegung und des klassischen Sozialismus ist zudem zu entnehmen, dass der von den jeweiligen Siegern in Anspruch genommene Fortschritt in einer bestenfalls prekären Beziehung zu jener Befreiung steht, dass der „sture Fortschrittsglaube“ ebenso wie die naive Gleichsetzung von „Arbeit“ mit „Ausbeutung“ der Natur ins Verderben geführt hat, aus dem allein die gedankliche wie praktische Aufspaltung des vermeintlichen „Kontinuums“ die Chance zur Rettung bietet (s. Benjamin 1980 [1942]: 698ff). Diese Perspektiven können hier nur angedeutet werden, doch besteht angesichts der sich abzeichnenden ökologischen wie gesellschaftlichen Katastrophe aller Anlass, gegen die wachstums- und fortschrittsfreudige Zuversicht einmal mehr Einspruch zu erheben.

Goldberg glaubt China vor allem aufgrund der angeführten Merkmale, zumal der Stärke des Staates und der angeblich nicht vorhandenen Bourgeoisie vor allem gegenüber den Krisenerscheinungen in den älteren, industriekapitalistisch entwickelten Ländern nach 2008 deutlich im Vorteil. Er betont zudem die starke Binnenorientierung des chinesischen Modells. Nur ein Vierteljahr nach Erscheinen des Buches, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Krise in China die Aktienmärkte und Rohstoffpreise weltweit in den Keller gerissen hat, liest sich die These von der Krisenfestigkeit ebenso bizarr wie die Annahme einer soliden Binnenorientierung.

Die anderen beiden Weltregionen, die Goldberg untersucht, sind Afrika südlich der Sahara sowie Lateinamerika. In Afrika sieht er den Kapitalismus – mit Ausnahme Südafrikas – bisher nicht zum Durchbruch gekommen. Neben schwachen Staaten führt er dafür zwei Merkmale an, die erstaunlicherweise in China gerade die eigenständige und spezifische Entwicklung des Kapitalismus begünstigt haben sollen – das Fehlen einer zur Klasse konstituierten

3 Ich beschränke mich wiederum auf *PERIPHERIE*: Lau 2006; Chan 2008; Fuchs 2015.

Bourgeoisie sowie die fortbestehende bäuerliche Subsistenzproduktion. Diese erscheint ihm hier jedoch nicht als Grundlage der – zahlreich vorhandenen – Wanderarbeitssysteme, sondern als Rückfallposition von meist im informellen Sektor tätigen, offensichtlich unvollständig urbanisierten Schichten. Erneut fällt dabei das Desinteresse an solchen Verhältnissen ins Auge, die keineswegs stabil sind, wie Goldstein annimmt, sondern unter der Einwirkung von Kolonialismus und Kapitalismus vielfältige Veränderungen durchgemacht haben – wenn auch nicht notwendig zum Kapitalismus. Ebenfalls eher als Hemmnis erscheinen Goldstein die Stadt-Land-Beziehungen in Lateinamerika, zumal angesichts der widersprüchlichen Konstruktion der Nationalstaaten mit kreolischer Oberschicht und rassistisch diskriminierten subalternen Klassen, von denen er allerdings allein die Indigenen anspricht, zudem mit der fragwürdigen These, diese seien eine recht kleine Minderheit. Da hier die Reproduktionsfähigkeit der kleinbäuerlichen Wirtschaften nicht mehr gegeben sei, ergebe sich eine andere, auf Rohstoffexport und Landverbrauch zugeschnittene Struktur. Deren Wendung zu einer Umverteilungspolitik der Linksregierungen während der 2000er Jahre wird am Ende kurz angesprochen, die Krise dieser Regierungen nicht mehr berücksichtigt. Auch hier erscheinen „vorkapitalistische“ als weitgehend starre, überkommene Verhältnisse; ethnographische Forschungen, aber auch durch die Dependenztheorie angeregte Untersuchungen sprechen eine andere Sprache.

Insgesamt bleibt von den vorgestellten Fällen oder richtiger Fall-Gruppen allein der Aufstieg Chinas; schon die von Goldberg selbst betonte Abhängigkeit sowohl Lateinamerikas als auch Afrikas von Rohstoffexporten erweist sich in der aktuellen Krise als entscheidendes Hemmnis zur Eigenständigkeit, und die Behauptung, Südafrika sei ein „entwickeltes kapitalistisches Land“ (177), muss einfach nur verwundern. Wo Goldberg auf Herausforderungen für eine Kapitalismus-Analyse hinweist, sagt er nicht immer Neues. Das gilt für die Betonung der Familiennetze in Ostasien (s. Castells 2001 [2000]: 207-218), aber auch für die Verzichtbarkeit einer Bourgeoisie, wenn man an die Anonymisierung der Kapitalinstanz im gegenwärtigen Kapitalismus denkt (s. ebd. 527-536; Castells 2003 [2000]: 393f). Anders könnte es allein mit der Relativierung der Rechtssicherheit gegenüber dem interpersonellen Vertrauen (II: 287ff) bestellt sein, das aber zu solcher bürokratischer Institutionalisierung oder auch zu Anonymisierung nicht recht passen will.

Es zeigt sich, dass die Analyse der unterschiedlichen Spielarten des gegenwärtigen Kapitalismus sehr viel größerer Umsicht bedarf, als das Einstimmen in die Feier kapitalistischer Expansion, die inzwischen ihre Krisenhaftigkeit deutlich demonstriert. Auch aus diesem Grund ist die Perspektive einer solchen Untersuchung wesentlich. Die Rolle der subalternen

Klassen bleibt in der modernisierungstheoretisch getönten Erzählung völlig unberücksichtigt; die sozialen Kämpfe, die bei der entsprechenden Perspektivverschiebung unweigerlich ins Blickfeld rücken, gewähren zugleich Einblicke in die gesellschaftlichen Verhältnisse, die verstellt bleiben, wenn Staaten als die primären Akteure thematisiert werden.

Die beiden weiter hier anzuzeigenden Bände bieten deutlich andere Perspektiven. *Combating Inequality* fasst Ergebnisse eines kooperativen Projektes der *Global Labour University* zusammen und erkundet die Möglichkeiten, gegen die weltweit zunehmende Ungleichheit vorzugehen, in erster Linie aus gewerkschaftlicher Sicht. Dies schließt eine Vielzahl analytischer Perspektiven ebenso ein wie klare strategische Überlegungen. Hier wird einmal deutlich, wie eine kritische globale Perspektive aussehen kann, die fortbestehende regionale Unterschiede nicht einebnet, aber in aufschlussreicher Weise in ihre Zusammenhänge stellt und mit übergreifenden Fragestellungen verknüpft. Eine wesentliche Argumentationsgrundlage ist dabei neben dem empirischen Nachweis fast durchweg zunehmender Ungleichheit in den thematisierten Weltregionen – das östliche Europa einschließlich Russland sowie China werden kaum angesprochen – die Kritik an der neoklassischen ökonomischen Lehre, die nicht allein argumentiert, Ungleichheit sei dem Wirtschaftswachstum förderlich, sondern auch die Argumente lieferte für die umfassende Deregulierung, die Finanzialisierung der vorhandenen Sozialsysteme und die Ausweitung des Finanzsystems in diesem vorher verschlossene Bereiche etwa durch die Mikrofinanz. Unter unterschiedlichen Gesichtspunkten werden demgegenüber grundlegende ökonomische Positionen vorgestellt, die in einem breiten Sinn als linkskeynesianisch gelten können. Insbesondere die lange Stagnationsphase seit den 1980er Jahren und die langsame und nur partielle Erholung nach der Krise von 2008 gehen aus dieser Sicht auf eine Nachfrageschwäche zurück, die durch die geringen Konsummöglichkeiten gerade der unteren Schichten wesentlich bedingt ist. Dieser Thematik gehen nicht nur konzeptionelle Beiträge, sondern etwa auch *Thomas J. Pallay* in einer ausführlichen Analyse der US-Wirtschaft seit den 1990er Jahren nach.

Wie wenig aussagekräftig globale Wachstums- oder BIP-Ziffern für die gesellschaftliche Situation eines Landes sind, zeigen verschiedene Beiträge unter Verweis auf die Rolle der multinationalen Konzerne auf. Besonders instruktiv ist die vergleichende Studie von *Mark Anner & Jakir Hossain* über die Rolle multinationaler Konzerne in der Bekleidungsindustrie in Bangladesh und Honduras. Sie belegen auch anhand ihrer Fallbeispiele, dass Auslandsdirektinvestitionen in vielen Fällen Ungleichheit fördern,

was ehestens durch staatliche Maßnahmen einzudämmen sei. Wie die Fallbeispiele zeigen, hängen diese Effekte entscheidend mit der Position ausgelagerter Industrien in den globalen Wertschöpfungsketten zusammen. Vor allem internationale Bündnisse konnten in beiden Fällen die Position der Arbeitenden stärken.

Eine wichtige Ausnahme angesichts auf globaler und allermeist auf nationaler Ebene zunehmender Ungleichheit war seit etwa der Jahrtausendwende Brasilien. *Marcelo Manzano, Carlos Salas & Anselmo Santos* belegen dies mit Daten bis 2012, also deutlich unter Ausschluss der aktuell forcierten Krise, während das Modell bereits ab 2008 in Schwierigkeiten geriet. Sie konkretisieren zugleich die Bedeutung einer Palette sozialpolitischer Maßnahmen, wobei die Wirkung von Transfers in Geld gegen strukturelle Aufwendungen etwa im Gesundheits- und Bildungsbereich abzuwägen ist. Die Autoren beklagen, dass es nicht zu einem eindeutigen Wechsel des Akkumulationsregimes im Sinne entschiedener Entwicklungsorientierung (*developmentalism*) gekommen sei. Als unerlässliche Bedingung für eine solche Wendung nennen sie „eine starke Massenbewegung (*popular movement*) auf jeder Ebene der Gesellschaft“ (I: 177) und relativieren so mögliche etatistische Implikationen.

Mit derartigen Perspektiven stehen diese drei brasilianischen Autoren unter den Beiträgen des Bandes nicht allein. Doch ist bestenfalls ein Dilemma bezeichnet, wie *Birgit Mahnkopfs* präzise Abrechnung mit Konzepten eines „grünen Wachstums“ zeigt, die weder eine Emanzipation von der Bindung menschlicher Gesellschaften an materielle Grundlagen versprechen können, noch „besser als ihr ‘braunes’ nuklear-fossiles Gegenstück in der Lage sind, die Probleme globaler Gerechtigkeit zu lösen“ (I: 187). Auch wenn Mahnkopf selbst Beispiele für sinnvolle ökologische Alternativen anführt, ist die Wahrscheinlichkeit nicht gering, dass sich aufgrund von Verteilungskämpfen und Abschottungsstrategien „lokale Konflikte in einem Ausmaß intensivieren, dass sie auf dem gesamten Erdball Stabilität und Frieden gefährden“ (I: 195). Die Herausforderungen sind demnach mindestens gewaltig, und man fragt sich, ob die Instrumente der Marktregulierung, einer neuerlichen Ausweitung des öffentlichen Sektors oder progressiver Besteuerung ihnen adäquat sind. Ähnliches gilt für die strategischen Überlegungen, die den Band abschließen. Insbesondere *Christoph Scherrer* legt hier einen höchst reflektiert zusammengestellten Werkzeugkasten für vorab gewerkschaftliche Aktionen vor. *Michelle Williams* erkundet und belegt eine Reihe unkonventioneller Formen gewerkschaftlicher Politik, die in verschiedenem Grad gewerkschaftliche mit breiteren gesellschaftlichen Aktivitäten verbinden und so breitere Bündnisse in Fragen wie der Bekämpfung der Einkommensungleichheit, aber auch im Hinblick auf die Forderung nach einem breiten Zugang zu erneuerbaren

Energien schaffen. Gerade vor diesem Hintergrund muss der Hinweis von *Edward Webster & Christopher Morris* auf die „Grenzen der Gewerkschaften“ ernst genommen werden. Diese Einsicht übersetzt sich aus der vor allem an Südafrika orientierten Sicht der Autoren in die Frage, wie die „Gewerkschaften am Arbeitsplatz mit den Bewegungen der Enteigneten verbunden werden“ können und damit mit der Schaffung einer aktiven Zivilgesellschaft, die sich gegen den herrschenden Neoliberalismus wendet (I: 55f).

Auf der Handlungsebene setzt *Immanuel Ness* einen deutlichen Kontrapunkt. Er sieht den „Aufstand des Südens“ vor allem als eine vielgestaltige Bewegung von Arbeitenden, deren zentrale Erfahrung darin besteht, dass sie durch ihre primären Organisationen, die Gewerkschaften, nicht mehr repräsentiert werden. Es geht daher mindestens ebenso um Alternativen zu etablierten Gewerkschaften, die sich im Rahmen aktueller gesellschaftlicher Kämpfe, vorab Arbeitskämpfe, herausbilden, wie um die Aktionsformen dieser Gewerkschaften. Ness betrachtet dabei Fallbeispiele aus Indien, China und Südafrika. Im Hintergrund steht aber bei ihm die Geschichte der Arbeiterbewegung der USA in ihren widerständigsten, weitgehend vergessenen und marginalisierten Formen, zumal der *Industrial Workers of the World* (IWW). Die „Wobblies“ stehen für eine branchenübergreifende, radikale Organisation, die sich dezidiert nicht auf eine konventionell definierte gewerkschaftliche Rolle einschränken lässt. Ness verweist auch auf die Massenstreiks, die in den 1930er Jahren in den USA zur Bildung einer neuen Gewerkschaftsföderation, des *Congress of Industrial Organizations* (CIO) führten. Damit ist zwar eine Perspektive und Form gesellschaftlicher Mobilisierung angegeben, nicht aber der Weg dahin, der sich anhand der Fallbeispiele als jeweils sehr unterschiedlich und keineswegs gradlinig erweist.

Stärker noch als in den Beiträgen des besprochenen Sammelbandes betont Ness die Beibehaltung der Hegemonie des Nordens im Zuge der Veränderungen im Süden, weil dieser „gezwungen“ war, „von der Entwicklung lokaler und nationaler Märkte zur Forcierung des Exports überzugehen“ (III: 20). Dabei misst er ausländischen Direktinvestitionen eine zentrale Rolle zu. Im Anschluss an Beverley Silver folgert Ness, dass „das Kapital die Vorherrschaft des imperialistischen Kerns erhalten hat, indem Profite und materielle Gewinne in die Finanzzentren des Nordens geleitet wurden“ (III: 33). Dem entspricht die anhaltende Ungleichheit zwischen den Weltregionen, wobei das „nördliche Kapital völlig abhängig ist von der Überausbeutung niedrig entlohnter südlicher Arbeit“ (III. 33). Dadurch sei es zu einer „fundamentalen Veränderung in der Zusammensetzung der industriellen Arbeiterklasse auf globaler Ebene“ gekommen (III: 46). Dabei sieht Ness mit Anklängen an gramscianische

Denktraditionen die herkömmlichen Gewerkschaften aufgrund ihrer engen Verbindung mit politischen Parteien als „Teil des neoliberalen Staates“ (III: 53). Aus diesem Grund nehme das „neue industrielle Proletariat“ die Gestalt von miteinander „unverbundenen Arbeiter*innenorganisationen“ an: Versammlungen, parallele und unabhängige Gewerkschaften auf betrieblicher oder regionaler Ebene, aber auch „Druck auf traditionelle Gewerkschaften“ (III: 55). Dabei spiele in der „gegenwärtigen Phase des Imperialismus“ gerade die Verfügbarkeit „reichlicher... gewerkschaftlich nicht organisierter Arbeitskraft“ eine wesentliche Rolle und damit auch das globale Migrationsregime unter den Bedingungen hoher sozialer Ungleichheit und der „uneinheitlichen Entwicklung“ des Kapitalismus „in Zeit und Raum“ (III: 66).

Das globale, für Ness vor allem mit dem *General Agreement on Trade in Services* (GATS) verknüpfte Migrationsregime erscheint so als ein den jeweiligen Bedürfnissen des Kapitals angepasstes, differenziertes Instrument zur Mobilisierung jener industriellen Reservearmee, die Karl Marx als wesentliches Merkmal kapitalistischer Verhältnisse identifiziert hat. Ihre Existenz sichert nicht nur die Versorgung mit Arbeitskraft ab, sondern verschärft auch die Konkurrenz zwischen den Arbeitenden, speziell zwischen „Einheimischen“ und später Gekommenen. Die drei Fallbeispiele konkreter Konflikte sollen nicht zuletzt die Bedeutung der Reservearmee unterstreichen.

In allen Fällen ging es um eine adäquate Vertretung der unmittelbaren Interessen der Arbeitenden und die Frage einer autonomen Konstituierung dieser Vertretungsorgane. In Indien erodierte die Position der etablierten Gewerkschaften mit der um 1990 einsetzenden Deregulierung. Wie Ness an zwei Streikbewegungen in Werken der indischen Suzuki-Tochter im Industriegürtel von Delhi 2001 und 2011 zeigt, zielte die Unternehmensstrategie auf die Spaltung der Belegschaft, die Zurückdrängung der Festangestellten und die Ausweitung der Zahl von informellen und Zeitarbeitskräften. Da die bestehenden Gewerkschaften diese Problematik nicht aufgriffen und über die Festangestellten hinaus nicht organisierten, kam es zu Neugründungen. Diese Versuche, die Spaltung zu überwinden und Widerstand gegen massive Arbeitsintensivierung und Lohnverschlechterung zu leisten, wurden vom Unternehmen nicht nur mit der Verweigerung einer Anerkennung von neuen Gewerkschaftsorganisationen beantwortet, die alle Beschäftigten zusammenführten; die Zerschlagung der Streiks erfolgte auch in Kooperation mit den Instanzen des Bundesstaates Haryana, die sich weigerten, die neuen Gewerkschaften zu registrieren, und direkte Gewalt gegen den Versuch ausübten, die Solidarität der Belegschaften zur Geltung zu bringen.

In China hat der Industrialisierungsschub ganz andere Ausmaße als in Indien und beruhte vor allem auf billiger Arbeitskraft, die großenteils durch

Vertrags- und Wanderarbeit bereitgestellt wurde. Ness zeigt im Vergleich zwischen der Streikwelle von 1997-2002 und dem Massenstreik in den Betrieben des Sportschuhherstellers Yue Yuen in Dongguan östlich von Guangzhou im März/April 2014 zum einen die Bedeutung der Herausbildung erfahrener Kader auch unter den Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern auf. Dies gilt gerade auch für inoffizielle oder „wilde“ Streiks, die angesichts der Loyalität des Gewerkschaftsverbandes *All-China Federation of Trade Unions* (ACFTU) mit Staat und Partei den Arbeitenden faktisch als einzige Aktionsform offenstehen. Als wenigstens ebenso bedeutsam erwies sich aber die Gesetzeslage. Die formal bestehenden, aber systematisch nicht eingehaltenen Bestimmungen über Renten oder Arbeitsschutz wurden in den Streiks eingefordert und dann auch in einigen Fällen von der ACFTU unterstützt. Ness sieht darin eine spezifische, durch die ambivalente Monopolsituation der ACFTU gegebene Konstellation, da auf diese Weise einerseits unabhängige Organisationsansätze nach wie vor erstickt werden, andererseits aber für kämpferische Belegschaften doch Anhaltspunkte bestehen können, zumindest die ihnen formal zustehenden Ansprüche geltend zu machen.

Südafrika steht nicht allein für eine tiefe und bereits viele Jahre anhaltende gesellschaftliche Krise, sondern auch für Erfahrungen eigenständiger Aktion und Organisation von Arbeitenden, die in dem von Ness skizzierten Bezugsrahmen als avancierteste Position gelten können. Die korporatistische Einbindung des Gewerkschaftsverbandes *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) als Juniorpartner in der Regierung mit dem *African National Congress* (ANC) und der Kommunistischen Partei erwies sich angesichts der enormen sozialen Spannungen, aber wohl auch angesichts der von unterschiedlichen sozialen Gruppen in Südafrika über Generationen erworbenen Kampferfahrungen als brüchig. Streiks ohne Unterstützung und gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen haben vor allem nach dem Massaker von Marikana im August 2012 und nach einer gewaltigen Streikwelle zur Bildung neuer, autonomer Gewerkschaften und zur Abspaltung der größten Einzelgewerkschaft *National Union of Metalworkers of South Africa* (NUMSA) von COSATU geführt. Eine ähnliche Dynamik skizziert in ausdrücklich strategischer Perspektive und unter Verweis auf das historische Beispiel des CIO Christoph Scherrer (I: 275).

Es ist deutlich, dass die Autorinnen und Autoren von *Combating Inequality* stärker auf eine Dynamisierung der bestehenden Gewerkschaften setzen, wogegen Ness vor dem Hintergrund aktueller Streikbewegungen und ihrer Erfahrungen deutlich für autonome Aktionen und den Aufbau neuer, eigenständiger Organisationen plädiert. Beide Publikationen unterstreichen aber die Realität von Arbeitskämpfen und -konflikten, die auf aktuelle prekäre

Lebenslagen sowie eine forcierte Ungleichheit reagieren, welche Ausdruck und Konsequenz von nahezu vierzig Jahren neoliberaler Politik und kapitalistischer Expansion sind. Die weitere Zukunft dieser Auseinandersetzungen wird nicht zuletzt davon abhängen, wie diese Kämpfe mit anderen sozialen Auseinandersetzungen, wie sie u.a. unter dem Stichwort des „Prekariats“ diskutiert werden (Saul 2014), verknüpft werden können.

Literatur

- Benjamin, Walter (1980 [1942]): „Über den Begriff der Geschichte“. In: Benjamin, Walter: *Gesammelte Schriften* Bd. 2, Frankfurt a.M. 1980, S. 691-703
- Bloch, Ernst (1975 [1964]): „Hoffnung mit Trauerflor.“ In: Traub, Rainer, & Harald Wieser (Hg.): *Gespräche mit Ernst Bloch*. Frankfurt a.M., S. 18-27.
- Cabral, Amílcar (1983 [1964]): „Kurze Analyse der Sozialstruktur in ‘Portugiesisch’ Guinea“. In: Cabral, Amílcar: *Die Theorie als Waffe. Schriften zur Befreiung in Afrika*. Bremen, S. 117-126.
- Castells, Manuel (2001 [2000]): *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen, <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-97534-8>.
- Castells, Manuel (2003 [2000]): *Jahrtausendwende*. Opladen.
- Chan, Chris King-Chi (2008): „Neue Muster von ArbeiterInnenprotest in Südchina“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 111, S. 301-327.
- Elwert, Georg, & Roland Fett (1982) (Hg.): *Afrika zwischen Subsistenzökonomie und Imperialismus*. Frankfurt a.M. & New York, US-NY.
- Fanon, Frantz (1966 [1961]): *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt a.M.
- Fröbel, Folker; Jürgen Heinrichs & Otto Kreye (1977): *Die neue internationale Arbeitsteilung – Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*. Reinbek.
- Fröbel, Folker; Jürgen Heinrichs & Otto Kreye (1986): *Umbruch in der Weltwirtschaft. Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft/Flexibilisierung der Arbeit/Neue Technologien*. Reinbek.
- Fuchs, Daniel (2015): „Das neue ‘Epizentrum weltweiter Arbeiterunruhe’? Klassenzusammensetzung und Arbeitskämpfe in China seit den 1980er Jahren“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 138/139, S. 303-326.
- Hauck, Gerhard (2016): „Marxistische Entwicklungstheorie“. In: Fischer, Karin; Gerhard Hauck & Manuela Boatča (Hg.): *Handbuch Entwicklungsforschung*. Wiesbaden, S. 12-26, http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-04790-0_3.
- Hein, Wolfgang (1998): *Unterentwicklung – Krise der Peripherie : Phänomene – Theorien – Strategien*. Opladen.
- Jakimów, Malgorzata (2012): „Chinese Citizenship ‘after Orientalism’: Academic narratives on Internal Migrants in China“. In: *Citizenship Studies*, Bd. 16, Nr. 5/6, S. 657-672, <http://dx.doi.org/10.1080/13621025.2012.698488>.
- Kößler, Reinhart (1982): *Dritte Internationale und Bauernrevolution. Die Herausbildung des sowjetischen Marxismus in der Debatte um die „asiatische“ Produktionsweise*. Frankfurt a.M. & New York. US-NY.
- Kößler, Reinhart (1983): „Asiatische Volksbewegungen, russische Populisten und ‘Das Kapital’. Über Marxsche Zugänge zu nichtkapitalistischen Gesellschaften“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 14, S. 4-23.
- Kößler, Reinhart (1990): *Arbeitskultur im Industrialisierungsprozeß. Studien an englischen und sowjetrussischen Paradigmata*. Münster.

- Kößler, Reinhart (1996): „Von der sozialen Revolution zur nationalen Befreiung? Gedanken zum Verhältnis zwischen Sozialismus, antikolonialen Bewegungen und Nationalismus im 20. Jahrhundert“. In: Hedeler, Wladislaw; Mario Keßler & Gert Schäfer (Hg.): *Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000. Festschrift für Theodor Bergmann*. Hamburg.
- Kößler, Reinhart (2015): „Warum national? Ein postkolonialer Rückblick auf nationale Befreiungsbewegungen“. In: Engels, Bettina; Melanie Müller & Rainer Öhlschäger (Hg.): *Globale Krisen – Lokale Konflikte? Soziale Bewegungen in Afrika*. Baden-Baden, S. 41-56, <http://dx.doi.org/10.5771/9783845263427-41>.
- Kößler, Reinhart, & Tilman Schiel (1997): *Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Modernisierung*. Frankfurt a.M.
- Krogbaumker, Beate (1980): „Subsistenzproduktion und geschlechtliche Arbeitsteilung“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 3, S. 14-30.
- Lau Kin Chi (2006): „Unzeitgemäße Betrachtungen über Modernisierung in China“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 103, S. 255-290.
- Lenz, Ilse (1980): „Überlegungen zum Verhältnis von Staat, Subsistenzproduktion und Sozialbewegungen“. In: *PERIPHERIE* Nr. 3, S. 4-13.
- Lenz, Ilse (1983): „Anmerkungen zum ‘Politischen’ in den Reproduktionsverhältnissen“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 13, S. 26-37.
- Lenin, Vladimir I. (1956 [1901]): *Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland*. In: Werke, Bd. 3, Berlin (DDR), S. 7-629.
- Luxemburg, Rosa (1913): *Die Akkumulation des Kapitals*. Berlin.
- Malena, Erez (2007): *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*. Oxford.
- Marx, Karl (1968 [1853]): „The British Rule in India“. In: Avineri, Shlomo (Hg.): *Karl Marx on Colonialism and Modernization*. Garden City, US-NJ, & New York, US-NY, S. 87-95.
- Marx, Karl (1970 [1933]): *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*. 2. Aufl., Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1987 [1883]): „Brief an W.I. Sassulitsch“, „Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch“. In: *MEW*, Bd. 19, Berlin (DDR), S. 242f, 384-406.
- Marx, Karl, & Friedrich Engels (1983 [1848]): „Manifest der Kommunistischen Partei“. In: *MEW*, Bd. 4, Berlin (DDR), S. 459-493.
- Marx, Karl, & Friedrich Engels (1987 [1882]): „Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des ‘Manifests der Kommunistischen Partei’“. In: *MEW*, Bd. 19, Berlin (DDR), S. 295f.
- Mies, Maria (1981/82): „Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt – Die Spitzenmacherinnen von Narsapur (Indien)“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 7, S. 70-87.
- Saul, John (2014): „Neue Formen des Widerstands. Proletariat, Prekariat und die afrikanischen Aussichten in der Gegenwart“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 136, S. 487-507.
- Schiel, Tilman, & Georg Stauth (1981): „Subsistenzproduktion und Unterentwicklung“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 5/6, S. 122-143.
- Wolpe, Harold (1988): *Race, Class and the Apartheid State*. London, Addis Ababa & Paris.
- Yan Yungxiang (2012): „Of the Individual and Individualization: The Striving Individual in China and the Theoretical Implications“. In: Heinlein, Michael; Cordula Kropp; Judith Neumer; Angelika Pöferl & Regina Römhild (Hg.): *Futures of Modernity. Challenges for Cosmopolitical Thought and Practice*. Bielefeld, S. 178-199.

Anschrift des Autors:

Reinhart Kößler

r-koessler@gmx.de

Rezensionen

Benjamin Selwyn: *The Global Development Crisis*. Cambridge & Malden, MA: Polity Press 2014, 224 Seiten

Für lange Zeit schienen marxistische Varianten der Entwicklungstheorie auf dem Abstellgleis der Geschichte angekommen zu sein. Dass aber die seit einiger Zeit wieder in einem gewissen Aufwind befindliche marxistische Tradition nach wie vor wertvolle Beiträge zu zeitgenössischen entwicklungstheoretischen und -politischen Debatten zu leisten hat, stellt der vorliegende Band unter Beweis. Er versammelt im Wesentlichen Essays, die der Autor in den vergangenen Jahren in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht hat. Im Hauptteil des Buches setzt sich Benjamin Selwyn in insgesamt sechs Kapiteln mit prägenden Denkern der Entwicklungstheorie vom 19. bis ins 21. Jahrhundert auseinander. Thematisch eingeklammert werden diese Diskussionen einerseits durch Vorüberlegungen zur „globalen Entwicklungskrise“ und andererseits durch die programmatische Reformulierung des Entwicklungsbegriffs als „arbeitszentrierte Entwicklung“ (*labour-centred development*), welche zugleich das Fazit des Buches bildet.

Worin aber besteht nun nach Selwyn die besagte globale Entwicklungskrise? Ausgangspunkt für seine Überlegungen ist die (leider eher offensichtliche) Feststellung, dass die Welt trotz jahrzehntelanger politischer Bemühungen um „Entwicklung“ von einem erschreckenden Gegensatz zwischen Reichtum und Armut geprägt ist. Für den Fortbestand dieses augenscheinlich paradoxen

Zustandes macht der Autor die politisch geprägten Defizite in den dominanten Spielarten des Entwicklungsdenkens – liberal und staatszentriert – mitverantwortlich. Beiden gemein sei ein „residueller“ Diskurs, der Armut als Überbleibsel fehlgeleiteter Entwicklungsprozesse auffasse. Demgegenüber spricht sich Selwyn in Anknüpfung an Henry Bernstein für eine „relationale“ Konzeption aus, die Armut und Reichtum als zwei Seiten einer Medaille im globalen Kapitalismus versteht. Dies anzuerkennen und das Entwicklungsverständnis dementsprechend auf die globale ArbeiterInnenklasse und ihre Möglichkeiten auszurichten, im und – potenziell – über den Kapitalismus hinaus Verbesserungen in ihren Lebensumständen durchzusetzen, sind für Selwyn Grundvoraussetzungen, um die globale Entwicklungskrise zu überwinden (Kapitel 1). Im Zentrum steht die kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit wichtigen und in ihrem jeweiligen Kontext progressiven Vertretern liberalen (Joseph Schumpeter, Amartya Sen), staatszentrierten (Friedrich List, Alexander Gerschenkron, Karl Polanyi) und marxistischen (Karl Marx, Leo Trotzki) Entwicklungsdenkens. Es geht dem Autor darum, systematisch zu ergründen, welche Schwächen diesen theoretischen wie praktischen Entwürfen innewohnen, aber auch, welche Beiträge sie jeweils zur Rekonzeptualisierung von Entwicklung erbringen können.

Selwyns Lektüre von Friedrich List – dem deutschen Vordenker eines entwicklungspolitisch begründeten Protektionismus – zielt dementsprechend vor allem auf dessen Rezeption im modernen

entwicklungsstaatlichen Diskurs. Er kritisiert, dass dieser die Rolle des Staates in einem übermäßig rosigen Licht zeichne und seine Bedeutung für die Organisation der kapitalistischen Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse verkenne oder sogar bewusst verschleierte (Kap. 2). Deutlich positiver fällt erwartungsgemäß seine Diskussion des entwicklungstheoretischen Beitrags von Marx aus: Zum einen verteidigt Selwyn Marx gegen eine Interpretation, die ihn als eurozentrischen, modernisierungstheoretischen Entwicklungsdarsteller darstellt; zum anderen würdigt er ihn auch als wichtigsten Urheber einer grundlegenden Denkweise, die die Bedeutung von Klassenbeziehungen und -kämpfen für Entwicklungsprozesse hervorhebe und dabei klar Partei für die ArbeiterInnenklasse ergreife (Kap. 3).

Der Kontrast zwischen staats- und arbeitszentrierter Entwicklungstheorie steht auch bei Selwyns Vergleich der Konzeptionen „ungleicher und kombinierter Entwicklung“ von Alexander Gerschenkron und Leo Trotzki im Vordergrund. Wo ersterer letztlich im Sinne der Autonomie und Durchsetzungsfähigkeit des Staates der Unterdrückung der organisierten ArbeiterInnenklasse das Wort rede, sei die Konzeption von letzterem gerade insofern überlegen, als dass sie die Bedingungen „nachholender Entwicklung“ im Kontext einer Klassenanalyse verorte. Einfach ausgedrückt: inwieweit solche Prozesse zur Überwindung der globalen Entwicklungskrise beitragen, hänge davon ab, was die ArbeiterInnenklasse in diesem Rahmen durchsetzen könne, nicht von etwaigen Wohltaten des Staates, den man möglichst ungestört schalten und walten lassen solle (Kap. 4).

Selwyn würdigt wiederum den liberalen Vordenker Joseph Schumpeter vor

allem für die Idee der „kreativen Zerstörung“, welche die nicht-lineare Natur und die potenziell destruktiven Konsequenzen von Entwicklungsprozessen im Kapitalismus hervorhebe. Er fordert allerdings eine marxistische Neufassung des Konzepts, welche einerseits die global ungleichen Auswirkungen kreativer Zerstörung und andererseits deren Klassendimensionen stärker berücksichtigen müsse, als dies bei Schumpeter der Fall sei (Kap. 5). Den zentralen entwicklungstheoretischen Beitrag von Karl Polanyi und seiner Theorie einer „Doppelbewegung“ kapitalistischer Entwicklung (im Sinne fortwährender Zyklen von staatlich-institutioneller Einhegung und Entbettung des Marktgeschehens) sieht Selwyn vor allem in der Kritik des liberalen Wirtschaftsdenkens und der Fortführung der Debatte über „große Transformationen“ begründet. Gleichzeitig kritisiert er Polanyi für dessen unscharfes Verständnis von Klassen- und Ausbeutungsverhältnissen im Kapitalismus und seine in der Folge vagen Vorstellungen zum Sozialismus (Kap. 6). Auch Amartya Sens Konzept von „Entwicklung als Freiheit“ findet Selwyns Lob, handele es sich doch um eine im Vergleich zur herkömmlichen ökonomischen Engführung notwendige multidimensionale Rekonzeptualisierung des Entwicklungsbegriffes. Allerdings gelinge es Sen nicht, selbige in praktischer Hinsicht angemessen einzufassen: Dieser vertraue auf den Staat und ignoriere die Frage der ungerechten Verteilung von Macht und Wohlstand weitgehend. Stattdessen bedürfe es einer Hinwendung zur Bedeutung der Kämpfe der organisierten ArbeiterInnenklasse (Kap. 7).

Ein Entwicklungsverständnis, das an eine solche Konzeption anknüpft,

systematischer auszuarbeiten, ist Gegenstand des letzten Kapitels. Folgendes Zitat veranschaulicht knapp die Essenz von Selwyns Entwurf: „Eine alternative, arbeitszentrierte Konzeption von Entwicklung [...] sähe, erstens, Politiken und Strategien von Kapital und Staat als Ergebnisse von und Antworten auf die dialektischen Klassenbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Zweitens betrachtete sie solche Handlungen aus der Perspektive der ArbeiterInnenklasse, zum Beispiel in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung der ArbeiterInnen. Drittens schlug sie sich theoretisch wie politisch auf die Seite der ArbeiterInnenklasse, indem sie zum Beispiel mögliche Schwächen von Staat und Kapital identifiziert, welche ArbeiterInnen zur Verbesserung ihrer menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten nutzen könnten“ (185, Übers. d.A.).

In der Gesamtschau handelt es sich bei *The Global Development Crisis* um ein überaus gelungenes Buch und eine in der derzeitigen Konjunktur hochwillkommene Intervention in entwicklungstheoretische und -politische Debatten. Freilich bleibt der Entwurf eines marxistischen, arbeitszentrierten Entwicklungsverständnisses, den Selwyn den progressiven liberalen und staatszentrierten Perspektiven entgegensetzt, auf einer eher abstrakt-programmatischen Ebene stehen und wird lediglich mit einigen Forschungsskizzen aus seiner eigenen Arbeit unterfüttert. Hier gälte es also anzuknüpfen und das so umrissene Forschungsprogramm weiter auszubauen. Zudem kommt es bei der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Autoren zur Wiederholung grundlegender Argumente („It's class struggle, stupid!“). Dennoch

bleibt es ein großes Verdienst Selwyns, diese Auseinandersetzung überhaupt gesucht und in einer derart nuancierten Weise durchgehalten zu haben. Denn die ernsthafte Diskussion über theorieparadigmatische Grenzen hinweg bleibt im entwicklungspolitischen Schlachtengetöse nur allzu oft auf der Strecke. Dem Buch ist daher eine zahlreiche und interessierte LeserInnenschaft zu wünschen.

Matthias Ebenau

Sarah Bormann; Jenny Jungehülsing; Shuwen Bian; Martina Hartung & Florian Schubert (Hg.): *Last Call for Solidarity. Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns von Gewerkschaften*. Hamburg: VSA 2015, 224 Seiten

Der gewerkschaftliche Gebrauch des Wortes Solidarität zeichnet sich durch seine Ambivalenz aus. Grundlegende Klarheit brachten auch nicht die vielen Fallstudien seit der Jahrhundertwende, die analysierten, warum es irgendwo zu grenzüberschreitender Solidarität unter Gewerkschaften gekommen ist – oder eben nicht. Der Begriff „Solidarität“ selbst blieb zumeist unbestimmt. Auch in der Praxis stelle ich fest, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Ausdruck wie eine Monstranz vor sich herträgt, damit allerdings die Krise gewerkschaftlicher Handlungsmacht eher kaschiert als erhellt. In diesem Zusammenhang sehe ich den besonderen Beitrag des vorliegenden Tagungsbands in dem Versuch, Solidarität als analytische Kategorie stark zu machen und in einem transnationalen Kontext anzuwenden.

In ihrem Vorwort schreiben die Herausgeberinnen und der Herausgeber,

keine andere Kategorie befasse sich „mit der Fähigkeit von Menschen, unmittelbare kurzfristige Selbstinteressen zugunsten langfristiger Ziele zurückzustellen“ (8). In dem Buch ist von einer spezifischen Form der Solidarität die Rede, der gewerkschaftlichen Kampfsolidarität, die den Analysen eine politische Stoßrichtung gibt: „Das utopische beziehungsweise transformatorische Moment der Solidarität besteht in der empirisch begründeten Fähigkeit von lohnabhängig Beschäftigten, nicht die Konkurrenz, aber das Konkurrenzdenken aufzubrechen“ (8). Diese Zielsetzung ergibt sich jedoch nicht aus den vorliegenden Analysen. Dies ist aus meiner Sicht die bedeutendste Schwachstelle des Buches: Es vernachlässigt den normativen und politischen Gehalt des Solidaritätsbegriffs.

Gleichwohl ist es ein Verdienst des Buches, die begriffliche Debatte zur gewerkschaftlichen Solidarität überhaupt anzustoßen. Die Beiträge sind von einer multidisziplinären Gruppe von Wissenschaftler_innen verfasst, wobei das Schwergewicht auf humangeographischen und politikwissenschaftlichen Ansätzen liegt. Besonders gelungen ist m.E. der Einleitungsbeitrag von *Sarah Bormann & Jenny Jungehülsing*: Die Autorinnen kämpften sich mit Gewinn durch die Literatur zu sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen und erarbeiten den Begriff der Solidarität anhand eines prozessualen Verständnisses von Interesse und (kollektiver) Identität. „Solidarität ist nicht als a priori existierende (oder nicht existierende) Geisteshaltung bzw. Einstellung zu verstehen, sondern wird vielmehr durch diskursive Deutungen sowie kollektive Praktiken hergestellt und muss

permanent reproduziert werden“ (17). Bormann & Jungehülsing halten nicht an einem objektiven Interessenbegriff fest und verweisen auf Claus Offe & Helmut Wiesenthal, die bereits 1980 darstellten, wie die vielfältigen Identitäten und Interessen als Lohnabhängige, Anwohner_innen, Verbraucher_innen usw. in einer einzigen Person in Konflikt geraten können. Ein Schlüssel zum weiteren Verständnis der Beiträge, ist die Erkenntnis über das komplexe Interessenhandeln von Beschäftigten, die „sich sowohl gegen ihre Ausbeutung wehren als auch darauf angewiesen sind, ausgebeutet zu werden“ (20).

Humangeographische und politikwissenschaftliche Aufsätze begreifen Solidarität als einen Prozess, der in einer Geographie der vernetzten Orte und Institutionen eingeschrieben ist, z.B. in den Fallstudien zu transnationalen Korporationen und Produktionsnetzwerken (*Andrew Herod*), globalen Rahmenvereinbarungen (*Michael Fichter*), europäischen Betriebsräten (*Nina Knirsch*) und migrantischen Netzwerken (*Valerie Francisco, Jenny Jungehülsing*). Eindrucksvoll stellen Beiträge wie die von *Stefanie Hürtgen* und von *Sarah Bormann* dar, dass Gewerkschafter_innen nicht in einigen Situationen schlicht „lokal“, in anderen „national“ und manchmal auch „transnational“ handeln. Stattdessen müssen gewerkschaftliche Handlungen in einem multi-skalaren Kontext verstanden werden, d.h. sie erfordern Analysen, wie sich Handlungen auf verschiedene räumliche Ebenen beziehen. In diesem Zusammenhang sind also „gute Absichten“ nicht ausreichend, sondern Vermittlungen unter den Akteur_innen mit ihren unterschiedlichen verräumlichten Strategien unabdingbar. Wie auch

Andrew Herod in seiner Analyse globaler Produktionsnetzwerke darlegt, bedeutet diese aus der kritischen Geographie stammende Analyse eine Absage an Vorstellungen über die Machtlosigkeit Beschäftigter angesichts eines vermeintlich hyperflexiblen Kapitals.

Interessant finde ich die thematische Breite der Fallbeispiele über Solidaritätspraktiken. Das Spektrum reicht hier von globalen gewerkschaftlichen Solidaritätskampagnen, transnationalen Austauschbeziehungen unter Gewerkschaften, europäischen Betriebsräten, migrantischen Netzwerken, sozialen Bewegungen bis hin zur gewerkschaftlichen Verwaltung staatlicher Entwicklungshilfe. Gleichzeitig bleibt unklar, wie die Analysen aufeinander bezogen und für die Entwicklung eines Begriffs der (transnationalen) gewerkschaftlichen Solidarität fruchtbar gemacht werden können. Ein Schlusskapitel, das die disparaten Beispiele theoretisch zusammenbindet, wäre sicherlich hilfreich gewesen.

Spannend war für mich die Lektüre immer dann, wenn die Beiträge versuchten, solidarische Praktiken in einem Verhältnis unter faktisch Ungleichen zu verstehen, wie z.B. *Cristina Flesher Fominaya* in ihrem Aufsatz über soziale Bewegungen, *Michael Fichter* am Beispiel der globalen Produktionsketten oder *Katherine Nastovski* in ihrer Untersuchung über gewerkschaftliche Entwicklungshilfe. Die konzeptionelle Frage, wie solidarisches Handeln in diesen Situationen von Caritas oder humanitärer Hilfe abzugrenzen ist, bleibt für mich jedoch weiter offen. *Bodo Zeuner* macht es sich allerdings zu leicht, wenn er als Kriterium bestimmt, dass eine Gleichheit oder Gegenseitigkeit „angestrebt“ sein soll und die „Interessen übereinstimmen

müssen“ (57). Denn die kritische Frage besteht ja unter diesen Umständen darin, *wie* das politische Ziel angestrebt wird und *wie* sich die Partner_innen über das komplexe Feld der „Interessen“ verständigen und zusammenarbeiten können.

Markus Kip

Christoph Haferburg & Marie Huchzermeyer (Hg.): *Urban Governance in Post-Apartheid Cities. Modes of Engagement in South Africa's Metropoles*. Stuttgart: Borntraeger Science Publishers 2014, 337 Seiten

Stadtplanung fordert in den Metropolen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Politiker_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen und Wissenschaftler_innen heraus. Ursachen dafür sind die fortdauernde und in politisch-ökonomischen sowie ökologischen Krisenzeiten intensivierte Land-Stadt-Migration und die Urbanisierung großer Bevölkerungsgruppen. Aus diesen Gründen untersucht auch die international ausgerichtete Stadtgeographie die Planungs- und Umsetzungsprozesse. Der Sammelband von *Marie Huchzermeyer*, Witwatersrand-Universität in Johannesburg, und *Christoph Haferburg*, Gastprofessor an dieser Universität sowie Professor an der Universität Erlangen, richtet seinen Blick auf das Regieren in Südafrikas Großstädten. Darunter verstehen die Herausgeberin und der Herausgeber, wie sie in ihrem programmatischen Einleitungssessay darlegen, nicht nur die Planungsvorgaben der Stadtverwaltungen oder Provinzregierungen und der jeweils zuständigen nationalen Ministerien. Vielmehr erfassen sie auch private Investoren, wie Bau- und

Immobilien-gesellschaften. Zudem integrieren sie unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure_innen in ihre Analyse. Hierzu zählen beispielsweise basisnahe Interessenvertretungen von Bewohner_innen informeller Siedlungen.

Das anschauliche Buch ist in fünf Kapitel mit insgesamt siebzehn Aufsätzen unterteilt und enthält zahlreiche Fotos, Stadtpläne, Schaubilder, Graphiken und Statistiken. Ein Index hilft vor allem Studierenden beim Nachschlagen und Vertiefen von Wissen. Allerdings setzen alle Beiträge Kenntnisse über Südafrika, insbesondere über die komplexen Zusammenhänge der Urbanisierungs-, Politik- und Wirtschaftsgeschichte des Landes voraus. Auch Theorien und Konzepte zur Stadtplanung sollten interessierten Leser_innen bekannt sein. Falls auf dieses Wissen aufgebaut werden kann, ist eine Einordnung der einzelnen Lokalstudien möglich, die jede für sich und in ihrer Zusammenschau über die Herausforderungen und Probleme des urbanen Regierens informieren.

Aus dem großen Spektrum der Fallbeispiele werden im Folgenden einige vorgestellt, die exemplarisch die thematische Spannweite der Problemanalysen illustrieren. Im ersten Kapitel erklärt die Johannesburger Professorin für Stadtplanung *Alison Todes* wirtschaftliche, politische und demographische Strukturen und Entwicklungen in acht Metropolen des Landes. Sie bietet detaillierte Angaben zur Wohnungsproblematik, Haushaltszusammensetzung und Arbeitslosigkeit. Die präsentierten Statistiken ermöglichen es, zeitliche Veränderungen in der letzten Dekade nachzuvollziehen und die vorhandene Zahl von Häusern oder informellen

Unterkünften in den verschiedenen Metropolen miteinander zu vergleichen. Gut nachvollziehbar zeigt die Autorin die Zusammenhänge zwischen der lokalen Ebene und der nationalen Wirtschaftsplanung auf. Dabei integriert sie die Auswirkungen der Finanzkrise auf die urbane Arbeitslosigkeit ebenfalls in ihre Argumentation. Ihre faktenreiche Detailanalyse setzt sie mit lokalpolitisch relevanten Rechtsgrundlagen und Leitlinien in Beziehung. Diese erläutert *Mfaniseni Sihlongonyane* noch genauer. Er leitet das Planungsprogramm für Architekturstudien an der Witwatersrand-Universität und dokumentiert kenntnis- und detailreich anhand etlicher Schaubilder die politischen Vorgaben, Gesetze, Planungs- und Management-Instrumente.

Im zweiten Kapitel zeigt die Doktorandin *Astrid Wood* die Entstehungsgeschichte des öffentlichen Bussystems auf. Ausführlich beschreibt sie unterschiedliche Planungs- und Umsetzungsphasen am Beispiel von Kapstadt und Johannesburg sowie kleinerer Städte. Bemerkenswert ist hier der frühzeitige und gezielte Süd-Süd-Austausch mit lateinamerikanischen Städten, insbesondere mit der kolumbianischen Hauptstadt Bogota. Die Autorin skizziert die konkrete Durchführung einzelner Planungsschritte. In diesem Zusammenhang nennt sie die Kosten und Finanzierungsprobleme sowie die Konflikte zwischen städtischen Verkehrsplanern und einflussreichen Kleinbusunternehmern.

Das dritte Kapitel widmet sich politischen Dynamiken auf lokaler Ebene. Am Beispiel einer informellen Siedlung in Durban stellt der Politikwissenschaftler *Richard Pithouse* von der Rhodes-Universität in Grahamstown die Interessenvertretung der Bewohner_innen vor.

Seinen Ausführungen zufolge bilden in informellen Siedlungen lebende Menschen – auch „Squatter“ genannt – die größte soziale Bewegung jenseits der von Nichtregierungsorganisationen dominierten Zivilgesellschaft. Seine grundlegende These lautet: In Südafrikas Städten seien schon wiederholt politische Konflikte ausgetragen worden. Die während der letzten Jahre zunehmend gewaltsam gewordenen Auseinandersetzungen zwischen den Bewohner_innen informeller Siedlungen, der Regierungspartei und der Polizei, deren Chronologie er anschaulich nachzeichnet, haben demnach eine Vorgeschichte. Viel ausführlicher und sachbezogener als andere Autoren benennt er relevante Ereignisse während der Apartheid. Seine konzeptionelle Reflexion basiert unter anderem auf indischen Theoretikern. Allerdings warnt er von unpassenden Grundannahmen. Gleichzeitig fordert er Akademiker auf, sich viel stärker mit dem realen Handeln von Menschen auseinanderzusetzen – in diesem Fall, um die politischen Forderungen und das Vorgehen der *Squatter* zu verstehen. Zudem verlangt er, politisches Handeln jenseits der formalen Regeln einer liberalen Demokratie solle nicht automatisch kriminalisiert werden. Die Tatsache, dass die südafrikanische Polizei sich nach wie vor eher in politische Konflikte einschaltet, als Kriminalitätsprobleme zu lösen, hat der privaten Sicherheitsindustrie mit nahezu 9.000 Firmen und über 411.000 Mitarbeitern zu märchenhaften Gewinnen verholfen. Im vierten Kapitel illustriert die Doktorandin *Tessa Diphoorn* am Beispiel Durbens, wie sich die pluralisierte Sicherheitslandschaft gestaltet und welche praktischen Probleme aus einem „Patchwork“ an Sicherheitsanbietern

resultieren. So konkurrieren in einer Straße verschiedene Sicherheitsfirmen um Kunden und bieten ganzen Nachbarschaften ihre Dienste an. Absprachen und Kooperationen untereinander wären mit den Geschäftsinteressen kaum vereinbar, so dass eine lückenhafte Sicherheitslandschaft entsteht.

Das fünfte Kapitel des Buches umfasst Aufsätze zu Raumfragen, an denen jeweils Autor_innenteams mitgewirkt haben. Dazu zählt der Schlussbeitrag von *Kira Erwin*, *Orli Bass* und *Jennifer Houghton* von der Universität KwaZulu-Natal über Frauen und Gender im urbanen Regieren. Sie konzentrieren sich auf die weit verbreitete geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und fragen, wie staatliche Institutionen, in diesem Fall die Polizei, und Privatpersonen, hier eine Mitarbeiterin einer Wohnungsbaugesellschaft, auf gewaltsame Übergriffe reagieren. An zwei Fallbeispielen aus Durban belegen sie die Kluft zwischen den staatlichen Vorgaben zur Geschlechtergleichheit und der Umsetzung in der Praxis. Trotz konkreter Verhaltensvorschriften für Polizisten werden hilfesuchende Frauen von diesen gedemütigt; diensthabende Polizeibeamte bagatellisieren deren oft lebensbedrohlichen Gewalterfahrungen. Trennungen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit lassen die Autorinnen nicht gelten, vielmehr fragen sie, ob Dezentralisierung mit umstrittenen Dienstleistern und *Governance*-Praktiken einen geeigneten Rahmen für gender-sensible Politik bietet. Zudem betrachten sie die geschlechtsbezogene Gewalt als Ausdruck von Macht und Ungleichheit, die überwunden werden müssen, um eine inklusive und partizipative Stadtentwicklung zu erreichen.

Insgesamt bietet der Sammelband facettenreiche Einblicke in die aktuelle Forschung zur Stadtgeographie in Südafrika. Sinnvoll wäre es gewesen, systematischer die umfassende Stadtplanung als Machtinstrument des Apartheidapparats in die Analyse einzubeziehen, um den vorliegenden gegenwartsbezogenen Untersuchungen insgesamt eine größere historische Tiefenschärfe zu geben. Wenn mehr schwarze Autor_innen beteiligt worden wären, hätte dies zu zusätzlichen Perspektiverweiterungen in der Urbanitätsforschung beitragen können.

Rita Schäfer

Magdalena Heuwieser: *Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons*. Wien: Promedia 2015, 216 Seiten

Als Ende Juni 2009 der linke Präsident von Honduras Manuel Zelaya vom Militär aus dem Amt geputscht wurde, erfuhr das mittelamerikanische Land auch international einige Aufmerksamkeit. Während in Deutschland die FDP und die ihr nahe stehende Friedrich-Naumann-Stiftung den von Unternehmertum und rechten politischen Kräften getragenen Staatsstreich begrüßten und rechtfertigten, regte sich im Land selbst immenser Widerstand. Eine breite zivilgesellschaftliche Organisation, an der sich u.a. indigene, feministische und Umweltgruppen beteiligten, forderte die Wiedereinsetzung des Präsidenten, vor allem aber die Umsetzung der von ihm begonnenen Demokratisierungsmaßnahmen.

Diese sozialen Bewegungen bilden einen der Schwerpunkte des vorliegenden

Bandes. Das hervorragende Buch zeichnet die Grundlagen einer ökologisch diskursivierten Landnahme und konkrete Beispiele dieser Praxis des „Green Grabbing“ nach. Darüber hinaus geht es der Autorin jedoch um „Handlungsspielräume, das dekoloniale Potenzial von Konflikten sowie Alternativen zu dominanten Entwicklungen“ (16), zu deren Agenten die sozialen Bewegungen geworden sind.

Magdalena Heuwieser macht sich aber keine Illusionen über die bestehenden Kräfteverhältnisse. Auch wenn sie die *Green Economy* als „noch keinesfalls hegemonial“ (181) betrachtet, so verweisen die Strategien ihrer Durchsetzung doch auf ein Bündel soziopolitisch wie ökonomisch extrem mächtiger Akteure. *Green Grabbing* besteht aus institutionellen Maßnahmen, die im Rahmen des Klima- und Umweltschutzes konzipiert und betrieben werden und die mit der Aneignung von Land und Ressourcen einhergehen. An seiner Durchsetzung arbeitet nicht nur die nationale Oligarchie, sondern auch internationale Konzerne und NGOs sind beteiligt.

Dabei diskutiert die Autorin das *Green Grabbing* keineswegs als mittelamerikanisches oder gar honduranisches Phänomen. Sie stellt es in den Kontext der multiplen globalen Krise. So kommt die Suche des Kapitals „nach neuen Anlagemöglichkeiten in Sphären, die noch nicht oder noch nicht vollständig inwertgesetzt sind“ (69), in den Blick. Dadurch wird die Ausdehnung der Verwertungslogik auf Land, Wasser sowie Nahrungsmittel verständlich.

Das ist auch der Rahmen, in dem in Lateinamerika in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Staudammprojekten entwickelt und zum Teil auch realisiert

worden sind – meist mit Folgen, die dem ökologischen Anspruch völlig zuwider laufen, von den soziopolitischen einmal abgesehen. An drei Fallbeispielen – den Wasserkraftwerken La Aurora I und Agua Zarca sowie dem sogenannten Waldschutzprogramm REDD+ – verdeutlicht Heuwieser dies. Die Abläufe ähneln sich: Die Privatisierung von Gemeingütern wird ökologisch begründet und geht mit den (nicht eingehaltenen) Versprechen auf Arbeitsplätze und infrastruktureller Entwicklung einher, wobei die betroffenen Gemeinden in Entscheidungen nicht einbezogen werden und auch von den Gewinnen letztlich nicht profitieren. Der daraufhin entstehende Widerstand wird mit dem Umweltargument delegitimiert und schließlich kriminalisiert.

Vor diesem Hintergrund zeigt das Buch sehr eindrücklich, dass die *Green Economy* keinesfalls die Ablösung neoliberaler Politik, sondern vor allem eine Verlagerung ist. Aber ist sie auch ein Kolonialismus, wie der Buchtitel behauptet? Auch wenn es sicherlich nicht von der Hand zu weisen ist, dass die *Green Economy*, wie Heuwieser betont, „die für den traditionellen Kolonialismus typische Gewaltsamkeit und Aneignung der Reichtümer“ (180) beinhaltet, so fehlt doch eine bürokratische ebenso wie eine pädagogische, auf die Denkweisen gerichtete Struktur, die für historische Kolonialismen kennzeichnend waren und die die Ausbeutung von Ressourcen- und Arbeitskraft stets flankiert haben.

Trotz dieses begrifflichen Einwandes verortet die Autorin ihre Forschung überzeugend im Rahmen der dekolonialistischen Theorie. Diese zielt nämlich nicht nur auf die kolonialen Muster, die die Zeit überdauert haben. Vielmehr geht es ihr in Form der „Aktionsforschung“, deren

Methoden Heuwieser hier folgt, um einen partizipativen Prozess, in den die Objekte der Forschung – Basisbewegungen und Widerstandsgruppen – zugleich auch als Subjekte einbezogen werden. Heuwieser legt damit eine für den deutschsprachigen Raum nach wie vor unüblich engagierte Studie vor, die zugleich offen parteiisch und wissenschaftlich korrekt ist. Darüber hinaus kann das Buch mit seinem historischen Überblick und den vielen übersichtlich gestalteten Fakten-Boxen jeden Anspruch darauf erheben, als neues Honduras-Handbuch zu gelten.

Jens Kastner

GRAIN: *The Great Climate Robbery. How the Food System Drives Climate Change and What We Can Do about It.* Ohne Ort: Daraja Press, Tulika Books & Spinifex Press 2016, 229 Seiten

Diese Publikation liefert in ihrer Kompaktheit ohne Frage eine ganze Fülle von sehr wertvollen Einsichten und Informationen – wohl weniger für Fachleute aus Wissenschaft und Medien als insbesondere jedoch für interessierte Laien und Aktivisten/innen. Dabei handelt es sich um eine – nicht zuletzt auf die Klimaverhandlungen in Paris (COP 21) Ende 2015 ausgerichtete sowie in Bezug auf die Gliederung weitgehend überarbeitete – Neuauflage einer Publikation aus dem Jahr 2012, die damals unter dem Titel *The Great Food Robbery. How Corporations Control Food, Grab Land and Destroy the Climate* von GRAIN herausgebracht wurde (<http://www.grain.org/article/entries/4501-the-great-food-robbery-a-new-book-from-grain>). Die Neuauflage umfasst neben der Einleitung vier Kapitel, die sich mit dem

Zusammenhang von Nahrungsmittelproduktion und Klimawandel (Kapitel 1), der Landfrage (Kapitel 2), dem Kampf gegen die Kommerzialisierung von Saatgut (Kapitel 3) und der Abwehr einer von Großkonzernen monopolisierten Kontrolle des globalen Nahrungssystems (Kapitel 4) befassen.

In den Kapiteln finden sich nicht nur immer dieselben Argumentationsmuster, sondern auch viele wortgleiche Wiederholungen. Sie zeichnen ein uniformes „Feindbild“, das sich auf einige wenige Grundannahmen stützt. An vorderster Stelle steht dabei die Überzeugung, dass eine kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft insbesondere im Globalen Süden alle wesentlichen globalen Probleme verschärft, wenn nicht gar verursacht. Ferner geht die Publikation davon aus, dass eine kleinbäuerliche Wirtschaftsweise im Grunde viel effizienter und „klimafreundlicher“ als jegliches auf Mechanisierung oder Industrialisierung beruhendes Agrarmodell sei. Indem das Buch den „Gegner“ konsequent im kapitalistischen System überhaupt, und vor allem in dessen exponiertesten Vertreter/innen – den Regierungen und den Konzernen der westlichen Welt – verortet, idealisiert es vielfach die „traditionelle Landwirtschaft“ und spricht so, gewollt oder ungewollt, den Ländern des Globalen Südens im Kern eine Industrialisierungsperspektive ab. Mit dieser sehr eng geführten Argumentation, die eine von Agrarkonzernen gesteuerte Landwirtschaft als „größten Klimakiller“ schlechthin auffasst, blendet es zwei weitere Quellen des Klimawandels – die Energieerzeugung mittels fossiler Brennstoffe und die erdölgetriebene, weltumspannende Mobilität weitestgehend aus.

Folglich gerät eine elementare Grundnotwendigkeit fast völlig aus dem Blick, nämlich die, dass die menschliche Existenz vom Stoffwechsel mit der Natur abhängt. Die Entnahme von Naturrohstoff und deren Zurichtung durch die „Produktion“ von Lebensmitteln (im weitesten Sinne) wird immer mit der Freisetzung von CO₂ verbunden sein, während Änderungen des Lebensstils und damit der Konsumtionsweise (in der Energieerzeugung wie auch beim Mobilitätswahn) ein – relativ – viel größeres Einsparungspotenzial haben.

Aber die Fixierung der Herausgeber auf eine einzige Lösung, die „kleinbäuerliche Landwirtschaft“, deren Effizienz nirgends wirklich analysiert, sondern immer nur behauptet wird, ist nicht nur erheblich verkürzt, sie greift – befördert durch eine apodiktische Diktion – noch bedenklich viel kürzer. Denn es geht gar nicht vordergründig darum, ob die Kleinbäuerinnen und -bauern heute schon die Weltbevölkerung ernähren könnten (wenn sie denn in der Lage wären, Megastädte täglich stabil und auf Dauer zu versorgen), sondern auch und vor allem darum, was Samir Amin als den Landbau als Zufluchtsort für eine urbane Überbevölkerung beschrieben hat. Um diese Menschen – von denen die meisten heute noch Kinder sind, die erst in den kommenden Jahrzehnten eine Beschäftigung suchen werden – überhaupt noch sinnvoll an der Erzeugung der Voraussetzungen für ihr eigenes Überleben beteiligen zu können, muss ihnen die Möglichkeit offen gehalten werden, als (Klein-)Bäuerinnen und -bauern zu wirtschaften (vgl. Samir Amin: *Maldevelopment. Anatomy of a Global Failure*, Cape Town u.a. 2011; S. 112f, passim). Ergo wird der CO₂-Ausstoß der

Landwirtschaft – auch der der „traditionellen“ – wohl noch zunehmen, selbst wenn es gelänge, die von Konzernen getriebene Massenproduktion (stark) zurückzudrängen.

Abschließend sei noch ein besonderes Ärgernis angemerkt. Die sehr ungewöhnliche Titelei der Publikation erschwert eine Auseinandersetzung mit einzelnen Positionen im Rahmen einer Rezension außergewöhnlich. Zwar gibt es Herausgeber, aber diese sind sämtlich entweder eine Organisation (GRAIN) oder Verlage. Selbst in den vier Kapiteln finden sich kaum konkrete Hinweise, wer welchen Abschnitt verfasst, recherchiert und schließlich auch zu verantworten hat (außer Verweisen auf Bücher und Artikel auf dem Web-Portal von GRAIN, die wiederum höchst zufällig – meist jedoch gar nicht – mit den Namen von Autoren/innen versehen sind). Der Text steht quasi als apodiktisches Selbst für sich selbst. So steht die vorgestellte Sicht unter Zustimmungszwang. Jede – dennoch – vorgebrachte Kritik erscheint angesichts der Adressatenlosigkeit des Widerspruchs so zwangsläufig als Parteinahme für den „Gegner“ – die Großkonzerne und die von ihnen beförderte konsumistische Lebensweise.

Arndt Hopfmann

Petra Dennecker &
Birte Rodenberg (Hg.):
*Klimaveränderung, Umwelt
und Geschlechterverhältnisse im
Wandel – neue interdisziplinäre
Ansätze und Perspektiven.*
Münster: Westfälisches
Dampfbboot 2014, 225 Seiten

Wie hängen Klimaveränderung, Umwelt und Gender zusammen? Zu diesem

Thema will das Buch interdisziplinäre Ansätze und Perspektiven anbieten. Im einleitenden Kapitel stellen die Herausgeberinnen hierzu den Rahmen dar: die Kontinuität und die Veränderungen im Women-Environment-Development-Diskurs. Normative Positionen wie z.B. der Ökofeminismus haben inzwischen zugunsten von konkreten Analysen der gesellschaftlichen Stellung von Frauen den Platz geräumt. Das dadurch entstandene Bild gibt keinen Anlass zu Optimismus: „Zahlreiche empirische Studien zeigen die lokal begrenzten Handlungsspielräume von Frauen auf, die eine Sicherung nachhaltiger Lebensgrundlagen (sustainable livelihood) aufgrund fehlender Entscheidungsmacht, Rechte und Kontrollmöglichkeiten über natürliche und gesellschaftliche Ressourcen unmöglich machen“ (15). Der begrenzte Spielraum von Frauen hängt von unterschiedlichen Faktoren ab: Möglichkeiten, die die physische Umwelt bietet, die Anwesenheit demokratischer Institutionen auf lokalem und nationalen Niveau und selbstverständlich die Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern im gesellschaftlichen Leben. Letzteres steht im Mittelpunkt des Buches, wird aber im engen Zusammenhang mit der Verteilung und der Kontrolle natürlicher Ressourcen sowie dem Überlebenskampf der Haushalte gesehen.

Die folgenden neun Kapitel gliedern sich in drei Teile. Den ersten, „Zwischen Rematerialisierung und Rechtsansatz“, eröffnet *Barbara Holland-Cunz* mit einem gleichermaßen gediegenen und engagierten „Plädoyer für einen theoretischen Neustart“ (30). Sie distanziert sich vor allem von Ansätzen, die Gender- und Genderverhältnisse dekonstruieren sollten und sich dabei von jeder

materiellen Basis entfernt haben. Konkret benennt sie „Dematerialisierungs“-Prozesse von Natur und Geschlecht in den Auffassungen über Netzwerk- und Informationsgesellschaft und „Rematerialisierung“ in der weltweiten Feminisierung und Informalisierung von Arbeit. Leider illustriert sie die globalen Genderverhältnisse mit dem simplistischen Bild von weißen Männern, die in sauberen Räumen an der Wissensgesellschaft arbeiten, und jungen Frauen, die in armen Ländern unter erbärmlichen Umständen Produktionsarbeit verrichten(43). Klar und systematisch stellt *Andrea Schapper* im folgenden Kapitel Klimaveränderung und Klimapolitik unter dem Blickwinkel von Menschenrechten dar. Überzeugend zeigt sie, dass diese Herangehensweise Klimaveränderungen und Gender fruchtbar verbinden kann. Das dritte Kapitel nimmt die Thematik des ersten auf. Weltweite Diskussionen über Klimaveränderung, so die Landschaftsplanerin *Bettina Köhler*, erwecken den Eindruck, als ginge es um eine gemeinschaftliche Gefahr, um ein „homogenes Interessenfeld“, obwohl die Gesellschaft von politischen und sozialen Ungleichheiten durchzogen ist. Deshalb stellt sie das Konzept „Gesellschaftliche Naturverhältnisse“ in den Vordergrund, das Mitte der 1980er Jahre am Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) eingeführt wurde und das beispielsweise Susanne Lettow in ihrem Artikel „Geschlecht, Macht, Klima“ in dem 2012 erschienenen Buch *Geschlecht – Macht – Klima*, herausgegeben von Gülay Çaglar, Maria do Mar Castro Varela & Helen Schwenken, verwendet. Dieses Konzept beinhaltet nicht nur die Repräsentation und die symbolische Konstruktion von Natur, sondern vor allem auch ihre materielle Produktion.

Teil zwei befasst sich unter der Überschrift „Geschlechtergerechte Klimapolitik“ insbesondere mit Anpassungsstrategien. Entwicklungspolitik, die sich auf die Folgen von Klimaveränderungen und die damit notwendigen Anpassungen richtet, muss Genderaspekte einbeziehen. *Birte Rodenburg* spricht die Gefahren an, die mit einer eingeschränkten Genderperspektive verbunden sind, bei der Frauen als eine homogene Gruppe und vor allem als Opfer gesehen werden und arme Männer außen vor bleiben (106). Als Beispiel wählt sie Kinderrechte, wodurch dieses Kapitel ein wenig abgehoben wirkt. Im folgenden Kapitel mit dem rhetorischen Titel „Klimagerechtigkeit ohne Gendergerechtigkeit“ untersucht *Franziska Krug* die Genderdimension des *Climate Justice Movement*. Auf der Basis einer Inhaltsanalyse von sieben Dokumenten zeigt sie, dass Denken über Gender in weltweiten Netzwerken deutlich abwesend ist. Am Beispiel von Bangladesch macht sie jedoch deutlich, dass auf lokalem Niveau Klimagerechtigkeit sehr wohl mit Gender- und Machtverhältnissen verbunden wird. Kann man hieraus schlussfolgern, dass auf lokalem Niveau etwas anwesend ist, was auf internationalem fehlt? Das wäre m.E. eine voreilige Schlussfolgerung, wenn nicht die Frage beantwortet wird, ob dieses Land als repräsentativ gelten kann. Abgerundet wird der zweite Teil des Buches mit einem nützlichen Beitrag über die Inklusion von Gender im neuen *Green Climate Fund*, der gerade (Anfang 2015) gegründet wurde.

Der dritte Teil „Globale und nationale Politiken“ umfasst drei Fallstudien zu Südafrika/Simbabwe, Kenia und Südostasien, von denen die LeserInnen erwarten können, dass sie das vorangegangene

Plädoyer für konkrete Analysen sich verändernder Lebensweisen fortführen. In allen drei Fällen führen die Frauen ein auf den Haushalt gerichtetes, sesshaftes Leben, während die Männer – einschließlich Migration – nach außen orientiert sind. Der Beitrag von *Saraj Ayeri Ogalleh* über Haushalte von Kleinbäuerinnen und -bauern in der Provinz Laikipia, Kenia, fällt dabei positiv auf. Mangels Daten, die einen Klimawandel anzeigen, geht die Autorin von den erfahrenen Klimaveränderungen ihrer InterviewpartnerInnen aus: längeren Trockenperioden und unregelmäßigen Regenzeiten. Sie befragt jeweils 100 Frauen und 100 Männer und kann so Genderunterschiede in den Reaktionen auf die wahrgenommenen Schwankungen aufzeigen. Diese Unterschiede hängen mit den verschiedenen Positionen in der Landwirtschaft zusammen: Vereinfacht gesagt sind Frauen Ackerbäuerinnen und Männer Viehzüchter. Die Studie geht nicht der Frage nach, ob durch die Veränderungen entweder die Männer oder die Frauen schlechter wegkommen. Dazu hingegen tendieren die beiden anderen Fallstudien, vor allem die letzte von *Oliver Pye* und *Julia*, die sich den Palmölplantagen in Südostasien widmet. Es ist sicher notwendig, darauf hinzuweisen, dass die große Bedeutung von Agrar-Brennstoffen in der weltweiten Energieversorgung zu vielen Missständen und ausbeuterischen Verhältnissen unter den ArbeiterInnen auf den Palmölplantagen führt, aber Autorin und Autor verfallen zu sehr einem Diskurs, der Frauen ausschließlich als Opfer thematisiert, und zeigen keine Alternativen auf. Dieser Diskurs kennzeichnet auch den Beitrag von *Rita Schäfer* über Südafrika und Simbabwe,

in dem allerdings die Klimaveränderung kaum thematisiert wird.

Die Qualität der Beiträge ist unterschiedlich, doch insgesamt zeichnen sie ein Bild, wie Gender auf sinnvolle und praktische Weise in Analysen von Klimaveränderung und -politik aufgenommen werden kann. Ob die im Titel des Buches angeführten Ansprüche völlig eingelöst werden, ist zu bezweifeln. In Punkto Interdisziplinarität fällt auf, dass die Autorinnen und der Autor ausschließlich sozial- bzw. politikwissenschaftlich qualifiziert und Naturwissenschaften nicht vertreten sind. Der Beitrag von Schapper enthält zwar eine Abbildung, die die Vielfalt von Klimaveränderungen (Temperatur, Regenfall, Steigen des Meeresspiegels, Stürme) (59) wiedergibt, aber im Buch passiert damit weiter nichts. Es fehlen auch Hinweise auf die Diversität von ökologischen Gebieten zu Wasser und zu Land, die – neben den sozialen Strukturen – für den lokalen Kontext von großer Bedeutung sind: Man denke nur an die Unterschiede zwischen Stadt und Land oder zwischen Feucht- und Trockengebieten in den armen Ländern. Möglicherweise hätte diesem Mangel naturwissenschaftliche Kompetenz abhelfen können, wie das 2010 erschienene Buch *Gender and Climate Change* der Biologin und Umweltwissenschaftlerin Irene Dankelman, wie mir scheint: symptomatisch, zeigt.

Leider erfährt man, im Gegensatz zu dem, was der Titel verspricht, wenig über Veränderungen der Genderverhältnisse. Denn die Hauptfrage ist nicht, ob Klimaveränderung vielfältige Folgen für Männer und Frauen hat. Weltweit sind ihre gesellschaftlichen Rollen und Positionen höchst unterschiedlich, also werden sich Klimaveränderungen

für beide unterschiedlich auswirken. Zentrale Frage ist vielmehr: Werden diese Unterschiede zu Ungleichheiten in der Verteilung von Arbeitsbelastung und Hilfsmitteln führen? Anders ausgedrückt: Werden Klimaveränderungen zu mehr Gendergleichheit oder zu mehr -ungleichheit und damit zu Veränderungen in den Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen führen? Hat sich z.B. die Position von armen Bauern, die migrieren, im Vergleich zu den Frauen verbessert, die an ihrem angestammten Ort bleiben, um das Land zu bewirtschaften? Um derartige Fragen beantworten zu können, müssen die Auswirkungen von Klimaveränderung sowohl für Frauen als auch für Männer analysiert werden. Die Auswirkungen für Männer bleiben in diesem Buch, das sich mit Gender beschäftigt, leider unterbelichtet.

Ton van Naerssen

Übersetzung aus dem

Niederländischen von Detlev Haude

Literatur

Çaglar, Gülay; Maria do Mar Castro Varela & Helen Schwenken (2012) (Hg.): *Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*. Opladen, Berlin & Toronto.

Dankelman, Irene (2010) (Hg.): *Gender and Climate Change. An Introduction*. London.

Md Mizanur Rahman, Tan Tai Tong & AKM Ahsan Ullah (Hg.): *Migrant Remittances in South Asia. Social, Economic and Political Implications*. London: Palgrave Macmillan 2014, 300 Seiten

Weltweit stammen von den internationalen MigrantInnen etwa 70 Mio. aus

Südasien, davon 40 Mio. aus Indien. Die Region ist eines der wichtigsten Herkunftsgebiete von ArbeitsmigrantInnen in der Welt. Die meisten von ihnen migrieren nach Saudi-Arabien und in die Golfstaaten. Ihre Überweisungen in die Heimatländer haben einen Anteil von ca. 25% an den gesamten Überweisungen weltweit; sie tragen zu 10% zum Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Länder bei, wobei die Unterschiede erheblich sind: In Nepal sind es 24%, in Bangladesch 10% und in Indien 3%. Allein diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass jetzt ein Buch zu den MigrantInnen aus Südasien und ihren Überweisungen erschienen ist.

Der Sammelband umfasst eine von den Redakteuren geschriebene Einleitung und zwölf Kapitel zu diversen Themen. Das erste befasst sich mit theoretischen und methodologischen Fragen. Es ist gründlich recherchiert und zeigt, wie viele Leerstellen in bestehenden Studien vorkommen. Die Autoren fordern Analysen, die sowohl SenderInnen als auch EmpfängerInnen von Überweisungen in transnationalen Haushalten umfassen, mehrere Herkunftsländer der Transfers sowie die verschiedenen TeilnehmerInnen, die lokale Gemeinschaft, ArbeitgeberInnen und Zwischenpersonen berücksichtigen. Leider geben sie keine Beispiele dafür, worin der genaue Nutzen solcher umfangreicher Studien besteht.

Einer der interessantesten Beiträge (Kapitel 7) stammt von *Natacha Stevanovic-Fenn*: Die Literatur über Gender und Geldtransfers behandelt meistens die Position von Frauen in transnationalen Haushalten, an wen Geld überwiesen wird und wie sich die Machtverhältnisse ändern, wenn Männer

oder Frauen im Ausland arbeiten und dabei den größten Teil des Haushalteinkommens erwirtschaften. Über die unmittelbaren Folgen von Migration auf Männer ist weniger bekannt. Die Autorin interviewte 65 Migranten aus Bangladesch, die in New York leben. Ihre kulturellen Normen zwingen sie, Geld an die Familie in Bangladesch zu überweisen, auch wenn das ökonomisch nicht notwendig ist; kommen sie den Verpflichtungen nicht nach, drohen soziale Ächtung und Ausschluss aus der Gemeinschaft. Die Geldtransfers stärken ihre maskuline Identität als Verdienener und erhöhen ihren sozialen Status, bringen aber auch Spannungen und Stress mit sich, weil ihr tatsächlicher Status nach den Normen der Gesellschaft in Bangladesch niedrig ist und deshalb verborgen wird. So zeigt die Autorin die Ambivalenz des hergebrachten Verständnisses von Maskulinität für diese Migranten auf. Dies wirft die Frage auf, wie lange eine solche Situation bestehen bleiben kann. Das Bild, das hier skizziert wird, ist eine Momentaufnahme; eine längerfristige Forschung ist wünschenswert.

Auch aus der Studie von *Marta Erdal* über die soziale Dynamik von Transfers in Pakistan (Kapitel 5) ergibt sich die Bedeutung des sozialen Kontextes. Die Autorin konzentriert sich auf die EmpfängerInnen, die die Verantwortung für praktische Maßnahmen zur Versorgung der im Haushalt zurückgebliebenen Kinder und der anderen Familienmitglieder tragen. Damit verfügen sie über die Handlungsmacht (*agency*) mit denen, die Geld überweisen, zu verhandeln. Interessant an diesem Beitrag ist auch, dass EmpfängerInnen oft von verschiedenen Seiten Geld empfangen, also nicht

nur von Ehefrau/Ehemann, sondern auch von Brüdern, Schwestern oder anderen Verwandten. Studien über die Verwendung von Transfers lassen diesen Aspekt meist links liegen. Sowohl Stevanovic-Fenn als auch Erdal sind aber nicht so sehr am Gebrauch der Transfers interessiert, als vielmehr an den Motivationen, die ihnen zugrunde liegen, und an der Bedeutung für Familie, Verwandtschaft und lokale Gemeinschaft. Im Kapitel 8 über die Globalisierung von Transfers in Indien stellt *Vani S. Kulkarni* ihre politische, soziale, kulturelle und symbolische Bedeutung in eine breitere, theoretische Perspektive.

Der Band bietet mehr als nur Beiträge soziologischer Herkunft. *Mazhar Mughal* und *Amar Anwar* nehmen sich eines demographischen Themas an, nämlich den Auswirkungen von Transfers auf die Fruchtbarkeit von Frauen in Pakistan (Kapitel 10). Aus der quantitativen Studie geht hervor, dass Frauen von Migranten weniger Kinder bekommen, was nach Meinung der Autorinnen der Qualität der Haushalte zugutekommt. Ein zentrales Thema der Lobbyaktivitäten von Migrantenorganisationen sind die Kosten, die mit den Transfers verbunden sind. Hiermit beschäftigt sich der gründliche Beitrag von *Bhupal Singh*, Direktor des *Department of Economic and Policy Research of the Reserve Bank of India* in Mumbai (Kapitel 3). Er vergleicht die Systeme von Banken und *Money Transfer Organisations* (MTOs), z.B. *Western Union* und *Money Gram*. Die Kosten sind sehr unterschiedlich, aber nur bedingt zu vergleichen, weil von Land zu Land verschieden. Banküberweisungen von Saudi-Arabien nach Indien sind teurer als aus den USA; bei MTOs ist es umgekehrt. Auch sind die

Kosten abhängig vom Zeitpunkt der Buchungen: Letztlich sind die Unterschiede vernachlässigbar, wichtiger sind die Ansprüche der ÜberweiserInnen.

Ein weiteres Thema, das derzeit unter dem Einfluss der Weltbank in den Vordergrund gerückt wird, ist die sogenannte produktive Verwendung des Geldes aus den Transfers, wobei an Investitionen in Unternehmen gedacht wird, nicht aber an Ausgaben für Gesundheit und Bildung. *Rita Asfar* macht am Beispiel von Klein- und Mittelbetrieben deutlich, wie wichtig die Rolle des Staates sein kann, aber noch nicht ist (Kapitel 6). Die anderen Beiträge des Bandes enden mit weniger auffälligen Schlussfolgerungen als die hier besprochenen und laden nicht zu weiterer Forschung ein. So gut wie alle Kapitel lassen sich gut lesen. Kapitel 2 „Gender and Remittances“ von *Ahsan Ullah* zeigt theoretische Schwächen; Kapitel 4 von *Md Mizanur Rahman & Brenda S.A. Yeoh* über das informelle *Hundi*-Transfersystem in Bangladesch stützt sich auf alte Forschungen.

Die Aufteilung des Buches in einen kleinen Teil mit zwei Kapiteln, der sich mit den Transfersystemen und konzeptionellen Fragen beschäftigt, und einen großen mit acht Kapiteln, der die Folgen der Transfers zum Thema hat, scheint mir etwas willkürlich. Bangladesch ist prominent vertreten, wohingegen ein so wichtiges Migrationsland wie Sri Lanka gar nicht vorkommt. Die Ankündigung, eine spezifisch südasianische Perspektive zu entwickeln, wird nicht eingelöst: So gut wie alle Themen und beschriebenen Prozesse lassen sich mühelos auf andere Regionen übertragen. Der Nutzen des Bandes liegt in der breiten Skala der behandelten Themen und in der Tatsache, dass Soziologen und

Ökonomen ihre jeweiligen Forschungen zur Kenntnis nehmen können.

Ton van Naerssen

Übersetzung aus dem

Niederländischen von Detlev Haude

Richard Schuberth: *Bevor die Völker wussten, dass sie welche sind. Ethnizität, Nation, Kultur. Eine (antiessenzialistische) Einführung.* Wien: Promedia 2015, 222 Seiten

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um die vor zwanzig Jahren geschriebene Diplomarbeit des Autors im Fach Ethnologie. Der von ihm vertretene programmatische Antiesenzialismus war zu der Zeit in den Sozialwissenschaften noch alles andere als populär. Insofern ist die Arbeit ihrer Entstehungszeit weit voraus. Dennoch hätte man sich für die so lange verzögerte Publikation wenigstens ein aktualisierendes Nachwort gewünscht. Insbesondere die Postcolonial Studies haben im Vergleich zu der von Schuberth rezipierten Literatur (anders als dieser es ihnen zugestehen mag) nicht nur „eine Unmenge von Fallstudien“ (7), sondern auch bedeutsame theoretische Neuerungen gebracht – beispielsweise in der Verknüpfung von Antiesenzialismus und Weltsystemanalyse.

Der Band gliedert sich in drei Kapitel. Im ersten geht es um die historische Genese des „völkischen Paradigmas“ seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, im zweiten um die sozialwissenschaftliche Ethnizitätsdiskussion seit den 1920er Jahren. Im letzten Teil leistet sich der Autor „die Freiheit und das Vergnügen, mit dem Stilmittel des Aphorismus und des Essays einen Rundumschlag“ (18)

gegen den Essenzialismus zu führen, der „die analytische Strenge der wissenschaftlichen Reflexion vom Ballast terminologischer Phraseologie befreit“ (8).

Das „völkische Paradigma“ bezeichnet die Idee, die Menschheit zerfalle von Natur aus in Völker und Stämme. Diese Völker und Stämme werden als „homogene, kohärente und selbstbezogene Gesellschaften“ vorgestellt, bei denen man von „völliger Deckungsgleichheit von Sprache, Territorialität, politischer Organisation und anderen kulturellen Merkmalen“ ausgehen könne (23). Ein solches Einteilungsprinzip war der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung fremd. „Feudaler Adel und Klerus waren universalistisch ausgerichtet“ (36), die ihnen hierarchisch untergeordnete bäuerliche Bevölkerung war in laterale, voneinander relativ isolierte und kulturell heterogene Gemeinschaften aufgesplittet. Dass diese Vorstellungswelt schließlich vom „völkischen Paradigma“ mit den Ingredienzen von kultureller Homogenität und Territorialorganisation abgelöst wurde, hat, so Schubert, in erster Linie mit dem Aufstieg des Bürgertums zu tun, das von seiner Interessenlage her notgedrungen „antifeudal und zunächst auch antihierarchisch“ (42) orientiert war, des Weiteren mit dem mit diesem Aufstieg verbundenen Fortschritt der Produktivkräfte und mit der Herausbildung absolutistischer Territorialstaaten.

Seine Geschichte der sozialwissenschaftlichen Ethnizitätsdiskussion beginnt der Autor mit Max Webers Überlegungen zur „ethnischen Gruppe“, die sich „über den subjektiven Glauben an eine gemeinsame Abstammung und Verwandtschaft“ definiert, „ganz einerlei, ob eine Blutsgemeinschaft objektiv vorliegt oder nicht“ (83 – Zitat Weber).

Nicht mehr objektive Gemeinsamkeiten, sondern nur noch der subjektive Glaube an solche sowie die Mobilisierung dieses Glaubens gelten als entscheidend. Es folgt ein Abschnitt über den sozialpsychologischen Identitätsdiskurs bei George H. Mead und Erik Erikson. Beide sahen Identität als Bestandteil und Produkt eines interaktiven Sozialisationsprozesses, wobei Mead jedoch einen dynamischen, Erikson einen statischen Begriff von Identität als mit der Adoleszenz im Wesentlichen abgeschlossenem Prozess vertrete. Für die Ethnizitätsdiskussion bedeutsam geworden seien beide vor allem dadurch, dass sie bei späteren Autoren einen Wandel von Hilfsbegriffen zur Beschreibung individueller Orientierungen hin zu der von ethnischen Kollektividentitäten erfahren hätten. Eher dynamische Überzeugungen herrschten bei den US-amerikanischen Assimilationisten und Melting-Pot-Ideologen vor, für die klar war, dass alle Immigranten irgendwann einmal ihre alten Identitäten zugunsten einer gemeinsamen amerikanischen Identität aufgeben würden. Die Renaissance ethnischer Bewegungen und Konflikte in den 1960er Jahren besiegelte das Scheitern dieses Glaubens. Primordialisten und Essenzialisten suchten die Erklärung dafür in ziemlicher Nähe zum „völkischen Paradigma“ in einem mutmaßlich allen Menschen innewohnenden „sense of natural – some would say spiritual – affinity“ (100 – Zitat Clifford Geertz) gegenüber den anderen Mitgliedern der je eigenen Sozialisationsgemeinschaft. Fredrik Barth markiert, so Schubert, einen Wendepunkt in der ethnologischen Ethnizitätsforschung. Zum Definieren der ethnischen Gruppe wird für Barth

der formale Akt der Grenzziehung nach außen. Welche kulturellen oder phänotypischen Merkmale für diese benützt würden, entscheide sich alleine danach, welche Unterschiede von den jeweiligen Akteuren als signifikant definiert würden. Auf diesen Barth'schen Überzeugungen bauen die von Schubert in drei weiteren Unterkapiteln behandelten „Formalisten“ (v.a. Ronald Cohen, Leo Despres), „Zirkumstanzialisten“ (v.a. Abner Cohen) und Marxisten (v.a. Eric Wolf) allesamt auf. Sie rügen nur (mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen) Barths Blauäugigkeit gegenüber Konflikten sowie seine Vernachlässigung der Situationsgebundenheit, Wandelbarkeit und Interessenabhängigkeit der ethnischen Grenzziehung. Den Ausweg aus nahezu allen verbleibenden Dilemmata der Ethnizitätsforschung sieht Schubert in Pierre Bourdieus Habitus-Konzept, welches es erlaube, „das subjektive Selbstverständnis der Akteure als Produkt objektiver Strukturen und die Persistenz dieser gleichzeitig als Produkt der subjektiven Selbstverständnisse zu sehen“ (110).

Im abschließenden dritten Teil „Das Designing von Ethnizität und Kultur“ kann der Autor seiner Sprachgewalt endlich freien Lauf lassen. Wegen seines aphoristischen und essayistischen Charakters ist es schwierig, dieses Kapitel entlang eines einzelnen durchgängigen Erzählstrangs zu referieren. Ein Argument immerhin taucht immer wieder auf und soll hier im Wortlaut wiedergegeben werden: „Der moderne Mensch will von der Kälte der Verstandeslogik, ihren kategoriellen Vereinheitlichungen und begrifflichen Grenzziehungen sich in die Vorstellungen wärmespendender traditionaler Kulturen beurlauben lassen,

und ahnt nicht, wie sehr auch diese bereits Produkte ihrer Vermessung, Vereinheitlichung und begrifflichen Eingrenzung darstellen“ (165). „Kultur- und Sozialwissenschaftler sowie wohlmeinende Kulturschützer“ (169) haben an diesem Reifikationsprozess gewaltigen Anteil. Ihnen gilt der besondere Zorn des Autors, vor allem deshalb, weil sie in aller Regel „das Recht auf kulturelle Differenz über das auf menschenwürdige Lebensbedingungen stellen“ (178). Was hinter der „Karnevalsseite“ der so beschworenen Ethnizität unter den Tisch fällt, sind die Ungereimtheiten, Widersprüche und Konflikte, von denen keine Gesellschaft frei ist. Für seinen Teil hegt Schubert gewaltige Zweifel, ob „der verzweifelte Ruf nach der verlorenen Kultur genauso laut und markerschütternd erschallt(e), wenn all denen, deren einigermaßen traditionelle Kulturen vom Sog der Moderne erfasst wurden, unmittelbar nach deren Zerstörung Ausbildungskurse, Aufsichtsratsposten bei amerikanischen oder japanischen Konzernen, eine ausreichende Anzahl an Aktienkapital, Villen, Autos ... gewährt würde“ (190).

In der Gesamtbetrachtung hat mir der „unwissenschaftliche“ dritte Teil nicht nur ästhetisch besonderes Vergnügen bereitet, er scheint mir auch „wissenschaftlich“ nicht weniger ergiebig zu sein als die beiden ersten. Insbesondere im zweiten Teil führt das krampfhaft Bemühen des Autors, seinen Sprachfluss in das Regelwerk der wissenschaftlichen Terminologie hineinzuzwängen, vielerorts zu sprachlichen Missgeburten, die das Schlechteste aus beiden Welten in sich vereinen. Die Lesbarkeit leidet entsprechend. Muss man denn (um nur eines von zig Beispielen zu zitieren)

wirklich formulieren, dass „die Diakritika, die den In- bzw. Exklusivitätslevel bestimmen, stets mit der Aura der gemeinsamen Deszendenz behaftet werden“ (116)? Max Weber hatte den gleichen Gedanken in der oben zitierten Textstelle sehr viel einfacher und präziser ausgedrückt. Weiterhin weist dieses Kapitel – bei aller grundsätzlichen Einigkeit des Rezensenten mit dem Autor – leider auch handwerkliche Mängel auf. Man muss kein Purist sein, der generell nur Originalzitate für zulässig hält. Aber Max Weber ausschließlich aus zweiter Hand zu zitieren, noch dazu mit zwei Textstellen aus einer einzigen Seite von „Wirtschaft und Gesellschaft“, und ihn dann auch noch als naiven Modernisierungstheoretiker abzustempeln – was erstens generell Unsinn und zweitens aus der zitierten Seite schon gar nicht herauszulesen ist – geht in einer wissenschaftlichen Publikation einfach nicht an. Und was mit Weber beginnt, wird dann mit George H. Mead, Erik Eriksen, Robert E. Park, Nathan Glazer & Daniel Moynihan, Immanuel Wallerstein, Pierre Bourdieu und Michel Foucault fortgesetzt. Sie alle werden ausschließlich oder fast ausschließlich aus zweiter Hand zitiert – mit allen zu erwartenden Verkürzungen und Einseitigkeiten. In einer Diplomarbeit mag dies noch angehen – zumal der Autor auch so außergewöhnlich viel Arbeit investiert hat. In einer Publikation 20 Jahre post festum hätte er hier aber unbedingt nachbessern müssen. So bleibt ein schaler Beigeschmack an einem Werk, das auf der anderen Seite jedoch große Zustimmung verdient, weil es die entscheidenden Fragen anspricht und viele überzeugende Antworten liefert.

Gerhard Hauck

Buchbesprechungen zu neueren Arbeiten zur lateinamerikanischen Ideengeschichte

Constantin von Barloewen, Manuel Rivera & Klaus Töpfer (Hg.): *Nachhaltige Entwicklung in einer pluralen Moderne. Lateinamerikanische Perspektiven*. Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2013. 550 Seiten

Patricia Funes: *Historia mínima de las ideas políticas en América Latina*. Madrid: Turner Publicaciones 2014, 284 Seiten

Der erste hier zu besprechende Band entstand aus einem Symposium am *Institute for Advanced Sustainability Studies* (IASS) in Potsdam. Neben den Vorträgen wurden auch Tiefeninterviews mit EntscheidungsträgerInnen in Lateinamerika geführt, die aber wohl eher indirekt in Einleitung und Epilog eingeflossen sind. Er rückt den Begriff der Nachhaltigkeit, der im Industrieland Bundesrepublik Deutschland mittlerweile eine enorme Bedeutung erlangt hat, in den Vordergrund. Obwohl der Begriff in den Beiträgen lateinamerikanischer Regierungsmitglieder und verschiedener AutorInnen auftaucht, besitzt er in der Öffentlichkeit der Länder Süd- und Mittelamerikas nicht annähernd den gleichen Stellenwert wie in der BRD.

Der Band ist zwischen einer Einleitung von *Constantin von Barloewen* und *Manuel Rivera* sowie einem 140 Seiten umfassenden, kulturanthropologisch ausgerichteten Epilog von von Barloewen in vier große Abschnitte gegliedert. Eingangs geht es um Wissen

und zivilisatorische Fragen. Auf einen Text des französischen Denkers *Edgar Morin* folgen Beiträge lateinamerikanischer AutorInnen, u.a. von *Gilberto Gil* (ehemaliger Kulturminister in Brasilien), *Pedro Morandé* (Kultursoziologe in Chile), *Óscar Rodríguez Maradiaga* (Erzbischof von Tegucigalpa und Kardinal) sowie ein persönlich gehaltener Beitrag des Befreiungsphilosophen und Theologen *Enrique Dussel*. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit Brasilien und dort besonders mit ökologischen Fragen. Die Frage nach dem „Guten Leben“, die auch von verschiedenen indigenen Bewegungen behandelt wird, greift der dritte Abschnitt unter der Überschrift „Alternative Stimmen“ auf. Es schreiben AutorInnen aus Ecuador, Bolivien, Uruguay und Venezuela. *Eduardo Gudynas* behandelt Ansätze zur Frage des „Guten Lebens“ und zwar auch solche, die im Gegensatz zur westlichen Denkweise stehen, so etwa beim *Vivir Bien* in Bolivien, dort besonders im *suma qamana* der Aymara sowie im *sumak kawsay* der Kichwa aus Ecuador. In die neuen Verfassungen von Ecuador und Bolivien wurde die Idee des „Guten Lebens“ aufgenommen, in Bolivien wird vom plurinationalen Staat gesprochen. Die Agenda des „Guten Lebens“ bezeichnet Gudynas als post-extraktivistisch, womit sie sich auch von dem Wirtschaftskonzept Venezuelas absetze. Schließlich geht der vierte Abschnitt auf die staatliche Entwicklung und die Demokratie ein. Hier finden sich ehemalige Politiker wie der chilenische Ex-Präsident *Ricardo Lagos*, Politikwissenschaftler wie *Klaus Bodemer* und der Mexikaner *Enrique Krauze*, einer der wenigen bekennenden Liberalen unter den Intellektuellen Lateinamerikas.

Besonders in dem Einleitungs- und Schlussbeitrag geht es um das philosophische Denken und das Selbstverständnis in Lateinamerika. Von Barloewen selbst schreibt in seinem Schlusskapitel darüber: „Lateinamerika könnte hier als Vorbild für eine künftige Welt dienen, da es eine archipelische Welt verkörpert, indem es interkulturelle und interreligiöse Traditionen vereint. Es bezieht seine Identität nicht aus einer Wurzel, sondern aus einem Wurzelgeflecht“ (415). Kennzeichnend für das politische und soziale Denken in der Region bleibt jedoch ein spezifischer Nationalismus bzw. Kontinentalismus, der sich in einer Negativ-Abgrenzung nach außen richtet. Da der Nationalstaat (fälschlicherweise) bereits in der Einleitung für obsolet erklärt wird, kommt er in den folgenden Beiträgen kaum vor. Für das politische Denken und Handeln bis hin zu den neueren Mitte-Links-Regierungen, die von ausländischen BeobachterInnen zuweilen als Nationalpopulismus bezeichnet werden, bleibt er indessen konstitutiv.

Eine wichtige Rolle spielen hingegen in den Beiträgen Formen des mythischen, religiösen und indigenen Denkens. Diese Sichtweise kann aufgrund der langjährigen Vernachlässigung solcher Fragen nur begrüßt werden, allerdings könnten die Beiträge stärker in den historischen und aktuellen Kontext gestellt werden. In den zu fast 80% urbanisierten lateinamerikanischen Gesellschaften hat die katholische Kirche mit den Herausforderungen einer Großstadtseelsorge zu kämpfen, sie steht darüber hinaus in Konkurrenz mit Freikirchen und neuen religiösen Bewegungen. Diese vertreten teilweise individualistische und am Erwerbshandeln orientierte Vorstellungen. In einigen Ländern sollen sie um die 30% der

religiös Gestimmten ausmachen, dabei sind „Mehrfachmitgliedschaften“ keine Seltenheit.

Es fällt auf, dass gängige und umfangreiche Studien zur lateinamerikanischen Ideengeschichte nur in den Anmerkungen Erwähnung finden. Dies gilt besonders für die Beiträge des mexikanischen Kulturphilosophen Leopoldo Zea (1912-2004), der ab Mitte des 20. Jh. nicht nur substantielle Beiträge zu einer Ideengeschichte aus lateinamerikanischer Perspektive veröffentlichte, sondern auch Ideengeschichten zu verschiedenen lateinamerikanischen Ländern anregte, die teilweise nach wie vor als Standardwerke gelten können. Zentren für die Erforschung der Ideengeschichte waren und sind traditionell Mexiko, Argentinien und in jüngerer Zeit auch Chile. Zeas Ansatz einer Geschichtsphilosophie aus lateinamerikanischer Perspektive muss man gerade in seiner etwas überzogenen Kritik an Georg Wilhelm Friedrich Hegel nicht teilen, aber sie verdient eine eingehende Beschäftigung, wenn über Fragen der Entwicklung und Moderne nachgedacht wird. Dies gilt ebenso für die Veröffentlichungen und Sammelbände von Carlos Altamirano und die Beiträge argentinischer AutorInnen zu einer spezifischen lateinamerikanischen Modernität. Versuche zu einer Synthese hat es in neuerer Zeit in den Darstellungen von Eduardo Deves sowie weiterer chilenischer AutorInnen gegeben.

Wichtige Autoren des lateinamerikanischen Denkens (wie Octavio Paz u.a.) tauchen hin und wieder im Text auf, nicht aber im abschließenden Literaturverzeichnis. Darüber hinaus fallen einige Nachlässigkeiten unangenehm auf. Beispielsweise wird der Nachname von Jorge Castañeda fälschlicherweise Castanieda

geschrieben (325); Gustavo Gutiérrez wird als Armenbischof bezeichnet (23), was nur im übertragenen Sinne gelten kann, denn damals wurden Befreiungstheologen nicht zu Bischöfen ernannt. Ferner hätten einzelne Begriffe aus den indigenen Sprachen erläutert werden können.

Der Leser ist nach der Lektüre der Beiträge ein wenig ratlos: Wer sich mit der Geistes- und Ideengeschichte Lateinamerikas ein wenig auskennt, der wird etliche Standardwerke und AutorInnen vermissen. Den AnhängerInnen nachhaltiger Entwicklung werden Fragen bleiben, ob und wie es in dieser Richtung weitergeht, zumal sie nicht sicher sein können, hier wirklich die wichtigen AkteurInnen gelesen zu haben.

Patricia Funes wird ihrem Anspruch, in ihrem Buch eine kurze Geschichte der politischen Ideen in Lateinamerika vorzulegen, über weite Strecken zumindest bis Ende des 20. Jh. gerecht. Nach einer sehr knappen Einführung, die vier Koordinaten bei den politischen Ideen Lateinamerikas erkennt: Modernität, Krise, Nation und Revolution, ist der Text in drei große Abschnitte untergliedert. Im ersten Teil geht es um die Unabhängigkeit von Spanien und Portugal. Die argentinische Wissenschaftlerin der Universität in Buenos Aires versucht keine Bilanz der Unabhängigkeitsbewegung, eine Diskussion über den Charakter der „Revolutionen“ gegen Spanien findet nicht statt. Stattdessen zählt sie verschiedene Merkmale der damaligen Debatten und Kontroversen auf (z.B. 38), verzichtet aber darauf, die Argumente zu entfalten. Sie zieht Belege aus unterschiedlichen Ländern heran, ohne dies zu begründen. Erstaunlicherweise kommt

der lateinamerikanische Positivismus nur sehr kurz vor, ausführlicher werden die Hundertjahrfeiern (*Centenarios*) geschildert. Sie bedeuteten den Schwangesang auf die alte oligarchische Ordnung, auf die Autorin allerdings nicht näher eingeht.

Der zweite Teil behandelt Themen wie Lateinamerika als Utopie, die mexikanische Revolution sowie die Kontroverse zwischen den Peruanern Haya de la Torre und Carlos Mariátegui. Anschließend folgen Ausführungen zum klassischen Populismus, d.h. u.a. zu Getulio Vargas, dem Präsidenten Brasiliens in den Jahren 1930-1945 und 1950-1954. Hier wie in anderen Teilen des Buches geht Funes auch relativ ausführlich auf die Entwicklung in Argentinien ein.

Im dritten Teil beleuchtet die Autorin die Auswirkungen der kubanischen Revolution auf die lateinamerikanischen Akademiker, wobei sie dem Jahr 1967 mit dem Treffen der Organisation für lateinamerikanische Solidarität in Havanna, der Veröffentlichung des Buches *Revolution in der Revolution* von Régis Debray sowie der Fertigstellung des Buches *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika* von Fernando Henrique Cardoso & Enzo Faletto eine hohe Bedeutung beimisst. Kurz fällt dagegen das Kapitel „Revolution und Dritte Welt“ aus.

Obwohl die Autorin in einer bibliographischen Notiz eine Vielzahl vor allem lateinamerikanischer Texte zur Ideengeschichte erwähnt, verzichtet sie leider auf Anmerkungen und Fußnoten. Dies mag der Lesbarkeit partiell entgegenkommen, es schmälert jedoch den Wert des Buches erheblich. Es fällt auf, dass ab Mitte des 20. Jh. die Darstellung zunehmend von der politischen Ereignisgeschichte bestimmt wird, die Texte rücken dagegen

in den Hintergrund. Für diese Zeit zitiert Funes wenige Denker, bevorzugt Argentinier wie Raúl Prebisch, Gino Germani und Ernesto Laclau. Die ausländische Rezeption, die zu den *Dependencia*-Ansätzen umfangreich und auch kritisch war, nimmt sie nicht zur Kenntnis. Im wichtigen Kapitel „Intellektuelle und politischer Kompromiss“ beschreibt sie die Wirkung der kubanischen Revolution bis hin zum 11. September 1973, d.h. dem gegenrevolutionären Staatsstreich unter Augusto Pinochet, der zum Sturz der Regierung von Salvador Allende in Chile führte. Dementsprechend endet das Buch praktisch mit dem „Staatsterrorismus“ der Militärdiktaturen, der Re-Demokratisierung seit den späten 1980er Jahren und den Versuchen einer Aufarbeitung der verschiedenen Gewaltherrschaften, wobei erneut das argentinische Beispiel im Vordergrund steht. Um die Dramatik der damaligen Auseinandersetzung im Zeichen des Kalten Krieges zu begreifen, wäre möglicherweise eine etwas detailliertere Analyse des Weltbestsellers *Die offenen Adern Lateinamerikas* von Eduardo Galeano hilfreich gewesen, den die Verfasserin selber zu Recht als erfolgreichsten Essay der neueren lateinamerikanischen Geschichte bezeichnet. Die Entwicklung in der sog. verlorenen Dekade, die neueren Mitte-Links-Regierungen, der Nationalpopulismus sowie das liberale und konservative Denken kommen praktisch nicht vor. Eine Beziehung zum europäischen Denken wird vor allem im ersten Teil hergestellt, ein Fazit fehlt.

Das über weite Strecken gut lesbare und interessante Buch hätte durch etwas mehr Systematik sicherlich gewinnen können. Für wissenschaftlich Interessierte ist das Fehlen von Anmerkungen

und Zitatnachweisen ein großer Nachteil. Zudem bleibt leider ein Teil der auf

dem Umschlagdeckel aufgeworfenen Fragen unbeantwortet.

Nikolaus Werz

Eingegangene Bücher

Armao, Fabio: *Inside War: Understanding the Evolution of Organised Violence in the Global Era*. Berlin: de Gruyter 2016, 205 S.
ISBN: 9783110471199

Ataç, İlker; Michael Faniyadeh & Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit – VIDC: *Türkei. Kontinuitäten, Veränderungen, Tabus*. Wien: Mandelbaum 2016, 208 S.
ISBN: 9783854766513

Banzhaf, Anja: *Saatgut – wer die Saat hat, hat das Sagen*. München: oekom 2016, 272 S.
ISBN: 9783865817815

Basler Afrika Bibliographien (Hg.): *2015 Jahresbericht – 2015 Annual Report*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2016, 88 S.
ISSN: 1424-2931

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): *Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft 2015 (= Edition Blätter), 336 S.
ISBN: 9783980492591

Clark, Ian: „A Peep at the Blacks“. *A History of Tourism at Coranderrk Aboriginal Station, 1863-1924*. Berlin: de Gruyter 2016, 264 S.
ISBN: 9783110468236

Daniel, Antje: *Organisation – Vernetzung – Bewegung. Frauenbewegungen in Kenia und Brasilien*. Münster u.a.: LIT 2015 (= Beiträge zur Afrikaforschung, Bd. 62), 464 S.
ISBN: 9783643130747

Dinkel, Jürgen: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927-1992)*. Berlin: de Gruyter Oldenbourg 2015 (= Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 37), 364 S.
ISBN: 9783110404098

Fadaee, Simin (Hg.): *Understanding Southern Social Movements*. Abingdon (Oxon): Routledge 2016, 208 S.
ISBN: 9781138898004

Fischer, Karin; Gerhard Hauck & Manuela Boatcă (Hg.): *Handbuch Entwicklungsforschung*. Heidelberg: Springer VS 2016, 378 S.
ISBN: 9783658047894

Köbler, Reinhart: *Namibia and Germany. Negotiating the Past*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2015, 392 S.
ISBN: 9783896918574

Luescher, Thierry M.; Manja Klemenčič & James Otieno Jowi: *Student Politics in Africa. Representation and Activism*. Cape Town: African

Minds 2016 (= African Minds Higher Education Dynamics Series, Bd. 2), 280 S.
ISBN: 9781928331223

Lutz-Auras; Ludmilla, & Pierre Gottschlich (Hg.): *Menschen, Macht und Mauern. Fallbeispiele und Perspektiven. Festschrift zum 85. Geburtstag von Dieter Oberndörfer*. Wiesbaden: Springer VS 2016, 406 S.
ISBN 9783658124984

Motta, Renata: *Social Mobilization, Global Capitalism and Struggles over Food. A Comparative Study of Social Movements*. Abingdon: Routledge 2016, 204 S.
ISBN: 9781472479082

MultiWatch (Hg.): *Schwarzbuch Syngenta. Dem Basler Agromulti auf der Spur*. Zürich: edition 8, 250 S.
ISBN: 9783859902831

Namhila, Ellen Ndeshi: *Recordkeeping and Missing „Native Estates“ Records in Namibia. An Investigation of Colonial Gaps in a Post-colonial Archive*. Tampere: Tampere UP 2015, 297 S.
ISBN 9789514498831

Rahmani, Zahia; Jean-Yves Sarazin & Cécile Degos (Hg.): *Made in Algeria. Généalogie d'un territoire*. Marseille: Le Mucem 2016 (= Ausstellung und Katalog), 240 S.
ISBN: 9872754108669

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Hart an der Grenze*. Berlin: RLS 2016 (= Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1/2016), 144 S.
ISSN: 1869-0424

Spittler, Gerd: *Anthropologies der Arbeit. Ein ethnographischer Vergleich*. Wiesbaden: Springer VS 2016, 301 S.
ISBN 9783658104337

Wemheuer, Felix (Hg.): *Marx und der globale Süden*. Köln: PapyRossa 2016, 326 S.
ISBN 9783894386054

Wong, Tom K.: *Rights, Deportation, and Detention in the Age of Immigration Control*. Redwood City, CA: Stanford University Press 2015, 2015 S.
ISBN: 9780804793063

Zimmerer, Jürgen, & Joachim Zeller (Hg.): *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) und seine Folgen*. 3., aktualisierte Aufl. Berlin: Ch.Links 2016, 278 S.
ISBN 9783861538981

Summaries

Matthias Ebenau & Felix Nickel: Union crisis and union renewal – Labour Revitalisation Studies as a global conversation. This article provides an overview of the key premises of labour revitalisation studies (LRS) and then discusses how this intellectual and political field might be enriched by an even more sustained focus on experiences of union crisis and revitalisation in the Global South. It discusses a broad range of empirical examples from a variety of world regions documented in scholarly literature, ordered along four thematic lines: transnational unionism, organising among informal and precarious workers, union engagement with the gendered nature of labour, and the complex relationship between unions and the state. On this basis, the article argues that LRS should be conceived of as a ‘global conversation’. Furthermore, it argues for broadening the view beyond traditional union organisations, their key political fields and repertoires of action, but also for overcoming false dichotomies between revitalisation initiatives that develop on the ‘outside’ and on the ‘inside’ of established unions.

Nico Weinmann, Friedrich Bossert & Paul Hecker: The revitalisation of trade union power under centre-left governments in Argentina, Brazil and Uruguay. Since the turn of the century the world has witnessed an important shift in political power towards the left in Latin America. So far, research surrounding this shift has focused on the role of leftist parties and new social movements. This paper aims to complete the picture by shedding light on the evolution of trade union power in three countries with strong traditions of trade unionism: Argentina, Brazil, and Uruguay. Utilising the ‘power resources’ approach recently developed in Jena, Germany, which enables us to trace the evolution of the structural, institutional, associational, and societal power resources of trade unions and to identify underlying driving forces and mechanisms, the article shows that since the shift towards centre-left governments, trade union power resources have undergone a process of recovery in each of the three countries. Most of these positive developments, it is argued, were enabled by benign external factors, such as discrediting neoliberal thought, the economic boom, and favourable policies. With the exception of Uruguay, the increase in trade union density is only moderate and most unions still do not put a lot of effort into renewing their own structures and organising informal workers.

Michael Fütterer: Putting back the Movement into Unionism: The ExChains-Network in the Global Garment Industry. Unionising in the global garment industry has been and continues to be very difficult. Both in production and in retail, trade union work and self-organisation is hindered systematically and miserable working conditions are common. One reason for this are the structures of buyer-driven transnational production networks, within which few global retailers effectively determine the organisation of production, logistics and retail, as well as working conditions. As a reaction to these structures, unions, especially those in the garment industry, use

national and international campaigns to create external pressure, often consumer-oriented, to raise their concerns. While these campaigns help to build awareness, and, in specific cases of violation, put pressure on companies and states to change, they also have limitations. For example, such campaigns do not build sufficient union power in the garment producing countries and are not able to improve fundamental working conditions. This article highlights the alternative approach that the ExChains-network of TIE Global has developed to build transnational solidarity in the global garment industry and to develop unionisation on the ground. Unionists from the retail sector in Germany cooperate with unionists from the garment industry in India, Sri Lanka, and Bangladesh to develop new transnational strategies. As highlighted, this network takes up social movement unionism and aims to extend this experience.

Michel Jungwirth: Trade Unions and Undocumented Work of Migrants in Austria: The Emergence of Advice and Support Structures in Trade Unions.

How trade unions engage migrants and position themselves in regards to immigration is disputed and contested. While historically trade unions in Austria have faced dilemmas in dealing with migrants and undocumented work, they have recently started to engage new strategies. In the past, trade unions in Austria have often held restrictive positions in regards to immigration and foreign labour. However, over the last couple of years they have changed their position. Trade unions have started to refrain from discussing only the negative aspects of wage dumping and have begun to recognise the negative consequences of undocumented work on immigrants. While trying to implement organising approaches similar to working centres in the United States, Austrian trade unions face various challenges. This paper argues that with the help of actors inside and outside of trade unions, other positions and projects have been able to establish themselves. This has culminated in the emergence of a support structure, namely an advice centre, which acts as a physical manifestation of change implemented in the union structures.

Rainer Dombois & Carlos Miguel Ortiz: The Institutionalisation of Labour Relations in the Midst of Violence: The Paradoxical Case of the Colombian Banana Workers Union Sintrainagro.

Since the 1980s, unions and union members in Colombia have been the victims of physical violence to an extent hardly found in any other country. This article analyses the paradoxical case of Sintrainagro, the banana workers union: While one of the unions most affected by the violence, Sintrainagro has become a powerful representative organisation which – unique in Colombia – negotiates collective agreements covering almost the whole banana zone of Urabá. Through its efforts, industrial relations within the banana industry have changed from an antagonistic to a cooperative style. The article shows the fundamental role that legal and illegal armed actors – public security forces, guerrillas, and paramilitary groups – and their strategies have played in the evolution of the union and in industrial relations. The case of Sintrainagro highlights the limited applicability of concepts from industrial relations research in a context like Colombia, a country marked by a differential territorial and regulatory state presence.

Melanie Müller: Conflicts around Mining in South Africa: An Opportunity for Alliances between Unions and Social Movements. South Africa is a prominent example of the development of ‘social movement unionism’, which describes strong coalitions between social movements and unions. While this historically strong relationship has changed since the political takeover of the African National Congress (ANC) and the foundation of a corporatist alliance which includes unions, the 2012 Marikana massacre brought unions and social movements closer together again. Since then, the metal workers’ union NUMSA has been trying to build up a United Front which can provide an alternative to government policy. This article explores to what extent a revival of social movement unionism in South Africa on a non-parliamentary level can be observed. Looking at the example of mining, the article describes both the potentialities and challenges regarding the cooperation between unions and social movements. In so doing, it highlights the manifold conflicts and controversies around the extension of mining in South Africa.

Frauke Banse: Money for Trade Unions: On the Intentions and Impacts of Trade Union Funding in the Global South. When people or organisations of the Global North give funds to trade unions in the Global South sounds like a ‘good’ act of international solidarity. Moving beyond this assumption, this article explores and discusses the interests of donors and the impacts that such external funding has on trade unions in the periphery. Trade unions are membership-based organisations. They have complex institutional structures, represent their members’ interests, and have very specific ‘power resources’, all which mark them as substantially different from non-governmental organisations (NGOs). Likewise, trade union donors act in a complex institutional structure and have the potential to influence trade union democracy, agendas, and power resources. Funding trade unions in the periphery brings international donors into contact with the structural power of workers. This paper highlights how the donor’s political orientation and its relationship to state institutions not only impacts on the donor-recipient relationship, but also how such funding can be a foreign policy strategy. Based on various historical and empirical examples, the article discusses the intentions and impacts of external trade union funding, focussing on its relevance for trade union renewal, democracy and agenda setting.

Selma Cristina Silva: New Fields of Action for Brazilian Trade Unions: The CUT Confederation and the Solidarity Economy. The deregulation of the labour market, stemming from the crisis of fordism and the transition to a model of flexible accumulation, which has been followed by structural unemployment and new forms of hiring, impose challenges for the Brazilian trade union movement. To face these challenges, unions have begun to incorporate new agendas and practices that had once been neglected, such as racial and gender relations, as well as the solidarity economy. This article focuses on the experience of the *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) in the area of the solidarity economy. More precisely, it explores whether CUT’s engagement with the solidarity economy have contributed towards the realisation of CUT’s discourse, which argues that support for cooperative-ism

responds to income generation needs. The article argues that the solidarity economy is one avenue for strengthening political representation of informal workers and the unemployed in urban settings. To this end, broad bibliographical research on the subject, a survey of secondary data, and field research in 15 solidarity ventures in the Brazilian state of Bahian were carried out. The article is structured along three sections. In the first section, it briefly covers the strategies adopted by the CUT in the face of changes in the world of labour since the 1990s. In the second section, the paper explains why CUT incorporated the solidarity economy and created the Solidarity Development Agency (ADS), as well as explains the establishment of the constitution of the *Central de Cooperativas e Empreendimentos Solidários do Brasil* (Unisol Brasil) at the national level. Finally, in the last section, it analyses the work of the ADS-CUT and Unisol Brasil in the urban solidarity ventures researched, exploring if these institutions have achieved success in regards to income generation and shifts in the political representation of the working class.

Zu den Autorinnen und Autoren

Frauke Banse, Dr., arbeitet als Dozentin im Studiengang Politikwissenschaften an der *Universität Kassel* in den Schwerpunkten „Globalisierung und Politik“ sowie „Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen“. Außerdem ist sie freiberufliche Gutachterin und Autorin.

Friedrich Bossert, ist Promovend im Promotionskolleg *Global Social Policies and Governance* der *Universität Kassel*.

Gerhard Dilger, leitet das Regionalbüro der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* in São Paulo.

Rainer Dombois, Prof. Dr., ist Soziologe am *Institut Arbeit und Wirtschaft* der *Universität Bremen*.

Matthias Ebenau, Dr., ist hauptamtlicher Referent für Betriebswirtschaft, politische Ökonomie und transnationale Gewerkschaftspolitik am *Bildungszentrum Beverungen der Gewerkschaft IG Metall* sowie Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten in Deutschland und Argentinien.

Michael Fütterer, hat in Frankfurt a.M. Soziologie, Politikwissenschaften und Rechtswissenschaften studiert. Er arbeitet im *TIE/ExChains-Netzwerk*, ist aktiver Gewerkschafter und tätig in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Paul Hecker, ist Promovend im Promotionskolleg *Global Social Policies and Governance* der *Universität Kassel*.

Michel Jungwirth, hat Politikwissenschaften an der *Universität Wien* studiert und engagiert sich u.a. im *kritnet*, einem Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung.

Reinhard Kößler, Prof. Dr., war bis 2015 Direktor des *Arnold-Bergstraesser-Instituts* in Freiburg i.B. und ist apl. Professor am *Seminar für Wissenschaftliche Politik* der *Universität Freiburg i.B.* sowie *Visiting Professor* und *Research Associate* am *Institute of Reconciliation and Social Justice* der *University of the Free State*, Südafrika.

Melanie Müller, ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der *Freien Universität Berlin*.

Felix Nickel, BA, ist Masterstudierender im *Programm Global Political Economy* an der *Universität Kassel*. Er war längere Zeit als Aktivist für die *Clean Clothes Campaign* aktiv.

Carlos Miguel Ortiz, Prof. (em.) Dr., ist Soziologe und Historiker der *Universidad Nacional de Colombia* in Bogotá, Kolumbien.

Ralf Ruckus, schreibt und übersetzt im Rahmen des Kollektivs *gongchao.org* Texte zu Wanderarbeiterkämpfen, Geschlechterverhältnissen und Klassenzusammensetzung in China.

Helen Schwenken, Prof. Dr., ist Professorin am *Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien* der *Universität Osnabrück*. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind (Arbeits-)Migration, Geschlechterpolitiken und sozialen Bewegungen.

Selma Cristina Silva de Jesus, Dr., ist Dozentin an der *Bundesuniversität von Bahia* in Salvador da Bahia, Brasilien, Wissenschaftlerin am dortigen *kulturwissenschaftlichen Studien- und Forschungszentrum* sowie Postdoktorandin am *Graduiertenzentrum* dieser Universität.

Cavidan Soykan, Dr., ist Dozentin für Menschenrechte an der *Fakultät für Politikwissenschaften* der *Universität Ankara*.

Nico Weinmann, ist Promovend im *Promotionskolleg Global Social Policies and Governance* der *Universität Kassel*.

Gute Buchläden, in denen die PERIPHERIE zu haben ist

Ort	Name	Strasse
Aachen	Mayersche Buchhandlung /LS	Matthiashofstr. 28-30
Augsburg	Probuch GmbH	Gögginger Str. 34
Bayreuth	Helmut Weigel	Luitpoldplatz 18
Berlin	Schweitzer Sortiment oHG	Französische Str. 13/14
Berlin	Akademische Buchhandlung	Ehrenbergstr. 29
Berlin	Ebsco International Inc. USA	Sachsendamm 2-7
Berlin	Lehmans Fachbuchhdlg. GmbH	Hardenbergstr. 4-5
Berlin	Der Kleine Buchladen	Weydingerstr. 14-16
Berlin	Schwarze Risse	Gneisenaustr. 2a
Berlin	Buchladen zur schwankenden Weltkugel	Kastanienallee 85
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen	Hagenbruchstr. 7
Bielefeld	Karibuni – Weltladen	Breite Str. 26
Bochum	Janssen	Brüderstr. 3
Bonn	Hanns-Georg Jost	Hausdorffstr. 160
Bonn	Dr. Rudolf Habelt GmbH	Am Buchenhang 1
Bonn	Buchladen 46 GmbH	Kaiserstr. 46
Braunschweig	Graff GmbH	Sack 15
Bremen	Kamloth & Schweitzer OHG	Ostertorstr. 25-29
Bremen	Ostertor GmbH	Fehrfeld 60
Dortmund	Litfass Bücher und Medien	Münsterstr. 107
Erlangen	Dritte Welt Laden	Neustädter Kirchenplatz 7
Erlangen	Rupprecht GmbH	Nürnberger Str. 22
Frankfurt	Land in Sicht	Rotteckstr. 13
Frankfurt	Karl-Marx Buchhandlung GmbH	Jordanstr. 11
Freiburg	Rombach GmbH	Bertoldstr. 10
Gelnhausen	Weltladen Gelnhausen	Langgasse 27
Hamburg	Boysen & Mauke oHG	Burchardstr. 21
Hannover	Hennies und Zinkeisen	Marktstr. 52
Kassel	Uni-Buch W. Krutz	Gottschalkstr. 8-10
Köln	Der Andere Buchladen GmbH	Weyertal 32-34
Kreuztal	Thorleif Zimmermann	Siegener Str. 6
Leipzig	LSL AG	Gerichtsweg 28
Leipzig	Bube's Buch	Natonekstr. 23
Lüneburg	F. Delbanco	Bessemerstr. 3
Magdeburg	Behrens, Keil & Lorenz OHG	Ulrichplatz 2
Mannheim	Der Andere Buchladen	M 2 ,1
Marburg	Roter Stern GmbH	Am Grün 28
München	Arabella Versandbuchhandl.	Wimmerstr. 5
München	Heinrich Frank	Schellingstr. 3
Osnabrück	H.Th. Wenner	Große Str. 69
Regensburg	Atlantis-Buchhandlung	Wahlenstr. 8
Saarbrücken	Bock & Seip GmbH	Futterstr. 2
Speyer	Oelbermann GmbH	Wormser Str. 12
Tübingen	Beneke GmbH	Gartenstr. 16
Wiesbaden	Thalia Medienservice GmbH	Otto-von-Guericke-Ring 10
Wiesbaden	Otto Harrassowitz	Kreuzberger Ring 7 b-d
A-Wien	Lhotzkys Literaturbuffet	Rotensterngasse 2
CH-Basel	Karger Libri AG	Petersgraben 31
CH-Bern	Hans Rohr	Rathausgasse 30
CH-Bern	Huber & Lang Hogrefe AG	Länggass-Str. 76
I-Bozen	Athesia Buch GmbH	Lauben 41
I-Firenze	Licosa	Via Duca di Calabria 1/1